

**Karlsruhe in den Krisenjahren der Weimarer
Republik**

und der Aufstieg der NSDAP 1928 – 1930

**Zur Erlangung des akademischen Grades eines
Doktors der Philosophie
(Dr. phil.)**

**von der Fakultät für
Geistes und Sozialwissenschaften
der Universität Karlsruhe (TH)
angenommene Dissertation**

**von
Klaus Eisele M.A.
aus
Rastatt**

Dekan: Prof. Dr. Bernd Thum

1. Gutachter: Prof. Dr. Peter Steinbach

2. Gutachter: Prof. Dr. Rolf-Jürgen Gleitsmann-Topp

Tag der mündlichen Prüfung: 14. Februar 2003

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	5
II.	Karlsruhe im ersten Jahrzehnt der Republik	
II.1.	Die politische Entwicklung 1918/19	
II.1.1.	Die revolutionären Ereignisse in Karlsruhe	22
II.1.2.	Die Wahlen zur badischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 5.1.1919	25
II.1.3.	Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung am 29.1.1919	26
II.1.4.	Die Stadtverordnetenwahl am 18.5.1919	27
II.1.5.	Die Wahl des Oberbürgermeisters am 27.5.1919	28
II.2.	Die politische Entwicklung 1920 – 1928	
II.2.1.	Der Kapp-Putsch	29
II.2.2.	Die Reichstagswahlen am 6.6.1920	31
II.2.3.	Die Landtagswahlen am 30.10.1921	33
II.2.4.	Karlsruhe in der Inflationszeit	36
II.3.	Die Phase der "relativen Stabilisierung"	
II.3.1.	Die Jahre 1924 – 1927	38
II.4.	Wirtschaftliche und politische Lage der Landeshauptstadt am Vorabend der Krise	
II.4.1.	Der städtische Haushalt 1928	40
II.4.2.	Die Reichstagswahl am 20.5.1928	
II.4.2.1.	Das Ergebnis der Wahl	49
II.4.2.2.	Das Wahlergebnis in Baden	53
II.4.2.3.	Das Wahlergebnis der NSDAP in Baden	55
II.4.2.4.	Die Agitation der NSDAP in Karlsruhe	56
II.4.2.5.	Das Ergebnis der Reichstagswahl am 20.5.1928 in Karlsruhe	61

II.4.2.5.	Die Wahl des Oberbürgermeisters	68
III.	Wirtschaftskrise und politische Radikalisierung	
III.1.	Der Arbeitsmarkt zum Jahreswechsel 1928/29	73
III.2.	Der städtische Haushalt 1929	76
III.3.	Der Arbeitsmarkt im Frühjahr 1929	79
III.4.	Versuche der Krisenbewältigung	82
III.5.	Der Arbeitsmarkt zur Jahresmitte	85
III.6.	Die Landtagswahl am 27.10.1929 in Baden	
III.6.1.	Das Ergebnis der Wahl	89
III.6.2.	Das Wahlergebnis der NSDAP in Baden	92
III.6.3.	Die Agitation der NSDAP in Karlsruhe	94
III.6.4.	Das Ergebnis der Landtagswahl in Karlsruhe	97
IV.	Wirtschaftskrise und Einzug der NSDAP ins Karlsruher Rathaus	
IV.1.	Die Auswirkungen der Krise	105
IV.1.1.	Erste Auswirkungen auf Karlsruhe	107
IV.1.2.	Der Karlsruher Arbeitsmarkt	108
IV.1.3.	Die finanzielle Not der Stadt	110
IV.1.4.	Die Krise im Wohnungsbau	112
IV.1.5.	Der städtische Haushalt	114
IV.2.	Kommunale Versuche zur Arbeitsbeschaffung	118
IV.3.	Die Reichstagswahl am 14.9.1930	120
IV.3.1.	Das Ergebnis der Reichstagswahl	123
IV.3.2.	Das Ergebnis der Reichstagswahl in Baden	126
IV.3.3.	Das Wahlergebnis der NSDAP in Baden	129
IV.3.4.	Die Agitation der NSDAP in Karlsruhe	131
IV.3.5.	Das Ergebnis der Reichstagswahl in Karlsruhe	135
IV.4.	Verschärfung der Krise – Gründung der Karlsruher Notgemeinschaft	145

IV.5.	Die Kommunalwahl am 16.11.1930 in Karlsruhe	
IV.5.1.	Die Agitation der NSDAP in Karlsruhe	150
IV.5.2	Das Ergebnis der Kommunalwahl in Karlsruhe	154
IV.5.3.	Der neue Bürgerausschuß	164
V.	Die NSDAP im Karlsruher Rathaus	167
VI.	NSDAP-Wähler und Wählerbewegungen zur NSDAP in Karlsruhe 1928 – 1930	178
VII.	Anhang	
VII.1.	Die Wahlergebnisse im Reich, in Baden und in Karlsruhe im Vergleich	195
VIII.1.1.	Die Reichstagswahl am 20.5.1928	196
VII.1.2.	Die Landtagswahl am 27.10.1929	199
VII.1.3.	Die Reichstagswahl am 14.9.1930	202
VII.1.4.	Die Kommunalwahl am 16.11.1930	205
VII.2.	Die Wahlentwicklung in Karlsruhe 1928 – 1930	207
VII.3.	Die Wahlergebnisse 1928 – 1930 in den einzelnen Karlsruher Wahlbezirken	
VII.3.1.	Die Reichstagswahl am 20.5.1928	211
VII.3.2.	Die Landtagswahl am 27.10.1929	217
VII.3.3.	Die Reichstagswahl am 14.9.1930	223
VII.3.4.	Die Kommunalwahl am 16.11.1930	229
VII.4.	Die Wahlentwicklung in den Wahlbezirken 16, 23, 32, 36 und 60, 80, 82, 84	
VII.4.1.	Wahlbezirk 16	236
VII.4.2.	Wahlbezirk 23	238

VII.4.3.	Wahlbezirk 32	241
VII.4.4.	Wahlbezirk 36	243
VII.4.5.	Wahlbezirk 60	245
VII.4.6.	Wahlbezirk 80	247
VII.4.7.	Wahlbezirk 82	249
VII.4.8.	Wahlbezirk 84	252
VIII. Quellen- und Literaturverzeichnis		255

I. Einleitung

Mit der Darstellung des Aufstiegs der NSDAP in Karlsruhe in den Jahren 1928 bis 1930 wird der Versuch unternommen, auf lokaler Ebene Antworten auf die Frage nach dem Scheitern der ersten deutschen Demokratie zu finden.

Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Niedergang und politischer Radikalisierung läßt sich durch die Untersuchung der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der Stadt besonders gut herausarbeiten. Die Fragen, die sich hieran anschließen, sollen nicht die nach den Möglichkeiten der Krisenbekämpfung durch die Reichsregierung sein, sondern nach den Auswirkungen der krisenverschärfenden Politik Brüning, die insbesondere die Städte traf. In diesem Zusammenhang wird es wichtig sein zu klären, ob - und wenn ja, welche - Möglichkeiten der Kommune zur Verfügung standen, aus eigener Kraft den Auswirkungen der Krise entgegenzuwirken.

Die politischen Folgen, d.h. "das Ineinander-Wirken von ökonomischer Misere und zunehmender Radikalisierung der Bevölkerung"¹, werden im Spiegel der Wahlen betrachtet, unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP. Untersucht wird einerseits der massenhafte Zustrom von Wählern sowie deren soziale und parteipolitische Herkunft am Beispiel der badischen Landeshauptstadt, zum anderen soll die Frage nach den Ursachen für die Hinwendung zur NSDAP geklärt werden. Waren es die Auswirkungen der Krise? War es die Empörung über das Fehlen eines Versuchs der Krisenbewältigung? Oder ist auch die obrigkeitstrome, nationalistische und antidemokratische Einstellung vieler Deutscher Grund für die Erfolge des Nationalsozialismus gewesen?

Die Stadt Karlsruhe² bietet sich aus mehreren Gründen für eine Untersuchung an. Zum einen unterscheidet sich die Sozialstruktur der Landeshauptstadt³ teilweise recht deutlich von der anderer Großstädte, so z.B. durch

¹Ursula Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928 - 1931. Hamburg 1982, S. 18.

²Karlsruhe. Die Stadtgeschichte. Karlsruhe 1998.

³Karlsruhe als Wohnort und Industriepark. Hrsg. von der Stadt Karlsruhe. Karlsruhe 6. Auflage 1928, S. 9ff.

den besonders hohen Anteil der Beamten an der Gesamtbevölkerung. Ob die Stadt, wie häufig angemerkt, wirklich eine typische Beamtenstadt war, wird noch zu klären sein. Am Ende des Jahres 1927 hatte die Stadt Karlsruhe 151000 Einwohner. Davon waren 48,11% evangelisch, 46,23% römisch-katholisch, 2,23% israelitisch und 3,45% gehörten sonstigen Bekenntnissen an.

Als Landeshauptstadt war Karlsruhe Sitz der Landeszentralbehörden sowie einiger Reichsbehörden. Die Zahl der im öffentlichen Dienst stehenden, also der Beamten, war in Karlsruhe, wie bereits erwähnt, verhältnismäßig größer als in anderen Großstädten. Im Jahr 1930 gliederte sich die Bevölkerung in folgende Gruppen: Selbständige 19,49%, Angestellte und Beamte 39,80%, Arbeiter 35,25%, mithelfende Familienangehörige 1,38% und Hausangestellte 4,05%. Der Anteil an Rentnern betrug einschließlich ihrer Angehörigen und Dienstpersonal 15 600 Personen, d.h. 10,71% der gesamten Bevölkerung. Davon lebten 9 200 Personen, d.h. 58,97% von eigenem Vermögen und Pensionen.⁴

Der zweite interessante Faktor ist die annähernde Parität zwischen dem Anteil der protestantischen (48,11%) und der katholischen Bevölkerung (46,23%). Eine eindeutige konfessionelle Zuordnung der NSDAP-Wähler scheint somit nicht wahrscheinlich. Die vielfach aufgestellte Behauptung, daß vor allem Protestanten die NSDAP gewählt hätten, läßt sich für Karlsruhe keinesfalls bestätigen.⁵

Zum dritten unterscheiden sich die Wahlergebnisse der NSDAP im Untersuchungszeitraum in Karlsruhe recht deutlich von denen im Reich bzw. in Baden. Lassen Gemeindegröße und konfessionelle Zusammensetzung der Karlsruher Bevölkerung eher auf einen relativ niedrigen Stimmenanteil der NSDAP schließen, zeigen hingegen die Wahlergebnisse das Gegenteil und lassen erwarten, daß für Karlsruhe andere Faktoren, so z.B. die Sozialstruktur, ausschlaggebend für die Wahlerfolge der Nationalsozialisten waren. Diese Faktoren werden im Verlauf der Arbeit herauszuarbeiten sein. So erhielten die Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 im Reich 2,6%,

⁴Statistisches Jahrbuch für das Land Baden 1930. S. 334f.

⁵Bei der Untersuchung der einzelnen Wahlkreise war es dem Verfasser nicht möglich, deren Konfessionsverteilung festzustellen. Daher können Aussagen bezüglich des Zusammenhangs zwischen Konfession und Wahlverhalten bei der Analyse der Wahlergebnisse in den einzelnen Wahlbezirken nicht gemacht werden.

in Baden 2,9% und in Karlsruhe 3,1%. Ist der Unterschied bei dieser Wahl noch nicht sonderlich auffällig, so wird er doch bei der Landtagswahl vom 27. Oktober 1929 in Baden umso deutlicher. Auf Landesebene erhielt die NSDAP 7% der Stimmen, in Karlsruhe waren es bereits 11,1%. Schon ein Jahr später, bei der Reichstagswahl vom 14. September, war die Diskrepanz zwischen Reich, Baden und Karlsruhe noch auffälliger. Mit 26% - im Reich 18,3% , in Baden 19,2% - der Stimmen, wurde die NSDAP erstmals in einer deutschen Großstadt stärkste Partei. Mit diesem Resultat lag Karlsruhe weit über den durchschnittlichen 17,5%, welche die NSDAP in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern erzielte.⁶ Nur zwei Monate nach diesem Triumph konnten die Nationalsozialisten zum ersten Mal und dann gleich als stärkste Partei ins Karlsruher Rathaus einziehen. Bei der Kommunalwahl vom 16. November 1930 erhielten die Nationalsozialisten nämlich 31,8% der Stimmen. Diese Entwicklung setzte sich auch bis zu den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 entsprechend fort. Hier erhielt die NSDAP in Karlsruhe 40,2% der Wählerstimmen. Einen ersten Rückschlag mußte sie dann bei der Reichstagswahl am 6. November hinnehmen, bei der die Partei noch 37,7% der Stimmen für sich verbuchen konnte.

Im Vordergrund der Betrachtung steht die große Depression zu Anfang der 30er Jahre, die, wie Werner Conze hervorgehoben hat, zwar den Erfolg der Nationalsozialisten nicht verursacht, wohl aber ermöglicht hat.⁷ Die 1929 heraufziehende Wirtschaftskatastrophe traf vor allem Arbeiter und Angestellte, aber auch Beamte, deren Bezüge aufgrund der leeren Staatskassen im Verlauf der Krise ständig herabgesetzt wurden.⁸ Sicherlich prägten auch die Zusammenbrüche von Industriebetrieben und Banken sowie die große Not der Landwirtschaft die Krise, doch stellten die Massenarbeitslosigkeit und die Not in den Städten diese Auswirkungen in den Schatten. Am meisten betroffen waren hier selbstverständlich die Industriestädte. Den höchsten Anteil an Arbeitslosen hatte die Stadt Chemnitz mit 18,1% am 31.5.1932. Zu den Städten mit einer Arbeitslosenquote unter 10% gehörte auch Karlsruhe mit einem Anteil

⁶Zum Verhältnis von Gemeindegröße und NSDAP-Wahlerfolgen vgl. Jürgen W. Falter, Die Wähler der NSDAP 1928-1933: Sozialstruktur und parteipolitische Herkunft. In, Wolfgang Michalka (Hg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung Paderborn u.a. 1984, S.51.

⁷Werner Conze, Die politische Entscheidung in Deutschland 1929-1933. In, ders.; Hans Raupach (Hg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise 1929/30. Stuttgart 1967, S. 176-252.

⁸Fritz Blaich, Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise. München 1985, S. 58ff.

von 9,7% der Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung.⁹ Was jedoch den Kostenaufwand für die Fürsorge betrifft, stand Karlsruhe an 7. Stelle unter den Großstädten¹⁰. Die Fürsorgeleistungen waren dennoch so knapp bemessen, daß sie nach Abzug der Miete nur noch für den Kauf von Grundnahrungsmitteln ausreichten. Im Verlauf der Krise waren die Städte durch die Politik der Reichs- und Länderregierungen, die ihnen immer mehr Kosten aufbürdeten und gleichzeitig Steuereinnahmen minderten, gezwungen, selbst diese niedrigen Sätze zu kürzen und gleichzeitig neue Steuern einzuführen bzw. alte zu erhöhen. Durch Steuererhöhungen und gleichzeitige Leistungskürzungen wurden allein in Karlsruhe 1932 ca. 3 Millionen Reichsmark an laufenden Mitteln entzogen, wodurch in der Folge die Nachfrage selbstverständlich sank. Doch nicht nur sinkende Nachfrage belastete das Handwerk und den Handel, sondern auch Arbeitslose, die sich als Schwarzarbeiter ein Existenzminimum sichern mußten oder aber selbst kleine Ein-Mann-Betriebe gründeten.

Eine wirtschaftliche Alternative zu den Versprechungen der NSDAP konnte die KPD mit dem Hinweis auf die Sowjetunion bieten.¹¹ Ihr war es nicht nur gelungen, der Krise zu entgehen, sie konnte sogar ihre Pläne der Industrialisierung des Landes vorantreiben und deutsche Facharbeiter zu günstigen Löhnen beschäftigen. Durch ihre Nachfrage nach Industriegütern sicherte die Sowjetunion auch Arbeitsplätze in Deutschland. So gingen im Jahr 1931 74% der von Deutschland ausgeführten Werkzeugmaschinen in die Sowjetunion. Die Firma Reinäcker in Chemnitz war dank sowjetischer Aufträge in den Krisenjahren in der Lage, ihre Belegschaft nahezu vollständig weiterzubeschäftigen, wohingegen die renommierte Maschinenfabrik Hartmann AG bereits 1930 in Konkurs gehen mußte. Bei den Siemens-Schuckert-Werken in Berlin übertrafen die sowjetischen Aufträge die gesamte Binnennachfrage. An deutsche Stahl- und Walzwerke ergingen Anfang April 1932 Aufträge über 350 000 Tonnen Walzeisen und 30 000 Tonnen Röhren. "Solche Beispiele verfehlten ihre Wirkung in der deutschen Öffentlichkeit nicht."¹² Diese wirtschaftli-

⁹StadtAK, 1/H.-Reg. A 1972-1975. Diese Zahl bedeutet aber die unterste Grenze, da die Arbeitslosen nicht mitberücksichtigt sind, die aus der Arbeitslosen- bzw. Krisenfürsorge ausgesteuert wurden.

¹⁰Der Volksfreund 31.3.1931. Bericht über die Mitteilungen des deutschen Städtetags. Diese Zahlen geben einen deutlichen Hinweis darauf, daß die Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen, die auf die städtische Hilfe angewiesen waren, besonders hoch gewesen sein muß.

¹¹Fritz Blaich, Der Schwarze Freitag, S.75.

¹²Ebd.

chen Erfolge, die die politischen Schwierigkeiten in der Sowjetunion in den Hintergrund treten ließen, führten allerdings auch in weiten Kreisen der Bevölkerung zu einer gesteigerten Furcht vor dem Kommunismus.

Den Untersuchungsgegenstand dieser Studie bilden vier Wahlen, und zwar die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928, sodann die Landtagswahl vom 20. Oktober 1929, die Reichstagswahl vom 14. September 1930 bis hin zur Kommunalwahl vom 16. November in Karlsruhe. Um die spezifische Wahluntersuchung in den historischen Kontext einordnen zu können, ist es notwendig, die politische und wirtschaftliche Entwicklung Karlsruhes in den ersten zehn Jahren der Weimarer Republik in einer Skizze voranzustellen.

Durch die Untersuchung der oben genannten Wahlen soll der Versuch einer "Mikroanalyse"¹³ unternommen werden. Nur so wird es möglich sein, zu Daten zu gelangen, die für eine wahlhistorische Untersuchung bislang nicht zur Verfügung gestanden haben. Die Fragen, die dabei vorrangig untersucht werden, sind die nach parteipolitischer und sozialer Herkunft der Wähler der NSDAP in Karlsruhe.¹⁴ Für die Beantwortung dieser Fragen bietet die Mikroanalyse, d.h. die Untersuchung der einzelnen städtischen Wahlkreise und ihrer Wähler ausgezeichnete Möglichkeiten. So werden z.B. erstmals Datensätze erstellt und ausgewertet, die ansonsten nur für große Räume vorhanden sind und somit eine Überprüfung sehr schwierig machen. Durch diese Art des Vorgehens wird es möglich, exakte Aussagen über Wähler und Wahlverhalten in Karlsruhe zu treffen, die bislang nur spekulativ waren.¹⁵ Die sich in diesem Kontext aufdrängende Frage nach den Mitgliedern der NSDAP in Karlsruhe läßt sich aufgrund der Quellenlage nicht beantworten. Die noch erhaltenen Mitgliederlisten (GLA 465c) einzelner Ortsgruppen ließen nur sehr spekulative Vermutungen, etwa über die soziale Zusammensetzung der Mitglieder im Un-

¹³Zur Bedeutung der Mikroanalyse vgl. Kurt Düwell, Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse. Forschungsaufgaben zur "Praxis im kleinen Bereich". In, Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 9/1983, S. 287-343. Ebenso Eike Hennig, Regionale Unterschiede bei der Entstehung des deutschen Faschismus. Ein Plädoyer für "Mikroanalytische Studien" zur Erforschung der NSDAP. In, Politische Vierteljahresschrift 21/1980, S. 152-173.

¹⁴Zu den diesbezüglichen Möglichkeiten regionaler Forschung vgl. Jürgen W. Falter, Wählerbewegungen zur NSDAP 1924-1933. Methodische Probleme - empirisch abgesicherte Erkenntnisse - offene Fragen. In, Otto Büsch (Hg.), Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte. Ergebnisse einer Konferenz. Berlin 1980, S. 187f.

¹⁵So z.B. auch Herbert Lögler, Karlsruhe im Zeichen der nationalsozialistischen Machtergreifung. Ungedruckte Dipl.Arbeit. Mannheim 1984, S. 14-24.

tersuchungszeitraum zu, da in fast allen Listen nicht das Eintrittsdatum in die Partei, sondern nur die Mitgliedsnummer festgehalten ist, auch fehlen häufig die Berufsangaben.

Die Ergebnisse der Untersuchung der Geschichte Karlsruhes in den Krisenjahren der Weimarer Republik, vom Durchbruch der NSDAP 1928 bis zu ihrem Einzug ins Rathaus als stärkste Fraktion im November 1930, werden auch ein Mosaikstein in der Ausbildung einer komparatistischen Methode sein¹⁶, die es ermöglicht, den Aufstieg des Nationalsozialismus in der Kontinuität des Gesamtprozesses zu zeigen, wie es Studien auf lokaler und regionaler Ebene im Vergleich miteinander stärker hervortreten lassen "als die Dramatik der Haupt- und Staatsaktionen in Berlin".¹⁷

Forschungsstand

Die Fülle der Literatur zum Nationalsozialismus ist heute kaum noch überschaubar.¹⁸ Aus diesem Grund sollen hier nur Arbeiten erörtert werden, die sich im engeren Sinn auf die eingangs gestellten Fragen beziehen. Dies ist zum einen jene Literatur, die sich der Wirtschaftskrise sowie der Politik Brünnings im besonderen zuwendet und zum anderen diejenige, die sich mit dem Aufstieg der NSDAP und dort vor allem mit der Wahlforschung befaßt.

Die Weimarer Republik erfuhr bereits durch Arthur Rosenberg eine erste eindringliche Bewertung, entstanden aus den unmittelbaren Erfahrungen des Zeitgenossen.¹⁹ Die Erklärungen für das Scheitern der Republik suchte Rosenberg bereits in den Anfangsjahren. Als entscheidenden Fehler sah Rosenberg das Nicht-Ausschalten der schon das Kaiserreich bestimmenden Kräf-

¹⁶Vgl. hierzu Kurt Düwell, Die regionale Geschichte des NS-Staates, S. 302.

¹⁷Gotthard Jasper, Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934. Frankfurt 1986, S. 13.

¹⁸Zum Forschungsstand zum Nationalsozialismus vgl. Andreas Hillgruber, Endlich genug über Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg? Forschungsstand und Literatur. Düsseldorf 1982. Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie. München 1985, S. 237-255. Martin Broszat, Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik. München 1984, S. 207-220. Walter Hofer, 50 Jahre danach. Über den wissenschaftlichen Umgang mit dem Dritten Reich. In, GWU 34/1983, S. 1-28. Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München, 3. Aufl 1993. Dieter Gessner, Die Weimarer Republik. In, Arnd Braukämper, Peter Steinbach, Edgar Wolfrum (Hg.), Kontroversen um die Geschichte. Darmstadt 2002.

¹⁹Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik. Karlsbad 1935.

te. Das Ende der Republik datierte Rosenberg auf den Beginn der Ära Brüning. "Es war die Todesstunde der Weimarer Republik. Seitdem hat in Deutschland eine Diktaturregierung die andere abgelöst."²⁰

Nach dem Krieg vertrat Friedrich Meinecke die gegenteilige Ansicht.²¹ Er war der Auffassung, daß erst mit der Entlassung Brünings der Beginn des Niedergangs der deutschen Demokratie anzusetzen ist, und mit Brüning die Krise zu überwinden gewesen sei.

Die zweite Kontroverse um die Politik Brünings entwickelte sich an den Thesen von Karl Dietrich Bracher und Werner Conze. Conze betonte die Unausweichlichkeit des Übergangs zum Präsidialsystem durch die Krise des Parteienstaates.²² Brachers grundlegendes Buch,²³ das zehn Jahre nach Kriegsende erschien, bevor die Masse des Aktenmaterials erschlossen werden konnte, ist dennoch bis heute durch keine andere Arbeit übertroffen worden.

Das Scheitern der Republik erklärte Bracher aus einer Vielzahl von Faktoren: Die deutsche Haltung zum Obrigkeitsstaat, die Erhaltung struktureller Maßnahmen des Obrigkeitsstaates und den damit verbundenen Kompromissen in der Verfassung, die ein autoritäres Regierungssystem ermöglichten. Des weiteren führte Bracher die mangelnde Kompromißfähigkeit der Parteien als wichtigen Faktor für das Scheitern der Republik an. Ein besonderes Maß an Schuld für den Niedergang der Republik mißt Bracher den Präsidialkabinetten, namentlich Brüning zu. Bracher zeigte, daß ein Versuch zur Lösung der Regierungskrise 1930 nur deshalb nicht unternommen worden sei, weil Hindenburg und Brüning sich längst vor dem Ausbruch der Regierungskrise über die Ausschaltung der Sozialdemokratie durch Errichtung eines Präsidialregimes einig waren. Daher beurteilte Bracher die Präsidialregime als Ausgangspunkt für die Auflösung der Demokratie. Unterstützung erfuhr Brachers These durch das Erscheinen der Brüning-Memoiren.²⁴

Eine neue Diskussion entspann sich Ende der siebziger Jahre an der bis dahin einhellig verurteilten Wirtschaftspolitik Brünings durch die Thesen

²⁰Ebd. S. 211.

²¹Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Wiesbaden 1946.

²²Werner Conze, Brünings Politik unter dem Druck der großen Krise. In, HZ 199/1964, S. 529-550.

²³Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls der Demokratie. Düsseldorf 6. Aufl. 1978.

²⁴Heinrich Brüning, Memoiren. Stuttgart 1970. Zu Heinrich Brüning u.a. Herbert Hömig, Brüning – Kanzler in der Krise der Republik. Eine Biographie. Paderborn 2000.

von Knut Borchardt.²⁵ Nach Borchardts Auffassung lebte der Staat, und hier vor allem die Städte, nach dem Ersten Weltkrieg über seine Verhältnisse, wobei besonders die Lohnentwicklung keine Rücksicht auf die Produktivitätsentwicklung nahm, begründet durch die starke Position der Gewerkschaften. Seine generelle Diagnose für die damalige Wirtschaft lautet "unnormal und krank". Daher sieht Borchardt keine Alternative zu Brüning, da geeignete Mittel nicht zur Verfügung gestanden hätten, und ein Gegensteuern erst 1930 hätte einsetzen können, d.h. ein rechtzeitiges Handeln sei nicht möglich gewesen.

Diesen Thesen wurde bis heute in verschiedenen Aufsätzen widersprochen.²⁶ Erwähnt sei hier nur die Entgegnung von Karl-Ludwig Holtfrerich.²⁷ Im Gegensatz zu Borchardt sieht Holtfrerich durchaus Alternativen zu Brünings Handeln. Der eingeschränkte Handlungsspielraum Brünings sei letztlich auf seine politische Prioritätenskala zurückzuführen, welche die Bewältigung der Krise und damit die Beseitigung von Not und Elend ganz hintenanstellte, nicht aber auf ökonomische Zwänge.

Alle diese Fragen und Forschungsansätze beziehen sich auf die Geschichte der Weltwirtschaftskrise und den Aufstieg der NSDAP im Deutschen Reich allgemein. Diese Erkenntnisse der Forschung können nun in Regional- und Lokalstudien vertieft, präzisiert und sehr plastisch dargestellt werden.

²⁵Knut Borchardt, Zwangslage und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision eines überlieferten Geschichtsbildes. In, Bayerische Akademie der Wissenschaften Jahrbuch 1979, S. 87-132.

²⁶Henning Köhler, Knut Borchardts "Revision des überlieferten Geschichtsbildes" der Wirtschaftspolitik in der großen Krise - eine Zwangsvorstellung. In, IWK 19/1983, S. 164-180. Claus Dieter Krohn, "Ökonomische Zwangslagen" und das Scheitern der Republik. Zu Knut Borchardts Analyse der deutschen Wirtschaft in den 20er Jahren. In, GuG 8/1982, S. 415-426. Karl-Ludwig Holtfrerich, Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Bemerkungen zur Borchardt-These. In, GuG 10/1984, S. 122-141. Charles S. Maier, Die Nicht-Determiniertheit ökonomischer Modelle. Überlegungen zu Knut Borchardts These von der "kranken Wirtschaft" der Weimarer Republik. In, GuG 11/1985, S. 275-294. Bernd Weisbrod, Deflationspolitik als Krisenstrategie der Unternehmer in der Ära Brüning. Die Befreiung von den "Tariffesseln". In, GuG 11/1985, S. 295-325. Ursula Büttner, Politische Alternativen zum Brüningischen Deflationkurs. Ein Beitrag zur Diskussion über "Ökonomische Zwangslagen" in der Endphase von Weimar. In, VfZG 1989, S. 209-251. Reiner Meister, Die große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929 – 1932. Regensburg 1991. Clemens Zahn, Arbeitskosten und Lebenslagen zwischen Inflation und Großer Krise. Zur Geschichte der Weimarer Lohnbewegungen. München 1993.

²⁷Karl-Ludwig Holtfrerich, Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise? In, HZ 235/1982, S.605-631.

Zur Erforschung und Klärung dieser Fragen bieten sich, wie gesagt, Regionalstudien²⁸ in besonderem Maße an, da es schließlich die Gemeinden waren, die einen großen Teil der Last, insbesondere im Bereich der Fürsorge zu tragen hatten und hier die Auswirkungen der Politik Brüning's besonders deutlich hervortraten. Ebenso bezeugen lokale Konzepte zur Bewältigung der Krise sowie die Forderungen der Gemeinden an das Reich, daß angeblich nicht existente Alternativkonzepte durchaus vorhanden waren. Die Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Krise zeigen sich deutlich bei der Betrachtung der Wahlergebnisse und besonders im Aufstieg der NSDAP.

Die Forschung bezüglich des Aufstiegs der NSDAP läßt sich in acht verschiedene Phasen untergliedern.²⁹

In den ersten Jahren nach 1945 konzentrierten sich die Zeithistoriker auf die Frühgeschichte der NSDAP und in diesem Zusammenhang auf den Hitler-Putsch.³⁰ Gegen Ende der sechziger Jahre stand die Entwicklung der Partei nach ihrer Wiedergründung im Jahr 1925 im Vordergrund.³¹ Arbeiten, die sich hieran anschlossen, versuchten die Anziehungskraft der NSDAP und den damit verbundenen Massenzustrom zu ergründen.³² Diese Untersuchungen wurden durch regionalgeschichtliche Forschungen unterstützt. Solche Studien, die die fünfte Phase der Erforschung des Nationalsozialismus bilden, haben nach anfänglichen Schwierigkeiten (sie wurden zunächst von vielen Historikern für überflüssig gehalten) in der Forschung ihre Anerkennung gefunden.³³

²⁸ Horst Möller (Hg.), Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. München 1996. Für Baden u.a. Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie: Baden und Württemberg 1930 – 1952. Hrsg. v. Cornelia Rauh-Kühne und Michael Ruck. München 1993.

²⁹ Bei der Einteilung folgt der Verfasser Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik*, S. 207ff.

³⁰ Aus der Vielzahl der Arbeiten zu diesem Thema seien hier nur einige erwähnt. So z.B. Allen Bullock, *Hitler. Eine Studie über Tyrannei*, völlig überarb. Neuauf. 1971. Joachim C. Fest, *Hitler. Eine Biographie*. Berlin 1973. Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*. Tübingen 1969. Ders., *Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung*. Darmstadt 1986. Sowie zu Grundproblemen und Kontroversen Wolfgang Wippermann (Hg.), *Kontroversen um Hitler*. Frankfurt 1986. Bernd Steger, *Der Hitlerprozeß und Bayerns Verhältnis zum Reich 1923/24*, in: *VfZ* 25/1977, S. 441 – 466. Otto Gritschneider, *Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz*. München 1990.

³¹ Gerhard Schulz, *Der Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland*. Frankfurt 1975. Wolfgang Horn, *Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933)*. Düsseldorf 1972. Peter Hüttenberger, *Die Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP*. Stuttgart 1969.

³² Martin Broszat, *Zur Struktur der NS-Massenbewegung*. In: *VfZG* 31/1983, S.52-76.

³³ Ausführliche Literaturangaben bei Kurt Düwell, *Die regionale Geschichte des NS-Staates*, S. 306-341. Horst Kuss, *Die Ausbreitung der nationalsozialistischen Herrschaft im westlichen*

Bis Anfang der sechziger Jahre aber waren lokal- bzw. regionalgeschichtliche Untersuchungen über die Geschichte des Nationalsozialismus kein Thema in der Geschichtsforschung.³⁴ Stadtgeschichten schlossen in ihrer Chronologie zumeist mit dem Ersten Weltkrieg ab. Neben der vorhandenen Geringschätzung lokaler Erträge für die Forschung war sicherlich die schlechte Quellenlage, zum Teil bedingt durch die vorsätzliche Zerstörung, zum Teil aufgrund der Konfiszierung durch die Alliierten, ein wesentliches Motiv für die anfänglich geringe Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus auf lokaler Ebene. Auch dürfen die persönlichen Schwierigkeiten keinesfalls gering geschätzt werden, da aus persönlicher Betroffenheit häufig versucht wurde, die Vergangenheit zu verdrängen.

Die wenigen Untersuchungen, die alsbald nach dem Krieg erschienen, beschränkten sich zum einen thematisch auf die Betrachtung von Wahlergebnissen, zum anderen auf München, die "Hauptstadt der Bewegung".³⁵

In der Folgezeit nahmen sich dann auch Dissertationen der Fragen nach der regionalen Entwicklung der NSDAP an, die nun über Bayern hinausreichten. Hierbei wurde versucht, die vorhandenen Quellenlücken durch Befragung von Zeitzeugen, mit allen damit verbundenen Schwierigkeiten, zu überbrücken.³⁶

In den sechziger Jahren führte dann eine Vielzahl von Untersuchungen zum Nationalsozialismus auf lokaler Ebene zu weiteren wichtigen Erkenntnissen hinsichtlich dessen differenzierter Entwicklung.³⁷ In dieser Zeit erschienen auch die ersten Dokumentensammlungen für lokale Bereiche,³⁸ die vor allem Einblicke in das Verhalten und auf die Reaktionen der Parteien und Verbände bezüglich des Aufstiegs der NSDAP geben.

Teil des deutschen Reiches. Ein Bericht über neue regional- und lokalgeschichtliche Arbeiten. In, Blätter für deutsche Landesgeschichte 121/1985, S. 539-582. John Peter Horst Grill, Lokal and Regional Studies on National Socialism: A Review. In, Journal of Contemporary History 21/1986, S. 253-294.

³⁴Vgl. zum Folgenden John Peter Horst Grill, Lokal and Regional Studies.

³⁵Karl Schwendt, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. München 1954.

³⁶Maria Regina Rumpf, Die lebensalterliche Verteilung des Mitgliederzugangs zur NSDAP vor 1933, aufgezeigt an einer Großstadt und einem Landkreis: Ein Beitrag zum Generationsproblem. Unv. Diss. Heidelberg 1951.

³⁷Immer noch beispielgebend: William S. Allen, "Das haben wir nicht gewollt!" Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930-1935. Gütersloh 1966.

³⁸Werner Jochmann (Hg.), Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922-1933. Dokumente. Frankfurt a.M. 1963.

Im weiteren Verlauf stieg das Interesse der Forschung an den Erträgen der regionalen Erarbeitung immer mehr, wobei in erster Linie das Interesse am Aufstieg der NSDAP und den damit verbundenen Fragen überwog.³⁹ Im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung im Jahre 1983 erschienen zahlreiche Arbeiten, die Machtergreifung und Durchsetzung, d.h. die Gleichschaltung in den Ländern und Gemeinden, zum Untersuchungsgegenstand hatten.⁴⁰

Eine Reihe weiterer Fragen in der Zeitgeschichtsforschung griffen auch lokale Untersuchungen auf, die, wie schon bei den zuvor genannten Problemen zu einer beträchtlichen Vertiefung des Wissens in einzelnen Teilbereichen führten. Hierzu gehören, um nur einige zu nennen: Wahluntersuchungen,⁴¹ Aufbau und Organisation der Partei,⁴² Verfolgung und Widerstand,⁴³ Alltag unter dem Nationalsozialismus.⁴⁴

Die wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung gegen Ende der Weimarer Republik, als Teilaspekt der Frage nach dem Aufstieg der

³⁹Thomas Krause, *Hamburg wird braun. Der Aufstieg der NSDAP von 1921-1933*. Hamburg 1987. Bernd Neufurth, *Solingen 1929-1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Machtübernahme in einer Kommune*. St. Augustin 1984. Uwe Kraus, *Von der Zentrumshochburg zur NS-Gemeinde. Aufstieg und Machtergreifung des Nationalsozialismus in Ravensburg zwischen 1928 und 1935*. o.O. o.J. Volker Franke, *Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt*. Düsseldorf 1987. Peter Heinacher, *Der Aufstieg der NSDAP im Stadt und Landkreis Flensburg (1919-1933)*. Kiel 1985. Cornelia Rauh-Kühne, *Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918 – 1939*. Sigmaringen 1991.

⁴⁰Ellen Scheurich, *Aufstieg und Machtergreifung des Nationalsozialismus in Wertheim am Main*. Wertheim 1983.

⁴¹Heinz Jürgen Smula, *Milieus und Parteien. Eine regionale Analyse der Interdependenz von politisch-sozialen Milieus, Parteiensystem und Wahlverhalten am Beispiel des Landkreises Lüdinghausen 1919-1933*. Münster 1987. Alexander Weber, *Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler. Eine Zusammenfassung bisheriger empirischer Untersuchungen nach einer Analyse in den Ländern Baden und Hessen*. Freiburg 1969. Jürgen W. Falter, Hartmut Bömermann, *Die unterschiedlichen Wahlerfolge der NSDAP in Baden und Württemberg: Ergebnis differierender Sozialstruktur oder regionalspezifischer Faktoren?* In: *Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. v. D. Oberndörfer u. K. Schmitt. Berlin 1991, S. 283 – 298.

⁴²Wilfried Böhnke, *Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920-1933*. Bonn 1974. Gustav Luntowski, *Hitler und die Herren an der Ruhr: Wirtschaftsmacht und Staatsmacht im Dritten Reich*. Frankfurt/M. 2000.

⁴³Jörg Schadt (Hg.), *Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts 1933-1940*. Stuttgart 1976.

⁴⁴Detlev Peukert, Jürgen Reulecke (Hg.), *Die Reihen fest geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unter dem Nationalsozialismus*. Wuppertal 1981. Heinz Schmitt; Ernst Otto Bräunche (Hg.), *Alltag in Karlsruhe. Vom Lebenswandel einer Stadt durch die Jahrhunderte*. Karlsruhe 1990.

NSDAP zur Massenpartei wird jedoch auch meist, nicht nur aus lokalgeschichtlichen Arbeiten, ausgeblendet. Beispielgebend für die Behandlung dieser Fragen ist die Arbeit von Ursula Büttner über "Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise".⁴⁵

Die Ergebnisse der Forschungen u.a. von Dieter Rebentisch zeigen,⁴⁶ welche Bedeutung die Untersuchungen auf regionaler bzw. lokaler Ebene für die Erforschung der politischen und sozialen Geschichte der Weimarer Republik haben können. Am Beispiel einzelner Städte, die in ihrer politischen und ökonomischen Konstellation differieren, konnte Rebentisch übereinstimmende Entwicklungen genauer herausarbeiten. Vor allem veranschaulicht er die Schwierigkeiten der Gemeindepolitiker, in der Krise ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen.

Die umfassendste, auf breiter Quellenbasis beruhende Studie über die badische NSDAP stammt von dem amerikanischen Historiker John Peter Horst Grill.⁴⁷ In seiner Arbeit beschreibt Grill den Aufstieg der NSDAP, beginnend mit den rechtsradikalen Gruppen nach dem Ersten Weltkrieg bis hin zur Massenbewegung 1929/30 sowie bis zur Machtergreifung und Gleichschaltung Badens.⁴⁸ Nach 1933, so Grill, konzentrierten sich die Aufgaben der Partei auf die "elimination of alien subcultures", ein Ziel, das die Partei nach dem erfolgreichen Frankreichfeldzug auch im Elsaß erreichen sollte. Grill konzentriert sich in seiner Untersuchung vornehmlich auf die ländlichen Gebiete Badens.⁴⁹

⁴⁵Ursula Büttner, *Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931*. Hamburg 1982.

⁴⁶Dieter Rebentisch, *Kommunalpolitik und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik*. In: Rudolf Morsey (Hg.), *Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele*. Berlin 1977, S. 107-162. Gerold Ambrosius, *Die öffentliche Wirtschaft in der Weimarer Republik. Kommunale Versorgungsunternehmen als Instrumente der Wirtschaftspolitik*. Baden-Baden 1984. Ders., *Aspekte kommunaler Unternehmenspolitik in der Weimarer Republik*. In: AfK 19/1980, S. 239-261. Karl-Heinrich Hansmeyer (Hg.), *Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik*. Stuttgart u.a. 1973. Wolfgang Heintel, *Die Haushalte von Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925-1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung*. Frankfurt u.a. 1984. Fritz Blaich, *Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Wirtschaftspolitik während der Weltwirtschaftskrise 1929-1932*. In: AfK 9/1970, S. 92-108. Ders., *Kommunalpolitik in der Weltwirtschaftskrise*. In: IMS 1983/H.2., S.1-6.

⁴⁷John Peter Horst Grill, *The Nazi Movement in Baden, 1920-1945*. Chapel Hill 1990.

⁴⁸Vgl. hierzu Horst Reberger, *Die Gleichschaltung des Landes Baden*. Heidelberg 1966.

⁴⁹Vgl. hierzu John Peter Horst Grill, *The nazi parties rural propaganda before 1928*. In: CEH 15/1982, S. 149-185.

Bereits ein Jahr vor Grill hatte Ernst Otto Bräunche einen Aufsatz über den Aufstieg der NSDAP und die Machtergreifung in Baden veröffentlicht.⁵⁰

Die wirtschaftliche Entwicklung, die bei den oben genannten Autoren ausgeblendet blieb, beschreibt Rudi Allgeyer für Baden,⁵¹ ohne jedoch einen Bezug zwischen Krise und politischer Lage herzustellen.

Die Arbeiten der sechsten Phase der Forschungen zum Aufstieg des Nationalsozialismus beschäftigen sich mit der Organisationsstruktur der NSDAP, d.h. den einzelnen Gliederungen der Partei wie SA oder Jugendorganisation.⁵² Zum selben Themenkomplex gehört auch die Frage nach der Unterstützung der NSDAP durch die Industrie.⁵³

Relativ spät, und das ist wegen ihrer großen Bedeutung verwunderlich, befaßte sich die Forschung mit wahlhistorischen Analysen der Wählerbewegung zur NSDAP.⁵⁴ Grundlegend für die Untersuchung der Wählerbewegung sind die Arbeiten von Jürgen W. Falter, in denen er mit jeweils unterschiedlicher Fragestellung die Ergebnisse der bisherigen Wahlforschung in Zweifel zieht und zum größten Teil widerlegt. In seinem 1986 erschienen Buch "Wahlen und Abstimmungen"⁵⁵ gelingt es Falter, mit Hilfe eines in dieser Aus-

⁵⁰Ernst Otto Bräunche, Die NSDAP in Baden 1928-1933. Der Weg zur Macht. In, Thomas Schnabel (Hg.), Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933. Stuttgart u.a. 1982, S. 15-48.

⁵¹Rudi Allgeyer, Grenzland in der Krise. Die badische Wirtschaft 1928-1933. In, Thomas Schnabel (Hg.), Die Machtergreifung, S. 150-183.

⁵²Martin Broszat u.a., Anatomie des SS-Staates. 2 Bde. Freiburg 1965. Arno Klönne, Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich. Hannover 1955.

⁵³Henry A. Turner, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft. Göttingen 1972. Ders., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers. Berlin 1985. Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Göttingen 1981.

⁵⁴Jürgen W. Falter, Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924-1933. In, Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament". B. 28-29/1979, S. 3-21. Ders., Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP nach 1928, in: Karl Dietrich Bracher (Hg.), Die Weimarer Republik 1918 – 1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Düsseldorf 1987, S. 484 – 504. Ders. Wählerwanderungen vom Liberalismus zu (rechts-)extremen Parteien. In, Lothar Albertin (Hg.), Politischer Liberalismus. S. 92 – 124. Ders., Dirk Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen von 1928 – 1933. In: AfS 26/1986, S. 179 – 216. Richard F. Hamilton, Who voted for Hitler? Princeton 1982. Thomas Childers, The Nazi-Voter. The Social Foundations of Fascism in Germany 1919-1933. Chapel Hill, London 1990.

⁵⁵Jürgen W. Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933. München 1986. Ders. Hitlers Wähler. München 1991.

führlichkeit bislang nicht verfügbaren Datensatzes seine seit 1979 veröffentlichten Thesen zum Wahlverhalten in Weimar nachprüfbar zu untermauern. Falter's Kritik an der bisherigen Wahlforschung, die er als "Wahlfolklore" bezeichnet, an der manches richtig, aber auch vieles falsch sei, richtet sich in erster Linie gegen Globalerklärungen. Einer solch einfachen Lösung bediente sich, so Falter, Reinhard Bendix,⁵⁶ der durch den Vergleich der Zunahme der Wahlbeteiligungen und der Stimmengewinne der NSDAP den Schluß zog, daß für die Wahlerfolge der NSDAP von 1930 in erster Linie Nicht- oder Jungwähler verantwortlich waren. Bendix schloß daraus weiter, daß die NSDAP-Wähler nicht durch sozialstrukturelle Merkmale gekennzeichnet seien, sondern im Gegenteil durch soziale Desintegration, was diese Wählergruppe besonders anfällig für die NSDAP gemacht habe.

Die neuesten statistischen Analysen von Falter haben jedoch ergeben,⁵⁷ daß von der höheren Wahlbeteiligung alle Parteien profitierten. Ebenso widerspricht der Bendix'schen These, daß die NSDAP vor allem in ländlichen Gebieten erfolgreich war, dort, wo man von einer wesentlich stärkeren sozialen Integration ausgehen kann als z.B. in der Großstadt.

Diesem Ansatz von Bendix war zuvor schon Seymour M. Lipset entgegengetreten,⁵⁸ welcher die klassentheoretische These vom Nationalsozialismus als Extremismus der Mitte vertritt.⁵⁹ Als klassische Wähler der NSDAP sieht Lipset vor allem den selbständigen Mittelstand, Angestellte, Beamte und Freiberufler. Daß diese These z.T. richtig ist, bestätigten auch die Untersuchungen von Jürgen W. Falter, der sie aber als zu eng gefaßt kritisiert, da es der NSDAP gelang, "mit ihrer Ideologie der Volksgemeinschaft und ihrem übersteigerten Nationalismus Angehörige aller Bevölkerungsschichten, Angestellte und Arbeiter, Bauern und Beamte, Freiberufler und Hausfrauen, Junge und Alte, Protestanten und Katholiken, Grenz- und Binnenlandbewohner, Unternehmer und Arbeitslose etc. in so großer Zahl für sich zu mobilisieren, daß

⁵⁶Reinhard Bendix, *Social Stratification and Political Power*. In, *American Political Science Review*. 46/1952, S. 357-375.

⁵⁷Jürgen W. Falter, *Wer verhalf der NSDAP zum Sieg?*, S.1.

⁵⁸Seymour M. Lipset, *Soziologie der Demokratie*. Neuwied 1962.

⁵⁹Zur Kritik an den Theorien von Bendix und Lipset vergl. Jürgen W. Falter, *Radikalisierung des Mittelstandes oder Mobilisierung der Unpolitischen? Theorien von Seymour M. Lipset und Reinhard Bendix über die Wählerschaft der NSDAP im Lichte neuerer Forschungsergebnisse*. In, Peter Steinbach (Hg.), *Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß*. Stuttgart 1982, S. 438-469.

bei aller Überrepräsentation des protestantischen Mittelschichtenbereichs sie stärker als jede andere politische Gruppierung jener Jahre Volkspartei-Charakter trug".⁶⁰ Falter sieht die NSDAP als erste große Integrationspartei, deren Wähler "mit deutlichem Übergewicht der bürgerlich-protestantischen Mittel- und Rechtsparteien und der Nichtwähler sowie in geringem Ausmaße auch der Sozialdemokratie aus allen politischen Lagern" stammen.⁶¹

Quellenlage:

Da, wie bereits erwähnt, eine Stadtgeschichte Karlsruhes über die Zeit der Weimarer Republik fehlt, war der Verfasser bei der Bearbeitung des Themas folglich ausschließlich auf bislang unausgeschöpftes Quellenmaterial angewiesen. Das Auffinden solcher Quellen gestaltete sich besonders schwierig, da viele Materialien aus dieser Zeit dem Krieg oder der Selbstzerstörung zum Opfer gefallen sind. So fehlen z.B. die Akten des Innenministeriums, die über die Propagandatätigkeit, die Versammlungen und die Mitgliederstärke der NSDAP in Karlsruhe wahrscheinlich hätten Aufschluß geben können. Glücklicherweise sind im Staatsarchiv Freiburg die Berichte an den Landeskommissär Konstanz erhalten, in denen auch Beobachtungsergebnisse über die Karlsruher NSDAP festgehalten sind. Leider sind auch die Wahlunterlagen des Städtischen Statistischen Amtes nicht mehr auffindbar. Hierbei fällt vor allem das Fehlen der Wählerlisten negativ ins Gewicht, die die genaue Erstellung der Sozialstruktur, exakt auf die Wähler bezogen und nicht auf die Wohnbevölkerung, ermöglicht hätten. Sie müssen aber als verloren gelten.

Um die Lücken in den Quellen staatlicher Provenienz so gut wie möglich zu schließen, war der Verfasser gezwungen, sich vornehmlich auf die Presse zu stützen. Hierbei wurden die Karlsruher Zeitungen "Der Volksfreund", "Karlsruher Zeitung", "Badischer Beobachter", "Karlsruher Tagblatt" und der "Führer" herangezogen. Für die Ermittlung der Sozialstruktur der städtischen Wahlbezirke erwiesen sich die Adressbücher der Stadt Karlsruhe von besonderem Gewicht. Mit ihrer Hilfe war es möglich, die Bewohner der ein-

⁶⁰Jürgen W. Falter, Wer verhalf der NSDAP zum Sieg?, S. 19. Ders., War die NSDAP die erste Volkspartei? In: Rainer Zittelmann, Michael Prinz (Hg.), Nationalsozialismus und Modernisierung. Darmstadt 2. Aufl. 1994, S. 1 – 46.

⁶¹Ders., Die Wähler der NSDAP 1928-1933, S. 58.

zelen Wahlbezirke - Straße für Straße, Haus für Haus - zu ermitteln und ihrer sozialen Herkunft nach einzuordnen. Daß die daraus resultierende Sozialstruktur nicht völlig korrekt sein kann, versteht sich fast von selbst und liegt am Aufbau der Adressbücher, die nicht alle Wahlberechtigten erfassen, sondern nur diejenigen, die einen eigenen Haus- bzw Wohnungsstand führten. Allerdings ist der Verfasser der Ansicht, daß die daraus resultierende Abweichung minimal und somit rechnerisch zu vernachlässigen ist.

Was die Karlsruher NSDAP anbelangt, d.h. ihre Mitglieder und ihre lokalpolitischen Führer, so zeigt sich die Quellenlage auch hier sehr schwierig. Aussagen über die Mitgliedsstärke sowie die soziale Zusammensetzung der Mitgliederschaft lassen sich aufgrund nur lückenhafter Überlieferung lediglich andeuten. Über die lokalpolitische "Elite" (Stadtverordnete, Stadträte, Propagandisten) geben zum Teil die Akten der Spruchkammern Auskunft - auch hier bestehen große Lücken.

Für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Baden wie auch der Stadt Karlsruhe konnte der Verfasser auf gedruckte Quellen staatlicher bzw. städtischer Provenienz zurückgreifen. Als Glücksfall erwies sich, daß Baden als einziges Land des Reiches, trotz finanzieller Schwierigkeiten, auch 1930 noch sein "Statistisches Jahrbuch" herausgab.

Die Quellenlage bestimmte dann auch die Vorgehensweise, wobei sich eine chronologische Vorgehensweise durch die vier untersuchten Wahlen aufgedrängt hat. Zunächst geht der Arbeit, aus den bereits erwähnten Gründen, ein einleitendes Kapitel voran, welches die politische und wirtschaftliche Entwicklung Karlsruhes skizziert, um eine Einordnung des Folgenden leichter zu ermöglichen. Die anschließenden Kapitel gliedern sich wie folgt: Haushalt, wirtschaftliche, politische Lage, soziale Lage anhand der dafür besonders aussagekräftigen Situation auf dem Wohnungsmarkt, Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit Berichten des Arbeitsamts. Dann politische Auswirkungen im Spiegel der Wahlen.

Zu Beginn des jeweiligen Abschnitts wird eine beschreibende und vergleichende Darstellung der Wahlergebnisse auf Reichs- bzw. auf Landesebene gegeben, hierbei mit besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse der NSDAP. Daran schließt sich eine Betrachtung des politischen Auftretens der Nationalsozialisten und ihrer Vertreter sowie deren Propaganda an. Als nächs-

tes folgt eine eingehende Beurteilung des Wahlergebnisses in Karlsruhe. Abschließend werden die Resultate acht ausgesuchter Wahlbezirke analysiert. Bei diesen Wahlbezirken handelt es sich jeweils um vier Bezirke, die sich seit den Reichstagswahlen von 1928 durch einen auffällig niedrigen oder durch einen besonders hohen Anteil an NSDAP-Stimmen auszeichneten. Abschließend soll dann, basierend auf den vorausgegangenen Analysen, die Frage nach der parteipolitischen sowie der sozialen Herkunft der Karlsruher NSDAP-Wähler beantwortet werden.

II. Karlsruhe im ersten Jahrzehnt der Republik

II.1. Die politische Entwicklung 1918/19

II.1.1. Die revolutionären Ereignisse in Karlsruhe

Es dauerte nur wenige Tage bis die "revolutionären" Ereignisse in Wilhelmshaven und Kiel auch auf Baden und somit natürlich auch auf seine Landeshauptstadt übergriffen.⁶² "Eine Besonderheit der November-Ereignisse in Baden liegt darin, daß sie das Kräfteverhältnis der vorhandenen politischen Parteien nur unwesentlich veränderten. Die Umwälzung verlief verhältnismäßig ruhig. Es kam nicht wie in den meisten deutschen Ländern zur Bildung einer rein sozialistischen Regierung aus SPD und USPD."⁶³

Die einzige bewaffnete Auseinandersetzung in Karlsruhe ereignete sich vor dem Schloß, als der Matrose Heinrich Klumpp mit einigen Gesinnungsgenossen versuchte, die Verhaftung und Absetzung des Großherzogs zu erzwingen.⁶⁴

In Karlsruhe wurde früh der Versuch unternommen, die Revolution in geordnete Bahnen zu lenken.⁶⁵ Der Karlsruher Oberbürgermeister Karl Siegrist regte von sich aus die Bildung eines Wohlfahrtsausschusses an, um die Revolutionsführer in diesen einzubinden. Die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates konnte er indessen nicht verhindern. Die Räte und ihre Ausschüsse "übernahmen vor allem im Monat November vielfach Aufgaben der staatlichen Verwaltung. Sie wurden aber zu keiner Zeit ein Ersatz für staatliche Organe. So kam es bald zu einer Parallelentwicklung, wobei die Zeit gegen die Räte arbeitete. Die Aufnahme praktisch aller sozialen Schichten und Berufe in die Räte nahm ihnen die Möglichkeit, Stoßtrupps des Klassenkampfes zu bleiben

⁶²Zum Folgenden vgl. Gerhard Kaller, Die Revolution des Jahres 1918 in Baden und die Tätigkeit des Arbeiter und Soldatenrates in Karlsruhe. In, ZGO 114/1966, S. 301-350. Peter Brandt; Reinhard Rürup, Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden 1918/19. Düsseldorf 2.Aufl. 1990. Hans Georg Zier, Politische Geschichte Badens 1918-1933. In, Josef Becker u.a., Badische Geschichte vom Großherzogtum bis zur Gegenwart. Stuttgart 2.Aufl. 1987, S. 143-167.

⁶³Reinhard Schiffers, Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem. Düsseldorf 1971, S. 37.

⁶⁴Gerhard Kaller, Zur Revolution von 1918 in Baden. Klumpp-Putsch und Verfassungsfrage. In, Oberrheinische Studien Bd. II., Karlsruhe 1973, S. 175-202.

⁶⁵Zu den revolutionären Ereignissen in Karlsruhe vgl. Ernst Otto Bräunche, Residenzstadt, Landeshauptstadt, Gauhauptstadt. Zwischen Demokratie und Diktatur 1914 – 1945. In, Karlsruhe. Die Stadtgeschichte. Karlsruhe 1998, S. 357 – 454, hier S. 377 – 381.

oder zu werden. Aus den Arbeiter- und Soldatenräten wurden die Volksräte. ... Die Räte als Instrument politischer Macht fanden schon bald nur mehr bei außerhalb der Regierung stehenden linksgerichteten Parteien und Gruppen Unterstützung."⁶⁶

Doch zunächst bildeten in gemeinsamer Sitzung beide Gremien, Wohlfahrtsausschuß und Soldatenrat, eine vorläufige Regierung, die insgesamt elf Minister (5 MSPD, 2 USPD, 2 Zentrum, 1 Fortschrittliche Volkspartei, 1 Nationalliberale Partei) umfaßte. Der vorläufigen Volksregierung war es noch am gleichen Tag möglich, die Zustimmung aller badischen Arbeiter- und Soldatenräte zu erhalten.⁶⁷

Ende November 1918 dankte dann auch der badische Großherzog Friedrich II. ab. Dieser Vorgang zeigt wiederum deutlich, wie reibungslos der Machtwechsel in Baden vonstatten ging. In seiner Abdankungsurkunde schrieb Friedrich u.a.: "Ich will kein Hindernis derjenigen Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des badischen Landes sein, welche die verfassunggebende Versammlung beschließen wird. Ich wünsche ..., daß die Beamten im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit ihren Dienst weiterführen und daß niemand sich durch Rücksicht auf meine Person oder die Treue und Anhänglichkeit für mich und mein Haus abhalten läßt, die Anordnungen der neuen Regierung zu befolgen. Gott schütze mein liebes Badner Land!"⁶⁸

Gleichzeitig mit der Abdankung veröffentlichte die Regierung folgende Beschlüsse: "1. Der Großherzog hat auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet. 2. Alle Staatsgewalt ist in den Händen der badischen vorläufigen Volksregierung. 3. Wir erklären hierdurch, daß Baden eine freie Volksrepublik ist. 4. Endgültig über die Staatsform entscheidet die badische Nationalversammlung. 5. Die Nationalversammlung wird am Sonntag den 5. Januar 1919 gewählt. ... 6. Die Wahl zur Nationalversammlung findet nach dem gleichen, geheimen und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Verhält-

⁶⁶Ders., Die Revolution, S. 326.

⁶⁷Ebd., S. 305.

⁶⁸Chronik der Landeshauptstadt Karlsruhe für die Jahre 1918 und 1919. Karlsruhe 1925, S. 109.

niswahlsystems durch alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen statt, welche am Tage der Wahl Badener sind."⁶⁹

Schon am 18. November 1918, d.h. eine Woche nach Beginn der revolutionären Ereignisse, wurde von der vorläufigen Volksregierung die Ausarbeitung einer Verfassung in Auftrag gegeben.⁷⁰

Der Zusammensetzung des Kabinetts entsprechend wurden zu diesen Beratungen alle ihm angehörige politischen Richtungen herangezogen, die auf dem Boden der parlamentarischen Staatsform standen. Diesem Ausschuss gehörten der Sozialdemokrat Dietz, der nationalliberale Glockner, der Zentrumsmann Zehntner und Weil, Fortschrittliche Volkspartei, an.

Entgegen den Erwartungen konnten sich diese vier Politiker nicht auf einen gemeinsamen Entwurf einigen. Der Sozialdemokrat Dietz legte daher eine eigene Ausarbeitung vor, die später zum großen Teil übernommen wurde. Eine Regierungskommission, bestehend aus fünf Ministern und den Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte, legte am 15. Januar 1919 der am 5. Januar gewählten badischen verfassunggebenden Nationalversammlung einen Entwurf vor, der sich im wesentlichen mit dem von Dietz deckte.⁷¹ Durch die Volksabstimmung am 13. April 1919 wurde die Verfassung vom 21. März 1919 voll bestätigt.

⁶⁹Ebd., S 109 f.

⁷⁰Reinhard Schiffers, Elemente, S. 37-52.

⁷¹Ebd., S. 38.

II.1.2. Die Wahlen zur badischen verfassunggebenden Nationalversammlung⁷²

Die ersten Wahlen, die gemäß den Forderungen der vorläufigen Regierung nach dem gleichen, geheimen und allgemeinen Wahlrecht durchgeführt wurden, waren die zur verfassunggebenden Badischen Nationalversammlung am 5. Januar 1919. 36,62% der Badener gaben dem Zentrum ihre Stimme. Gefolgt wurde das Zentrum von der SPD mit 32,06%, der DDP mit 22,77% und der christlichen Volkspartei (DNVP) mit 7,03% der Stimmen. Für die USPD, die in Baden lediglich auf 1,05% kam und somit auch ihre Mandate im neuen Landtag verlor, bedeutete dieses Ergebnis die Ausschaltung von der politischen Macht. Dennoch versuchte die Partei, auch nach der Wahl Einfluß auf die politische Entwicklung zu nehmen, was zur Ausrufung der Räterepublik am 22. Februar in Mannheim führte,⁷³ wobei sie die Arbeiter- und Soldatenräte nicht auf ihrer Seite hatte, da diese zur Regierung standen. Den Weg zur neuen verfassungsmäßigen Ordnung konnten diese Ereignisse nicht verstellen.⁷⁴

Das Wahlergebnis in Karlsruhe zeigte deutliche Unterschiede zum Landesergebnis auf. In der Landeshauptstadt konnte das Zentrum lediglich 20,04% der Stimmen erreichen und war somit nur drittstärkste Partei. Vor dem Zentrum lag die Karlsruher DDP, die hier 32,21% der Stimmen erhielt, einen Anteil, den die Partei allerdings nur ein Jahr halten sollte. Mit deutlichem Abstand war die SPD führende politische Kraft in Karlsruhe, da es ihr gelang, 36,56% der Wähler und Wählerinnen für sich zu gewinnen. Das Ergebnis der Christlichen Volkspartei deckte sich in Karlsruhe in etwa mit dem Landesergebnis, während die USPD in Karlsruhe im Verhältnis zum gesamtbadischen Ergebnis etwa 2% stärker war, politisch aber auch hier ohne Einfluß blieb.

⁷²Zu den Ergebnissen vgl. Die Wahlen in Baden zur verfassunggebenden badischen und deutschen Nationalversammlung im Jahr 1919. Karlsruhe 1919.

⁷³Gerhard Kaller, Die Revolution, S. 324.

⁷⁴Ebd., S. 324f.

II.1.3. Die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung⁷⁵

Vierzehn Tage nach der Wahl zur verfassunggebenden badischen Nationalversammlung wurden die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung durchgeführt. Bei dieser Wahl konnte die SPD ihre Position als stärkste Partei im Reich behaupten. Sie erhielt auf Reichsebene 37,9% der Stimmen, während die radikale USPD lediglich 7,9% für sich verbuchen konnte. Die Mehrheit in der Nationalversammlung erhielten aufgrund des Wahlergebnisses jedoch die bürgerlichen Parteien. Das Zentrum erzielte 19,7%, die DDP 18,5% und die DNVP 10,3%, hinzu kam noch die DVP mit 4,4% der Stimmen. Durch dieses Wahlergebnis wurde zum einen eine sozialistische Gesetzgebung verhindert. Es zwang zum anderen zu einer Verfassung auf der Basis eines Kompromisses zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien, die sich in der "Weimarer Koalition" zusammen fanden, d.h. einer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP. Dieselbe Koalition kam auch in Baden zustande, wo sie aber, im Gegensatz zum Reich, abgesehen von dem Jahr 1925/26, bis zur Machtübergabe an die Nationalsozialisten halten sollte.

Die Ergebnisse der einzelnen Parteien unterscheiden sich in Baden zum Teil recht deutlich von denen, die auf Reichsebene erzielt wurden.⁷⁶ Im Vergleich mit der vorausgegangenen Wahl in Baden gab es allerdings nur geringe Verschiebungen. So blieb das Zentrum weiterhin stärkste badische Partei (36,1%), vor der SPD (34,8%), der DDP (21,5%) und der DNVP (7,4%). Für die Landeshauptstadt selbst gilt das zuvor für das Ergebnis in Baden Gesagte, d.h. es gibt kaum Unterschiede im Vergleich mit dem Ergebnis der "Badenwahl". Auffällig ist auch hier wieder der deutliche Unterschied zwischen Land und Landeshauptstadt selbst. Wie zwei Wochen zuvor war auch diesmal die SPD mit 40,5% erfolgreichste Partei in Karlsruhe, gefolgt von der DDP mit 31,1%. Mit deutlichem Abstand folgte das Zentrum, das in Karlsruhe nur auf 20,5% der Stimmen kam. Die DVP kandidierte bei dieser Wahl weder in Karlsruhe noch in Baden. Die rechtsradikale DNVP fand bei 7,4% der Wähler Zusage. Die USPD kandidierte nicht.

⁷⁵Die Wahlen zur verfassunggebenden badischen und deutschen Nationalversammlung auf Grund amtlichen Materials. Karlsruhe 1919.

⁷⁶Ebd.

II.1.4. Die Stadtverordneten-Wahl⁷⁷

Die Neuordnung der politischen Verhältnisse auch auf kommunaler Ebene machte die Neuwahl der Stadtverordneten und der Stadträte auf Grund des Artikels VII der geänderten Städte- und Gemeindeordnung⁷⁸ notwendig. Daher wurden auch die Karlsruher Bürger bereits am 18. Mai erneut zur Wahl aufgerufen. Diesem Aufruf folgten allerdings nur 45% der Wahlberechtigten, möglicherweise durch einsetzende Wahlmüdigkeit hervorgerufen, was in erster Linie der SPD schadete, wie das folgende Ergebnis zeigen wird!

Demnach erhielt die SPD ca. 16% weniger Stimmen als zwei Wochen zuvor, d.h. 24.9%, gerade soviel wie das Zentrum, welches sein Ergebnis um annähernd 5% erhöhen konnte. Verantwortlich für das schlechte Abschneiden der Karlsruher Sozialdemokraten war in erster Linie die oben angesprochene geringe Wahlbeteiligung, zum anderen aber beteiligte sich im Gegensatz zur vorausgegangenen Wahl die USPD und erhielt überraschend 10,2% der Stimmen. Da die Demokraten ihre zuvor erzielten Ergebnisse bestätigen konnten, wurden sie bei dieser Wahl mit 30,7% der Stimmen stärkste politische Kraft im neuen Karlsruher Stadtparlament. Die DNVP kam bei diesen Wahlen auf 9,1%.

Auf Grund des Wahlergebnisses ergab sich im Bürgerausschuß folgende Sitzverteilung:

Die DDP erhielt als stärkste Partei 30 Sitze, SPD und Zentrum je 24, die USPD 10 und die DNVP 8 Sitze.

⁷⁷Zu den Ergebnissen der Wahl Der Volksfreund 19.5.1919.

⁷⁸Badische Gemeindeordnung. Karlsruhe 1919.

II.1.5. Die Wahl des Oberbürgermeisters

Dem neugewählten Bürgerausschuß, der am 27. Mai 1919 auch den neuen Stadtrat gewählt hatte, oblag es nun, den Bürgermeister zu wählen.⁷⁹

Die Amtszeit des im Jahre 1906 gewählten Oberbürgermeisters Karl Siegrist war auf Grund der badischen Gemeindeordnung vom 13. März 1919 abgelaufen, wodurch eine Neuwahl notwendig wurde, die auf den 25. Juli festgesetzt war. Da an diesem Termin keine gültige Wahl zustande kam - von 122 Stimmberechtigten stimmten nur 47 ab und von diesen Stimmen erhielt Siegrist nur 37 - mußte die Stelle des Oberbürgermeisters öffentlich ausgeschrieben werden. Mit nur einer Gegenstimme wurde dann der Wahlvorschlag der DDP angenommen und am 19. September der Mannheimer Bürgermeister Dr. Julius Finter zum Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe gewählt. Finter sollte bis zu seiner Vertreibung aus dem Amt durch die Nationalsozialisten unumstrittener Oberbürgermeister der Stadt bleiben.

Mit dieser Wahl war die politische Umgestaltung im Sinn der neuen Verfassung beendet. Daß die Republik und die Verfassung aber keineswegs gesichert waren, zeigten eindringlich die Ereignisse im Reich und auch in Baden zu Beginn des Jahres 1920.⁸⁰

⁷⁹Chronik 1918/19, S. 38.

⁸⁰Hans Georg Zier, Politische Geschichte, S. 158 f.

II.2. Die politische Entwicklung 1920-1928.⁸¹

II.2.1. Der Kapp-Putsch

Karlsruhe wurde in den ersten Monaten des Jahres 1920 durch die Ereignisse des Kapp-Putsches in Berlin, welche die junge Demokratie und die Verfassung auch hier bedrohten, beunruhigt. Die badische Regierung erließ, erschüttert durch die Nachrichten aus Berlin einen "Aufruf an das badische Volk". In diesem Aufruf heißt es u.a.: "Mitbürger! Das badische Volk hat in den schweren Tagen der Revolution sich vor ganz Deutschland dadurch ausgezeichnet, daß eine möglichst ruhige Entwicklung gesichert wurde. Wir lassen uns durch die preußischen Reaktionäre, an deren Spitze der reaktionäre Hetzer General-landschaftsinspektor Kapp steht, nicht in das Unglück stürzen. Der Bestand des Reiches, die Ordnung im Innern sind gefährdet, und es droht uns feindliche Besetzung, wenn wir uns nicht mit aller Kraft hinter die alte verfassungsmäßige Regierung stellen. Mitbürger! Tretet jedem Versuch reaktionärer Putsche rücksichtslos entgegen. ... Schützt die Republik!"⁸²

Dieser Aufruf der badischen Regierung wurde am folgenden Tag durch öffentliche Kundgebungen auf dem Marktplatz unterstützt. Redner aller politischen Parteien sprachen vom Balkon des Rathauses aus über die politische Lage in Berlin und die Gefährdung, die von ihr ausging. Waren sich die Redner auch über die zu ergreifenden Maßnahmen gegen die Kapp-Regierung uneins, so waren sich aber alle in ihrer Ablehnung einig.

Auch der badische Beamtenbund und der badische Eisenbahnerverband sowie der Verband des deutschen Verkehrspersonals hatten zu einer Versammlung in der Karlsruher Festhalle aufgerufen. Zum Abschluß dieser Kundgebung, auf der Redner aller vertretenen Gruppen auftraten, wurde eine Resolution verabschiedet, welche die Entschlossenheit der badischen Staatsarbeiter und Beamten zum Ausdruck brachten, "der Verfassung unbedingte Achtung zu verschaffen, ... der verfassungsmäßigen Regierung die Treue [zu] halten und sie in allen Maßnahmen zu unterstützen, die notwendig sind, um den

⁸¹ Bräunche, Residenzstadt.

⁸²Chronik der Landeshauptstadt Karlsruhe für die Jahre 1920-1923. Karlsruhe 1930, S.35f.

gewaltsamen Sturz der Regierung oder die gewaltsame Aufhebung der Verfassung zu verhindern."⁸³

Selbstverständlich wehrten sich auch die Gewerkschaften gegen die reaktionären Putschversuche und zwar durch die Ausrufung eines 24-stündigen Generalstreiks am 16. März. Lediglich die lebenswichtigen Betriebe wurden nicht bestreikt. Ergänzt wurden die Proteste der Gewerkschaften durch eine Kundgebung auf dem Marktplatz, wo Vertreter der Arbeiterparteien zu den Ereignissen sprachen.

⁸³Chronik 1920-1923, S. 38.

II. 2.2. Die Reichstagswahlen am 6. Juni 1920

Nach dem Scheitern des Kapp-Putsches und der Rückkehr der Reichsregierung nach Berlin wurden dann von der Reichsregierung Wahlen für den 6. Juni anberaumt, die ursprünglich erst für den Herbst vorgesehen waren.⁸⁴ Die Wahl endete mit einer deutlichen Niederlage für die Regierungsparteien SPD, DDP und Zentrum, während die Oppositionsparteien deutliche Stimmengewinne verbuchen konnten. Die Sozialdemokraten verloren über 16%, die DDP 10% und das Zentrum mehr als 6% seiner Stimmen. Auf der Linken des Parteienspektrums gewann vor allem die USPD deutlich hinzu und erhielt 17,9%, während die KPD lediglich auf 2,1% kam. Die Parteien der Rechten konnten ihren Stimmenanteil ebenfalls erheblich vergrößern. Hierbei entfielen auf die DNVP 15,1% und die DVP 13,9%. Mit diesem Ergebnis verlor die "Weimarer Koalition" im Reich ihre Mehrheit, die sie in den verbleibenden Jahren der Republik auch nicht wiedererringen sollte.

In Baden blieb die Mehrheit der Koalitionsparteien ungefährdet und die Ergebnisse erscheinen im einzelnen relativ stabil, sieht man von der Stimmenverlagerung von der SPD zur USPD ab.⁸⁵ Mit deutlichem Vorsprung blieb das Zentrum (36,4%) in Baden stärkste Partei und mußte der politischen Radikalisierung keinen Tribut zollen. Unter der Polarisierung litten in erster Linie SPD und DDP; während die SPD 14% ihrer Stimmen verlor, gewann die USPD 10,9% und die KPD 1,5% der Wähler. Die Demokraten erhielten nur noch 12,3%, wobei deren Verluste sicherlich von der DVP (6,8%) und der DVP (12,0%) aufgefangen worden sein dürften.

Das Reichstagswahlergebnis in Karlsruhe führte zu deutlichen Verschiebungen im Kräfteverhältnis der Parteien.⁸⁶

Trotz deutlicher Stimmenverluste im Vergleich zur Wahl der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, wurde die SPD mit 22,4% wieder stärkste Partei in Karlsruhe, eine Position, die sie bei den Stadtverordnetenwahlen an die DDP verloren hatte. Diese wiederum beklagte den größten Stimmenverlust innerhalb der Stadt und fiel mit 17,3% sogar hinter die USPD zurück, die mit 18,4% der Stimmen einen starken Linksruck in der Landes-

⁸⁴Eine Übersicht über die Ergebnisse bei Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, S. 38ff.

⁸⁵Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920 in Baden. Karlsruhe 1921.

⁸⁶Ebd.

hauptstadt signalisierte. Die entgegengesetzte Entwicklung auf der Rechten zeigte das Abschneiden der DVP (9,3%) und der DNVP (12,2%). Schon bei diesen Wahlen begann die deutliche Verschiebung im bürgerlichen Lager, gegen die liberale DDP, hin zu den Parteien, welche die Verfassung ablehnten oder ihr zumindest in negativ-kritischer Distanz gegenüberstanden. Die einzige relativ stabile politische Kraft in Karlsruhe blieb das Zentrum, das allerdings in der Landeshauptstadt mit 19,5% ohnehin deutlich schwächer war als im Landesdurchschnitt und somit auch nicht soviel verlieren konnte.

II.2.3. Die Landtagswahlen am 30. Oktober 1921

In der Folgezeit wurde das politische Leben auch in Karlsruhe durch die Diskussionen um die Auswirkungen des Versailler Vertrags einerseits sowie der Gefährdung der Republik durch politische Radikalisierung andererseits geprägt.

Erste Konsequenz der Veränderungen war der Verlust des Hofes - Großherzog Friedrich II. verließ durch den Druck der revolutionären Ereignisse die Residenz, Baden wurde Demokratische Republik,⁸⁷ "eine nicht unbedeutende Einbuße für die Karlsruher Wirtschaft."⁸⁸ Durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags lag Karlsruhe in der entmilitarisierten Zone, was zwangsweise den Abzug der Garnisonssoldaten zur Folge hatte. Unter diesem Abzug litten vor allem kleinere Geschäfte, die von der Kaufkraft der ca. 6000 Soldaten bis dahin profitiert hatten.

Karlsruhe wurde nach dem Verlust Elsaß-Lothringens an Frankreich zur Grenzstadt, was für die Stadt selbst in mehrfacher und wiederum besonders in wirtschaftlicher Hinsicht für die kommenden Jahre große Nachteile mit sich brachte.⁸⁹

Durch die Abtrennung Elsaß-Lothringens verlor in erster Linie die Karlsruher Möbel- und Metallindustrie sowie das Brauereiwesen "d[as] vor 1914 jährlich 200 000 hl jenseits des Rheins absetzen konnte"⁹⁰ einen wichtigen Markt.

Gleichfalls nachteilig wirkte sich die Abtrennung des Saargebietes und die Ausgliederung Luxemburgs aus dem deutschen Zollgebiet auf Karlsruhe aus, "waren doch 25% des badischen Kohlebedarfs, 30% der Formeisenlieferung und 38% des Schienenmaterials 1914 von der Saar bezogen worden."⁹¹

⁸⁷Gerhard Kaller, Die Revolution, S. 309.

⁸⁸Wolfgang Mössinger, Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Karlsruhe unter Berücksichtigung der städtischen Finanzlage in der Zeit von 1918-1933. Dipl.-Arbeit Univ. Mannheim. 1976, S. 12.

⁸⁹Zum Folgenden vgl. Heinz Werner Dengel, Karlsruhe und seine Entwicklung von der Residenz zur Industriestadt. Eine wirtschafts- und siedlungsgeographische Untersuchung des Stadtgebietes. Phil.Diss. (masch). Freiburg 1956. Hans Th. Bauer, Kriegs- und Grenzlandnot. In, Karlsruhe Wirtschaftszentrum am Oberrhein. Karlsruhe 1953, S. 111-129. Badische Denkschrift über die wirtschaftliche und kulturelle Notlage Badens als Grenzland und besetztes Gebiet. Berlin 1929.

⁹⁰Heinz Werner Dengel, Karlsruhe, S. 81.

⁹¹Ebd.

Zusätzlich belastete die Bestimmung des Versailler Vertrags, "daß während eines Zeitraums von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertragswerkes alle aus dem Elsaß und aus Lothringen stammenden oder herkommenden Erzeugnisse zollfrei in das Reichsgebiet eingeführt werden durften."⁹²

In der Folgezeit wurde der Wiederaufbau der Karlsruher Industrie durch den Bau der Maginotlinie beeinflusst. Die Stadt gelangte in den Feuerbereich der französischen Artillerie, was dazu beitrug, Neuansiedlungen von Industriebetrieben zu verhindern.

Lediglich einige "Flüchtlingsbetriebe" siedelten sich dennoch in Karlsruhe an. Hierzu gehörte das Großunternehmen Raab-Karcher, welches von Straßburg nach Karlsruhe übersiedelte und hier seinen Hauptsitz nahm und sich später zu einer der bedeutendsten Rhein-Reedereien entwickelte.⁹³

Neben diesen Problemen war, wie oben erwähnt, die politische Radikalisierung ein wichtiges Thema in der Landeshauptstadt.

Auslösende Ereignisse waren politische Morde, vor allem der an Matthias Erzberger, der die sozialistischen Parteien auch in Karlsruhe veranlaßte, zu Demonstrationen zum Schutz der Republik aufzurufen.⁹⁴ In einer Resolution wurde die Regierung zu unerbittlichem Einschreiten aufgefordert. Zur gleichen Entschlieûung kam eine Protestkundgebung des Zentrums, das ebenfalls gegen die Ermordung Erzbergers protestierte, bei einer Versammlung in der Karlsruher Festhalle.

Zum Handeln veranlaßt sah sich die Reichsregierung aber erst ein Jahr später nach der Ermordung Walther Rathenaus, die zur Verabschiedung des Gesetzes "zum Schutz der Republik" führte.⁹⁵

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse fanden am 30. Oktober 1921 die Wahlen zum badischen Landtag statt, die eine deutliche Stärkung der SPD im Land, wie in der Landeshauptstadt selbst, zum Ergebnis hatten. Ebenso bestätigte sich die führende Rolle des Zentrums in Baden. Abgesehen von den Verlusten der DDP und dem Anwachsen der DNVP war diese Wahl eine deut-

⁹²Wolfgang Mössinger, Fragen, S. 13.

⁹³Hans Th. Bauer, Kriegs- und Grenzlandnot, S. 114.

⁹⁴Chronik, 1920-1923, S. 125.

⁹⁵Eberhard Kolb, Weimar, S. 48.

lich positive Entscheidung zu Gunsten der Parteien der "Weimarer Koalition".⁹⁶

⁹⁶Badische Landtagswahl am 30.10.1921 auf Grund amtlichen Materials. Bearbeitet und herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1922.

II.2.4. Karlsruhe in der Inflationszeit

Vom Sommer 1922 an mußte die deutsche Bevölkerung erleben, wie die Kaufkraft des von ihr verdienten Geldes fast täglich schwand. "Bei dieser Inflation handelte es sich um die schlimmste Geldentwertung, die jemals eine fortgeschrittene Industriegesellschaft heimgesucht hat."⁹⁷

Als Beispiel für den Verfall der Währung sei an dieser Stelle nur die Preissteigerung für Brot angeführt. So kostete im Januar 1923 ein Laib Brot (700g) 225 Reichsmark, im Juli 1200, am 1. Oktober 7,5 Millionen und am 15. Oktober 1923 44 Mio RM.⁹⁸

Besonders hart getroffen von der Inflation wurde diejenige Bevölkerungsschicht, die in erster Linie von Kapitalerträgen lebte, die sogenannten "Rentiers",⁹⁹ eine Bevölkerungsgruppe, die in Karlsruhe überdurchschnittlich stark vertreten war. "Zu diesem Personenkreis zählten neben Privatgelehrten, Künstlern und Schriftstellern vor allem ehemalige Selbständige wie z.B. Ärzte und Rechtsanwälte, die für ihre Altersversorgung und für die Sicherung ihrer Familienangehörigen Geld zurückgelegt hatten, weil sie keiner Sozialversicherung angehörten. Ein Bankguthaben von 60 000 Mark, dessen Zinsertrag noch im Jahre 1913 ein behagliches Leben im Ruhestand ermöglicht hatte, reichte im August 1923 nicht einmal mehr für den Kauf einer Tageszeitung aus."¹⁰⁰

Aber auch die breite Schicht der Arbeitnehmer ist zu den Opfern der Inflation zu zählen, da sie ebenfalls ihr Sparguthaben verloren und besonders unter dem Kaufkraftverlust ihres Verdienstes zu leiden hatten, der im Gegensatz zu Unternehmern und Landwirten sofort nach der Auszahlung besteuert wurde, ohne die Entwertung mit einzuberechnen.¹⁰¹

Die furchtbaren Folgen der Inflation, die weite Teile der Bevölkerung in den sozialen Abgrund zogen, versuchte die Stadt Karlsruhe durch die Gründung einer Winternothilfe am 27. September 1923 zu lindern.¹⁰² Ihr Er-

⁹⁷Vgl. hierzu Fritz Blaich, *Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise*. München 1985. Gerald D. Feldmann (Hg.), *Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924-1933*. München 1985. Ders., *Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914-1932*. Göttingen 1984.

⁹⁸Chronik 1920-1923, S. 287.

⁹⁹Fritz Blaich, *Der schwarze Freitag*, S. 16.

¹⁰⁰Ebd.

¹⁰¹Ebd. S.58.

¹⁰²Chronik 1920-1923, S. 289.

folg nahm sich allerdings äußerst bescheiden aus. Am 17. November führten die verheerenden Verhältnisse zu einer Demonstration von Erwerbslosen auf dem Marktplatz, nachdem ihre Forderung nach finanzieller Hilfe von der Stadtverwaltung nicht erfüllt wurde. Im Anschluß an diese Hungerdemonstration kam es zu Plünderungen von je zwei Bäckereien bzw. Metzgereien in der Innenstadt.

Die ohnehin schlechte Versorgungslage der Stadt wurde noch zusätzlich durch die Sperrung der Ausfuhr des im Rheinhafen gelagerten Weizens durch die französische Besatzung erschwert. Darüber hinaus waren von den Franzosen auch die Kohlevorräte im Rheinhafen gesperrt worden, was die Stadt nötigte, wesentlich teurere Kohle aus Schlesien zu kaufen, was wiederum nur mittels teurer Kredite möglich war.¹⁰³

¹⁰³Ebd.

II.3. Die Phase der "relativen Stabilisierung"

II.3.1. Die Jahre 1924-1927

Nach dem Abklingen der Inflation und der Einführung einer neuen Währung Ende des Jahres 1923 begann auch für Karlsruhe langsam eine Phase der "relativen Stabilisierung" auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet.¹⁰⁴ "Tatsächlich ist es in jenen Jahren, in denen der außenpolitische Druck nachließ und die inneren Auseinandersetzungen ruhiger verliefen als in den stürmischen Anfangsjahren der Republik, nicht gelungen, das politische und sozialökonomische System so zu konsolidieren, daß die Republik einer ernsthaften Krise gewachsen war. ... Ein stabiles ... Regierungssystem entwickelte sich in der Phase der 'relativen Stabilisierung' nicht; und im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik verhärteten sich ... die Fronten."¹⁰⁵

Die politische Stabilität auf kommunaler Ebene läßt sich am deutlichsten an den Wahlergebnissen der einzelnen Parteien zwischen 1924 und 1928 ablesen, wenn auch die ersten Wahlen (4.5.1924) nach der wirtschaftlichen Katastrophe deutliche Verluste für die an der Regierung beteiligten Parteien zur Folge hatte. Lediglich das Zentrum konnte Verluste vermeiden. Die Stabilität auf Reichsebene bewies das Zentrum auch in Baden und seiner Landeshauptstadt, wenngleich hier auf wesentlich niedrigerem Niveau.¹⁰⁶

Das Wahlergebnis in Karlsruhe war aber durch einen starken Rechtsruck zu Gunsten der DVP gekennzeichnet, die im Gegensatz zum Reich, wo sie deutlich verlor, in Karlsruhe auf 19,8% der Stimmen kam, sicherlich in erster Linie auf Kosten der DDP, die seit den Wahlen zur verfassunggebenden badischen Nationalversammlung 24% ihrer Stimmen verloren hatte.

Die beginnende politische Konsolidierung zeigte sich dann aber bei den erneuten Wahlen zum Reichstag im Dezember 1924,¹⁰⁷ bei der sich die Sozialdemokraten deutlich verbessern konnten. Bezeichnend für diese Wahl ist das weitere Anwachsen des Stimmenanteils der Parteien auf der Rechten in Karlsruhe. Die DVP erhielt 21,5% und die DNVP 13,7% der Stimmen, wäh-

¹⁰⁴Wolfgang Mössinger, Fragen, S. 76.

¹⁰⁵Eberhard Kolb, Weimar, S. 72.

¹⁰⁶Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai 1924 in Baden. Karlsruhe 1924.

¹⁰⁷Die Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 in Baden. Karlsruhe 1925.

rend die NSDAP (NS-Freiheitsbewegung) bei ihrer ersten Kandidatur in der badischen Landeshauptstadt auf 1,6% kam.

Der positive Trend für die Sozialdemokraten setzte sich auch bei den folgenden Wahlen zum badischen Landtag¹⁰⁸ am 26. Oktober 1925 und bei den Stadtverordnetenwahlen am 14. November des darauffolgenden Jahres fort. Mit großer Mehrheit votierten die Karlsruher bei dieser Wahl für die SPD, die mit 27,9% der Stimmen stärkste Partei wurde, gefolgt vom Zentrum, das 22,2% erhielt. Deutlich rückläufig war der Zuspruch für die Parteien der Rechten. Die DVP gewann nur noch 14,5%, die DNVP lediglich 19,8% der Stimmen.¹⁰⁹

Aufgrund dieses Wahlergebnisses gehörten dem neuen Karlsruher Bürgerausschuß an: SPD 24 Sitze, Zentrum 19, KPD 6, DDP 5, DVP 12, DNVP 9, Reichspartei 5, Wirtssch. Bürgerv. 3

und unpol. wirtsch. Gruppe 1.

In den Stadtrat gewählt wurden: SPD 9 Sitze, Zentrum 7, DDP 2, DVP 3, KPD 1, Reichsp. 1, wirtsch. Bürgerv. 1, parteilos 1.¹¹⁰

Der stetige Niedergang der Karlsruher DDP änderte indessen nichts an der breiten Zustimmung für Oberbürgermeister Dr. Julius Finter.

¹⁰⁸Badische Landtagswahl am 25. Oktober 1925. Karlsruhe 1925.

¹⁰⁹Badischer Beobachter 15.11.1926.

¹¹⁰StadtAK 8/DSFI 26. Landeshauptstadt Karlsruhe. Verzeichnis der Mitglieder des Stadtrates, der Stadtverordneten und der Mitglieder der städtischen Ausschüsse und Kommissionen.

II.4. Wirtschaftliche und politische Lage der Landeshauptstadt am Vorabend der Krise

II.4.1. Der städtische Haushalt 1928

Nach der Überwindung der Inflation und teilweise auch der Kriegsfolgen blieb die wirtschaftliche Entwicklung Karlsruhes hinter dem Aufschwung auf Reichsebene zurück, was im allgemeinen mit der Grenzlage der Stadt und den damit verbundenen, bereits ausgeführten Nachteilen begründet wurde.¹¹¹

In besonderem Maße negativ beeinflusst wurde u.a. durch die Kriegsereignisse die Situation auf dem Karlsruher Wohnungsmarkt, dessen Betrachtung, neben der des Arbeitsmarktes, besonders geeignet erscheint, die wirtschaftliche und soziale Lage zu charakterisieren.¹¹² Die Wohnungsnot und die dadurch erzwungene Förderung des Wohnungsbaus als kommunalpolitische Maßnahme zur Krisenbekämpfung wurde in den folgenden Jahren zu einem der Hauptprobleme der städtischen Verwaltung und soll daher als Indikator für die wirtschaftliche Lage Gegenstand eingehender Betrachtung sein. Als Ursache der Wohnungsnot wurden insbesondere fünf Punkte herausgestellt.¹¹³

1. Die Auswirkungen des Krieges:

Die Neubautätigkeit kam während des Krieges fast völlig zum Erliegen und in der Nachkriegszeit nur sehr schleppend wieder in Gang. Schuld daran waren zunächst der Mangel an Baustoffen, die Auswirkungen der Inflation und in der Folgezeit die Kapitalknappheit sowie die hohen Hypothekenzinsen. In Karlsruhe konnten nach der Wohnungszählung von 1927 an Wohnungszugängen verzeichnet werden: In den Jahren 1914-18 650, 1919-23 2101 und 1924-27 3004.¹¹⁴ Die Zahl der Wohnungssuchenden belief sich 1927 auf 2955. Von diesen suchten 2615 eine Wohnung mit 1-3 Zimmern.¹¹⁵ Allerdings

¹¹¹Vgl. hierzu allgemein: Wolfgang Heindl, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925-1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung. Frankfurt 1984. Karl-Heinrich Hansmeyer (Hg.), Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart u.a. 1973. Jürgen Reulecke, Zur städtischen Finanzlage in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. In, AfK 21/1982, S. 199-219.

¹¹²Wohnungszählung und Wohnungsbau in Baden auf Grund amtlichen Materials mit 13 Karten. Karlsruhe 1928.

¹¹³Ebd. S. 185f.

¹¹⁴Ebd. S. 121.

¹¹⁵Ebd. S. 78.

waren von den Wohnungszugängen lediglich 2019 in dieser Größenklasse gebaut worden. Während 340 Personen eine Wohnung mit 4 und mehr Zimmern suchten, waren in dieser Größenklasse 985 Wohnungen gebaut worden. Mit zunehmender Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation im Verlauf der folgenden Jahre, sollte sich dieses Mißverhältnis noch weiter ausprägen.

2. Die Veränderung der Altersstruktur:

Die Veränderung der Alterspyramide durch Zuwanderung vor allem Älterer bei gleichzeitigem Geburtenrückgang zu Gunsten der Erwachsenen um 13.1% führte zu einem erheblich gesteigerten Wohnungsbedarf.

3. Ansteigen der Zahl der Haushalte:

Aus Punkt 2 geht natürlich eine weitere Belastung für den Wohnungsmarkt hervor, da durch das Ansteigen der Erwachsenenbevölkerung selbstverständlich auch die Zahl der Haushalte anstieg. In Karlsruhe stieg die Zahl der Haushaltungen von 26670 im Jahre 1910 auf 34047 1919 und schließlich 41350 Ende 1928, obwohl die Gesamtbevölkerung in diesem Zeitraum nur um etwa 9000 zugenommen hat.¹¹⁶

4. Direkt abhängig von den Punkten zwei und drei ist die nach dem Krieg stark ansteigende Zahl von Eheschließungen und den damit verbundenen Haushaltsgründungen.

5. Wie bereits unter Punkt zwei angedeutet, verschärfte der starke Zuzug nach Baden, vor allem von Elsässern und Lothringern sowie von Schweizer Wehrleuten (Schweizer, die auf der Seite Deutschlands gekämpft hatten und daher aus der Schweiz ausgewiesen wurden) den ohnehin vorhandenen Wohnungsmangel. Bei der Volkszählung 1925 wurden in Baden 24317 Elsaß-Lothringer und 11816 Schweizer Wehrleute gezählt.

Der Wohnungsnot, verursacht durch den Mangel an Wohnraum und durch die geringe finanzielle Leistungsfähigkeit der Wohnungsuchenden, vorhandene Wohnungen zu bezahlen, versuchte die Stadt durch zwei Maßnahmen zu begegnen, die selbstverständlich den Haushalt erheblich belasteten:

1. Durch den Erhalt preiswerten Wohnraums.¹¹⁷

2. Durch die Förderung des Wohnungsbaus.¹¹⁸

¹¹⁶StadtAK 8/DSFI 204,1. Verwaltungsbericht der Landeshauptstadt Karlsruhe für das Wirtschaftsjahr 1928. (1. April 1928 - 31. März 1929), S. 239.

¹¹⁷Ebd. S. 36f.

¹¹⁸Ebd. S. 239-242.

Daß die Wohnungsnot auch in der Phase der relativen Stabilisierung nicht behoben werden konnte, mag auch als Hinweis auf die besonderen Probleme der Grenzstadt Karlsruhe gewertet werden. Jedenfalls war die Wohnungsnot 3. auch noch 1928 ein wichtiges Thema der Haushaltsberatungen im Karlsruher Bürgerausschuß.

Der letzte Haushalt der Stadt Karlsruhe in einer Zeit relativer wirtschaftlicher Stabilität konnte am 19. April 1928 verabschiedet werden. Doch schon die Beratungen dieses Haushaltes zeigten in einigen Teilvorschlägen deutlich die Schwierigkeiten auf, denen sich die Stadt bereits zu diesem Zeitpunkt, vor allem auch durch die beginnenden Umverteilungen von Belastungen in Bereichen der Fürsorge einerseits durch das Reich, andererseits durch Maßnahmen des Landes Baden, gegenüber sahen.

In erster Linie wurde die Aufstellung des Haushaltes durch zwei belastende Änderungen erschwert:¹¹⁹

Erstens durch die Neuregelung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge der Beamten und zweitens durch das starke Anwachsen der Zinslasten, worauf im Anschluß noch näher einzugehen sein wird.

Die Belastungen der städtischen Finanzen durch die oben genannten Gehaltserhöhungen belief sich auf 970 800 RM. Zusätzlich schlugen 261 000 RM negativ zu Buche, welche die Stadt als Anteil an den Mehraufwendungen des Staates für Polizei und Lehrer aufbringen mußte. Die größten Belastungen bedeuteten jedoch das Anwachsen der Zinslast um 1,3 Mio. RM.

Auf den Haushalt negativ wirkten sich nicht nur die Mehrausgaben in den genannten Bereichen aus, sondern auch Mindereinnahmen wie z.B. bei der Grunderwerbssteuer, der Vergnügungssteuer, sowie v.a. die Senkung des Reichsanteils bei der Fürsorge und Jugendpflege, welche die Stadt mit 234 000 RM mehr belastete.

Diesen offenkundigen Mißstand - sinkende Einnahmen zu Gunsten von Reich und Land, bei gleichzeitigem Ansteigen der Aufgaben und den damit verbundenen Kosten der Städte - kritisierte schon der Badische Städteverband auf seiner Hauptausschußsitzung im März dieses Jahres. Klage geführt wurde seitens der Vertreter der Städte insbesondere über den "Inneren Finanz-

¹¹⁹StadtAK Landeshauptstadt Karlsruhe. Voranschlag für das Rechnungsjahr 1928 (1. April 1928 - 31. März 1929). Begleitwort zum Voranschlag abgedruckt in: Der Volksfreund 17.3.1928.

ausgleich" in Baden, der die Kommunen im Vergleich mit anderen deutschen Städten stark benachteiligte, da sich das Land durch dieses Gesetz den größten Anteil an den Reichsüberweisungssteuern sicherte.¹²⁰

Aus den oben angeführten Entwicklungen, steigende Belastungen bei gleichzeitiger Minderung der Einnahmen, wird ersichtlich, daß der Voranschlag für das Haushaltsjahr 1928 nur durch deutliche Ausgabeneinschränkungen ausgeglichen werden konnte, da auch die Stadt an das Versprechen der Reichsregierung gebunden war, keine Steuererhöhungen vorzunehmen.

Trotz der zuvor ausgeführten Probleme zeichnete der Karlsruher Oberbürgermeister Dr. Julius Finter in seiner Haushaltsrede ein positives Bild der ökonomischen Entwicklung der Stadt,¹²¹ die allerdings hinter der allgemein günstigen Entwicklung der Konjunktur zurückblieb. Diese positive Entwicklung wirkte sich dennoch nicht bei den Steuereinnahmen aus, die z.B. bei der Gewerbesteuer lediglich um 1,2% über denen des Vorjahres lagen. Das enttäuschende Ergebnis führte Finter aber auch auf "das offensichtliche Bestreben vieler Steuerpflichtiger ..., durch geschickte Ausnutzung des Gesetzes, den Steuerbetrag zu drücken" zurück.¹²²

Als Indiz für den guten Stand der kommunalen Wirtschaft wies Finter auf die Lage am Arbeitsmarkt hin. Hier sank nach Angaben des Oberbürgermeisters die Zahl der Arbeitslosen im Verlauf des Jahres 1927 von 5521 auf 2801 gegen Ende des Jahres.

Diese Sicht der Dinge war allerdings bei weitem zu optimistisch, da bei seinen Ausführungen nur diejenigen Berücksichtigung fanden, die Arbeitslosenunterstützung bezogen. Nimmt man nämlich die Zahl der sogenannten "Krisenfürsorgler" noch hinzu, belief sich die Zahl der Menschen ohne Arbeit am 6.1.1928 bereits auf 3963, das sind über 1000 mehr als vom Oberbürgermeister angegeben.¹²³ Zieht man nun auch noch in Betracht, daß bei der

¹²⁰Der Volksfreund 19.3.1928.

¹²¹StadtAK 1/H.-Reg.A.2953. Etatreden des Oberbürgermeisters.

¹²²Ebd.

¹²³StadtAK H.-Reg.A.1972. Wochenberichte über den Stand der Arbeitsuchenden und Fürsorgeempfänger beim Arbeitsamt. Die Angabe der genauen Zahlen über den Stand der Arbeitslosigkeit gestaltet sich besonders schwierig, da die offiziellen Statistiken in ihren Angaben stark differieren, weil z.T. als Arbeitslose nur diejenigen berücksichtigt wurden, die Arbeitslosenunterstützung oder Krisenfürsorge erhielten. Diejenigen aber, die aus der Krisenfürsorge ausgesteuert worden waren, wurden statistisch nicht erfaßt. In einem Brief an das Fürsorgeamt be-

oben angeführten Zahl die "ausgesteuerten Erwerbslosen", d.h. die Personen, die weder Arbeitslosenunterstützung noch Krisenfürsorge erhielten, nicht eingerechnet sind, dann lag die Zahl, vor allem der Dauererwerbslosen, schon zu diesem Zeitpunkt wesentlich höher.¹²⁴

Die wirkungsvolle Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - sofern überhaupt möglich - durch städtische Investitionen wurde zusätzlich zu den genannten Problemen noch durch die Schließung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen, gleichbedeutend mit der Sperrung von Auslandskrediten, erschwert oder gar unmöglich gemacht. Verantwortlich hierfür war der Präsident der Reichsbank Hjalmar Schacht, mit dem Hinweis auf die "Verschwendungs-sucht" der Kommunen.¹²⁵

Schacht, der die Kreditaufnahmen der Kommunen im Ausland im Mai 1924 noch durchaus positiv beurteilt hatte, brachte schon wenige Monate später große Bedenken vor, da er der Ansicht war, daß die Auslandskredite "für unproduktive Zwecke wie Straßen- und Wohnungsbau" verwendet würden.¹²⁶ Eine Folge seiner Interventionen bei der Reichsregierung gegen weitere Aufnahmen von Auslandskrediten war die Gründung der "Beratungsstelle für Auslandskredite" als Kontrollinstrument.¹²⁷

Die Verbesserung der internationalen Lage nach den reparationspolitischen Beschlüssen der Konferenz von Locarno ermöglichte es für die Gemeinden wieder, Auslandskredite zu erhalten, da die "Beratungsstelle für Auslandskredite" auf Erlaß des Arbeitsministers die Genehmigung von Krediten nicht nur von der Produktivität, sondern auch von der Schaffung von Arbeitsplätzen abhängig machte, was auch in Karlsruhe die dringende Förderung des Wohnungsbaus wieder ermöglichte.

klagte der badische Innenminister Adam Remmele diesen Zustand und forderte genauere Angaben. Sein Wunsch wurde in der Folge aber nicht berücksichtigt. StadtAK 1/H.-Reg.4229.

¹²⁴StadtAK H.-Reg.A.1972. Am nächsten kommt man der wirklichen Zahl der Arbeitslosen, wenn man die Zahl der Arbeitssuchenden heranzieht, die zu diesem Zeitpunkt 6068 betrug.

¹²⁵Zum Folgenden vgl. Gisela Upmeier, Schachts Kampf gegen die kommunalen Auslandsanleihen. In: Karl Heinrich Hansmeyer (Hg.), Kommunale Finanzpolitik, S. 160-171.

¹²⁶Zit. nach ebd. S. 160.

¹²⁷Zu den Auseinandersetzungen Schachts mit verschiedenen Bürgermeistern und zur Stellung des Oberbürgermeisters in der Weimarer Republik allgemein vgl. Wolfgang Hofmann, Zwischen Rathaus und Reichskanzlei. Die Oberbürgermeister in der Kommunal- und Staatspolitik des Deutschen Reiches von 1890-1933. Berlin u.a. 1974.

Von diesen Beschlüssen fühlte sich allerdings die Privatwirtschaft bedroht, sah sie doch die Gefahr einer "kalten Sozialisierung" durch die Gemeindebetriebe - zu Unrecht, wie die Bedeutung der Gemeindebetriebe in den folgenden Krisenjahren noch zeigen wird.¹²⁸

In der Folgezeit versuchte Schacht, immer mehr Einfluß und Kontrolle über die öffentlichen Gelder überhaupt zu gewinnen, um seine Machtansprüche zu verwirklichen, was ihm den Beinamen "Diktator des Geldmarktes" einbrachte.¹²⁹

Bedingt durch die wirtschaftliche wie die politische Entwicklung, konnte der Versuch Schachts, die Kontrolle über die Gemeindefinanzen zu erlangen, abgewehrt werden. Diese Niederlage veranlaßte Schacht, noch heftiger gegen die Kommunen und ihre angebliche Verschwendungssucht vorzugehen. Berühmtheit erlangte in diesem Zusammenhang seine "Bochumer Rede", in der er seine hinlänglich bekannten Angriffe nun in noch schärferer Form vortrug. Letztlich wurde dann bezweifelt, "ob die Auslandskredite überhaupt noch den Kern der Auseinandersetzungen darstellten, ob es nicht vielmehr ein Kampf zwischen Reichsbank und Reichsregierung um die politische Macht im Staate war."¹³⁰

Die andauernden Konflikte zwischen Reichsregierung und Reichsbank verhinderten letztlich auch eine endgültige Entscheidung bezüglich der Auslandskreditaufnahme durch die Kommunen. Dies ermöglichte der Reichsbank schließlich ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der kommunalen Finanzen, das keine gesetzliche Grundlage hatte und folglich eine "rechtzeitige, befriedigende Lösung des kommunalen Finanzproblems" verhinderte.¹³¹

Gegen die in Schachts "Bochumer Rede" vorgebrachten Anschuldigungen gegenüber den Gemeinden wandte sich selbstredend auch Julius Finter, der in seiner Haushaltsrede nicht nur die Vorwürfe der Verschwendung zurückwies, sondern er machte insbesondere auf die Auswirkungen der Schachtschen Politik aufmerksam.

¹²⁸Zur Bedeutung der Gemeindebetriebe für den städtischen Haushalt vgl. Wolfgang Heindl, Die Haushalte.

¹²⁹Gisela Upmeier, Schachts Kampf, S. 163.

¹³⁰Ebd. S. 168.

¹³¹Ebd. S. 174.

Die Folgen zeigten sich nämlich deutlich sichtbar in einem Vertrauensverlust seitens der Kreditgeber im In- und Ausland gegenüber dem Finanzgebaren der Städte.

Daß die Vorwürfe Schachts für Karlsruhe, wenn überhaupt, dann nur in sehr geringem Maße zutrafen, zeigt eine Aufstellung des Schuldenstandes der Stadt.¹³²

Der Schuldenstand der Stadt belief sich auf 22,2 Mio. RM. Davon wurden verwendet für:

Wohnungsbau	12 278 000 RM
Erweiterung der städtischen Werke	6 090 400 RM
Wohn-, Verwaltungs-, Schulgebäude	762 500 RM
Straßen ,Kanäle, Brücken	1 941 300 RM
Krankenhaus, Kinderheim	616 600 RM
Sonstiges	510 400 RM

Unter Sonstiges fielen z.B. die Kosten für den Schwimmbadbau in Rappenhörs, bei dessen Erstellung zahlreiche Notstandsarbeiter Beschäftigung fanden.

Auf Grund der oben erwähnten Politik des Reichsbankpräsidenten war es über längere Zeit nicht möglich, neue Kredite zu erhalten, die Verlängerung der kurzfristigen Kredite war nur durch die Zahlung hoher Zinssätze zu erreichen, die teilweise bis zu 12% und darüber hinaus anstiegen.¹³³

Die Mehrausgaben für die erhöhte Zinslast wurden seitens der Stadt auf über 300 000 RM beziffert. Neben den eingangs genannten Mehrbelastungen zwangen diese Auswirkungen die Stadt, ihr bereits beschlossenes Wohnungsbauprogramm sowie andere Projekte zumindest teilweise aufzugeben. Die Folgen für den Arbeitsmarkt zeigten sich im Ausbleiben der saisonbedingten Entlastung dann im Laufe des Sommers.

Die Gefahr dieser Entwicklung schien vom Reichsarbeitsminister Brauns erkannt worden zu sein, der in einem Rundschreiben die Kommunen

¹³²Voranschlag 1928.

¹³³StadtAK 1/H.-Reg. 2953.

"aufs dringendste ersuchte, die für das Jahr 1928 geplanten Arbeiten mit möglicher Beschleunigung in Auftrag zu geben, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen."¹³⁴ Da aber zur Finanzierung weder eine Steuererhöhung, noch eine Aufstockung der Umlage in Betracht kam, hätten solche "Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" nur durch zusätzliche Kreditaufnahme oder aber mit Entlastungen durch das Reich bzw. durch das Land finanziert werden können, genau das Gegenteil war jedoch der Fall.

Bei den folgenden Diskussionen um den städtischen Haushalt für das Wirtschaftsjahr 1928 stießen in erster Linie die einschneidenden Sparmaßnahmen in den Bereichen Fürsorge und Förderung des Wohnungsbaus auf die Kritik der Sozialdemokraten, die im Gegensatz zu den anderen Parteien, natürlich nicht der KPD, eine Erhöhung der Umlage befürworteten.

Auch wenn die SPD die Forderung des Oberbürgermeisters nach unbedingter Sparsamkeit unterstützte, so meldete die Partei doch erhebliche Zweifel an, daß ausgerechnet im Bereich der Fürsorge gespart werden mußte und forderte, die Ausgaben auf den Stand von 1926 aufzustocken. Desgleichen schlug die SPD eine Senkung der Strom- und Gaspreise vor, da die städtischen Betriebe mit über 3 Mio. RM einen beachtlichen Teil zum allgemeinen Finanzbedarf beitrugen, der zu Gunsten der Verbraucher gesenkt werden könnte.¹³⁵ Diese Entlastungen der Verbraucher sollte nach der Vorstellung der Sozialdemokraten durch eine Umlageerhöhung ausgeglichen werden.

Mit großem Nachdruck wurde vonseiten der SPD die Bedeutung der Förderung des Wohnungsbaus vorgetragen.¹³⁶ Besonders herausgestellt wurde das Fehlen von Kleinwohnungen, d.h. in erster Linie von bezahlbaren Zweizimmerwohnungen. Der Anteil kleiner, d.h. absolut betrachtet, billiger Wohnungen, betrug in Karlsruhe lediglich 6,1%. In Mannheim machte der Anteil der Ein- bzw. Zweizimmerwohnungen am Gesamtwohnungsbestand immerhin 16,8% aus.¹³⁷ Da in Karlsruhe bislang am Bedarf vorbeigebaut wurde (viele Mehrzimmerwohnungen standen schon in der Zeit relativer wirtschaftlicher Stabilität leer), verlangte die sozialdemokratische Bürgerausschußfraktion nicht nur die Erhöhung der bisherigen Förderung des Wohnungsbaus - die För-

¹³⁴Ebd.

¹³⁵Der Volksfreund. 17.4.1928.

¹³⁶Ebd.

¹³⁷Wohnungsbau, S. 27.

derung sollte allerdings nur denjenigen Vermietern gewährt werden, die sozial verträgliche Mieten verlangten - , sondern die Stadt selbst sollte Wohnungen bauen, um auf diese Weise nicht nur Wohnraum für Kleinverdiener zu schaffen, sondern auch Arbeitsplätze.

Trotz vieler Bedenken gegen die Sparmaßnahmen im sozialen Bereich stimmte auch die SPD dem Voranschlag schließlich zu, der von allen im Bürgerausschuß vertretenen Parteien, außer der KPD, angenommen wurde.

Die schon mehrfach angesprochene relative wirtschaftliche Stabilität zeigte sich dann auch in politischer Hinsicht bei den Reichstagswahlen vom 20. Mai.

II.4.2. Die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928

II.4.2.1. Das Ergebnis der Wahl

Die Wahlen¹³⁸ zum Reichstag vom 20.5.1928 ergaben einen starken Linksruck.¹³⁹ Eindeutiger Gewinner waren die Sozialdemokraten, die einen Stimmenzuwachs von 1 272 000 zu verzeichnen hatten und mit 29,8% ihr bestes Ergebnis seit 1919 erreichten.¹⁴⁰

Einen starken Zulauf bekamen auch die Kommunisten, die 555 700 Stimmen mehr als bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 erhielten. Ihr Anteil am Gesamtergebnis stieg von 8,9% auf 10,6%.¹⁴¹

Große Verluste mußten hingegen die Parteien der bürgerlichen Mitte, die Deutsche Volkspartei¹⁴² und die Deutsche Demokratische Partei¹⁴³ hinnehmen. Die DDP verlor 1,4% und sank somit auf 4,9% ab. Durch diesen Verlust büßte die Partei sieben Mandate im neuen Reichstag ein. Die Verluste der DVP beliefen sich auf 1,4% und sechs Abgeordnete. Von diesen Verlusten profitierten vor allem die "Standes- und Interessenparteien (Wirtschaftspartei, Deutsches Landvolk, Deutsche Bauernpartei u.s.w.)."¹⁴⁴

¹³⁸Die Reichstagswahl am 20. Mai 1928 in Baden. Karlsruhe 1928.

Da mit dieser Wahl die Untersuchung des Aufstiegs der NSDAP beginnt, werden die Wahlen in der Folge sehr ausführlich besprochen. Siehe von hier an ausführliches Datenmaterial im Anhang ab S. 195.

¹³⁹Zum Folgenden vgl. Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler. München 1991. Heinrich August Winkler, Deutsche Geschichte vom Ende des alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. Bonn 2000.

¹⁴⁰Zur Geschichte der SPD vgl. Detlef Lehnert, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1983. Frankfurt 1983. Kurze Darstellungen zu allen in dieser Untersuchung berücksichtigten Parteien in, Siegmund Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik. Mit einer Einführung von Karl Dietrich Bracher. Stuttgart 1965. Sowie Erich Mathias und Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960.

¹⁴¹Zur Geschichte der KPD vgl. u.a. Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar. Frankfurt 1976.

¹⁴²Einen Überblick über die Geschichte der DVP mit ausführlichen Literaturhinweisen gibt Wolfgang Ruge, Deutsche Volkspartei (DVP) 1918-1933. In, Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Bd. 1. Köln 1983, -s. 413-446.

¹⁴³Einen Überblick über die Geschichte der DDP mit ausführlichen Literaturhinweisen gibt Werner Fritsch, Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) 1918-1933. (1930-1933 Deutsche Staatspartei (DStP)). In, Lexikon zur Parteiengeschichte. Bd. 2. 1984, S. 574-622.

¹⁴⁴Karlheinz Dederke, Reich und Republik, S. 183.

Das Zentrum gehörte ebenfalls zu den Verlierern dieser Wahl.¹⁴⁵ Es hatte einen Rückgang um 400 000 Stimmen und den Verlust von acht Mandaten zu verzeichnen. Begründet wurde diese Niederlage seitens der Parteiführung mit dem Wechsel katholischer Industriearbeiter zur SPD. Die Wahlniederlage löste vor allem in der Führungsspitze des Zentrums heftige Diskussionen und Auseinandersetzungen aus, die "die ausdrückliche Orientierung nach der konservativen Tradition des Katholizismus" zur Folge hatten.¹⁴⁶ "Das Staatsideal der Partei war nicht mehr der demokratische Parteienstaat, sondern wieder eine Ordnung mit stark autoritären Zügen."¹⁴⁷

Der große Verlierer dieser Wahl war jedoch die Deutschnationale Volkspartei.¹⁴⁸ Die DNVP verlor 1 824 200 Stimmen, d.h. 6,2%. Durch diesen gewaltigen Stimmenrückgang büßte sie gleichzeitig 30 Mandate ein. Diese verheerende Niederlage wurde von vielen Deutschnationalen, allen voran Alfred Hugenberg, auf den bisherigen Kurs der Partei zurückgeführt.¹⁴⁹ Dieser Kurs sei nicht radikal genug gewesen, im Gegenteil, man habe die Republik durch eine Regierungsbeteiligung gestützt. Hugenberg forderte daher den "unversöhnlichen Kampf" gegen die Republik.¹⁵⁰ Mit der bald darauf folgenden Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden wurde die DNVP in die "konzessionslose Opposition gegen die Weimarer Republik" zurückgestoßen.¹⁵¹

Auch innerhalb der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei herrschte große Enttäuschung über den Wahlausgang, hatte die gewaltige Propagandakampagne doch nur zu einem Stimmenanteil von 2,6% geführt.¹⁵² Die Partei verlor sogar im Vergleich mit den letzten Reichstagswahlen 0,3% ihrer Wähler. Zahlreiche Artikel in der nationalsozialistischen Presse, die der Enttäuschung über den Wahlausgang Ausdruck gaben, "führten da und dort zu

¹⁴⁵Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei. In: Ders. (Hg.), Das Ende der Parteien, S. 281-453.

¹⁴⁶Karlheinz Dederke, Reich und Republik, S. 183.

¹⁴⁷Ebd.

¹⁴⁸Einen Überblick über die Geschichte der DNVP mit ausführlichen Literaturhinweisen gibt Wolfgang Ruge, Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 1918-1933. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Bd. 2., S. 476-528.

¹⁴⁹Heidrun Holzbach, Das "System Hugenberg". Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP. Stuttgart 1981, S. 240 ff.

¹⁵⁰Karlheinz Dederke, Reich und Republik, S. 183.

¹⁵¹Ebd.

¹⁵²Vgl. hierzu Peter D. Stachura, Der kritische Wendepunkt? Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928. In: VfZG 26/1978, S. 66-99.

Spekulationen, die NSDAP könnte, nach der Niederlage in den Wahlkabinen, versucht sein, die Macht auf dem Wege der Gewalt zu erringen."¹⁵³ Hitler, der ein Einschreiten der Behörden fürchtete, richtete am 27. Juni ein Schreiben an alle Redaktionen von NS-Publikationen, in dem er seinen unveränderten Glauben an die Richtigkeit des legalen Weges zur Macht betonte.¹⁵⁴ Dieses Ziel konnte die NSDAP nur durch eine Wendung nach rechts erreichen, eine Auffassung Hitlers, die viele wichtige Parteigenossen teilten. Die Öffnung nach links, so hatte die Wahl gezeigt, brachte der Partei nicht den gewünschten Erfolg. Hitlers Entschlossenheit, Hartnäckigkeit und Fanatismus verstärkten sich trotz der soeben erlittenen Niederlage, und er suchte seine Anhängerschaft davon zu überzeugen, daß die Wahl nur ein vorübergehender Rückschlag gewesen sei. Hitler erkannte die ihm offenstehenden Möglichkeiten und drängte daher auf einen Kurswechsel. Um die für einen künftigen Wahlerfolg notwendige Zustimmung der Mittelschichten zu erreichen, benötigte die NSDAP ein mehr traditionalistisches, konservatives und nationales Erscheinungsbild. "In der Praxis bedeutete das eine schärfere Akzentuierung und eine Intensivierung ihres Nationalismus und Antisemitismus auf Kosten ihres 'Sozialismus'. Hierin lag auch das Wesen der Metamorphose, die die Partei nach den Reichstagswahlen von 1928 durchmachte."¹⁵⁵

Zusammenfassend bleibt für die Wahlen vom 20. Mai 1928 festzustellen: Das wichtigste Ergebnis war der Rückgang der Deutschnationalen und der außerordentliche Gewinn der Sozialdemokraten. Zum letzten Mal entschied sich bei dieser Wahl eine klare Mehrheit der Wähler gegen die extremen Parteien der Rechten und der Linken, und zum letzten Mal kam, wenn auch nach schwierigen Verhandlungen eine parlamentarisch breit fundierte Regierung der großen Koalition zustande. Neben der DDP und DVP, den Parteien der bürgerlichen Mitte, die einen verhängnisvollen Rückgang hinnehmen mußten, erlebten doch die Nationalsozialisten, die nicht einmal mehr Fraktionsstärke erreichten, die schwerste Enttäuschung. Nur in Schleswig-Holstein (4%), Weser-Ems (5,2%), Südhannover-Braunschweig (4,4%), Oberbayern-Schwaben

¹⁵³Ebd.

¹⁵⁴Ebd.

¹⁵⁵Ebd. S. 92f.

(6,2%) und vor allem Franken (8,1%), gelangen ihnen gewisse Erfolge.¹⁵⁶ In Baden lag die NSDAP mit 2,9% der Stimmen lediglich um 0,3% über dem Reichsdurchschnitt.

¹⁵⁶Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Frankfurt u.a., 6. erw. Aufl. 1979, S. 136 f.

II.4.2.2. Das Wahlergebnis in Baden¹⁵⁷

Bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 wurde das Zentrum stärkste Partei in Baden, eine Position, die die Partei traditionsgemäß innehatte. 297 818 Badener, das waren 38,8% der Wähler, entschieden sich an diesem Tag für das Zentrum. Absolut am erfolgreichsten schnitt die Partei in den Amtsbezirken Mannheim (24 102), Freiburg (22 092) und Rastatt (17 515) ab. Prozentual betrachtet, konnte das badische Zentrum die meisten Wähler in den Amtsbezirken mit überwiegend ländlicher, katholischer Bevölkerung erreichen. In Pfullendorf waren es 69,8%, in Buchen 69,9% und in Tauberbischofsheim 67,6% der Stimmen, die auf das Zentrum entfielen. In den Amtsbezirken mit großen Städten schnitt das Zentrum verhältnismäßig am schlechtesten ab. Die letzten Plätze in der Ergebnisliste des Zentrums nahmen die Amtsbezirke Mannheim, Karlsruhe und Kehl ein, dessen Bevölkerung zudem überwiegend protestantisch war.

Ebenso traditionell waren die badischen Sozialdemokraten die zweite politische Kraft im Land. Die meisten Wählerstimmen erhielt die Partei in den Amtsbezirken Mannheim (47 919), Karlsruhe (32 453) und Heidelberg (16 777). Verhältnismäßig am besten schnitt die SPD in den Amtsbezirken Karlsruhe (33,8%), Mannheim (33,6%) und Pforzheim (28,6%) ab, jenen Bezirken mit großen Städten und entsprechendem Anteil von Arbeitern.

Den Sozialdemokraten folgte die DVP, allerdings schon mit großem Abstand zu den beiden zuvor genannten Parteien. Die Deutsche Volkspartei konnte in Baden 86 401 Stimmen für sich gewinnen, was einen Anteil von 9,5% ausmachte. Die meisten Wähler entschieden sich in den Amtsbezirken Mannheim (21 111), Karlsruhe (11 307) und Heidelberg (9 764) für die DVP. Den prozentual größten Zuspruch bekam die Partei in den Amtsbezirken Pforzheim (16,8%), Heidelberg (15,4%) und Mannheim (14,8%).

Die Deutschnationale Volkspartei konnte bei der Wahl vom 20. Mai ihr badisches Ergebnis der 1924er Wahl fast wieder erreichen. In Baden stimmten dieses Mal 8,1% der Wähler, d.h. 74 012 Bürger dieses Landes für die DNVP. Die meisten ihrer Wählerstimmen gewann die DNVP in den Amtsbezirken Karlsruhe (9 285), Pforzheim (7 347) und Heidelberg (6 121). Die

¹⁵⁷Die Reichstagswahl in Baden.

größten Stimmenanteile erhielten die Deutschnationalen in Baden in Amtsbezirken mit überwiegend protestantischer Bevölkerung, so z.B. Bretten (35,8%), Sinsheim (33,4%) und Wertheim (21,5%).

Stetig verbessern konnten sich im Laufe der Jahre die badischen Kommunisten, die auch bei dieser Wahl ihren Stimmenanteil wiederum erhöhen konnten. 66 808 Wähler, das waren 7,4%, vertrauten der KPD. Natürlich hatte diese Partei ihre größten Erfolge in Amtsbezirken mit großen Städten und dem damit verbundenen Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtbevölkerung, so auch in den Bezirken Mannheim (22 159), Karlsruhe (7 847) und Heidelberg (5 543). Verhältnismäßig gut schnitten die Kommunisten in den Amtsbezirken Mannheim (15,5%), Lörrach (15,5%) und Weinheim (12,9%) ab.

Fast genauso viele Stimmen wie die KPD erhielt die DDP in Baden. Auf die Partei entfielen 63 888 Wählerstimmen, d.h. 7%. Mit diesem Resultat lag die DDP allerdings 2% unter dem der letzten Wahl. Die meisten Wähler konnte die DDP in den Amtsbezirken Mannheim (9 049), Karlsruhe (7 021) und Heidelberg (6 054) für sich gewinnen. Das beste Stimmenverhältnis erreichte die Partei in den Bezirken Stockach (16,5%), Kehl (12,4%) und Überlingen (11,7%).

II.4.2.3. Das Wahlergebnis der NSDAP in Baden¹⁵⁸

Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 konnten die Nationalsozialisten in Baden ihren Stimmenanteil gegenüber den Landtagswahlen vom 25. Oktober 1925 mehr als verdoppeln. Ihr Anteil stieg von 1,2% auf 2,9%. Mit 26 330 Stimmen blieb die NSDAP allerdings eine relativ bedeutungslose Splittergruppe. Die meisten ihrer Stimmen konnte die badische NSDAP in ländlichen Gebieten mit großem protestantischen Bevölkerungsanteil gewinnen. In den großen Städten Badens erhielt die NSDAP sehr unterschiedlichen Zuspruch. In Mannheim, dem größten Industriezentrum Badens, stimmten lediglich 2 134 Wähler, also 1,9% für die NSDAP, während sie in Heidelberg und Karlsruhe wesentlich besser abschneiden konnte.¹⁵⁹ In Heidelberg erzielten die Nationalsozialisten 4,3% und in der Landeshauptstadt Karlsruhe 3,1%. Ihre größten Erfolge erreichte die NSDAP dort, wo die Partei am besten organisiert und besonders aktiv war. 72% ihrer Stimmen gewann die NSDAP im Norden und Nordosten des Landes, in städtischen ebenso wie in ländlichen Bezirken.¹⁶⁰ Sie machte ihre größten Fortschritte in den Amtsbezirken "Kehl, Wertheim, Adelsheim, Mosbach und Sinsheim."¹⁶¹

"Eine Aufstellung des Landespolizeiamts Karlsruhe weist nach, daß die badische NSDAP allein 14 447 Stimmen (54,9% aller NSDAP-Stimmen) in 48 Orten erhielt, in denen es gelungen war, eine Ortsgruppe zu gründen."¹⁶²

¹⁵⁸Zum Folgenden vgl. Johnpeter Horst Grill, *The Nazi Movement in Baden*.

¹⁵⁹Ebd. Leider gibt Grill an dieser Stelle, wie so oft zuvor, keine Zahlen an, die einen Vergleich wesentlich erleichtern würden.

¹⁶⁰Ebd.

¹⁶¹Ebd. S. 166. Der Behauptung, daß die Reichstagswahlen 1928 ein soziales oder religiöses Bild der NSDAP geben könnten widerspricht Thomas Childers, *The Social Basis of the National Socialist Vote*. In, *JCH* 11/1976, S. 17-42.

¹⁶²Ernst Otto Bräunche, *Die NSDAP in Baden*, S. 23.

II.4.2.4. Die Agitation der NSDAP in Karlsruhe

Für die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 kann für Karlsruhe, wie sicherlich überall im Reich, nicht von einer spezifisch auf lokale Gegebenheiten ausgerichteten Agitation der Nationalsozialisten gesprochen werden. Die Themen in den von der Ortsgruppe Karlsruhe, die zu Beginn des Jahres ca. 290 Mitglieder hatte, veranstalteten Versammlungen glichen denen anderen Orts.¹⁶³ Gefordert wurde zumeist der Kampf gegen den Marxismus und die Sozialdemokratie sowie gegen das Judentum. Ebenso standen die Flaggenfrage und das Dawes-Abkommen auf den Tagesordnungen, womit allerdings nur die wichtigsten Bereiche angesprochen sind. Kennzeichnend für den Versammlungsstil der Nationalsozialisten waren verleumderische Angriffe auf Abgeordnete des jeweiligen Wahlkreises. (Dies war vielleicht der einzige kommunale Aspekt). Hierauf wird im weiteren Verlauf noch näher einzugehen sein.

Der Höhepunkt des Wahlkampfes war für die Karlsruher Nationalsozialisten der Besuch ihres Führers Adolf Hitler am 3. März in der Karlsruher Festhalle. Hitler sprach auf einer ruhig verlaufenden Versammlung vor ca. 3 000 Besuchern.¹⁶⁴ Diese 3 000 Besucher - die große Anzahl könnte über das wirkliche Interesse hinwegtäuschen - wurden z.T. mit Lastwagen aus ganz Baden und der Pfalz herangebracht.¹⁶⁵ Von diesem so wichtigen Besuch ihres Führers erwartete sich die NSDAP eine Abrechnung mit den politischen Gegnern und Direktiven für den kommunalen Wahlkampf.¹⁶⁶ Diese Erwartungen wurden jedoch enttäuscht, sprach Hitler doch über "Tageskampf und Weltanschauung" und blieb somit recht allgemein, ohne, wie bereits gesagt, insbesondere auf Karlsruher Verhältnisse einzugehen. Hitler führte hierzu aus: "Es gibt kein Ortsschicksal. Es ist falsch, wenn man meint, man könne dem gemeinsamen Schicksal am Orte so oder so, in den Städten so oder so ein Schnippchen schlagen, Deutschland ist rein geographisch genommen ein so kleiner Begriff in seiner Grundfläche, daß es im Vergleich mit anderen Staaten und Ländern, die es noch auf diesem Erdball gibt, einer kleinen Provinz gleichkommt. Es

¹⁶³Staatsarchiv Freiburg. Landeskommissär Konstanz (im folgenden LKK). Bericht vom 15.3.1928.

¹⁶⁴Ebd.

¹⁶⁵Karlsruher Zeitung 6.3.1928.

¹⁶⁶Ebd.

kann in diesem kleinen Gebiet für eine Kommune kein anderes Schicksal geben, wie für andere."¹⁶⁷ Diese Rede Hitlers zeigt deutlich auf, daß die NS-Führung im Jahre 1928 noch über kein kommunalpolitisches Konzept verfügte. Gleichzeitig war sich die Partei jedoch über die Bedeutung der kommunalen Arbeit im klaren, was die "rege Versammlungstätigkeit" belegt.¹⁶⁸

Die Karlsruher Presse kommentierte den Auftritt Hitlers folgendermaßen: Der "Badische Beobachter" sprach von einer "rhetorisch guten, aber irrationalen Rede", die eher "zahme Rede enttäuschte diejenigen, die eine Abrechnung mit dem politischen Gegner erwartet hatten."¹⁶⁹ Der sozialdemokratische "Volksfreund" veröffentlichte einen Artikel unter der Überschrift "Adolf der Besenbinder."¹⁷⁰ Die "Karlsruher Zeitung" brachte dagegen einen eher sachlichen Bericht: "Vor mehr als 3 000 Personen sprach am Samstagabend in Karlsruhe in der Festhalle der Führer der NSDAP, Adolf Hitler. Er entwickelte in zweistündigen Ausführungen das Programm seiner Partei, unter dem Gesichtspunkt: 'Der Nationalsozialismus als Weltanschauung'. Dem Redner wurden natürlich von seiner Anhängerschaft stürmische Ovationen bereitet."¹⁷¹

Bereits eine Woche nach dem Auftritt Hitlers veranstaltete die Ortsgruppe Karlsruhe der NSDAP erneut eine öffentliche Versammlung, die "ziemlich starken Besuch [etwa 250] hatte."¹⁷² Bei dieser Veranstaltung sprachen die beiden Hauptredner der badischen NSDAP, der Gauleiter Robert Wagner und dessen Stellvertreter, der Karlsruher Lehrer Karl Lenz. Um einen Eindruck über die Inhalte dieser Versammlungen zu vermitteln, soll im folgenden ein Bericht an den Landeskommissär Konstanz in einem längeren Zitat wiedergegeben werden, auch weil es sich um die einzige ausführliche Dokumentation aus dem Jahr 1928 handelt:

"Ausgehend von den Errungenschaften der modernen Technik erörterte Wagner die politischen Neuerungen in Deutschland, um hieran anschließend zu behaupten, daß die vor 70 Jahren von Karl Marx begründete sozialistische Lehre inzwischen eine ganz gewaltige Änderung erfahren habe. Der Mar-

¹⁶⁷LKK. Anlage zum Bericht vom 15.3.1928.

¹⁶⁸LKK. 15.3.1928. Leider sind diese Berichte sehr knapp gehalten. So fehlen hier Aussagen, die Rückschlüsse auf die Wirkung der Propaganda ermöglichen würden.

¹⁶⁹Badischer Beobachter 5.3.1928.

¹⁷⁰Der Volksfreund 5.3.1928.

¹⁷¹Karlsruher Zeitung 6.3.1928.

¹⁷²LKK. Bericht vom 15.3.1928.

xismus, oder besser gesagt die sozialdemokratische Partei, sei früher eine revolutionäre Bewegung gewesen. Heute stehe die Partei auf dem Boden der Verständigung und des Pazifismus. Wagner ging sodann auf die politischen Verhältnisse in Rußland ein. Auch in der Sowjetunion habe der Sozialismus eine Änderung erfahren müssen . . . Statt Verstaatlichung der Banken, Industrieunternehmungen u.s.w. finde man restlose Enteignung zu Gunsten des Judentums, welches das ungeheuerlichste Verbrechen am schaffenden deutschen Volke begangen habe. . . . Als 2. Redner sprach Lenz. Wie sein Vorredner übte auch er scharfe Kritik am Marxismus und an den S.P.D. Führern, die zu 99% Arbeiterverräter seien. . . . Die Verlogenheit der sozialdemokratischen Führer und ihrer Presse dokumentiere sich in Karlsruhe am deutlichsten in Sally Grünebaums 'Volksfreund'. Anlässlich der Hitlerversammlung habe der Volksfreund durch schmäbliche und niederträchtige Verleumdung seine Unglaubwürdigkeit dokumentiert. Zwischen den Zeilen dieser Zeitung sehe man zu deutlich, wie den Herrschaften der Schreck über die Hitlerversammlung in die Glieder gefahren sei. Die S.P.D. Führer, in der überwiegenden Mehrheit Juden, seien nur Theaterspieler. . . . "¹⁷³

Auf kommunaler Ebene richtete sich die Propaganda des nationalsozialistischen Parteiorgans "Der Führer" vor allem gegen die Sozialdemokratie und gegen "die Juden", präziser, gegen jüdische Geschäftsleute und die "verjudete Sozialdemokratie". So schrieb "Der Führer" vom 11. Februar 1928 unter der Überschrift "Der jüdische Vormarsch in Karlsruhe" zu einer Statistik über die jüdische Bevölkerung, daß der jüdische "Anteil an Ärzten 25%, an Zahnärzten 25%, an Anwälten 40%, an Geschäftsleuten 25% betragen würde. "Unter der jüdischen Bevölkerung konnte kein Arbeiter festgestellt werden. Wie lange wollen wir uns noch vom jüdischen Parasitenvolk ausbeuten lassen?" Woher diese Zahlen stammen, gibt "Der Führer" selbstverständlich nicht an. Es darf davon ausgegangen werden, daß diese Zahlen frei erfunden sind, da es keinerlei Statistiken bezüglich der beruflich-religiösen Zusammensetzung der Bevölkerung gibt.

Anlässlich des sogenannten Haid-und-Neu-Skandals (die Firma soll durch ein jüdisches Bankhaus übernommen worden sein und gleichzeitig unliebsame Arbeiter entlassen haben) riefen die Nationalsozialisten wenige Wo-

¹⁷³Ebd.

chen nach dem oben genannten Artikel erneut zum Kampf gegen die Juden auf. "Wir haben den Strick in der Hand - wir werden etwas damit anzufangen wissen."¹⁷⁴ Bemerkenswert an diesen Hetzartikeln ist nicht nur die unverhohlene Brutalität, mit der sie vorgetragen wurden und zu der sie gleichzeitig aufriefen, sondern die Tatsache, daß die Karlsruher Presse, sofern sie nicht wie der "Volksfreund" direkt angegriffen wurden, die Nationalsozialisten und deren Propaganda ignorierten. Ob dieses Verhalten bei den Lesern zu der Ansicht führte, daß wohl etwas an diesen Artikeln richtig sein müsse, kann nicht belegt, doch aber vermutet werden.

Einer der wenigen Artikel zu diesem Thema war im "Volksfreund" zu lesen. Dieser berichtete über eine Versammlung der NSDAP: " 'Friedrich der Große', der Retter Deutschlands. In Karlsruhe trat Friedrich und sein Freund, der ebenso berühmte Wagner letzte Woche auf. Abrechnung mit dem Volksfreund hieß die Losung. Und wie haben sie geschimpft auf den Volksfreund und die 'Bonzen' in der Waldstraße. Faustdicke Lügen hagelte es nur so, ein wüstes Geschimpf ging vom Stapel, so daß, wie uns ein Versammlungsbesucher - sogar ein politischer Gegner von uns - sagte, [daß] er in seinem Leben eine so niederträchtige Schimpferei noch nie gehört und einer auf so erbärmlich tiefem Niveau stehenden Versammlung noch nie beigewohnt habe. . . . Möge das Dreigestirn Wagner, Lenz und Friedrich über den Volksfreund schimpfen wie sie wollen, mögen diese Zeitgenossen in ihrem Unrat wühlen nach Herzenslust, bei ihrem jeweiligen Auftreten können sie doch nur bei politisch dummen Kerlen Anklang finden."¹⁷⁵

Einen weiteren Einblick in die Wahlkampfmethoden der Nationalsozialisten bietet ebenfalls ein Artikel aus dem "Volksfreund" zehn Tage vor der Wahl. "Eine Mustergarnitur nationalsozialistischer Wahrheitsapostel sind unzweifelhaft die hiesigen völkischen Führer Wagner und Friedrich, also jene berühmten Zeitgenossen, die den Marxismus vollauf vernichten wollen. In der letzten Hakenkreuzversammlung hat, wie uns nachträglich berichtet wird, Referent Wagner, die Führer der SPD mit dem Prädikat Arbeiterverräter, Novemberverbrecher, Spitzbuben, vaterlandslose Gesellen, Lumpen, also all den Schimpffnamen aus dem völkischen Lexikon belegt. Diese Bezeichnungen sind

¹⁷⁴Der Führer 21.4.1928.

¹⁷⁵Der Volksfreund 7.5.1928.

anfangs so abgedroschen, daß Herr Wagner sicherlich lange warten kann, bis jemand diese, eine tiefstehende Kampfweise beweisenden Ausdrücke, einer Antwort würdigt. . . . Den Volksfreund haßt Wagner wie der Teufel das Weihwasser. Natürlich schwindelt der Volksfreund nach seiner Ansicht, was wir auch leicht verstehen, denn wer so wie Herr Wagner die ganze Zeit im Schwindel- und Lügendelirium lebt, der kann auch nicht unterscheiden zwischen Wahrheit und Unwahrheit. Er band sogar den Versammelten den Bären auf, daß der Volksfreund ihm mit Klage gedroht habe und in seiner Pimperwichtigkeit stellte er die Forderung, der Volksfreund solle nur klagen, die Kosten bezahle die nationalsozialistische Partei. Nein, verehrter Konfusionsrat Wagner, gegen eine so berühmte Persönlichkeit wie Wagner hat der Volksfreund nie zu klagen beabsichtigt, denn selbst beim Klagen prüft man zuerst, ob der Beleidiger des Verklagens wert ist. . . . Bis jetzt kommt uns Wagner mit seinem politischen Auftreten so vor, wie ein Floh im Bett, der sich dann und wann bemerkbar macht, aber sonst keine weitere Bedeutung hat."¹⁷⁶

Gerade diese letzten Sätze verdeutlichen die Unterschätzung der Nationalsozialisten und deren Wirkung auf das Publikum. Zum anderen zeigt der Artikel eine beliebte und häufig praktizierte Methode der NSDAP auf: Die Verleumdung einzelner Personen oder Gruppen mit dem Ziel, eine Klage zu provozieren, um die Gerichtsverhandlung zu Propagandazwecken zu mißbrauchen.

¹⁷⁶Der Volksfreund 10.5.1928.

II.4.2.5. Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 in Karlsruhe

Die einzelnen Parteien erzielten bei der Reichstagswahl vom 20. Mai in Karlsruhe, im Vergleich mit den Ergebnissen im Reichsdurchschnitt und denen in Baden, z.T. erheblich unterschiedliche Wahlresultate.

Stärkste Partei wurde in Karlsruhe die SPD mit 31% der Wählerstimmen. Auf Reichsebene konnten die Sozialdemokraten 29,8% gewinnen. In Baden war die SPD mit 22,5% allerdings nur zweitstärkste Partei. Der Unterschied zwischen den Ergebnissen im Land und in der Landeshauptstadt betrug also 8,5%.

Das Zentrum war in Karlsruhe zweitstärkste Partei. Es übertraf hier sein Ergebnis im Reich um 6,5% und gewann somit 18,6% der Stimmen in Karlsruhe. In Baden war das Zentrum allerdings mit 32,8% weitaus die stärkste Partei - zwischen Landesresultat und dem Karlsruhes bestand die Differenz von 14,2%.

DDP und DVP lagen in Karlsruhe deutlich über dem Ergebnis, das sie im Reichsdurchschnitt erzielen konnten. Die DVP blieb auch in Karlsruhe klar über ihrem badischen Ergebnis. Im einzelnen erhielt die DDP 4,9% im Reich, 7% in Baden und 7,5% in Karlsruhe, die DVP gewann 8,7% der Stimmen im Reich, 9,5% in Baden und 13,5% in Karlsruhe.

Bei der DNVP, die auf Reichsebene ein Ergebnis von 24,2% erzielte, verhielt es sich umgekehrt wie bei den beiden zuletzt Genannten. Die DNVP konnte in Baden 8,1% und in Karlsruhe lediglich 7,9% der Stimmen für sich verbuchen. Somit zeigen sich auch bei dieser Partei deutliche Unterschiede beim Vergleich der Ergebnisse auf Reichs-, Landes- und kommunaler Ebene.

Bei der KPD waren die Verhältnisse ähnlich; die Kommunisten verzeichneten ein Ergebnis von 10,6% im Reich, 7,4% in Baden, und in Karlsruhe gaben 7,9% der Wähler der KPD ihre Stimme.

Die NSDAP erreichte in Karlsruhe 3,1% der Stimmen. Das waren 0,2% mehr als in Baden und 0,5% mehr als im Reichsdurchschnitt. Grund genug für Karlsruhes Nationalsozialisten, dieses Wahlergebnis als Sieg zu feiern. "Nach gewonnener Schlacht - binde den Helm fester"¹⁷⁷ und "Der Sieg in Ba-

¹⁷⁷Der Führer 26.5.1928.

den"¹⁷⁸ waren die Überschriften, unter denen "Der Führer" das Reichstagswahlergebnis in Baden und Karlsruhe feierte. Der wichtigste Kommentar zum Wahlausgang erschien im "Führer" vom 26. Mai unter der Überschrift "Die Bilanz" und war mit W., vermutlich Robert Wagner, unterzeichnet. Dieser Artikel zeigt noch einmal deutlich die Aggressivität der Nationalsozialisten. Eine Stimme für die NSDAP, so mußte jedermann klar sein, war ein Votum für den nationalsozialistischen antidemokratischen Staat. "Für die parlamentarischen Parteien sind Wahlen", so führte Wagner aus, "gleichbedeutend mit Lebenszielen. Nicht so für uns Nationalsozialisten. Als grundsätzlich parlamentsfeindliche Bewegung sehen wir im parlamentarischen Wahlkampf nur eine Etappe. Wahlen sind für uns Stellungskämpfe, Übergänge von einer bisherigen Kampfstellung in die andere. . . . Es geht darum, Kämpfe zu gewinnen und Volksbewegung zu werden. . . . Die NSDAP schickt heute zum ersten Mal seit ihrem Bestehen ihre eigenen Kandidaten aufgrund einer selbständigen Wahl in den deutschen Reichstag. Wir ließen uns immer wieder den Bleiklotz anderer sogenannter verwandter völkischer Gruppen ans Bein hängen und waren dann mit der politischen Trägheit und Instinktlosigkeit von Organisationen belastet, mit denen wir innerlich nichts gemein hatten. . . . Dieser Kampf [mit den Völkischen] ist nun am 20. Mai entschieden worden zugunsten des Nationalsozialismus. Und das ist das erste Ergebnis dieser Wahl. . . . Unsere Bahn ist zum ersten Mal frei. Mit dem toten 'völkischen Block' haben auch die vaterländische Bünde einen Wink mit dem Zaunpfahl bekommen. Nicht nur ihr 'völkischer Block' sondern auch ihr so heiß empfohlener Bürgerblock ist zusammen gestürzt. Das ist die zweite Erkenntnis dieser Wahl. . . . Die Politik des nationalen Bürgertums hat den Todfeind des Bürgertums, den Marxismus, aus dem Sattel gehoben. Das ist die dritte Erkenntnis dieser Wahl.

Wir Nationalsozialisten aber haben uns durchgepaukt und werden nun da sein und nie mehr verschwinden. . . . Wir Nationalsozialisten sind Todfeinde des Marxismus. Wir sind dazu geboren, Todfeind alles Undeutschen zu sein. Wir sind aber auch die einzigen Vertreter der nationalen Opposition. Wir sind als einzige Vertreter der völkischen Erneuerung aus dieser Wahl hervorgegangen, als die einzige politische Kampftruppe für den Staatsgedanken eines neuen besseren Deutschland. . . . Für uns beginnt jetzt ein Kampf, wie er noch

¹⁷⁸Der Führer 2.6.1928.

nie geführt worden ist. . . . Wir gehen gestählt aus diesen Kämpfen hervor, zusammengeschweißt durch Opfer und Blut. Wir werden arbeiten nicht um des Lohnes willen, sondern um des Sieges willen. Das ist die letzte Erkenntnis aus dieser Wahl".¹⁷⁹

Bei der Betrachtung der Ergebnisse, welche die NSDAP in Karlsruhe in den einzelnen Wahlbezirken erzielte, fallen insbesondere acht der 84 Bezirke auf. Diese acht Wahlbezirke sollen im weiteren Verlauf dieser Untersuchung, bei der Frage, wer wählte die NSDAP, besondere Berücksichtigung finden, da sie bei allen untersuchten Wahlen entweder durch einen hohen oder durch einen besonders niedrigen NSDAP-Stimmenanteil gekennzeichnet waren. Einen besonders hohen Zuspruch erzielten die Nationalsozialisten in den Wahlbezirken 16, 23, 32 und 36, besonders gering war er hingegen in den Wahlbezirken 60, 80, 82 und 84.¹⁸⁰ Der Wahlbezirk 16 umfaßte die Reichsstraße (heute Ebertstraße), sowie das Viertel zwischen Eisenlohr- und Weinbrennerstraße. Zum Wahlbezirk 23 gehörten die Beiertheimer Allee, die Bahnhofstraße sowie eine Reihe abzweigender Straßen. Den Wahlbezirk 32 bildeten die Amalien- sowie Teile der Kaiser- und Westendstraße (heute Reinhold-Frank-Straße). Im Wahlbezirk 36 stimmten die Bewohner der Akademiestraße, der Kaiserpassage sowie der nördlichen Waldstraße ab.

Der Wahlbezirk 60 umfaßte die östliche Kriegsstraße sowie die durch die Karlsruher Altstadt führende Durlacher Straße. Den Wahlbezirk 80 bildeten die Durmersheimer Straße und die Pfalzstraße im Stadtteil Grünwinkel. Der süddöstliche Teil von Daxlanden gehörte zum Wahlbezirk 82, der nordwestliche Teil Daxlandens zum Wahlbezirk 84.

Im Wahlbezirk 16 erhielten die Nationalsozialisten 2,98% der Stimmen. Ihr Stimmenanteil lag hier zwar um 0,2% unter dem Durchschnitt, dennoch soll dieser Wahlbezirk besondere Beachtung finden, da sich der Anteil bereits bei der nächsten Wahl deutlich erhöhen wird. Stärkste Partei war in diesem Wahlbezirk die DVP mit 27,6%. Sie erzielte einen Anteil, der um mehr als das Zweifache über dem Resultat in der Stadt lag.

Ebenfalls doppelt so viele Stimmen wie im Durchschnitt erhielt die DDP mit 11,23%. Die DNVP erreichte mit 7,5% fast ihr Karlsruher Ergebnis

¹⁷⁹Der Führer 26.5.1928.

¹⁸⁰Die Aufteilung und die Wahlergebnisse der jeweiligen Wahlbezirke siehe Anhang S. 236 – 254.

von 7,9%. Mit 14,33% blieb das Zentrum um 4% unter dem Karlsruher Wahlergebnis. Auffallend schlecht schnitten in diesem Wahlbezirk die beiden Arbeiterparteien SPD und KPD ab. Die SPD gewann lediglich 18,57% der Stimmen und war damit um 12,43% hinter ihrem Gesamtergebnis geblieben, während die KPD 5% unter dem Gesamtergebnis gleichauf mit der NSDAP lag.

Der Wahlbezirk 23 brachte der NSDAP einen Stimmenanteil von 4,49%, also 1,19% mehr als die Partei im Stadtdurchschnitt erhielt. Das beste Resultat erreichte in diesem Bezirk wiederum die DVP mit 27,06%, das gleich Ergebnis wie zuvor im Bezirk 16. DDP und DNVP lagen mit 12,01% gleichauf und somit auch deutlich über dem von ihnen erreichten Karlsruher Durchschnitt. Das Zentrum war mit 24,4% zweitgrößte Partei dieses Wahlbezirks und übertraf um fast 6% das Karlsruher Resultat. Auch hier waren SPD und KPD die Parteien, die bei weitem am schlechtesten abschnitten. Die SPD konnte nur 9,8% der Wähler dieses Bezirks für sich gewinnen. Die Kommunisten erhielten nur 1,9% und lagen somit 3% hinter der NSDAP.

4,46% erzielten die Nationalsozialisten im Stimmbezirk 32. Auch hier war die DVP mit 24% der Stimmen stärkste Partei. Bei den übrigen Parteien gleichen die Ergebnisse denen des Wahlbezirks 23. Die DDP mit 12% und die DNVP mit 11,56% waren fast gleich stark und übertrafen ihr städtisches Ergebnis bei weitem. Das Zentrum bekam hier 15,53% und lag mit diesem Ergebnis nur knapp unter dem Resultat der Stadt. SPD und KPD konnten im Bezirk 32 einen höheren Anteil verbuchen als im zuvor genannten Bezirk, blieben jedoch auch hier weit unter ihrem Karlsruher Ergebnis. Die SPD gewann 15,2% der Wählerstimmen, d.h. 16% weniger als im Gesamten, und die KPD war auch hier mit 4,21% zwar knapp, aber dennoch hinter die NSDAP zurückgefallen.

Im Wahlbezirk 36 war die SPD zwar stärkste Partei mit 20,81% der Stimmen, obwohl sie auch hier deutlich unter dem Durchschnitt lag. Ihr folgte an zweiter Stelle die DVP mit 19,32% - auch in diesem Bezirk übertraf diese Partei klar das durchschnittlich in der Stadt erzielte Resultat. Mit lediglich 6,8% der Stimmen blieb die DDP um 6% unter dem Ergebnis des Wahlkreises 32. Dafür erreichte die DNVP ein Wahlergebnis von 12,97%, womit sie nur 3% hinter dem Zentrum, das 15,95% der Wählerstimmen erhielt, lag. 5,4%

genügten der KPD, um in diesem Wahlkreis besser abzuschneiden als die NSDAP, die mit 3,78% ihr Durchschnittsergebnis nur um 0,6% übertraf.

Zusammenfassend kann über die Wahlkreise 16, 23, 32 und 36, jene Bezirke also mit relativ hohem NSDAP-Stimmenanteil, folgendes festgestellt werden.

1. Die DVP stellte in drei von vier Wahlkreisen die stärkste Partei.
2. DDP und DNVP erzielten ein deutlich höheres Ergebnis als im Karlsruher Gesamtdurchschnitt.
3. Das Zentrum wich in seinen Resultaten um wenige Prozentpunkte vom Karlsruher Durchschnitt ab.
4. Die SPD lag in drei der vier untersuchten Wahlkreise hinter der DVP. In diesen Bezirken blieben die Sozialdemokraten um die Hälfte unter ihrem in Karlsruhe erzielten Ergebnis.
5. Ebenso wenig wie die SPD erreichte die KPD in den oben genannten Wahlbezirken ihr Gesamtergebnis.
6. Außer im Wahlbezirk 16 lag die NSDAP mehr oder weniger deutlich über dem in Karlsruhe erzielten Ergebnis. Trotzdem war sie in diesen Wahlkreisen auch nur eine Splitterpartei.

Im Wahlbezirk 60 erhielt die NSDAP lediglich 1,67% der Stimmen - die NSDAP war in diesem Bezirk schwächste Partei. Vor ihr stand die DDP mit nur 1,8%, der somit fast 6% zum Karlsruher Ergebnis fehlten. Ebenso schlecht gingen die DNVP mit 2,06% und die DVP mit 3,22% aus dieser Wahl hervor. 10% weniger Wähler als im Gesamten entschieden sich in diesem Wahlbezirk für das Zentrum, das hier 8,39% erzielte. Die SPD erreichte mit 30,62% fast das Resultat, das sie in der Stadt hatte. Deutlicher Gewinner war in diesem Wahlkreis die KPD mit 44,44% der Stimmen. Sie übertraf um 36,54% die durchschnittliche Zustimmung in Karlsruhe.

Mit 2,96% erreichte die NSDAP im Wahlkreis 80 zwar fast das Ergebnis des Wahlkreises 16, aber im weiteren Verlauf zählt dieser Bezirk zu den schwächsten der NSDAP. Mit großem Abstand war im Wahlbezirk 80 die SPD stärkste Partei. Sie gewann einen Stimmenanteil von 55,18%. Die KPD blieb hier bei lediglich 9,07%. Das Zentrum konnte mit 17,35 fast das Durchschnittsergebnis erreichen. Die übrigen Parteien, DNVP 3,33%, DVP 4,81%

und DDP 3,14% erlangten in diesem Wahlkreis bei weitem nicht die Bedeutung, die sie in Karlsruhe insgesamt hatten.

Die dominierende Partei im Wahlkreis 82 war mit einem Ergebnis von 63,93% wiederum die SPD. Als zweitstärkste Partei stellte sich auch hier das Zentrum heraus, das den Zuspruch von 11,70% der Wähler erreichte. Die KPD erzielte ein Ergebnis von nur 6,06%. Wie in den zuvor genannten Wahlkreisen blieben auch hier DDP mit 3,51%, DVP mit 4,89% und die DNVP mit 2,12% relativ unbedeutend. Völlig unter ging die NSDAP, die nur 0,85% der Stimmen für sich verbuchen konnte und somit bedeutungslose Splittergruppe blieb.

Die Stimmen des Wahlkreises 84 wurden fast ausschließlich unter der SPD und dem Zentrum aufgeteilt, die SPD erhielt 43,65%, das Zentrum 41,11%. Die DNVP und die NSDAP konnten über den Status einer Splittergruppe nicht hinauskommen, was 0,5% für die DNVP und 0,38% für die NSDAP überdeutlich belegen. Auch die DDP mit 1,01% und die DVP mit 2,03% lagen weit hinter den ansonsten gewohnten Resultaten. Lediglich der KPD gelang es in diesem Wahlbezirk, neben SPD und Zentrum, mit 5,58% ein achtbares Ergebnis zu erzielen.

Für die Wahlkreise 60, 80, 82 und 84, jene Bezirke also mit relativ niedrigem NSDAP-Stimmenanteil, kann zusammenfassend folgendes festgestellt werden:

1. Die SPD war in drei von vier Wahlkreisen, zum Teil mit großem Abstand, stärkste Partei. Im Wahlbezirk 82 hatte die SPD ihre Hochburg in Karlsruhe.
2. Mit 44,44% konnte die Karlsruher KPD im Wahlbezirk 60 ihren mit Abstand größten Erfolg verbuchen. Ansonsten lag sie knapp über bzw. unter dem Ergebnis, welches sie in Karlsruhe erzielt hatte.
3. Im Wahlbezirk 84 hatte das Zentrum seine Hochburg. In den drei übrigen Wahlkreisen schwankten die Resultate stark.
4. DDP, DNVP und DVP konnten in diesen vier Wahlbezirken ihre Gesamtstimmenanteile nicht erreichen, zum Teil lagen sie sogar weit darunter.
5. Die NSDAP war in den Wahlbezirken 60, 80, 82 und 84 vom Ergebnis her eine unbedeutende politische Kraft.

Abschließend bleibt für die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 in Karlsruhe festzustellen, daß, ähnlich wie bei der Bewertung der Propaganda der NSDAP, auch ihr gewonnener Stimmenanteil bei der Wahl in der Karlsruher Presse kaum Beachtung fand. Der sozialdemokratische "Volksfreund" kommentierte den Wahlausgang für die NSDAP mit den Worten: "Die Nationalsozialisten haben auch einen Gewinn zu buchen, der nicht überrascht, denn die politisch Verwirrten sind eben nicht ausgestorben."¹⁸¹

Die Wahlen vom 20. Mai bedeuteten, trotz aller gegenteiligen Aussagen, auch für die NSDAP in Karlsruhe eine Niederlage, doch war der Wahltag nicht Abschluß, sondern Auftakt zum "permanenten Wahlkampf". Die intensiven Bemühungen der NSDAP bei ihrer Propaganda und beim Aufbau ihrer Organisation führten dazu, daß der Wahlkampf vor der Landtagswahl in Baden am 29. Oktober 1929 ganz entscheidend von der NSDAP geprägt werden sollte.¹⁸²

¹⁸¹Der Volksfreund 21.5.1928.

¹⁸²Ernst Otto Bräunche, Die NSDAP in Baden, S. 23.

II.4.2.6. Die Wahl des Oberbürgermeisters

Die nächsten Wahlen, die in Karlsruhe abgehalten wurden, waren die Bürgermeisterwahlen, an der die Bürger aber nicht unmittelbar beteiligt waren, da die Bürgermeister ja vom Bürgerausschuß und vom Stadtrat gewählt wurden.

Im Gegensatz zu anderen Städten und Gemeinden verlief diese Wahl in Karlsruhe völlig ruhig, d.h. ohne Parteienstreit oder Zeitungspolemiken. Das Wahlergebnis war für alle Bürgermeister ein eindrucksvoller Vertrauensbeweis. Da sich die Parteien, außer der KPD, vor der Wahl auf die Kandidaten geeinigt hatten, kamen fast einstimmige Ergebnisse zustande.¹⁸³ Von 112 Wahlberechtigten (24 Stadträte, 84 Stadtverordnete, 3 Bürgermeister und 1 Oberbürgermeister) stimmten 101 ab. Auf Oberbürgermeister Finter entfielen 93, auf den 1. Bürgermeister Sauer 89, auf Bürgermeister Kleinschmidt 87 und auf Bürgermeister Schneider 90 Stimmen.¹⁸⁴

Vor welcher schwierigen Aufgaben sie stehen sollten, zeigte dann die Folgezeit. Durch weitere Gesetzesmaßnahmen wurde nämlich die finanzielle Lage der Stadt noch im Verlauf dieses Jahres weiter verschlechtert. Vor allem zwei Gesetze machten es unmöglich, die Haushaltsplanungen des Vorschlags einzuhalten. Dies war zum einen das badische Finanzgesetz vom 17. Juni 1928, durch welches der Anteil der Städte an der Gebäudesondersteuer herabgesetzt wurde, mit der Folge, daß wichtige Finanzmittel zur geplanten Förderung des Wohnungsbaus und zur Arbeitsbeschaffung entzogen wurden.¹⁸⁵

Eine weitere Mehrbelastung, die besonders schwer ins Gewicht fiel, verursachte das Gesetz über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung. Durch dieses Gesetz wurde die Höchstunterstützungsdauer für Arbeitslose von 52 auf 26 Wochen reduziert. Das Ergebnis war eine stark ansteigende Zahl derjenigen, die aus der Arbeitslosenversicherung in die Krisenfürsorge kamen, anschließend aus dieser ausgesteuert wurden und somit auf die städtische Fürsorge angewiesen waren.¹⁸⁶ Für das Fürsorgeamt mußte die Stadt

¹⁸³Der Volksfreund 20.7.1928.

¹⁸⁴Ebd. Zu den einzelnen Personen Bräunche, Residenzstadt.

¹⁸⁵Verwaltungsbericht 1928.

¹⁸⁶Ebd.

einen um 398 551 RM höheren Betrag aufbringen als ursprünglich veranschlagt worden war.¹⁸⁷

Parallel zur Verkürzung der Unterstützungsdauer wurde die Zeit für die Erlangung der Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung von 13 auf 26 Wochen heraufgesetzt. Ergebnis dieser Regelung war, daß von der Stadt noch mehr Personen, die voll erwerbsfähig waren, unterstützt werden mußten. Der Personenkreis der zu Unterstützenden war natürlich noch größer, da auch zum Teil die Familienangehörigen derjenigen finanzielle Hilfe benötigten, deren Arbeitslosengeld zur Ernährung der Familie nicht ausreichte. Insgesamt überstiegen die Kosten für die Arbeitsvermittlung und die Erwerbslosenfürsorge sowie die Zuschüsse für das Fürsorgeamt den Voranschlag um 504 050 RM.¹⁸⁸

Trotz dieser finanziell schwierigen Lage versuchte die Stadt Karlsruhe, ein besonderes Wohnungsbauprojekt auf den Weg zu bringen mit dem Ziel: Wohnraum und Arbeitsbeschaffung. Geplant wurde die Erschließung und Bebauung des Dammerstockgeländes.¹⁸⁹

Die Forderungen, die dabei an die Planer vor allem von den Sozialdemokraten gestellt wurden, waren die nach erschwinglichen Mieten für die künftigen Mieter, die in erster Linie aus sozial schwachen Kreisen stammen sollten.¹⁹⁰ "Jeder vernünftige Wohnungsbau hat von der Miete auszugehen und zwar von der Miete, die der künftige Bewohner voraussichtlich aufbringen kann. . . . Es müssen die Grundrisse der in Frage kommenden Wohnungstypen dahin durchgearbeitet werden, daß die unbedingt erforderlichen Räume auf kleinster Fläche geschaffen werden. Dabei sollen verschiedene Funktionen des Wohnens: Wohnen, Schlafen, Kochen, Reinigen, nach Möglichkeit so getrennt und so geordnet werden, daß die Wohnung im ganzen an Brauchbarkeit, trotz etwa verringerter Raumgrößen, gewinnt."¹⁹¹

Einsparungen sollte aber nicht nur der begrenzte Wohnraum bieten, sondern auch die Trennung von Wohn- und Verkehrsstraßen, d.h. eine rationelle, raumsparende und damit preiswertere Flächennutzung durch den Verzicht auf Querstraßen.

¹⁸⁷StadtAK 4D D992 Rech. Landeshauptstadt Karlsruhe. Rechenschaftsbericht über die Einnahmen und Ausgaben der städtischen Kassen für das Rechnungsjahr 1928.

¹⁸⁸Ebd.

¹⁸⁹StadtAK H.-Reg.A. 1051, 1052. Pläne für Dammerstock.

¹⁹⁰Der Volksfreund 23.8.1928.

¹⁹¹Ebd.

Das Dammerstockprojekt hatte allerdings den großen Nachteil, daß von der Konzeption her nur Wohnungen für Ehepaare oder Alleinstehende mit höchstens zwei Kindern geplant waren. Wohnungen für kinderreiche Familien, die zumeist auch zu den sozial Schwachen zählten, blieben weiterhin Mangelware. Lediglich die Genossenschaften versuchten, erschwinglichen Wohnraum auch für diese Bevölkerungsgruppe zu schaffen.¹⁹²

Kam bei diesen Familien zum Kinderreichtum dann noch die Arbeitslosigkeit hinzu, war es oft aussichtslos eine Wohnung zu finden, und so war es keine Seltenheit, daß sich 8 - 10 Personen ein Zimmer teilen mußten, was zu psychischen wie physischen Schäden führte.

Der Vorschlag der sozialdemokratischen Rathausfraktion zur Linderung dieser Misere, Hausbesitzer, die durch Unterstützung mit öffentlichen Geldern bauten, zu zwingen, auch Wohnraum für Kinderreiche mit einzuplanen, wurde von den bürgerlichen Parteien ebenso abgelehnt wie die Forderung der SPD, mit der Vergabe öffentlicher Darlehen auf einen niedrigen Mietpreis hinzuwirken.

Aus diesem Grund war es dann nicht möglich, das bereits erwähnte Mißverhältnis von Wohnungsangebot und Nachfrage zu beseitigen, was sich im Verlauf der kommenden Wirtschaftskrise noch wesentlich verstärken sollte.

Aber nicht nur die Lage auf dem Wohnungs- auch die auf dem Arbeitsmarkt stellte, wie oben erwähnt, eine starke Belastung für die Stadt dar, die versuchte, durch öffentliche Bauaufträge Arbeitsplätze zu schaffen, was aber durch die beschränkte Kreditaufnahmefähigkeit bei gleichzeitiger finanzieller Mehrbelastung im sozialen Bereich nicht mehr wurde als ein Tropfen auf den heißen Stein.¹⁹³

Im Dezember betrug die Zahl der Arbeitsuchenden 6 053, davon galten 2 268 als arbeitslos, 566 erhielten Krisenunterstützung.¹⁹⁴ Vollerwerbsfähig und aus der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ausgesteuert, d.h. auf die Unterstützung der Fürsorge angewiesen, waren ca 800 Personen.¹⁹⁵ Auf die selbe Zahl wurde der Kreis derjenigen geschätzt, die keine Anwartschaft zur

¹⁹²Der Volksfreund 22.10.1928.

¹⁹³Zu diesen Bauvorhaben gehören der Bau des Strandbades Rappenwörth und der damit verbundene Straßenbahnbau Daxlanden - Rappenwörth.

¹⁹⁴StadtAK H.-Reg.A. 1972. Arbeitsmarktlage.

¹⁹⁵StadtAK 1/H.-Reg. 4229.

Zahlung von Arbeitslosengeld erreicht hatten. Demnach war die Zahl der Personen ohne Arbeit doppelt so hoch, wie die offiziell angegebene Zahl der Arbeitslosen. Die Anzahl der nicht vollwerbsfähigen Personen ohne Arbeit ist nicht festzustellen. Hieraus läßt sich folgern, daß die Zahl derer ohne Arbeit sich deutlich der Zahl der Arbeitsuchenden annähert.

Um die Kosten des Fürsorgeamtes zu senken, versuchte dessen Direktor, Fürsorgeempfänger bei städtischen Bauvorhaben unterzubringen, d.h. diese als Fürsorgearbeiter heranzuziehen, wodurch anderen wiederum eine Beschäftigungsmöglichkeit genommen wurde.¹⁹⁶

Der Übergang vom Kaiserreich zur Republik vollzog sich in Baden und seiner Landeshauptstadt Karlsruhe weit weniger spektakulär und gewalttätig als in anderen Teilen des Reichs. Mitverantwortlich für den reibungslosen Übergang von der Monarchie zur Demokratie war auch die Art und Weise, in der Großherzog Friedrich II. abdankte und alle Badener aufforderte, der neuen Regierung zu folgen. Entscheidend aber für den gewaltlosen Verlauf der Revolution in der Landeshauptstadt war der gelungene Versuch von Oberbürgermeister Siegrist, der zwar die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates nicht hatte verhindern können, alle sozialen Schichten und Berufe in diese Räte aufzunehmen. Nur so war es in Baden möglich, bereits eine Woche nach dem Beginn der revolutionären Ereignisse, die Ausarbeitung einer Verfassung in Auftrag zu geben.

Die ersten demokratischen Wahlen, die zur verfassunggebenden badischen bzw. deutschen Nationalversammlung, bestätigten dann eindrucksvoll die Zustimmung in Baden und seiner Landeshauptstadt zur neuen Staatsform. Auch bei den darauffolgenden Stadtverordnetenwahlen zeigte sich in Karlsruhe die Zustimmung zur Demokratie in einer überwältigenden Mehrheit der Parteien der "Weimarer Koalition". Wie stabil diese Koalition in Karlsruhe war, zeigte sich bereits in der ersten Wahl eines Karlsruher Oberbürgermei-

¹⁹⁶Auf diese Problematik wird im weiteren Verlauf noch näher einzugehen sein. Allgemein zu diesem Problem vgl. Heidrun Homburg, Vom Arbeitslosen zum Zwangsarbeiter. Arbeitslosenpolitik und Fraktionierung der Arbeiterschaft in Deutschland 1930-1933 am Beispiel der Wohlfahrtserwerbslosen und der kommunalen Wohlfahrtshilfe. In, Afs 25/1985, S. 251-298.

ters. Der Kandidat der DDP, Dr. Julius Finter, wurde mit nur einer Gegenstimme gewählt. Finter blieb bis 1933 Karlsruher Oberbürgermeister.

Selbst die von Beginn der Republik an allgemein schwierige wirtschaftliche Lage in Karlsruhe, u.a. bedingt durch die Auswirkungen des Krieges und die Grenzlage, sowie die verheerenden Auswirkungen der Hyperinflation 1923, konnte die Zustimmung der Karlsruher zum neuen, demokratischen Staat nicht mindern. Die Jahre zwischen 1924 und 1927 waren dann nicht nur durch politische, sondern auch durch wirtschaftliche Stabilität gekennzeichnet. Allerdings blieb die wirtschaftliche Entwicklung Karlsruhes aus den o.g. Gründen hinter der allgemeinen doch zurück, was sich u.a. an einer deutlich höheren Arbeitslosigkeit ablesen läßt.

Trotz ständiger finanzieller Mehrbelastungen für die Kommunen durch Reichs- und Landesgesetze, die dringende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, aber auch der Wohnungsnot, verhinderten, konnten auch im Jahr 1928 die demokratischen Parteien ihre Positionen bei allen Wahlen stärken.

Die NSDAP, die 1928 zum ersten Mal massiv in Karlsruhe aufgetreten war und sogar ihren "Führer", Adolf Hitler, in den Wahlkampf geschickt hatte – es sollte sein einziger Auftritt in Karlsruhe bleiben, die in späteren Wahlkämpfen angekündigten Auftritte wurden alle abgesagt – erreichte bei der Reichstagswahl in Karlsruhe lediglich 3,1%.

III. Wirtschaftskrise und politische Radikalisierung

III.1. Der Arbeitsmarkt zum Jahreswechsel 1928/29

Der strenge Winter 1928/29 führte zu einer zusätzlichen Belastung des Arbeitsmarktes. "Die Entlassungen zu Ende vergangenen Jahres traten jetzt erst richtig in Erscheinung und zeigten sich deutlich in der beträchtlichen Steigerung der Arbeitslosenziffern. Die Außenarbeiten liegen infolge der Witterungsverhältnisse fast völlig darnieder. . . . Der Zugang vom Metallgewerbe hat etwas nachgelassen. Die Gesamtlage auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin sehr schlecht."¹⁹⁷

Besonders angespannt war die Beschäftigungslage in der "Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen."¹⁹⁸ In der für Karlsruhe bedeutenden Nähmaschinenindustrie, namentlich Haid und Neu, wo allein 112 Arbeiter gegen Mitte des Monats entlassen worden waren, traten die wirtschaftlichen Probleme zu diesem Zeitpunkt deutlich zutage. Die Berichte über die Nachfrage innerhalb der einzelnen Berufsgruppen gaben für die oben genannten Industriezweige "ungünstig und uneinheitlich", "geringe Nachfrage" oder aber "kein Bedarf" an.¹⁹⁹ In den verschiedenen Handwerksberufen schien die Beschäftigungssituation etwas besser zu sein, doch, bedingt durch die schlechten Witterungsverhältnisse, konstatierte das Arbeitsamt auch hier einen teilweisen Rückstrom.²⁰⁰ Zum Ende des Monats wurden in Karlsruhe 3 734 unterstützte vollqualifizierende Arbeitslose gezählt, 896 Ausgesteuerte, d.h. insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt 4 630 vollqualifizierende Karlsruher ohne Arbeit.²⁰¹

¹⁹⁷StadtAK H.-Reg.A 1973. Wochenberichte über den Stand der Arbeitssuchenden und Fürsorgeempfänger bei Arbeitsamt.

¹⁹⁸Ebd.

¹⁹⁹Ebd.

²⁰⁰Ebd.

²⁰¹StadtAK 8/DS FI 204,1. Verwaltungsbericht 1928, S.181. An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, daß diese Zahl die unterste Grenze der Arbeitslosen beziffert. In einem Vortrag vom 28.5.1929 spricht der Vorsitzende des Fürsorgeamtes, Stadtrechtsrat Dr. Fichtel, von mehr als 1000 vollqualifizierenden, ausgesteuerten Erwerbslosen für den Jahreswechsel, sowie in einem Bericht vom 10. Dezember 1928 von der gleichen Zahl vollqualifizierender Arbeitsloser, die eine Anwartschaft zur Arbeitslosenunterstützung noch nicht erreicht hatten. StadtAK 1/H.-Reg. 4229. Da die wirkliche Zahl der Arbeitslosen also nicht ermittelbar ist, wird im weiteren Verlauf die Zahl der Arbeitssuchenden zusätzlich genannt werden.

Angesichts der ständig steigenden Anzahl der Personen, die aus der Arbeitslosen- oder Krisenfürsorge ausgesteuert wurden und somit von der kommunalen Fürsorge unterstützt werden mußten, wuchs bei den Gemeinden die Furcht, daß die Reichsregierung, wie schon im Vorjahr, ihr Haushaltsdefizit auf die Länder und Gemeinden abwälzen könnte. Im Auftrag des deutschen Städtetages wandte sich dessen Präsident Mulert bei Reichsfinanzminister Hilferding gegen solche Pläne, da die Lage der Städte, deren Fürsorgeaufwand ständig im Steigen begriffen war, äußerst kritisch sei. Eine Kürzung der Reichsüberweisungssteuern würde sich verhängnisvoll auf die Wohlfahrtspflege und die Versuche zur Beseitigung der Wohnungsnot auswirken.²⁰² Daß sein Ersuchen bei der Reichsregierung nur wenig Gehör fand, zeigten verschiedene Maßnahmen im weiteren Verlauf des Jahres.

Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt spiegelten sich zu Jahresbeginn auch auf dem Wohnungsmarkt wider, wo der sich abzeichnende soziale Abstieg, besonders bei kinderreichen Familien zum Ausdruck kam. Die Zahl der Arbeitslosen war im Februar auf 4 630 gestiegen.²⁰³ Die örtliche Presse sprach zu diesem Zeitpunkt bereits von 7 300 Erwerbslosen, eine Zahl, die mit den Angaben des Arbeitsamtes über die Arbeitssuchenden übereinstimmt. "Es ist also ein sehr düsteres Bild, das der Arbeitsmarkt bietet. Wir sind wirklich übel dran, und eine Statistik darüber, welch große Not und unbeschreibliches Elend diese Massenarbeitslosigkeit bei den einzelnen von ihr Betroffenen und in den Familien derselben anrichtet und schon angerichtet hat, läßt sich leider nicht aufstellen, sie wäre eine Statistik des Grauens."²⁰⁴

Auch auf dem Wohnungsmarkt herrschte, wie oben angedeutet, eine sich zunehmend verschärfende Lage. Daher beschloß der Stadtrat gleich zu Beginn des Jahres, den Wohnungsbau weiterhin, auch bei der schwierigen Finanzsituation, zu fördern. Die beschlossenen Maßnahmen sahen zum einen die Förderung durch die Mitwirkung bei der Beschaffung des Baukapitals vor, und zwar durch die "Gewährung langfristiger Darlehen zu marktüblichen Zinsen, sowie durch Übernahme der Ausfallbürgschaft für einen Teil des Baukapi-

²⁰²Badischer Beobachter 9.1.1929. Vgl. allgem. Christian Engeli, Zur Geschichte der regionalen Städtetage. In, AfK 19/1980, S. 173-199.

²⁰³StadtAK 8/DS FI,204,1.

²⁰⁴Der Volksfreund 18.2.1929.

tals."²⁰⁵ Zum anderen sollte durch die Gewährung von Zinsbeihilfen das aufgewendete Baukapital verbilligt werden.²⁰⁶ Das Wohnungsbauproblem schloß sich somit nahtlos an das des vergangenen Jahres an, d.h. mit den vorhandenen Mitteln sollte vor allem der Kleinwohnungsbau gefördert werden. Insgesamt sollten mit 3,5 Mio. RM aus der Gebäudesondersteuer und Kommunaldarlehen des badischen Staates 700 Wohnungen gefördert werden. Wie schon zuvor wurden die Bedürfnisse der kinderreichen Familien durch den Bau von Kleinwohnungen nur insofern berücksichtigt, als sie ohnehin nicht in der Lage gewesen wären, eine größere Wohnung zu bezahlen.²⁰⁷

²⁰⁵Der Volksfreund 5.1.1929.

²⁰⁶Ebd.

²⁰⁷Zu weiteren Angaben über die Wohnverhältnisse vgl. Wohnungszählung und Wohnungsbau in Baden. Bearb. und hrsg. vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1928, S. 74ff.

III.2. Der städtische Haushalt 1929

Vor dem Hintergrund der bereits zu Beginn des Jahres ersten wirtschaftlichen Situation begannen in Karlsruhe die Haushaltsberatungen zur Verabschiedung des Voranschlags für das Wirtschaftsjahr 1929.

Im Vordergrund der Etatrede des Oberbürgermeisters standen nicht die zuvor genannten Probleme, sondern die Fragen einer Verwaltungsreform sowie die von weiten Kreisen der Wirtschaft und ihrer politischen Vertreter, vor allem in der DVP, geforderten Besteuerung der städtischen Regiebetriebe.²⁰⁸

In seinen Ausführungen stimmte Finter in weiten Teilen den in einer Denkschrift formulierten Ansichten des badischen Innenministers Adam Remmele zu. Hierbei ging es in erster Linie um das Bekenntnis zum Einheitsstaat, allerdings mit Betonung auf die föderalistischen Elemente der Weimarer Verfassung, gegen zentralistische Bestrebungen und für die Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden.²⁰⁹

Die Besteuerung der kommunalen Regiebetriebe oder gar deren Privatisierung lehnte der Oberbürgermeister mit dem Hinweis auf deren ungeheuer wichtige Bedeutung für den städtischen Haushalt ab. Die Vorschläge zur Besteuerung der Betriebe führte Finter auf Vorstellungen bestimmter Wirtschaftskreise zurück, "die sich gerne an die Stelle der Gemeinden als Inhaber dieser Versorgungsbetriebe sehen möchte."²¹⁰ Den Vorwurf der Steuerungerechtigkeit wies Finter ebenso zurück, da die städtischen Versorgungsbetriebe nicht in Konkurrenz zur Wirtschaft stünden, sondern im Gegenteil zur Steuerminderung durch die Senkung der Umlage beitragen. Wichtigster Punkt seiner Argumentationen war aber, daß die städtischen Betriebe ihren wirtschaftlichen Erfolg, im Gegensatz zu den Privatunternehmen, der gesamten Bevölkerung zugute kommen lassen. "Es ist doch nicht unbekannt, daß unsere Betriebe zum allgemeinen Finanzbedarf der Stadt nicht unwesentliche Zuschüsse leisten, um die sich die steuerliche Belastung der Bürger ermäßigt. Besteuert man sie, dann fehlt der Steuerbetrag an diesen Zuschüssen, oder aber

²⁰⁸StadtAK 1/H.-Reg. A 2953. Etatrede des Oberbürgermeisters 1929.

²⁰⁹Vgl. Adam Remmele, Verwaltungsreform.

²¹⁰StadtAK 1/H.-Reg. 2953.

man muß zu Tariferhöhungen schreiten, die eine Steigerung der Belastung der breiten Schichten und nicht zuletzt der Wirtschaft bedeuten."²¹¹

Bei der Aufstellung des Voranschlags für das Jahr 1929 war die Vermeidung der Erhöhung der Gemeindesteuern ein Leitgedanke und zwar mit Rücksicht "auf die gerade in dieser Zeit sinkender Konjunktur besonders schonungsbedürftige Wirtschaft."²¹² An die Schonung der Bedürftigen dachten allerdings nur wenige.

Da also vermehrte Steuerbelastungen ausgeschlossen worden waren, die Kosten aber aufgrund der anhaltenden Arbeitslosigkeit weiter stiegen, mußten an anderen Stellen Einsparungen eingenommen werden. Durch gleichzeitigen Verzicht auf Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Strom mußten die Ausgaben somit "gewaltsam" gedrosselt werden.²¹³ Um dies zu erreichen, wurden Projekte wie Straßen- und Kanalbau sowie der Bau eines Altersheims zurückgenommen, Projekte, bei deren Verwirklichung zahlreiche Arbeitslose hätten beschäftigt werden können. Aber auch die Förderung des Wohnungsbaus wurde entgegen früherer Absichten zurückgeschraubt.

In besonderem Maße bereitete aber der Haushalt des Fürsorgeamtes große Probleme, da die Aufwendungen für die Wohlfahrtspflege ständig stiegen, in erster Linie verursacht durch den anhaltenden Zustrom von Wohlfahrtserwerbslosen. Durch die Gründung der Reichsanstalt für Arbeit waren allerdings die Kosten für das Arbeitsamt entfallen.

Die Frage der Wohlfahrtspflege nahm dann auch in den folgenden Tagen, neben den allgemeinen Fragen einer Verwaltungsreform und der schon angesprochenen Besteuerung der städtischen Betriebe, den breitesten Raum bei der Diskussion des Voranschlags im Bürgerausschuß ein.

Als Zeichen der besonders schwierigen wirtschaftlichen Lage wurde das erhebliche Ansteigen der Fürsorgelasten im Vergleich zum Vorjahr gewertet. Nach Angaben des sozialdemokratischen Stadtverordneten Kappes war zu diesem Zeitpunkt mehr als ein Zehntel der Karlsruher Bevölkerung auf die Fürsorge angewiesen.²¹⁴ Besondere Betonung legte er bei seinem Redebeitrag vor dem Bürgerausschuß nicht auf die reinen Zahlen, die bei genauer Be-

²¹¹Ebd.

²¹²Geleitwort des Oberbürgermeisters zum Voranschlag. Zit. nach Der Volksfreund 26.2.1929.

²¹³Ebd.

²¹⁴Der Volksfreund 25.3.1929.

trachtung schon aussagefähig genug gewesen wären, sondern auf die physischen wie psychischen Belastungen derer, die auf die äußerst geringen Sätze der Fürsorge angewiesen waren. "Das festgesetzte Existenzminimum ist sehr niedrig, sodaß man sich nicht zu wundern braucht, wenn auch die Krankenhauskosten für Fürsorgeempfänger wachsen. Man kann mit dem Existenzminimum nicht gesund bleiben."²¹⁵

In seiner Haushaltsrede im Vorjahr hatte Oberbürgermeister Finter bereits auf die schlimmen Folgen der andauernden Arbeitslosigkeit hingewiesen und vor der Drosselung von Investitionen mit der Begründung gewarnt: "Nicht jede Unterlassung einer Ausgabe ist Ersparnis; sie kann auch Verschwendung sein, dann nämlich, wenn sie zu Verfall von Werten führt."²¹⁶

Um ein weiteres Abgleiten der sozial Schwächsten zu verhindern, waren sich dann auch alle Fraktionen im Bürgerausschuß einig, daß die ohnehin niedrigen Sätze der Fürsorge, trotz der angespannten finanziellen Lage, nicht weiter gesenkt werden dürften. Daß es aber nicht bei einer rein finanziellen Hilfe bleiben dürfe, sondern Arbeitsgelegenheit geschaffen werden müßte, war dann die abschließende Forderung der Sozialdemokraten.²¹⁷

Der Gesamtvoranschlag wurde nach mehrtägigen Beratungen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

²¹⁵Ebd.

²¹⁶StadtAK 1/H.-Reg. A 2953. Etatrede 1928.

²¹⁷Der Volksfreund 25.3.1929.

III.3. Arbeitsmarkt im Frühjahr 1929

Da im Verlauf des Frühjahrs auf dem Arbeitsmarkt die saisonal bedingte Verbesserung nicht im erwarteten Ausmaß eintraf, wurden durch die steigende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, die im Haushalt veranschlagten Mittel für das Fürsorgeamt überschritten.

Der wöchentliche Bericht des Arbeitsamtes verzeichnete Mitte Mai eine allgemein schlechte Lage und kaum Bedarf an Arbeitskräften.²¹⁸ In den einzelnen Bereichen der Wirtschaft stellte sich die Lage wie folgt dar:

Die "Industrie der Steine und Erden" hatte keinen Bedarf. Im "Metallgewerbe" wurden mehrere Entlassungen vorgenommen, die Nachfrage der übrigen Industrien blieb ebenfalls ruhig.²¹⁹ In die verschiedenen Handwerksberufe konnten einige wenige Arbeiter vermittelt werden, allerdings nur für kurzfristige Aufträge. Für Frauen gab es wenige Arbeitsplätze in der chemischen Industrie und in der Berufsgruppe "häusliche Dienste". Im Baugewerbe fand sich gelegentlich Nachfrage nach Malern und Zementeuren, während nach ungelernten Arbeitskräften auch in der Bauwirtschaft keine Nachfrage bestand. Die meisten Neuzugänge verzeichnete das Arbeitsamt aus den Bereichen der Metallindustrie, aus der allein im Monat Mai 237 Arbeiter entlassen wurden, wobei für die zweite Maiwoche keine Angaben vorliegen.²²⁰ Am 29. Mai betrug die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger 1996, die der Krisenfürsorgler 658.²²¹ Aus diesen Unterstützungen ausgesteuert waren 870 Personen, d.h. 3700 Karlsruher waren zu dieser Zeit arbeitslos. Es sei aber nochmals darauf hingewiesen, daß diese Zahl die unterste Grenze darstellt. Die Zahl der Arbeitssuchenden betrug zu diesem Zeitpunkt 6075. Trotz des leichten Rückgangs der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Jahresbeginn, stieg die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen an, was zu der oben erwähnten Überschreitung des Fürsorgehaushaltes führte.

Um dieser Überschreitung entgegenzuwirken, beschloß der Stadtrat, entgegen der im März getroffenen Vereinbarungen, die Kürzung der Fürsorgesätze. Der Beschluß konnte nur gefaßt werden, da das Zentrum sowie die

²¹⁸StadtAK 1/H.-Reg. A 1973. 15.5.1929.

²¹⁹Ebd.

²²⁰Ebd.

²²¹Ebd.

übrigen bürgerlichen Parteien, im Gegensatz zu ihrer Haltung bei der Abstimmung zum Voranschlag, für die Kürzung stimmten. Da SPD und Zentrum zusammen im Stadtrat die Mehrheit besaßen, hätten sie diesen Beschluß gemeinsam verhindern können.²²² Doch die Senkung der Richtsätze rief nur Empörung bei Sozialdemokraten und Kommunisten hervor. Die SPD betonte die "Verpflichtung, den in Not geratenen Genossen zu helfen, um sie mindestens vor der alleräußersten Not zu schützen. Daß man mit einem Unterstützungsbetrag von monatlich 38 RM nicht leben kann, dürfte wohl ohne weiteres einleuchtend sein. Was sollen aber alle diese armen Teufel anfangen, wenn sie nicht mehr erhalten? Will man sie zum Äußersten treiben? Bereits keine Woche vergeht, wo der Polizeibericht nicht eine Meldung bringt, daß sich ein Mann oder eine Frau das Leben genommen hat und zwar wird meistens wirtschaftliche Not angegeben."²²³

Welchen Belastungen die Fürsorgeempfänger nun aber nach der Kürzung der Fürsorge ausgesetzt waren, zeigt ein in hiesigen Zeitungen veröffentlichtes Rechenbeispiel.

In einer mit Karlsruhe vergleichbaren Großstadt (der Name der Stadt wird nicht genannt) wurde in Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung, dem Fürsorgeausschuß und den caritativen Organisationen ein Schlüssel zur Berechnung des Existenzminimums gefunden. Demnach wurde der Bedarf einer vierköpfigen Familie (Mann, Frau, ein Kind unter zwei Jahren und ein schulpflichtiges Kind) mit 22 Pfund Brot, 1 Pfund Speck, 2,5 Pfund Margarine, 0,75 Pfund Aufstrich, 2 Pfund Fleisch, 6 Pfund Obst und Gemüse, 1 Pfund Zucker, 1 Pfund Malzkaffee, 1,5 Pfund Wurst, 300 Gramm Schmalz, 1,5 Pfund Mehl und 5 Liter Milch festgelegt. Der Kauf dieser Speisen und Zutaten kostete in Karlsruhe am 8. Mai 1929 23,93 RM. Der Satz für die Wochenunterstützung einer vierköpfigen Familie lag aber nur bei 20,50 RM.²²⁴ Um einer Familie also auch nur das Existenzminimum für die Ernährung zu sichern, hätte das Fürsorgeamt alle sonstigen anfallenden Kosten wie Miete, Gas, Strom und Wasser u.s.w. übernehmen müssen. Soziale Bindungen, wie zum Beispiel die

²²²Der Volksfreund 29.5.1929. Der Badische Beobachter vom 30.5. begründet die Kürzungen der Fürsorge mit der schlechten finanziellen Lage der Stadt, geht aber mit keinem Wort auf das geänderte Abstimmungsverhalten des Zentrums im Stadtrat ein.

²²³Ebd.

²²⁴Badischer Beobachter 30.5.1929.

Mitgliedschaft in einem Verein oder der Bezug einer Tageszeitung und viele Dinge des täglichen Bedarfs mehr mußten für solche Familien entfallen. Folge dieses Elends war eine starke Zunahme der sogenannten Eigentumsdelikte und, wie oben bereits gesagt, ein Ansteigen der Selbstmordrate, eine Tatsache, die für die Propaganda der NSDAP reichlich ausgenutzt wurde.

III.4. Versuche der Krisenbewältigung

Angesichts dieser Lage brachten die Sozialdemokraten als Maßnahme zur Linderung der Not in den Bürgerausschuß die Forderung ein, den Mietwucher in Neubauwohnungen zu bekämpfen. Das Verlangen nach sozial verträglichen Mieten richtete sich auf die mit städtischer Unterstützung gebauten Wohnungen. Die Anträge lauteten: "Der Stadtrat wolle zur Begutachtung des Wohnungsbaues, insbesondere der Beschaffung billiger und zweckmäßiger Wohnungen für Minderbemittelte und Kinderreiche einen besonderen Ausschuß einsetzen, welchem nicht nur Vertreter des Grund- und Hausbesitzes und der Technik, sondern auch Vertreter der Wohnungsbedürftigen, insbesondere auch Hausfrauen angehören. Die Baudarlehen können von der Stadt mit einvierteljähriger Frist gekündigt werden, wenn der Bauherr den Mietzins für im Gebäude befindlichen Wohnungen höher festsetzt, als es die Deckung der nachgewiesenen Betriebskosten und Kapitalzinsen sowie die angemessene Verzinsung des Eigenkapitals erfordert."²²⁵

Den Anträgen folgte eine heftige Diskussion, in der die Gegner der oben genannten Maßnahmen sie mit dem Hinweis ablehnten, daß diese die Bautätigkeit mindern und somit eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt verhindern würden. Die Anträge der Sozialdemokraten, die von der Volkspartei unterstützt wurden, fanden dann aber keine Zustimmung.²²⁶

Zwei wichtige Bauvorhaben lagen zu dieser Zeit im besonderen Interesse der Öffentlichkeit - die Ausstellung der Gartenstadt Rüppurr und die Eröffnung der Ausstellung Dammerstock.

Die "Gartenstadt" eröffnete Anfang August in Rüppurr ein neues Wohnviertel, das bis Oktober 600 Wohnungen umfassen sollte. Finanziert wurde das Bauvorhaben fast ausschließlich von der gewerkschaftlichen Versicherung "Volksfürsorge".²²⁷ Ähnlich wie bei der Dammerstocksiedlung sollten auch hier durch das Beschreiten neuer Wege die Baukosten und damit die Mieten, bei gleichzeitig hohem Standard, niedrig gehalten werden. Im Gegensatz zu Dammerstock wurden bei diesem Bauvorhaben auch die Bedürfnisse kinderreicher Familien berücksichtigt, für die 10% der Wohnungen vorgesehen

²²⁵Der Volksfreund 8.5.1929.

²²⁶Ebd.

²²⁷Der Volksfreund 5.8.1929.

waren. Die architektonische Anlage der Siedlung selbst brachte viel Neues. So wurden unter Berücksichtigung des ständig zunehmenden Straßenverkehrs die Gebäude so angelegt, daß sich der Gartenbereich im Innern des Viertels befand und nicht, wie bisher üblich, als Vorgarten konzipiert war. Die jeweiligen Häusergruppen konnten nur durch Fußwege erreicht werden.

Der Grundriß der einzelnen Wohnungen wurde ebenfalls neu gestaltet, d.h. es wurde der Versuch unternommen, möglichst großen Komfort auf geringem Grundriß zu erreichen, um die Mieten möglichst gering zu halten. Zu diesem Zweck fiel die große Küche, die, wie bislang üblich, tagsüber auch als Wohnraum gedient hatte, nun klein aus und wurde durch den Einbau von Küchenmöbeln optimiert. Die dadurch gesparte Fläche kam der sogenannten "guten Stube" zu gute, sowie dem Einbau von Badezimmern, selbst in den kleinsten Wohnungen, wodurch der in den Schlafzimmern übliche Waschtisch entfiel und somit auch dort Fläche eingespart wurde. Diese Art des Bauens ermöglichte es, auf relativ engem Raum, die einzelnen Wohnbereiche zu trennen und dennoch sozial verträgliche Mieten zu verlangen. So betrug die Miete für die Dreizimmerwohnung mit Dachkammer, vollständig eingebauter Küche, Waschküche, Baderaum, Terrasse und Garten 60 RM.²²⁸ Der durchschnittliche Monatsverdienst eines gelernten Arbeiters lag etwa bei 160 RM.²²⁹

Weit mehr Beachtung, weil von der Architektur her gesehen auch international von Bedeutung (der Gutachterkommission gehörten u.a. Walter Gropius und Mies van der Rohe an), fand in der Öffentlichkeit, wie in der Fachwelt, die Eröffnung der Ausstellung der Dammerstock-Siedlung.²³⁰

In seiner Eröffnungsrede hob Bürgermeister Erwin Schneider noch einmal auf die Ziele ab, die mit dem Bau der "Gebrauchswohnung" in Dammerstock erreicht werden sollten. Die Wohnungen sollten "wirtschaftlich-technisch" derart gestaltet sein, daß sie "wohnungskulturell zureichend und trotzdem nach der Lage der vorkommenden Einkommensziffern noch er-

²²⁸Ebd. Den ansonsten üblichen Mietpreis kann der Verfasser nicht nennen, da dieser in den einschlägigen Statistiken nicht genannt wird.

²²⁹Statistische Jahrbuch für das Land Baden 1930, S. 176.

²³⁰Zur Bedeutung der Dammerstocksiedlung vgl. Ernst Otto Bräunche, "...eine Wohnungsnot die katastrophale Ausmaße annahm." Zur Wohnungssituation in Karlsruhe vom Kriegsende 1918 bis zum Bau der Dammerstocksiedlung 1929, in: Neues Bauen der 20er Jahre. Gropius, Haesler, Schwitters und die Dammerstocksiedlung in Karlsruhe 1929. Karlsruhe 1997. S. 23 – 38.

schwinglich" waren.²³¹ Hierbei mußten aber bereits zu diesem Zeitpunkt, als etwa 30 der geplanten 700 Wohnungen fertiggestellt, d.h. ähnlich wie bei der "Gartenstadt" auch eingerichtet waren, deutliche Abstriche bezüglich der ursprünglichen Kostenplanungen gemacht werden. Waren die Wohnungen ursprünglich für sozial Schwächere gedacht, so führte Schneider jetzt zur künftigen Bewohnerschaft aus: "In ihr werden (auch wenn sie mit Kindern gesegnet sind) die Familien des Mittelstandes, aber auch diejenigen normalverdienenden Arbeiter und kleinen Beamten und Angestellten, sofern sie eine gute Wohnung allen anderen Lebensgenüssen voranstellen und die dazu nötigen Opfer bringen wollen, Wohnungen mieten können, die besser und billiger sind als das, was ihnen bisher auf dem Markt an Neubauwohnungen geboten werden konnte."²³² Schon die Eintrittspreise zur Ausstellung von 50 Pf. pro Person, dem halben Stundenlohn eines durchschnittlich gut verdienenden Arbeiters, machte es für diese schier unmöglich, die Ausstellung mit der Familie zu besuchen, und zeigten, für wen die Siedlung sicherlich nicht erschwinglich sein sollte.

²³¹Der Volksfreund 25.9.1929.

²³²Ebd.

III.5. Der Arbeitsmarkt zur Jahresmitte

Die Situation der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich im Laufe des Sommers, wenn überhaupt, nur geringfügig. Die offizielle Zahl der Arbeitslosen sank zwar, aber die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen nahm dafür weiterhin deutlich zu. Die Anzahl der Erwerbslosen sank auch aufgrund der Tatsache, "daß sich verschiedene Erwerbslose, die aus irgendwelchen Gründen Unterstützung nicht mehr beziehen, sich auch nicht mehr zur Kontrolle melden."²³³ Im September waren 5 722 Karlsruher auf der Suche nach Arbeit, 2 256 wurden noch vom Arbeitsamt unterstützt. Die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt war zu diesem Zeitpunkt bereits rückläufig, vor allem erhielt das Arbeitsamt großen Zustrom aus dem Baugewerbe. Vermittlungen, die noch getätigt werden konnten, wurden aber nur als von kurzer Dauer eingeschätzt.²³⁴ Anfang Oktober, also noch vor den New Yorker Börsenkrach, stieg die Zahl der Arbeitssuchenden dann wieder auf über 6 000, wobei der größte Zustrom an Arbeitslosen aus der Metallindustrie kam, allein in der letzten Septemberwoche wurden 200 Arbeiter und Arbeiterinnen von der Magnetfabrik Unterberg & Helmle entlassen.²³⁵

In diese Zeit fiel auch die Androhung der Berlin-Karlsruher-Industriewerke (Berka), ihren Betrieb zu schließen. Die Schließung hätte den Verlust von ca. 1 000 Arbeitsplätzen zur Folge gehabt. Durch einen Vertrag zwischen der Stadt Karlsruhe und dem Werk konnte aber die Schließung des Betriebes verhindert sowie die Neueinstellung von 500 Personen erreicht werden. Welche Maßnahmen genau die "Berka" veranlaßten, von einer Schließung Abstand zu nehmen und sogar noch zusätzlich Arbeitskräfte einzustellen, kann nicht genau gesagt werden, da der Vertragsinhalt in nichtöffentlicher Sitzung im Stadtrat diskutiert wurde.²³⁶ Da aber, wie in der Einleitung bereits erwähnt, die Stadtratsprotokolle nicht mehr vorhanden sind, kann über die Art der Unterstützung nur gemutmaßt werden. Jedenfalls können die Maßnahmen der Stadt als Versuch gewertet werden, der Wirtschaftskrise auf kommunaler Ebe-

²³³StadtAK H.-Reg. 1973. Arbeitsmarkt vom 22.8.-28.8.1929.

²³⁴Ebd. 12.9.-18.9.1929.

²³⁵Ebd. 26.9.-2.10.1929.

²³⁶Der Volksfreund 25.9.1929.

ne durch Subventionen entgegenzusteuern und damit ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verringern.

Auch wenn innerhalb der Parteien, so vor allem in der SPD, von erpresserischen Methoden seitens der "Berka" gesprochen wurde, stimmte sie den zu treffenden Maßnahmen zu und bewies im Gegensatz zur KPD, die dagegen stimmte, wer tatsächlich die Belange der Arbeiterschaft vertrat, selbst wenn sie durch ihr Verhalten als "Helfershelfer des Kapitals" diffamiert wurde.²³⁷

Von welcher Bedeutung dieses "Der-Krise-Entgegenwirken" war, zeigt die immer größer werdende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, welche die Fürsorge der Städte in immer stärkere Bedrängnis brachte. Aufgrund verschärfter Vorschriften auf dem Gebiet der Krisenfürsorge durch den Erlaß des Arbeitsministers vom 29.6.1929 stieg die Zahl der auf die Wohlfahrt angewiesenen Erwerbslosen weiter an. Diese Entwicklung wird deutlich, betrachtet man die Situation in Karlsruhe.²³⁸

Zu Beginn des Jahres 1929 erhielten vom Arbeitsamt Karlsruhe noch 3 059 Personen Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung. Im September betrug die Zahl der Unterstützungsempfänger nur noch 2 212, d.h. 842 oder 27,66% weniger als zu Jahresbeginn, obwohl in diesem Zeitraum die Arbeitslosigkeit zugenommen hatte. Die Zahl der vom Fürsorgeamt zu unterstützenden Personen stieg, ohne Berücksichtigung der Familienangehörigen, auf 1 170, d.h. um 35,1%. "Vergegenwärtigt man sich, daß diese Steigerung um mehr als ein Drittel aller Fälle sich innerhalb von nicht ganz dreiviertel Jahren vollzogen und ihre Höhe zu einem Zeitpunkt erreicht hat, in dem die Wirtschaft auf Grund der Witterungsverhältnisse noch voll sich auswirken kann, so ergibt sich die Bedeutung dieser für die Städte in ihrer finanziellen Auswirkung geradezu katastrophalen Steigerung."²³⁹

Die in der Forschung häufig aufgestellte Behauptung, daß die Zahl der Arbeitslosen durchaus normal und somit zu diesem Zeitpunkt der Krise

²³⁷Ebd.

²³⁸StadtAK 1/H.-Reg. 4229. Ausführungen des Direktors des städtischen Fürsorgeamtes.

²³⁹Ebd.

noch nicht erkannt war, kann aus der Sicht der Städte sicherlich nicht geteilt werden. Die Arbeitslosigkeit war hier in Karlsruhe Tagesgespräch.²⁴⁰

Aufgrund der ständig zunehmenden Belastungen im Bereich der Fürsorge beschloß der Stadtrat besondere Richtlinien für die "Arbeitsfürsorge", mit dem Ziel der "Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der Fürsorgeempfänger, sowie der Erhaltung und Stärkung des Arbeitswillens", den man mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit abhandeln gekommen glaubte.²⁴¹ Diese Richtlinien besagten, daß Wohlfahrtserwerbslose durch Vermittlung von Lohnarbeit in den städtischen Betrieben und auf dem freien Arbeitsmarkt in den allgemeinen Wirtschaftsprozeß zurückgeführt werden sollten. Hätten sich diese Maßnahmen verwirklichen lassen, so wären sie sicher auch ein wichtiger Beitrag zur kommunalen Krisenbewältigung gewesen. Zur erstgenannten Möglichkeit jedoch fehlten der Stadt aus den geschilderten Gründen die nötigen Finanzmittel, der freie Arbeitsmarkt war zu dieser Zeit fast ganz geschlossen.

Von weitaus größerer Bedeutung war daher für die Betroffenen die Einführung der "Pflichtarbeit". Diese Arbeiten waren für die Empfänger von Fürsorge, wie der Begriff schon sagt, Pflicht, wollte man weiter Unterstützung erhalten. Pflichtarbeiter wurden wie folgt beschäftigt:

"a. Bei der Straßenreinigung mit zusätzlichen Arbeiten und zur Unterhaltung von Parks, Friedhöfen und dergleichen, . . . gegen Gewährung der Zusatzunterstützung von 1,50 RM täglich.

b. ebenfalls mit Reinigungs- und Aufräumarbeiten in Parks, auf Friedhöfen und dergleichen, jedoch nur halbtags an 2 bis 3 Tagen in der Woche ohne Zusatzunterstützung.

c. bei den eigenen Arbeitsbetrieben des Fürsorgeamtes mit Erd- und Anpflanzungsarbeiten zur Anlage von Garten- und Gemüsekulturen auf Grundstücken beim Lungenspital und in Sandhofen (ehem. Rennplatz). Die Beschäftigung erfolgt eine Woche lang, je nach Entfernung des Arbeitsplatzes, halb- oder ganztagsweise. Bei halbtagsweiser Beschäftigung wird Frühstück

²⁴⁰So z.B. Fritz Blaich, Der schwarze Freitag, S. 59. "Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen erregten die 1,6 Mio Arbeitslosen, . . . weder in der Öffentlichkeit noch bei den Trägern der Wirtschaftspolitik besondere Aufmerksamkeit."

²⁴¹StadtAK 1/H.-Reg. 4229.

bzw. Vesper, bei ganztagsweiser Beschäftigung außerdem Mittagessen gewährt. . . .

d. während des Winters werden Pflichtarbeiter bei Schneefall auch zur Schneebeseitigung herangezogen. Die Beschäftigten erhalten in diesem Falle, ohne Rücksicht auf die Beschäftigungsdauer, eine Zulage, die jedoch nicht mehr als 1,50 pro Tag bemessen sein soll."²⁴²

Die Entwicklung, die diese Menschen durchmachen mußten, d.h. der Abstieg vom Arbeiter zum Arbeitslosen, vom Arbeitslosen zum Almosenempfänger und von dort schließlich zum Zwangsarbeiter verdeutlicht besser als jede Betrachtung bloßer Zahlen, in welcher Lage sich doch erhebliche Teile der Karlsruher Bevölkerung bereits befanden, noch ehe die Weltwirtschaftskrise zum vollen Durchbruch gekommen war. Daß in der Folge weitere Bevölkerungsschichten ebenso hart getroffen werden sollten, sei an dieser Stelle nur angedeutet.

Auswirkungen dieser Gegebenheiten, die zu dieser Zeit auf Reichsebene noch nicht mit großer Besorgnis betrachtet wurden, da das Problem der Arbeitslosigkeit die ganze Republik bisher begleitet hatte, zeigten dann die Wahlen zum badischen Landtag am 27. Oktober, die zwar die stabilen politischen Verhältnisse in Baden bestätigten, in deren Vorfeld aber eine zunehmende Radikalisierung des politischen Kampfes, vor allem durch die aufkommenden Nationalsozialisten zu beobachten war.²⁴³

²⁴²Ebd.

²⁴³GLA 233/27915. Ausschreitungen bei den Vorbereitungen zur Landtagswahl.

III.6. Die Landtagswahl vom 27. Oktober 1929 in Baden

III.6.1. Das Ergebnis der Wahl

Die Landtagswahl²⁴⁴ vom 27. Oktober 1929 bestätigte noch einmal die stabilen politischen Verhältnisse in Baden.²⁴⁵ Die Parteien der Regierungskoalition konnten 2/3 der Stimmen für sich verbuchen.

Stärkste Partei in Baden wurde wieder das Zentrum mit mehr als einem Drittel der Wählerstimmen (36,6%). Die Partei steigerte ihren Anteil gegenüber der Reichstagswahl vom Vorjahr um 43 936 Stimmen, d.h. um 3,8%. Den größten Zuspruch erhielt das Zentrum in den Amtsbezirken Mannheim (26 624), Freiburg (25 496) und Rastatt (20 099). Die relativ höchsten Ergebnisse, d.h. bezogen auf den Anteil der Stimmen, erzielte das Zentrum in den Amtsbezirken Buchen (74,3%), Bühl (71,5%) und Oberkirch (71,1%). Daraus läßt sich ersehen, daß die Partei die größten Stimmenanteile in ländlich-katholischen Bezirken hatte.

Trotz größerer Verluste ging die SPD mit 20,01% als zweitstärkste Partei aus dieser Wahl hervor. Im Vergleich zur Reichstagswahl 1928 verlor die SPD 17 259 ihrer Wähler, was einem Minus von 2,4% entsprach. Die Sozialdemokraten konnten 1929 nur noch 187 087 Wähler mobilisieren: die meisten Stimmen erhielt die SPD in den Amtsbezirken Mannheim (42 587), Karlsruhe (29 839) und Heidelberg (14 860). Anteilsmäßig sieht die Reihenfolge der stärksten Bezirke der SPD anders aus: an erster Stelle steht dabei der Amtsbezirk Karlsruhe mit 30,3%, danach folgen die Amtsbezirke Mannheim mit

²⁴⁴Badische Landtagswahl am 27. Oktober 1929 auf Grund amtlichen Materials. Bearbeitet und herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1930. Zur Wahlentwicklung in Baden vgl. Martin Schumacher, Stabilität und Instabilität. Wahlentwicklung und Parlament in Baden und Braunschweig 1918-1933. In: Gerhard A. Ritter (Hg.), Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland. Düsseldorf 1974, S. 389-417. Jürgen W. Falter; Hartmut Bömermann, Die unterschiedlichen Wahlerfolge der NSDAP in Baden und Württemberg: Ergebnis Differenzierender Sozialstruktur oder regional-spezifischer Faktoren? In: D. Oberndörfer; K. Schmitt (Hg.), Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1991, S. 283 – 298.

²⁴⁵Horst Rehberger, Die Gleichschaltung, S. 18. Rehberger sieht die Festigkeit der politischen Verhältnisse in Baden allerdings durch den "glücklichen Umstand" herbeigeführt, daß die Wahlen noch nicht durch die Wirtschaftskrise beeinflußt waren. Den Einfluß dieses Faktors auf die politischen Verhältnisse in Baden bestreitet Ellsworth Farris in ihrem Aufsatz, Takeoff-point for the National Socialist Party: The Landtag Election in Baden, 1929. In: CEH 8/1975, S. 140-171.

30,1% und Pforzheim mit 29,5%. In diesen, ebenso wie in den Bezirken Heidelberg und Weinheim, war die SPD stärkste Partei. Ihren größten Erfolg hatten die Sozialdemokraten naturgemäß in den Amtsbezirken mit großen Industrieansiedlungen. Im Vergleich hierzu: Ihre schlechtesten Ergebnisse mußte die SPD in den industriearmen Amtsbezirken Pfullendorf, Meßkirch, Oberkirch und Buchen verzeichnen.

Die Deutsche Volkspartei erhielt bei dieser Landtagswahl 8% der Stimmen und verlor somit 1,5% ihrer Wähler, die zahlenmäßig besten Ergebnisse konnte die DVP in den Amtsbezirken Mannheim (17 282), Karlsruhe (10 765) und Heidelberg (7 626) für sich verbuchen. Verhältnismäßig betrachtet, erreichte die Partei ihre größten Anteile in Emmendingen (13,9%), Pforzheim (13,3%) und Schopfheim (13,1%). Den größten Zulauf hatte die DVP in den großen Städten des Landes wie Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg. In diesen Städten erhielt die DVP 59,9% ihrer Stimmen.

Die Deutsche Demokratische Partei konnte ihr Ergebnis der Vorjahreswahl fast halten - sie büßte nur 0,3% ein - und erzielte bei der badischen Landtagswahl einen Stimmenanteil von 6,7%. Allerdings fielen die Deutschen Demokraten hinter die NSDAP zurück. Die größte Stimmenzahl erreichte die Partei in den Amtsbezirken Mannheim (8 053), Karlsruhe (6 108) und Heidelberg (5 419). Relativ am besten schnitt die DDP in den Amtsbezirken Stockach (21,5%), Lahr (16,9%) und Überlingen (14,7%) ab.

Die Kommunistische Partei Deutschlands gewann bei der Landtagswahl vom 27. Oktober 1929 5,9% der Stimmen - sie verlor also 1,28%. Ihre größten Erfolge hatte die Partei in den Amtsbezirken Mannheim (20 205), Karlsruhe (6 440) und Heidelberg (4 773). In diesen Bezirken erhielt die KPD mehr als 10% der abgegebenen Stimmen; in Mannheim erzielten die Kommunisten einen Anteil von 14,3%, in Weinheim 12,9% und in Lörrach betrug er 12,6%. Mehr als die Hälfte der KPD-Wähler kam aus elf Städten Badens, darunter Karlsruhe (3 759), Heidelberg (3 110). In Mannheim erhielten die Kommunisten 16 785 Stimmen, dies waren 30,4% aller KPD-Wähler Badens.

Die Deutschnationale Volkspartei mußte bei der Landtagswahl vom 27. Oktober große Verluste hinnehmen. Sie verlor fast 40 000 Stimmen, und ihr Anteil fiel von 8,1% auf nunmehr 3,7%. Während die DNVP noch bei

den Vorjahrswahlen in elf Amtsbezirken 10% erreicht hatte, erzielte sie 1929 in keinem Amtsbezirk mehr dieses Resultat.

Den relativ größten Erfolg bei der Wahl vom 27. Oktober konnte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei für sich verbuchen. Mit 65 121 Wählerstimmen, das entsprach 7%, hatte die NSDAP ihren Stimmenanteil innerhalb eines Jahres um 147,3% erhöht. Die meisten Stimmen entfielen auf die Nationalsozialisten in den Amtsbezirken Karlsruhe (10 658), Mannheim (9 369) und Heidelberg (8 847). Setzt man die Zahl der abgegebenen Stimmen ins Verhältnis, so erzielte die NSDAP die höchsten Anteile in den Amtsbezirken Kehl (32%), Weinheim (20,2%) und Adelsheim (19,9%). Bei dieser Landtagswahl stimmten bereits in 1 073 Gemeinden Wähler für die NSDAP. Noch 1928 hatte die Partei erst in 885 Gemeinden Stimmen gewinnen können.

III.6.2. Das Wahlergebnis der NSDAP in Baden

Das Wahlergebnis²⁴⁶ der NSDAP vom 27. Oktober 1929 war sicherlich keine Überraschung. Die Partei unterstrich ihre Position als dominierende völkische Kraft, die sie bei den Reichstagswahlen 1928 errungen hatte. Der Versuch, mit antiklerikaler Propaganda Stimmen vom Zentrum abzuziehen, war allerdings gescheitert. Einen Tag nach der Wahl wurde das Wahlergebnis im "Völkischen Beobachter" wie folgt erklärt; es zeige, daß das Zentrum "auf einem sicheren Fundament menschlicher Dummheit" stehe.²⁴⁷ Ihren Wahlerfolg führten die Nationalsozialisten auf den Triumph über den Marxismus zurück. So glaubte man, oder gab es zumindest vor zu glauben, die Stimmen vor allem von Arbeitern erhalten zu haben. Diese Annahme war sicherlich falsch.²⁴⁸ In erster Linie gewann die NSDAP ihre Stimmen bei ehemaligen DNVP-Wählern und Angehörigen der Mittelschicht.²⁴⁹ Die Landtagswahl brachte der NSDAP auch einen Durchbruch in den Städten, in denen sie 1928 wenig erfolgreich gewesen war. Dies gelang ihr vor allem in Verwaltungs-, Bildungs- und Geschäftszentren wie Karlsruhe, Heidelberg, Lahr und Offenburg.²⁵⁰ Für die Nationalsozialisten waren bei dieser Landtagswahl in erster Linie zwei Ergebnisse von besonderer Bedeutung.²⁵¹ Zum einen erhielten die Abgeordneten der NSDAP Privilegien, die sie ungehindert ihrer Propaganda nachgehen lassen konnten. Durch Abgeordnetendiäten und Freifahrten mit der Eisenbahn bekam die NSDAP vom Staat finanzierte Propagandisten, die, wie vor der Wahl angekündigt, keine konstruktive Arbeit im Landtag leisten wollten. Zum anderen, was von größter Bedeutung war, erhielten die Abgeordneten der NSDAP die Immunität, die sie zukünftig zu einer noch rücksichtsloseren Agitation zu gebrauchen gedachten. Für die NSDAP zogen folgende Abgeordnete in den Landtag ein:

²⁴⁶Die Landtagswahl in Baden. Karlsruhe 1929.

²⁴⁷Zit. nach Ellsworth Farris, Takeoffpoint, S. 163.

²⁴⁸Ebd. Für Karlsruhe trifft diese Behauptung der Nationalsozialisten sicherlich nicht zu. Allgem. Jürgen W. Falter; Dirk Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen von 1928 – 1933, in: AfS 26/1986, S. 179 – 216.

²⁴⁹Johnpeter Horst Grill, The Nazi Movement, S. 177.

²⁵⁰Ebd. S. 178.

²⁵¹Ebd.

Robert Wagner (Schriftsteller), geb. am 13.10.1895. Offizier in der Reichswehr bis 1924.²⁵²

Walter Köhler (Kaufmann), geb. am 30.9.1897. Seit 1927 Stadtverordneter in Weinheim.²⁵³

Karl Lenz (Lehrer a.D.), geb. am 11.8.1876. Seit 1927 Gemeindeverordneter in Eichtersheim.²⁵⁴

Albert Roth (Landwirt), geb. am 10.9.1893.²⁵⁵

Franz Merk (Landwirt), geb. am 26.12.1894. 1922-24 Mitglied des Bezirksrats Neustadt, seit 1926 auch Gemeinderat in Grafenhausen.²⁵⁶

Herbert Kraft (Professor), geb. am 30.5.1886.²⁵⁷

Trotz aller nach außen hin gezeigten Zufriedenheit, hatte man in der Parteispitze aber mehr erwartet. "Die Parteileitung der N.S.D.A.P. betrachtete das Ergebnis keineswegs als besonderen Erfolg; die Erzielung von 6 Sitzen war die geringste Erwartung, die massgebliche Führer seit den Frühjahrsmonaten hegten. Mit einer erheblichen Steigerung der Stimmenziffern war zu rechnen. Die taktisch ausgezeichnete Lage als reine Kritiker der vielfachen Nöte, Unsicherheiten und Mißstände nützten die Nationalsozialisten unter Einsatz fast des ganzen der Gesamtpartei zur Verfügung stehenden Agitationsapparates in oft ganz hemmungsloser Weise aus."²⁵⁸

²⁵²Handbuch für den Badischen Landtag. IV. Landtagsperiode 1929-1933. Karlsruhe o.J. S. 167.

²⁵³Ebd. S. 156.

²⁵⁴Ebd. S. 159.

²⁵⁵Ebd. S. 163.

²⁵⁶Ebd. S. 160.

²⁵⁷Ebd. S. 157.

²⁵⁸LKK. Bericht vom 15.11.1929.

III.6.3. Die Agitation der NSDAP in Karlsruhe

Der Wahlkampf für die Landtagswahl vom 27. Oktober 1929 wurde von der NSDAP entscheidend mitgeprägt.²⁵⁹ Allerdings bedeutete dies nicht eine Prägung durch politische Aussagen der Nationalsozialisten über ihre Ziele, die sie im Landtag zu verwirklichen gedachten, sondern durch die Art und Weise, wie die Partei den Wahlkampf führte. Der Wahlkampf der NSDAP war gekennzeichnet durch üble Verleumdungskampagnen gegen badische Politiker sowie durch eine zunehmende Aggressivität und Brutalität des Auftretens ihrer Mitglieder, vor allem der S.A.. Zahlreiche Artikel der verschiedensten Zeitungen in denen der "Nazi-Terror" geschildert wird, dokumentieren dies.

Die Vorgehensweise der Nationalsozialisten gegen Andersdenkende zeigte sich insbesondere im Auftreten bei Veranstaltungen anderer Parteien. Willkommener Anlaß für die Karlsruher NSDAP war eine Veranstaltung in der hiesigen Festhalle, bei welcher der Kommunist Max Hölz sprechen sollte. Bereits im Vorfeld hatte die Nazi-Presse heftig gegen das Auftreten des "Bürgerschlächters" Max Hölz protestiert und Maßnahmen angekündigt: "Es wundere sich niemand, wenn die nationale Opposition selbständig zu handeln beginnt."²⁶⁰ Gemeinsam mit dem Stahlhelm und auswärtiger S.A. kamen etwa 400 Personen mit dem Ziel zusammen, die Zulassung eines nationalsozialistischen Redners zu erzwingen, anderenfalls wollte man Hölz am Reden hindern. Diese Erpressung hatte Erfolg - ein Redner der NSDAP wurde zugelassen. Zu einer Diskussion kam es allerdings nicht, da die Nationalsozialisten Hölz nicht zu Ende reden ließen und durch "Zwischenrufen, Pfeifen und Johlen" den Abbruch provozierten.²⁶¹ Aus diesen Tumulten heraus entstand eine Saalschlacht. "Der Führer der Karlsruher S.A., Moraller, äußerte bei einer Zusammenkunft der S.A., in welcher die Vorgänge bei der Max-Hölz-Versammlung besprochen wurden, sein Bedauern, daß die Polizei 3 Minuten zu früh gekommen sei, sonst wäre kein Kommunist ganz aus der Festhalle gekommen."²⁶²

²⁵⁹Wie bereits in der Einleitung erwähnt, ist der Jahrgang 1929 des "Führer" nicht mehr verfügbar. Daher ist es dem Verf. nur möglich, die Agitation der NSDAP von "außen", d.h. im Spiegel der nichtnationalsozialistischen Presse zu schildern.

²⁶⁰LKK. Bericht vom 15.5.1929.

²⁶¹Ebd.

²⁶²Ebd.

Berichte über solche Ausschreitungen und vor allem direkte Angriffe gegen die Kirche, ließen nun endlich auch das badische Zentrum die Gefährdung durch den Nationalsozialismus erkennen. Eine Reihe von Artikeln im "Badischen Beobachter" kann dies verdeutlichen. In erster Linie sollte die Bevölkerung über das wahre Gesicht des Nationalsozialismus aufgeklärt werden. "Bei den Nationalsozialisten zeigt sich eine Verwilderung der politischen Sitten, wie sie in Deutschland bisher nie dagewesen ist. Das kann nicht wundernehmen bei einer Partei, der 'ausgesprochener Terror gegen Andersdenkende zur täglichen Gewohnheit' geworden ist. . . . In seiner Nr. vom 23. Feb. 1929 schrieb der Führer: 'Die neue Weltordnung des organischen Sozialismus, der nationalsozialistisch ist, wird allein durch das Schwert geschaffen und verteidigt werden.' Was ist das anderes als die Aufforderung zu brutaler Gewalt, zum Krieg nach außen und zum Bürgerkrieg nach innen? . . . Wollen wir das, was in den letzten 10 Jahren mühsam aufgebaut worden ist, von Fanatikern wieder niederreißen und damit das deutsche Volk in neues, noch größeres Unglück stürzen lassen? . . . Die Entwicklung muß aber notwendigerweise dahin führen, wenn die Nationalsozialisten die Macht in die Hand bekommen. . . ."

„²⁶³

Höhepunkt der Wahlkampagne für die badischen Landtagswahlen war für die Karlsruher Nationalsozialisten das Auftreten von Hermann Göring. Auf einer Veranstaltung im großen Saal der Karlsruher Festhalle forderte Göring die Regierungsgewalt, d.h. die politische Macht, für die nationalsozialistischen Führer, "die Deutschland wieder zur Höhe führen könnten."²⁶⁴ Was die NSDAP-Abgeordneten im Landtag zunächst zu tun gedachten, mußte allen Wählern allerdings klar gewesen sein. In einer Versammlung erklärte der nationalsozialistische Kandidat für den Landtag Lenz: "Wenn nicht alle Zeichen trügen, so werde auch er im Spätjahr in den badischen Landtag, d.h. diese Quasselbude einziehen. Das eine könne er heute schon mit Bestimmtheit versprechen: Die nationalsozialistischen Abgeordneten werden im Landtag keine positive Arbeit leisten, sondern sie werden ihre Immunität und ihre Freikarten dazu benutzen, um ungehindert im badischen Lande herumzureisen und für ihre Zeitung, den Führer, agitieren zu können. Sie kennen keinen Parla-

²⁶³Badischer Beobachter 5.10.1929.

²⁶⁴Karlsruher Tagblatt 25.10.1929.

mentarismus und verwerfen ihn."²⁶⁵ Lenz knüpfte hier an Aussagen von Göbbels an, die dieser im Zusammenhang mit der Reichstagswahl im Vorjahr gemacht hatte. "Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. . . . Wenn es uns gelingt, . . . Agitatoren unserer Partei in die verschiedenen Parlamente hineinzustecken, so wird dieser Staat selbst in Zukunft unseren Kampfapparat ausstatten und besolden. . . . Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir."²⁶⁶

Bei der Landtagswahl vom 27. Oktober 1929 in Baden unterstützten dieses Vorhaben 65 121 Wähler, davon 7 751 in Karlsruhe.

²⁶⁵Der Volksfreund 20.9.1929.

²⁶⁶Der Angriff, 30.4.1928. Zit. nach Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 375f.

III.6.4. Das Ergebnis der Landtagswahl vom 27. 10. 1929 in Karlsruhe

Wie bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 wurde die SPD auch bei dieser Wahl stärkste Partei in Karlsruhe, wobei sie allerdings, wie in ganz Baden, Verluste hinnehmen mußte. Das Karlsruher Ergebnis der Sozialdemokraten unterschied sich deutlich vom Landesresultat. Die SPD erzielte in Karlsruhe 28,3% der Stimmen, auf Landesebene hingegen nur 20,1%. Dies bedeutete für Karlsruhe ein Minus von 2,7% gegenüber der Vorjahrswahl. Trotz dieser Verluste konnten die Sozialdemokraten ihre führende Stellung in Karlsruhe deutlich gegenüber der stärksten Partei Badens, dem Zentrum, mit einem Vorsprung von 7,6% behaupten.

Das Zentrum, die zweite politische Kraft in Karlsruhe, konnte seinen Stimmenanteil, im Vergleich mit dem Vorjahr, in der Landeshauptstadt um 2,1% auf 20,7% erhöhen. Besonders auffällig ist bei dieser Partei die Diskrepanz zwischen dem Ergebnis auf Landesebene und dem Resultat in Karlsruhe. Der Unterschied betrug 15,9%. Neben der NSDAP war das Zentrum die einzige Partei, die sich in Karlsruhe verbessern konnte.

DDP und DVP erlitten in Karlsruhe ebenso Verluste wie im übrigen Land. Die DDP erhielt in Baden 6,7% und verlor somit lediglich 0,3% ihrer Wähler. In Karlsruhe betrug das Minus schon 1,7%; hier erreichte die Partei nur noch 5,8%. Die DVP mußte ebenfalls Einbußen in Stadt und Land hinnehmen. Im Land hatte sie 1,5% weniger und fiel auf 8% zurück, in Karlsruhe verlor die DVP 1,2% der Stimmen und erzielte ein Ergebnis von 12,3%. Mit diesem Wahlergebnis konnte die DVP die dritte Position in Karlsruhe behaupten.

Die Verluste der KPD hielten sich zwar in Grenzen, trafen die Partei aber dennoch empfindlich, da sie in die Bedeutungslosigkeit abzusinken drohte. Im Landesdurchschnitt erhielt die KPD 5,9% der Stimmen, gleichbedeutend einem Minus von 1,5%. In Karlsruhe erreichten die Kommunisten 5,4% - folglich mußten sie einen Verlust von 2,5% hinnehmen.

Die DNVP war auf Landesebene, wie auch in Karlsruhe, der große Verlierer dieser Wahl. Im Vergleich mit der Reichstagswahl von 1928 verlor die DNVP in Baden 4,4% und gewann somit nur noch 3,7% der Wähler für sich; in Karlsruhe erzielte die Partei 4,7%, war also noch um 1% besser als im

Landesdurchschnitt, verlor aber auch hier 3,2% der Wählerstimmen. Mit diesem Resultat drohte die DNVP, ähnlich wie die KPD, in Karlsruhe unbedeutend zu werden.

Der große Gewinner dieser Wahl war die NSDAP. Konnte die Partei ihren Stimmenanteil schon von 2,9% auf 7% im Land erhöhen, so erreichte sie in Karlsruhe eine Steigerung um 8%, d.h. von den 3,1% des Jahres 1928 auf 11,1% im Jahr der Landtagswahl.²⁶⁷ Besonders augenfällig ist auch bei der NSDAP der große Unterschied zwischen dem Landesergebnis und dem in Karlsruhe.

Wie für die Reichstagswahl 1928, sollen nun wieder diejenigen Karlsruher Wahlkreise betrachtet werden, die entweder Hochburgen oder "Diasporagebiete" der NSDAP waren.²⁶⁸

Im Wahlbezirk 16 erhielt die NSDAP 12,04% der Stimmen. Sie lag also 1,04% über dem städtischen Durchschnitt. In diesem Wahlbezirk konnte die NSDAP ihr Ergebnis um 9,06% verbessern. Mit deutlichem Abstand blieb die DVP in diesem Bezirk stärkste Partei, trotz eines erheblichen Verlustes von 4,27%. Sie kam auf 22,79% der Stimmen und lag somit um 10,49% über dem Gesamtergebnis der Stadt. Das Zentrum konnte in diesem Stimmbezirk seinen Anteil deutlich um 4,27% erhöhen und gewann folglich 18,6% der Wählerstimmen, blieb aber dennoch hinter dem Karlsruher Durchschnitt zurück. Verluste mußten in diesem Wahlbezirk auch die Sozialdemokraten hinnehmen. Sie erreichten nur noch 16,2% der Stimmen, was einen Rückgang um 2,55% bedeutete. Der Unterschied zum Stadtergebnis der SPD betrug über 12%. Ebenfalls zu den Verlierern dieses Wahlbezirks gehörten die DDP und die DNVP. Die DDP rutschte unter die 10%-Grenze und errang nur noch 8,49%, ganz im Gegensatz zum Vorjahr, als sie 11,23% erhalten hatte. Immerhin lag sie noch fast 3% über dem in Karlsruhe erzielten Gesamtergebnis. Die DNVP konnte 5,48% der Wähler für sich gewinnen und büßte somit etwas mehr als 2% der Wählergunst ein. Mit Abstand schwächste Partei war hier die KPD, die lediglich 1,61% der Wählerstimmen erhielt. Die beiden Arbeiterparteien erreichten

²⁶⁷ Kommentare aus der Karlsruher NS-Presse können aus den bereits erwähnten Gründen hier nicht angeführt werden.

²⁶⁸ Hochburgen der NSDAP waren die Wahlbezirke 16, 23, 32 und 36. Sog. Diasporagebiete waren die Bezirke 60, 80, 82 und 84.

in diesem Wahlbezirk zusammen nur 17,63%, also wesentlich weniger als Zentrum und DVP jeweils für sich betrachtet.

Der Wahlbezirk 23 brachte für die NSDAP eine Steigerung von 13,63%. Sie erzielte hier 18,12% der Stimmen und übertraf das städtische Ergebnis um fast 7%. Immer noch stärkste Partei war in diesem Bezirk die DVP. Mit 24,59% lag sie deutlich über ihrem Karlsruher Gesamtergebnis von 12,3%. Allerdings mußte sie, ebenso wie im zuvor besprochenen Wahlbezirk, hier Verluste hinnehmen, die sich auf 2,74% beliefen. Einen Rückgang in der Wählergunst hatte auch das Zentrum zu verzeichnen. Es verlor fast 3% seiner Stimmen, blieb jedoch mit 21,84% zweitstärkste Partei in diesem Bezirk. Das städtische Gesamtergebnis wurde somit vom Zentrum knapp übertroffen. Neben der NSDAP konnte lediglich die SPD einen, wenn auch nur geringen, Zuwachs der Stimmen verbuchen. Sie steigerte ihren Stimmenanteil um fast 1% auf 10,03%. Mit diesem Ergebnis blieb die Partei allerdings noch weit hinter ihrem in Karlsruhe erzielten Gesamtergebnis. Die DDP erreichte im Wahlbezirk 23 annähernd ihren Stimmenanteil von 12,01% aus dem Vorjahr - sie konnte 11,97% der Stimmen auf sich vereinigen. Die Partei lag in diesem Bezirk klar über ihrem städtischen Ergebnis von 5,8%. Die höchsten Verluste mit fast 6% mußte hingegen die DNVP hinnehmen. Sie fiel mit 6,79% der Stimmen deutlich unter die 10%-Marke. Über den Status einer Splittergruppe kam die KPD wie im Bezirk 16 nicht hinaus und erhielt nur 1,13% der Stimmen. Damit blieben die Arbeiterparteien KPD und SPD in diesem Wahlbezirk, ebenso wie im vorangegangenen, nur sehr schwach repräsentiert. Die Verluste der übrigen Parteien konnte - und zwar nicht nur rein rechnerisch betrachtet - die NSDAP als Plus für sich verbuchen.

Auch im Wahlbezirk 32 war die NSDAP in der Lage, ihren Stimmenanteil im Vergleich zum Vorjahr erheblich zu vergrößern. Sie erzielte 15,7% der Stimmen und hatte somit einen Zuwachs von 11,06% zu verzeichnen. Durch diese enormen Steigerung übertraf die NSDAP in diesem Bezirk die SPD, die fast 2% der Wählerstimmen einbüßte und nur noch 13,54% erhielt. Dies war weniger als die Hälfte des Ergebnisses, das die Sozialdemokratische Partei in Karlsruhe erzielen konnte. Nur knapp über dem Resultat der Nationalsozialisten lag das Zentrum, das sich um 1,22% steigerte und 16,57% der Stimmen im Wahlbezirk 32 holte. Die DDP verlor nahezu 3% und fiel auf

9,2% zurück, während die DVP ihren Anteil leicht zu erhöhen vermochte und mit 24,26% der Wählerstimmen auch in diesem Bezirk stärkste Partei blieb. Wiederum klarer Verlierer war die DNVP, die mit 5,71% fast die Hälfte ihrer Stimmen einbüßte und nur noch 5,85% erreichte. Weit über 2% verlor auch die KPD, die auf 1,84% absank.

Den größten Gewinn hatte die NSDAP im Wahlkreis 36 zu verbuchen, wo sie 18,48% der Stimmen erhielt und ihren Anteil um 14,7% erhöhte. Dadurch rückte sie hinter SPD und Zentrum zur drittstärksten Partei auf. Das Gesamtergebnis in Karlsruhe wurde hier um 7% übertroffen; ihr Vorjahresultat konnten die Nationalsozialisten verfünffachen. Stärkste Partei war in diesem Bezirk die SPD mit 23,63%. Hier legte sie, entgegen den sonstigen Verlusten, nahezu 3% zu und blieb "nur" um 5% unter dem Karlsruher Ergebnis. Das Zentrum, zweitstärkste Partei in diesem Wahlkreis, war in der Lage, sein Resultat vom Vorjahr um 3,75% auf 16,69% zu steigern und erzielte annähernd das Durchschnittsergebnis von Karlsruhe. Die DDP konnte in diesem Bezirk ihr Ergebnis vom 20. Mai 1928 mit 5,3% fast halten. Riesige Verluste mußten hingegen die DVP und die DNVP hinnehmen. Die DVP, 1928 noch zweitstärkste Partei dieses Wahlkreises, verlor 15,69% ihrer Stimmen und erhielt nur 3,63%. Ebenso hatte die DNVP einen starken Rückgang zu verzeichnen, gewann sie doch lediglich 6,9% der Wählerstimmen; im Vorjahr waren es immerhin noch 12,97% gewesen. Schwächste Partei wurde in diesem Bezirk die KPD, die nur noch 2,72% der Wähler für sich gewinnen konnte.

Zusammenfassend kann über die Wahlkreise 16, 23, 32 und 36 folgendes festgestellt werden:

1. Die DVP blieb, wie bei der Wahl im Vorjahr, in den Bezirken 16, 23 und 32 die stärkste Partei, wenngleich sie erhebliche Verluste hinnehmen mußte.
2. Die DDP lag in allen genannten Wahlkreisen trotz geringer Verluste noch deutlich über dem Karlsruher Ergebnis.
3. Die DNVP büßte, außer in Bezirk 16, fast die Hälfte ihrer Stimmen ein und war zusammen mit der DVP der große Verlierer in diesen Wahlbezirken.

4. Das Zentrum konnte die allgemeine Tendenz des Zuwachses in den angeführten Wahlkreisen bestätigen und nahm bis auf den Wahlkreis 23 überall zu.

5. Die KPD mußte in allen Bezirken zum Teil erhebliche Verluste hinnehmen.

6. Die SPD büßte in zwei Bezirken Stimmen ein und gewann in zwei Wahlkreisen Stimmen hinzu, wobei Gewinne wie Verluste nicht von Bedeutung waren. Im Vergleich mit dem Gesamtergebnis in Karlsruhe blieb die SPD in allen Bezirken weit zurück.

7. Der große Gewinner dieser Wahl war in allen Bezirken die NSDAP, da sie ihren Stimmenanteil nahezu verfünffachen konnte und DNVP, DDP und KPD hinter sich zurückließ.

Im Wahlbezirk 60 erreichte die NSDAP ihren im Gesamtergebnis erzielten Durchschnitt von 11,1% bei weitem nicht. Sie steigerte ihr Resultat um beachtliche 4%, erhielt aber dennoch nur 6,02% der Stimmen. Zweitstärkste Partei war in diesem Bezirk die SPD, die fast 2,5% zulegte und 33,05% gewann, womit sie ihr Karlsruher Ergebnis um fast 5% übertraf. Die übrigen Parteien, Zentrum, DVP, DDP und DNVP hatten annähernd das gleiche Resultat wie im Vorjahr bei der Reichstagswahl. Schwankungen in Plus oder Minus bewegten sich um 1%. Der Verlierer dieser Wahl war im Wahlbezirk 60 die KPD. Die Kommunisten verloren 10% ihrer Wähler und konnten gerade noch ihre Hochburg verteidigen. Bei den Reichstagswahlen von 1928 hatte die KPD in diesem Bezirk 44,44% der Wählerstimmen für sich verbuchen können, in diesem Jahr waren es nur noch 34,45%. Von diesen Verlusten profitierten wahrscheinlich in erster Linie die SPD, vor allem aber die NSDAP.

Mit einem Ergebnis von 4,76% ist für die NSDAP im Wahlbezirk 80 zwar ein leichter Anstieg zu beobachten, sie blieb aber weit unter dem in der gesamten Stadt erreichten Wahlresultat. Großer Gewinner war in diesem Bezirk die DVP, für die 19,04% der Wähler stimmten. Stark verloren hatte hingegen die SPD, die nur noch 46,87% erhielt, im Vergleich zu 55,18% des Vorjahres. Ebenfalls sind Verluste des Zentrums festzustellen, das mit 15,92% fast 5% unter dem Karlsruher Ergebnis lag. 3% ihrer Stimmen mußte die DNVP abgeben, die in diesem Wahlbezirk mit 1,33% bedeutungslos wurde. Fast auf den Nullpunkt fiel die DDP zurück, die nicht einmal mehr 1% der

Wähler für sich gewinnen konnte. Auch die Kommunisten zählten zu den Verlierern des Wahlbezirks 80. Mit 5,95% konnten sie ihr Gesamtergebnis dieses Mal nur leicht überbieten.

Die Wahlergebnisse im Bezirk 82 zeichneten sich durch große Beständigkeit aus. Gewinne wie Verluste bewegten sich in einer Größenordnung von 1 bis 2%. Mit großem Abstand blieb daher die SPD stärkste Partei, die ein Ergebnis von 61,88% erzielte. Weit hinter den Sozialdemokraten wurde das Zentrum zweitstärkste politische Kraft in diesem Wahlbezirk, wo es 12,87% der Wähler auf seine Seite brachte; allerdings lag dieses Ergebnis 8% unter dem Karlsruher Resultat. Die KPD übertraf mit 6,49% der Wählerstimmen in diesem Bezirk ihren Gesamtdurchschnitt, was eine Verbesserung um 1,2% bedeutete. DVP und DDP waren ebenfalls in der Lage, ihre Resultate leicht zu erhöhen und bekamen 5,02% bzw. 3,97%. Hinter dem Ergebnis der NSDAP blieb im Bezirk 82 nur die DNVP, die ohnehin in diesem Wahlkreis sehr schwach war und gerade noch 1,57% der Stimmen erhielt. Die NSDAP steigerte sich zwar um 1,8%, lag aber mit 2,72% klar hinter ihrem in Karlsruhe erzielten Resultat, womit die Nationalsozialisten in diesem Wahlbezirk, der weiterhin eine SPD-Hochburg darstellte, bedeutungslos blieben.

Wie schon bei der Reichstagswahl im Jahr zuvor, so wurden auch bei der Landtagswahl vom 27. Oktober die Stimmen des Wahlkreises 84 fast ausschließlich unter dem Zentrum und der SPD aufgeteilt. Dieses Mal wurde jedoch das Zentrum stärkste Partei; mit einem Zuwachs von fast 3% erreichte es nunmehr 43,95%, was für das Zentrum das weitaus beste Resultat darstellte, denn das Gesamtergebnis von 20,07% wurde somit um mehr als 20% übertroffen. Die SPD stellte mit 38,76% die zweitstärkste Partei. DVP (3,3%), DDP (2,09%) und DNVP (0,98%) konnten in diesem Bezirk keine Bedeutung erlangen; ebenso die KPD, die etwas mehr als 2% verlor und 3,33% der Wählerstimmen erhielt. Die NSDAP verbesserte sich um etwas mehr als 2%, konnte die KPD aber nicht überflügeln.

Für die Wahlkreise mit relativ niedrigem NSDAP-Stimmenanteil kann zusammenfassend folgendes festgehalten werden:

1. Die SPD war in zwei der vier Wahlkreise die mit großem Abstand stärkste Partei und hatte ihre Hochburg weiterhin im Wahlbezirk 82.

2. Das Zentrum erreichte in drei Wahlbezirken sein Durchschnittsergebnis bei weitem nicht, konnte aber dennoch auch hier leichte Gewinne verzeichnen. Stärkste Partei war das Zentrum im Wahlbezirk 84, wo es auch seine Karlsruher Hochburg hatte, die im übrigen sogar noch ausgebaut werden konnte.

3. DVP, DDP und DNVP gewannen in keinem der Bezirke politischen Einfluß und blieben dort weiterhin unbedeutend.

4. Die KPD konnte in den Wahlbezirken 80, 82 und 84 ihr Durchschnittsergebnis erreichen und leicht übertreffen. Trotz eines Stimmenrückgangs von 10% hielt die KPD ihre Karlsruher Hochburg im Wahlbezirk 60 mit 34,45% - allerdings nur noch knapp vor der SPD.

5. Die NSDAP legte in allen vier Wahlkreisen durchschnittlich etwas mehr als 2% zu, ihr Gesamtergebnis konnte sie in keinem der vier Bezirke auch nur annähernd erreichen. Das beste Resultat erzielten die Nationalsozialisten im Bezirk 60 mit 6,02%.

Überraschend gering blieb das Echo in der Karlsruher Presse auf die zwar erwarteten, aber dennoch sehr großen Gewinne der NSDAP. Vor der Wahl war das Zentrum sehr beunruhigt gewesen, was eine Vielzahl von Artikeln im Badischen Beobachter belegt, die den katholischen Wählern die Unvereinbarkeit von Christentum und Nationalsozialismus zu verdeutlichen suchten. Nach der Wahl wurde der Erfolg der Nationalsozialisten allerdings durch unergiebiges Rechenexempel heruntergespielt.²⁶⁹ Möglicherweise hatte der Wahlerfolg des Zentrums der Partei die Angst genommen, Stimmen an die NSDAP zu verlieren. Ernster hingegen nahm die SPD den Aufstieg der Nationalsozialisten, sie war aber dennoch zufrieden, da die NSDAP den Sozialdemokraten kaum geschadet hatte. Die Richtigkeit dieser Annahme und der folgenden Einschätzung wird aber noch zu überprüfen sein. Den Zuwachs für die NSDAP sah der Volksfreund vornehmlich aus folgenden Kreisen kommen: "Soweit sie nicht anderen bürgerlichen Parteien Wähler weggenommen haben, rekrutieren sich ihre 65 000 Stimmen auf dem Lande aus kleinen Landwirten, in den Städten aus kleinen Angestellten, Privatbeamten und einem kleinen Teil der anderen Beamten. Die gestrige Wahl hat somit ganz klar erwiesen, wo vorübergehend die neue antisemitische Welle Opfer zu verschlingen ver-

²⁶⁹Badischer Beobachter 31.10.1929.

mag."²⁷⁰ Deutlich wird hier, daß auch die SPD in der NSDAP nur eine "vorübergehende", nicht ernstzunehmende Gefahr sah. In Karlsruhe vermuteten die Sozialdemokraten die Wähler der Nationalsozialisten - auch diese Einschätzung wird noch zu überprüfen sein - vor allem unter Geschäftsleuten: "Wer die Zusammensetzung der Versammlungen beobachtet hat, dem fiel es immer auf, daß viele Geschäftsleute sich in den Hitlerversammlungen befanden. Wenn diese Leute in ihrer Kurzsichtigkeit glauben, daß mit der Wahl der Nazis nun eine bessere Zeit anbreche, so werden sie sehr enttäuscht sein. Aber der Spießler lernt eben nichts. Der Zuwachs der Hitler kommt vornehmlich aus dem Bürgertum und ist vor allem der skrupellosen und verlogenen Agitation der Nationalsozialisten und der politischen Dummheit größerer Kreise zuzuordnen."²⁷¹

²⁷⁰Der Volksfreund 28.10.1929.

²⁷¹Ebd.

IV. Wirtschaftskrise und Einzug der NSDAP ins Karlsruher Rathaus.

IV.1. Die Auswirkungen der Krise.

Als Beginn der Weltwirtschaftskrise gilt allgemein der 24. Oktober 1929, als an der New Yorker Börse die Aktienkurse schlagartig zu sinken begannen.²⁷²

Die stärksten Auswirkungen hatte die Krise auf die Vereinigten Staaten und auf Deutschland, wo sie mit der Kanzlerschaft Heinrich Brüning zusammenfiel.²⁷³ Über den Verlauf der Krise und die Politik Brüning, in erster Linie in bezug auf die Karlsruher Verhältnisse, wird im folgenden noch zu sprechen sein.

Am stärksten betroffen von der Krise waren Lohn- und Gehaltsempfänger, deren wirtschaftliche Existenz durch Massenentlassungen und Kurzarbeit bedroht war, aber auch für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst waren Kürzungen ihrer Bezüge im Verlauf der Krise nur schwer zu ertragen.²⁷⁴ Desgleichen mußten sich immer mehr Selbständige, Kaufleute und Handwerker sowie freiberuflich Tätige an das Fürsorgeamt wenden.²⁷⁵

Alle Krisensymptome, wie Zusammenbrüche von Industrieunternehmen oder Konkurse von Banken, wurden aber von der Erscheinung der Massenarbeitslosigkeit in den Schatten gestellt. "So gehen also jetzt in ganz Deutschland mehr als zwei Millionen Arbeitsloser täglich 'stempeln'. Das Bild, das wir vor dem hiesigen Arbeitsamt sehen, wiederholt sich viel tausendmal. . . . Die Arbeitslosen haben sich täglich bei ihrem Arbeitsamt zu melden und bekommen dies durch einen Stempel in ihrem Ausweis bestätigt. Der Zweck dieser Maßnahme ist, Schwarzarbeit zu verhüten, damit nicht ein angeblich Arbeitsloser seine Unterstützung abholt und nebenher doch noch einer regelmäßigen Beschäftigung nachgeht. . . . andererseits bedeutet diese tägliche Meldung ohne Zweifel bei den 'ehrlichen' Arbeitslosen eine Härte, insbesondere in der kalten Jahreszeit. Die Leute verfügen nicht immer über die nötige warme Klei-

²⁷²Vgl. hierzu für Baden, Rudi Allgeier, Grenzland in der Krise. Die badische Wirtschaft 1928-1933. In, Thomas Schnabel (Hg.), Machtergreifung. S. 150-183.

²⁷³Zur Kontroverse um Brüning's Wirtschaftspolitik siehe Anm. 25ff Einleitung.

²⁷⁴Fritz Blaich, Der schwarze Freitag, S. 58.

²⁷⁵StadtAK 8/DS FI 204,3a. Verwaltungsbericht der Landeshauptstadt Karlsruhe für das Wirtschaftsjahr 1930, S. 97.

dung und auch die Ernährung kann bei den kleinen Unterstützungen nicht gerade verschwenderisch sein. . . . Täglich von halb acht Uhr ab und nachmittags ab zwei Uhr warten in Karlsruhe die Arbeitslosen vor dem Amt am Archivplatz auf die Öffnung der Schalter. Gegenwärtig ist der Andrang besonders groß wegen der vielen neu Hinzukommenden. Da man für die Abfertigung eines neuen Falls etwa zehn Minuten rechnen muß, kommen nur diejenigen mit Sicherheit dran, die sich bei der Toröffnung unter den Vordersten befinden."²⁷⁶

²⁷⁶Badischer Beobachter 4.2.1930.

IV.1.1. Erste Auswirkungen auf Karlsruhe

War es der Stadt Karlsruhe im September 1929 noch gelungen, die Schließung der Berka zu verhindern und damit über 1 000 Arbeitsplätze zu erhalten oder neu zu schaffen, konnte die Zahlungseinstellung der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe (MGK), trotz intensiver Bemühungen seitens der Stadt, am 8. Januar 1930 nicht verhindert werden.²⁷⁷

Der Bevollmächtigte der MGK, Rechtsanwalt Dr. Homburger, begründete den Entschluß der Firma in einem Rundschreiben an die Gläubiger: "Die Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe sieht sich nach bald hundertjährigem Bestehen gezwungen, ab heute ihre Zahlungen einzustellen und ein außerordentliches Arrangement mit ihren Gläubigern anzustreben. Der Entschluß ist der Verwaltung sehr schwer gefallen. Vorstand und Aufsichtsrat haben monatelang bis zum letzten Tag in intensiver Weise sich bemüht, das Unternehmen durch Arbeitsbeschaffung und finanzielle Sanierung zu erhalten. Ihre Versuche hatten aber keinen Erfolg. Die Zahlungseinstellung ist daher unumgänglich, damit die Interessen aller Gläubiger gleichmäßig bestens gewahrt werden. Die entstandenen Schwierigkeiten sind in der allgemeinen Wirtschaftslage begründet; diese ist in der Südwestecke bekanntlich besonders schlimm. Die Maschinenbaugesellschaft stellt ihren Gläubigern ihr gesamtes Vermögen zur Verfügung. Es darf nach vorsichtiger Bewertung der Aktiven die volle Befriedigung der Gläubiger erwartet werden."²⁷⁸

Der für die Gläubiger sicherlich erfreulichen Ankündigung ihrer vollen Befriedigung stand allerdings kein Wort Homburgers gegenüber, das sich mit der Lage der ca. 400 zu entlassenden Arbeiter und Angestellten befaßte, denen sicherlich schlimme Zeiten bevorstanden.

²⁷⁷Zur Subventionspolitik vgl. Fritz Blach, "Garantierter Kapitalismus". Subventionspolitik und Wirtschaftspolitik in Deutschland zwischen 1925 und 1932. In, Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 22/1977, S.50-70.

²⁷⁸Rundschreiben der Maschinenbaugesellschaft an die Gläubiger. Zit. nach Der Volksfreund 13.1.1930.

IV.1.2. Der Karlsruher Arbeitsmarkt

Die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage sowie die zum Jahreswechsel einsetzenden schlechten Witterungsbedingungen führten auch in Karlsruhe zu einem sprunghaften Ansteigen der Arbeitslosigkeit, in erster Linie im "Baugewerbe und in den Metallberufen".²⁷⁹ Nach den Ausführungen des Arbeitsamtes, waren in Karlsruhe 8342 Personen in der zweiten Januarhälfte auf der Suche nach Arbeit, was einer Steigerung um 433 im Vergleich mit der Vorwoche bedeutete. Arbeitslosenunterstützung erhielten aber lediglich 3307 und Krisenfürsorge noch 729 Personen.²⁸⁰ Den stärksten Zugang erhielt das Arbeitsamt, wie oben bereits erwähnt, aus den Bereichen der Metallindustrie und dem Baugewerbe. In der Metallindustrie wurden allein in den ersten drei Wochen des Jahres 135 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen, im Baugewerbe verloren 69 ihre Arbeit.

Parallel zur steigenden Zahl der aus Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge Ausgesteuerten stiegen die Kosten des Fürsorgeamtes ebenfalls beträchtlich an. Allein im Januar wurde der Voranschlag des Fürsorgeamtes um über 100 000 RM überschritten.²⁸¹ Weit mehr als die schlechte Beschäftigungslage sah jedoch das Fürsorgeamt die Reform der Arbeitslosenversicherung als ursächlich für die Kostensteigerung an "und zwar besonders durch die teilweise Verlängerung der Anwartschaftszeiten, die Verlängerung der Wartezeiten, die Bestimmungen über die Unterstützungen bei berufstätiger Arbeitslosigkeit und die Verlängerung der Sperrfristen. Eine weitere nicht unerhebliche Belastung der Aufwendungen für die öffentliche Fürsorge hat die gleichfalls erlassene Einschränkung des Personenkreises in der Fürsorge mit sich gebracht."²⁸² Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen war durch diese Maßnahmen in Karlsruhe auf 2 800 gestiegen, die der Arbeitslosenunterstützungsempfänger betrug Anfang Februar nur noch 3 647.²⁸³ Eine weitere Belastung der Stadt betrachtete daher das Fürsorgeamt als untragbar und forderte dringend Entlastungen durch das Land bzw. den Staat. "Insbesondere wird dies

²⁷⁹StadtAK 1/H.-Reg. A 1974.

²⁸⁰Ebd.

²⁸¹StadtAK 1/H.-Reg. A1912. Fürsorgeamt.

²⁸²Ebd.

²⁸³Ebd.

mit Recht für die ins unerschwingliche steigenden Aufwendungen für die Wohlfahrtserwerbslosen gefordert werden können. Wie durch eine genaue Auszählung festgestellt wurde, handelt es sich hier um fast durchweg voll arbeitsfähige und arbeitswillige Personen, die lediglich durch die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes ohne Verdienstmöglichkeit sind, also um rein wirtschaftliche und nicht persönlich bedingte Massennotstände. Die gemeindliche Fürsorge kann aber ihre Aufgaben nur in der Beseitigung von individuellen Notständen sehen und muß deshalb von der Sorge für die außerhalb dieses natürlichen Aufgabenkreises stehenden Hilfsbedürftigen bald möglichst in irgend einer Weise befreit werden."²⁸⁴

Eine zu dieser Zeit vorgenommene Untersuchung zeigte auch, daß unter den Wohlfahrtserwerbslosen Familienväter mittleren Alters mit großer Familie zahlenmäßig bei weitem überwogen, was auch eine Unterstützung der übrigen Familie erforderte.²⁸⁵ Um diesem unerträglichen Zustand entgegenzuwirken, wurde der Vorschlag unterbreitet, "baldmöglichst eine Arbeit bereitzustellen, die die Möglichkeit bietet, etwa 150 Erwerbslose auf die Dauer von 6 Monaten zu beschäftigen. . . . da zu einer solchen Arbeit nicht nur ausgesteuerte, sondern auch Erwerbslose, die in verhältnismäßig kurzer Zeit auch Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, zugewiesen werden können, würde das Fürsorgeamt stark entlastet."²⁸⁶

Diese Absicht, durch Arbeitsbeschaffung für die Dauer von sechs Monaten möglichst viele Ausgesteuerte dem Arbeitsamt zurückzuführen, um die Kosten der Stadt zu senken, hatte auf dem Arbeitsmarkt nur wenig Erfolg, da die Zahl derer, die in den zweifelhaften Genuß dieses "Rotationsverfahrens" gelangten, äußerst gering blieb, während gleichzeitig die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen im weiteren Verlauf ständig anstieg. Dazu brachte diese Maßnahme für das Fürsorgeamt nur wenig Entlastung, ganz abgesehen von der psychischen Belastung derer, die so ständig hin und her geschoben wurden.

²⁸⁴Ebd.

²⁸⁵StadtAK 1/H.-Reg. A 4229. Pflichtarbeit.

²⁸⁶Ebd.

IV.1.3. Die finanzielle Not der Stadt

Den geringen Entlastungen der Fürsorge durch den zuvor genannten "Rotationstrick", standen sogleich wieder Belastungen gegenüber, diesmal durch den badischen Finanzausgleich. Die von Seiten der Landesregierung vorgesehene Mehrbelastung der Gemeinden, die sich selbstverständlich gegen diese Maßnahmen zu wehren versuchten, begründete diese wiederum mit Sparmaßnahmen des Reichs und des keineswegs, wie von Vertretern der Städte vorgerechnet, gesicherten Anteils der Reichsüberweisungssteuern.²⁸⁷

Bereits 1925 hatte das Land einen Ausfall von 18 Millionen RM auf die Gemeinden abgewälzt, und zwar durch die Erhöhung des Landesanteils an der Einkommens- sowie an der Umsatzsteuer von 51% bzw. 40% auf 65% der Überweisungssteuern. Als besonders ungerecht wurde nun dieser erneute Versuch empfunden, da "der ungeheuren Steigerung der Fürsorgeausgaben der Gemeinden keine entsprechende Mehrbelastung gegenübersteht. Durch die Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes fiel den Städten die Fürsorge für alle diejenigen zur Last, . . . die ausgesteuert wurden. Für die Städte stellt diese Mehrbelastung tatsächlich nichts anderes als eine Lastenverschiebung und wesentliche Änderung des Finanzausgleichs zu ihren Ungunsten dar, da den zwangsläufigen Mehrausgaben für die Wohlfahrtspflege keine entsprechenden Mehreinnahmen gegenüberstehen."²⁸⁸

Im konkreten Fall Karlsruhe bedeutete die Ausführung der geplanten Änderung des Finanzausgleichs nach Angaben des Karlsruher Oberbürgermeisters einen Steuerverlust für die Stadt von 564 000 RM. Durch die herrschende Wirtschaftskrise rechnete Finter zu diesem Zeitpunkt mit Steuermindereinnahmen von über 800 000 RM. Diesen Mindereinnahmen stellte er Mehrausgaben, insbesondere im Bereich der Fürsorge gegenüber, die sich 1930 nach seinen Schätzungen im Vergleich mit 1928 auf 7,6 Millionen im Jahr 1930 steigern sollten.²⁸⁹ Tatsächlich beliefen sich die Kosten dann am Ende des

²⁸⁷Bericht des badischen Städteverbandes und des Badischen Städtebundes. Zit. nach Badischer Beobachter 22.2.1930.

²⁸⁸Ebd.

²⁸⁹Der Volksfreund 9.4.1930.

Rechnungsjahres sogar auf 8,3 Millionen, das bedeutete eine Verdoppelung der Ausgaben im Vergleich zum Jahr 1925.²⁹⁰

Als Ergebnis einer Protestversammlung des Badischen Städteverbandes und des Badischen Städtebundes stellten diese drei Anträge an die Landesregierung, die zur Beseitigung der finanziellen Not der Städte und Gemeinden beitragen sollten. In einer Denkschrift forderten sie:

"A. Der Anteil der Gemeinden an den Reichsüberweisungssteuern darf nicht gekürzt werden.

B. Die vorgesehenen neuen Einnahmequellen sind den Gemeinden zusätzlich zu geben. . . .

C. Ein bei nochmaliger genauer Durchprüfung des Staatshaushalts verbliebener Fehlbetrag . . . ist durch Anleihen zu decken."²⁹¹

Diese Anträge der Städte wurden vom badischen Finanzminister Josef Schmitt (Zentrum) zurückgewiesen, da die Städte durch höhere Einstufung ihrer Beamten im Vergleich mit dem Land ihrer Pflicht zur Sparsamkeit nicht nachgekommen seien.²⁹² Die Aufnahme außerordentlicher Anleihen lehnte er ebenso ab, da es sich bei den zu deckenden Kosten um wiederkehrende handelte, die nicht durch Anleihen gedeckt werden durften.²⁹³

Daß die Kosten für die Beamtenbesoldung nur einen Bruchteil der Kosten der Fürsorge ausmachten, ließ der Minister unberücksichtigt, ebenso wie die großen Ausgaben der Städte bei der Bekämpfung der Wohnungsnot.

²⁹⁰StadtAK 4D D 992 Rech. Rechenschaftsbericht für das Wirtschaftsjahr 1930.

²⁹¹Der Volksfreund 9.4.1930.

²⁹²Badischer Beobachter 9.4.1930.

²⁹³Ebd.

IV.1.4. Die Krise im Wohnungsbau

Die rege Bautätigkeit in der Landeshauptstadt, vor allem seit dem Jahr 1920 führte in den Nachkriegsjahren zu einer deutlichen Entlastung auf dem Wohnungsmarkt, so daß der Bedarf an größeren Wohnungen als nahezu gedeckt angesehen werden konnte. Allein im Jahr 1929 wurden über 1 100 Neubauten begonnen.²⁹⁴ Von einer Beseitigung der Wohnungsnot konnte jedoch keinesfalls die Rede sein.

Aus diesem Grund hielt die Stadt trotz der äußerst angespannten Lage an der dringend notwendigen Förderung des Wohnungsbaus fest. Im Februar legte der Stadtrat dem Bürgerausschuß eine neue Wohnungsbauvorlage zur Beschlußfassung vor.²⁹⁵ Wie in den Jahren zuvor sollte auch in diesem der Wohnungsbau durch zwei parallel laufende Maßnahmen gefördert werden, und zwar durch die "Mitwirkung bei der Beschaffung des Baukapitals durch Gewährung von langfristigen, hypothekarisch zu sichernden Darlehen zu marktüblichen Zinsen, sowie durch Übernahme der Ausfall- und selbstschuldnerischen Bürgschaft für einen Teil des Baukapitals. . . . [Sowie durch] die Verbilligung des aufzubringenden Baukapitals durch Gewährung von Zinsbeihilfen."²⁹⁶

Zur Begründung seiner Vorlage führte der Stadtrat aus, daß zwar, wie oben erwähnt, der Bedarf für große Wohnungen gedeckt sei, allerdings nur, wenn man in der Lage war, etwa 100 RM monatlich für die Miete aufzubringen. Zur Erinnerung sei angeführt, daß ein gutverdienender Arbeiter im Monat 160 RM zur Verfügung hatte. Wesentlich ungünstiger stellte sich der Wohnungsmarkt, wie schon in den Vorjahren, im Bereich der Kleinwohnungen dar. Hier hatte sogar der verstärkte Wohnungsbau bisher keine Erleichterung gebracht, da die Stadt, gegen die Stimmen der SPD, eine Verpflichtung der Bauherren, welche Fördermittel erhielten, auch Kleinwohnungen zu bauen, abgelehnt hatte. Beim Wohnungsamt waren zu diesem Zeitpunkt 1400 Familien eingetragen, die keine eigene Wohnung hatten und auf der Suche nach

²⁹⁴StadtAK 1/H.-Reg. A 1390. Bau- Wohnungs- und Siedlungswesen.

²⁹⁵Die Wohnungsbauvorlage des Stadtrats. Zit. nach Der Volksfreund 8.2.1930.

²⁹⁶Ebd.

billigem Wohnraum waren. Der Fehlbedarf an Kleinwohnungen wurde niedrig auf 1600 geschätzt.²⁹⁷

In darauffolgenden Beratungen des Bürgerausschusses wurde die neue Wohnungsbauvorlage vor allem von den Sozialdemokraten begrüßt, weil sie nun endlich die seit langem geforderten Kleinwohnungen angemessen mit einbezog. Zusätzlich forderten die SPD-Stadtverordneten wiederholt den Bau von Wohnungen zu Mietpreisen, die auch von Minderbemittelten bezahlt werden konnten.²⁹⁸ Als Ideal des Wohnungsbaus betrachteten die Sozialdemokraten den städtischen Regiebau, eine Forderung, mit der sie sich ebensowenig durchsetzen konnten wie mit der nach Mietpreisbindungen für geförderte Wohnungen.

²⁹⁷Ebd.

²⁹⁸Der Volksfreund 1.3.1930. Bericht über die Bürgerausschußsitzung.

IV.1.5. Der städtische Haushalt

Im Gegensatz zu den früheren Jahren konnte der Haushalt der Stadt Karlsruhe für das Wirtschaftsjahr 1930 erst Anfang Mai vorgestellt werden, da die Maßnahmen der Landesregierung bei der Änderung des Finanzausgleichs erst spät getroffen wurden.

Neben der sich ständig verschlechternden wirtschaftlichen Lage und der damit verbundenen Zahl der Arbeitslosen belasteten eben diese Maßnahmen den Haushalt der Stadt erheblich.²⁹⁹

Am besten läßt sich die wirtschaftliche Lage zum Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlags im Spiegel der Arbeitslosenziffern betrachten.³⁰⁰ Die Zahl der Arbeitssuchenden war im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 2000 auf 8809 gestiegen.³⁰¹ Von diesen erhielten jedoch nur 3489 Arbeitslosenunterstützung und 903 Krisenfürsorge, die übrigen waren auf die städtische Wohlfahrt angewiesen. Die Zahl der von der Fürsorge Unterstützten lag sicherlich bedeutend höher, da auch Familienangehörige der oben genannten Personengruppen unterstützt werden mußten. Hinzu kam, daß eine Vielzahl, vor allem Jugendliche und Frauen, keinerlei Möglichkeiten auf Vermittlung hatten, und sich daher erst gar nicht beim Arbeitsamt meldeten - auch dieser Personenkreis war auf die Fürsorge angewiesen. Die Kosten für den städtischen Zuschuß zur Fürsorge wurden daher im Voranschlag mit 7622570 RM angenommen, d.h. die Stadt veranschlagte Fürsorgekosten von mehr als 20000 RM pro Tag.³⁰² Tatsächlich betragen die Zuschüsse am Ende des Haushaltsjahres 8288248 RM.³⁰³ Durch die ständig steigenden Kosten für die Wohlfahrt wurde das Budget des Fürsorgeamts zum "Angelpunkt des städtischen Haushalts."³⁰⁴

Die Auswirkungen der Krise führten aber nicht nur zu der beschriebenen Kostensteigerung im Fürsorgebereich, sondern gleichzeitig blieben

²⁹⁹Geleitwort des Oberbürgermeisters zum Voranschlag. Zit. nach der Volksfreund 8.5. und 9.5.1930. Aus gesundheitlichen Gründen verzichtete Finter in diesem Jahr auf eine Haushaltsrede.

³⁰⁰Zu diesem Zeitpunkt spricht auch der Oberbürgermeister nicht mehr von Arbeitslosen, sondern er zieht die Zahl der Arbeitssuchenden als Maßstab heran. Hierbei muß aber gleichwohl bedacht werden, daß sicherlich nicht alle ohne Arbeit sich noch beim Arbeitsamt meldeten, da die Aussicht auf Vermittlung bekanntlich äußerst gering war.

³⁰¹StadtAK 1/H.-Reg. A 1973, A 1974. Wochenberichte.

³⁰²8/DS FI 205,51. Voranschlag für das Rechnungsjahr 1930.

³⁰³StadtAK 4 D 992 Rech. Rechenschaftsbericht 1930.

³⁰⁴Geleitwort des Oberbürgermeisters. Zit. nach der Volksfreund 9.5.1930.

auch erwartete Steuereinnahmen aus. Von besonderem Gewicht erwiesen sich allerdings die zuvor angesprochenen Eingriffe der Landesregierung in den Steuerausgleich. "Die bereits im Wirtschaftsjahre 1929 eingetretene rückläufige Bewegung in den Überweisungen an die Stadt aus dem Aufkommen der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer setzte sich im Wirtschaftsjahre 1930 in verstärktem Maße fort. Während der Rückgang im Vorjahr lediglich auf die verminderten Steuererträge infolge der schlechten Wirtschaftslage zurückzuführen war, nahm das Land Baden im Berichtsjahr noch eine Änderung im Verteilungsverhältnis der Überweisungssteuern zuungunsten der Gemeinden vor. . . . Die Stadt Karlsruhe erhielt für das Rechnungsjahr 1930 einen Anteil von 3 282 480 RM. Der Mindereingang an Reichsüberweisungssteuern gegenüber dem Vorjahr beträgt für die Stadt Karlsruhe 874 964 RM = 21 v.H. Das Land Baden hat den geringeren Eingang an Überweisungssteuern in Höhe von 10,9 v.H. durch Änderung des Verteilungsverfahrens für sich auf einen Ausfall von 4,7 v.H. gegenüber dem Vorjahr zu beschränken gewußt. Umso krasser wirkten sich diese Maßnahmen für die Gemeinden aus, wo an Stelle des durch das Aufkommen der Steuern bedingten Rückgangs von 10,9 v.H. ein Minderbetrag von 21,1 v.H. trat."³⁰⁵ In der Addition von Mindereinnahmen und Mehrausgaben erwartete die Stadt eine Verschlechterung des Voranschlags im Vergleich mit dem Vorjahr um 2,8 Mio. RM.

Verbesserungen im Einnahmebereich erreichte die Stadt durch die Erhöhung des Schulgeldes von 150 auf 200 RM. Um Härtefälle zu vermeiden, d.h. die Möglichkeit, begabte Kinder sozial schwacher Familien auf höhere Schulen schicken zu können, stellte der Stadtrat 34600 RM zur Verfügung. Aus der Schulgelderhöhung blieben dann Mehreinnahmen von 160000 RM. Aus der Erhöhung des Wassergeldes erwartete die Stadt Mehreinnahmen von ca 410000 RM sowie aus der Einführung einer Zählermiete für Stromzähler 204000 RM. Durch Reichs- und Landesmaßnahmen standen schließlich einer Verbesserung von 1,4 Millionen eine Verschlechterung von 2,8 Millionen gegenüber.³⁰⁶

Die verbleibende Summe zur Deckung des Haushalts wurde durch Einsparungen aufgebracht, die alle Bereiche des Etats betrafen. Mit Hilfe die-

³⁰⁵StadtAK 8/DS FI 204,3a. Verwaltungsbericht 1930.

³⁰⁶Geleitwort des Oberbürgermeisters. Zit. nach der Volksfreund 9.5.1930.

ser Ausgabenkürzungen gelang es der Stadt erneut, mit besonderer Rücksicht auf die ortsansässige Wirtschaft, den Haushalt ohne Umlageerhöhungen auszugleichen. Allerdings bedeuteten die Ausgabenkürzungen eine entsprechende Verminderung der städtischen Aufträge an Handel und Gewerbe.³⁰⁷ Auch aufgrund dieser Maßnahmen mußten im Verlauf des Jahres "Kleinhandwerker, Kleingewerbetreibende und Angehörige der freien Berufe sich in immer größerer Zahl an das Fürsorgeamt wenden, da sie ihren Lebensunterhalt aus dem Ertrag ihrer eigenen Arbeit nicht mehr bestreiten konnten."³⁰⁸

Aus den eingangs erwähnten Gründen fand dann auch die Beratung des Voranschlags für dieses Wirtschaftsjahr einige Wochen später statt als vorgesehen. Um den Haushalt nun so schnell wie möglich verabschieden zu können, wurde im Bürgerausschuß auf eine Generaldebatte verzichtet und die Redezeit für die einzelnen Ausführungen gekürzt. Daher war es möglich, den Etat bereits nach drei Tagen, allerdings bei Stimmenthaltung des Zentrums und den üblichen Gegenstimmen der KPD, zu verabschieden.³⁰⁹

Zu Beginn der Aussprache im Bürgerausschuß hatte das Zentrum mit verschiedenen Sparanträgen zum vorgelegten Etat die übrigen Rathausfraktionen überrascht. Diese Anträge wurden von allen Fraktionen nach kurzer Beratung abgelehnt, da sie einerseits keine wirklichen Einsparungen brachten und andererseits vermutet wurde, daß es sich bei diesen Vorschlägen lediglich um Agitationsanträge hinsichtlich der im Herbst anstehenden Kommunalwahlen handelte.³¹⁰

Hauptdiskussionspunkte waren in diesem Jahr die steigende Arbeitslosigkeit und die Probleme der Arbeitsbeschaffung. Da das Arbeitsamt keinerlei Interesse daran besaß, Wohlfahrtserwerbslose in Arbeit zu bringen, forderte die SPD den Aufbau einer gemeinnützigen Beschäftigungsstelle und gleichzeitig die Beteiligung des Staates an den Kosten, da ständig zunehmende Ausgabenkürzungen zu immer höherer Arbeitslosigkeit führen müsse.³¹¹

³⁰⁷StadtAK 8/DS FI 204,3a. Verwaltungsbericht 1930.

³⁰⁸Ebd.

³⁰⁹Badischer Beobachter 5.6.1930.

³¹⁰Der Volksfreund 3.6.1930.

³¹¹Ebd.

Nach einer vergleichsweise ruhigen Debatte wurde der Vorschlag für das Wirtschaftsjahr 1930 dann mit dem oben angesprochenen Ergebnis angenommen.

IV.2. Kommunale Versuche der Arbeitsbeschaffung

Auch die Sommermonate brachten, im Vergleich mit den Vormonaten, auf dem Arbeitsmarkt keine nennenswerten Erleichterungen. Mitte Juli waren 8251 Karlsruher als Arbeitsuchende gemeldet; im gleichen Monat des Vorjahres waren es ca. 3000 weniger, während die Zahl der von der Reichsanstalt Unterstützten nur um knapp 1000 anstieg.³¹²

Die Berichte des Arbeitsamts sprechen zu diesem Zeitpunkt von einem starken Zugang aller Berufsgruppen.³¹³ Allein aus dem Baugewerbe kamen 168 gelernte und 47 ungelernete Bauarbeiter hinzu,³¹⁴ sicherlich auch mitverursacht durch die Ausgabenkürzungen der Stadt, vor allem im Straßen- und Wohnungsbau.

Angesichts der permanent steigenden Arbeitslosenziffern wurden die Forderungen der SPD nach kommunaler Arbeitsbeschaffung für Wohlfahrtserwerbslose immer massiver, und der Stadtrat trug dieser Notwendigkeit mit einer Vorlage an den Bürgerausschuß Rechnung. Diese Vorlage beinhaltete zwei Projekte, und zwar Arbeiten im Rheinhafen und an der Daxlander Hohle. Die Notwendigkeit der Projekte begründete der Stadtrat in seiner Eingabe: "Die Auffüllung der Daxlander Hohle ist der erste Anfang zur Verwirklichung dieser Absicht der Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen und im übrigen ein Teil aus dem bekannten Projekt der sogenannten Albuferanlagen. Die Albniederung auf der Nordseite des Stadtteils (Daxlander Hohle) liegt so tief, daß sie bei jeder größeren Anschwellung überschwemmt wird. . . . Dieser Zustand wird durch entsprechende Auffüllungen beseitigt. Es werden 40 Erwerbslose auf die Dauer von etwa 6 Monaten beschäftigt. Die Arbeit wird in städtischer Regie in Tagschichten von 7 Stunden durchgeführt bei einer Entlohnung von 90 Pfg. je Stunde."³¹⁵ Der übliche Stundenlohn betrug im Baugewerbe 1,25 RM.³¹⁶ Auch in diesem Fall wurde das Prinzip angewandt, Arbeiter nur so lange zu beschäftigen, bis sie Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung hatten.

³¹²StadtAK 1/H.-Reg. A 1974. Wochenberichte.

³¹³Ebd.

³¹⁴Ebd.

³¹⁵Vorlage des Stadtrats zur Arbeitsbeschaffung. Zit nach Der Volksfreund 22.7.1930.

³¹⁶Statistisches Jahrbuch für das Land Baden 1930, S. 176.

Das zweite, weit größere Projekt waren Erdarbeiten im Rheinhafen zur Vergrößerung des dortigen Industriegeländes, nachdem der größte Teil des freien Geländes an die deutsche Michelin A.G. abgegeben worden war. "Einen Vorrat sofort verfügbaren Industriegeländes zu haben, ist aber eine Notwendigkeit, wenn anders es möglich sein soll, mit Aussicht auf Erfolg sich um die Neuansiedlung von Industrie zu bewerben. . . . ein Teil der Auffüllungsarbeit ist Gegenstand des vorliegenden Antrags. . . . Die Arbeit ist als Regiearbeit durchzuführen. . . . Der an Löhnen und Versicherungsbeiträgen für die Wohlfahrtserwerbslosen (rund 36 000 Schichten zu je 7 Stunden) entstehende Aufwand in Höhe von rund 250 000 RM wird von der Fürsorge getragen."³¹⁷

Die Vorlage des Stadtrats wurde dann am 31. Juli vom Bürgerausschuß angenommen. Bei den Beratungen trat aber deutlich zutage, daß auch diese Maßnahmen, die für 370 Menschen sechs Monate Arbeit bedeuteten, nur eine geringfügige Linderung angesichts von mehr als 3000 Wohlfahrtserwerbslosen bedeutete. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Trinks wies in der Aussprache daher nicht nur auf die wirtschaftliche, sondern auch auf die psychische Notlage dieser Menschen hin. Vor dem Bürgerausschuß führte er unter breiter Zustimmung aus: "Um weitere Arbeitsgelegenheit zu schaffen, sollte man jedes Mittel ergreifen. Es wäre vielleicht auch vorzuschlagen, an eine Erweiterung der Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle zu denken, damit dieselbe mindestens 500 Erwerbsbedürftige aufnehmen kann. Man muß das Problem der Arbeitslosigkeit einmal grundsätzlich betrachten. In nächster Zeit wird ein noch größerer Teil des Volkes aus dem Erwerbsprozeß ausgeschaltet werden. . . . Man sollte bedenken, wenn jetzt immer so laut der Ruf nach Abbau der Erwerbslosenfürsorge ertönt, daß der Schuß eines Tages nach hinten losgehen kann, wenn das Volk in Verzweiflung kommt. Deshalb ist die Schaffung von mehr Arbeitsgelegenheit dringendes Gebot der Stunde."³¹⁸

³¹⁷Vorlage des Stadtrats. Zit. nach Der Volksfreund 22.7.1930.

³¹⁸Der Volksfreund 2.8.1930.

IV.3. Die Reichstagswahl vom 14. September 1930

Ende März 1930 zerbrach die Große Koalition im Reich an der Frage der Arbeitslosenversicherung.³¹⁹

Die durch die steigende Arbeitslosigkeit anwachsenden Kosten und ein dadurch verursachtes Defizit in der Arbeitslosenversicherung brachten die Frage einer erneuten Erhöhung der Beiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf die Tagesordnung. Während die unternehmerorientierte DVP die Kosten durch Leistungskürzungen allein auf die Arbeitnehmer abwälzen wollte, forderten die Sozialdemokraten die Erhöhung der Beiträge auf 4%. Vor allem die DVP, aber auch das Zentrum, nahmen dann das Scheitern eines "Kompromisses", der für die SPD völlig unannehmbar war, als dankbaren Anlaß, die Große Koalition zu sprengen.³²⁰ Das Scheitern der Koalition und der Übergang zum Präsidialregime, mit den Vorgaben antiparlamentarisch und antisozialistisch, d.h. Regieren unter Ausschaltung der stärksten demokratischen Partei, war jedoch von langer Hand vorbereitet worden. "Die Protagonisten dieses Kurses, an ihrer Spitze General Schleicher, handelten dabei nicht unter dem Zwang übermächtiger Umstände oder einer politisch ausweglosen Lage; sie handelten mit kühler Überlegung aus dem Willen heraus, jetzt eine entscheidende Veränderung des Verfassungssystems und der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zugunsten der alten Eliten in Armee, Bürokratie und Wirtschaft zu bewirken."³²¹

Nach dem Rücktritt des Kabinetts der Großen Koalition beauftragte Hindenburg am 28. März Heinrich Brüning mit der Kabinettsbildung. In seiner ersten Regierungserklärung, in der er von vornherein keinen Zweifel an seinem Willen ließ, den Reichstag aufzulösen, falls dieser ihm die Gefolgschaft verweigerte, kündigte Brüning die schnelle und gründliche Sanierung der Finanz- und Kassenlage und damit verbundene Sparmaßnahmen an, die jedoch nicht von einem "antisozialen Geist getragen" sein sollten.³²² Besorgt zeigte sich

³¹⁹Vgl. hierzu Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie. München 1985. Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Erster Band. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. München, 2. Aufl. 2002. Ders., Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 – 1933. Berlin 1990.

³²⁰Klaus Mammach, Der Sturz der Großen Koalition. In, ZfG 16/1968, S. 565-586.

³²¹Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, S. 124.

³²²Zit. nach Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe, S. 124.

Brüning in seinen Ausführungen über die Notlage des gewerblichen Mittelstandes und kündigte Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft an, zur Schaffung neuer Absatz- und Arbeitsmöglichkeiten.³²³

Die sogenannten Eliten aber, auf die sich Brüning stützte - vor allem die ostelbischen Großgrundbesitzer und der sogenannte alte Mittelstand - konnten durch Brünings angekündigte Sparsamkeit nicht zufrieden gestellt werden. Ihre Forderungen gingen genau in die entgegengesetzte Richtung, d.h. "erhöhte Abgaben zu ihren Gunsten und zu Lasten der übrigen Gesellschaft."³²⁴

Das Dilemma, in welchem sich Brüning durch seine Abhängigkeit gegenüber diesen Gesellschaftsgruppen befand, zeigte der zeitgenössische sozialdemokratische Publizist Georg Decker eindrucksvoll auf:

"Nun schließt sich der Großgrundbesitz . . . einer bürgerlichen Front an, um eine sehr viel kostende Unterstützung für eine sonst nicht mehr lebensfähige Wirtschaft zu erlangen. Der gewerbliche Mittelstand verlangt wiederum nach staatlicher Hilfe für seinen Konkurrenzkampf gegen die großen kapitalistischen oder gemeinnützigen Betriebe. . . . Hat aber eine Interessengruppe etwas für sich ausgehandelt, so wird sich bestimmt eine andere melden, und da eine solche 'Front' nur über eine sehr knappe und labile Mehrheit verfügen kann, so wird sie auch jeder solchen Gruppe nachgeben müssen. Unter solchen Umständen ist auch jede . . . , einigermaßen vernünftige Wirtschaftspolitik unmöglich. . . . Es wird jedoch noch schlimmer werden, wenn die Nationalsozialisten auch für die Mehrheitsbildung ohne Sozialdemokratie unentbehrlich werden."³²⁵

Vom ersten Tag seiner Regierungszeit an ließ Brüning keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er seine politischen Ziele mit Hilfe des Artikels 48 durchsetzen werde, und er drohte, den Reichstag aufzulösen, wenn dieser der Regierung das Mißtrauen ausspräche oder einen Gesetzesentwurf ablehnte.

Nachdem die Regierung Brüning die ersten Kraftproben mit dem Reichstag bestanden hatte, kam es aber durch die Deckungsvorlage zur Sanierung der Staatsfinanzen, die rigorose Kürzungen der Staatsausgaben bei gleich-

³²³Ebd.

³²⁴Ebd. S. 137.

³²⁵Ebd.

zeitigen Steuererhöhungen vorsah, zur Abstimmungsniederlage.³²⁶ Am 16. Juli lehnte der Reichstag einen Teil der Deckungsvorlage mit 258:193 Stimmen ab, was Brüning veranlaßte, die Deckungsvorlage per Notverordnung in Kraft zu setzen. Dies war das erste Mal, "daß ein vom Reichstag abgelehnter Gesetzesentwurf in eine Notverordnung umgewandelt wurde, was die herrschende Rechtslehre für unzulässig hielt."³²⁷ Am 18. Juli stimmten dann 236 Abgeordnete des Reichstags für die Aufhebung dieser Notverordnung. Daraufhin verkündete Brüning die Auflösung des Reichstags. "Spätestens diese Entscheidungen vom Juli 1930 machten mit drastischer Deutlichkeit sichtbar, daß mit der Einsetzung des Präsidialkabinetts Brüning tatsächlich der Weg in eine neue Verfassungswirklichkeit beschritten worden war: Weil der Reichstag von seinem verfassungsmäßig garantierten Recht, eine nach Artikel 48(2) getroffene 'Maßnahme' außer Kraft zu setzen Gebrauch gemacht hatte, wurde er vom Reichspräsidenten aufgelöst, zur Strafe sozusagen."³²⁸

Folge der Auflösung war dann die "Katastrophenwahl" vom 14. September.

³²⁶Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, S. 126.

³²⁷Ebd.

³²⁸Ebd.

IV.3.1. Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930

Die Wahlen³²⁹ zum Reichstag vom 14.9.1930 brachten der NSDAP einen erdrutschartigen Erfolg.³³⁰ Die Regionalwahlen von 1929 hatten bereits auf ein starkes Anwachsen der Nationalsozialisten hingedeutet, doch wurden selbst die Erwartungen der Parteiführer der NSDAP noch bei weitem übertroffen. Die NSDAP konnte mit 18,3% der Stimmen die Anzahl ihrer Mandate von 12 auf 107 erhöhen und zog damit als zweitstärkste Partei in den neuen Reichstag ein. Durch dieses Wahlergebnis der Nationalsozialisten wurde bereits 1930 der "rapide Machtverlust und die praktische Lähmung der parlamentarischen Demokratie eindringlich symbolisiert."³³¹

Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei waren die einzigen demokratischen Parteien, die bei dieser Wahl sogar leichte Gewinne verbuchen konnten³³² - allerdings nur in absoluten Zahlen betrachtet. Anteilsmäßig rutschten beide Parteien leicht ab. Das Zentrum erhielt 11,8% der Stimmen (1928 waren es noch 12,1%), die BVP verlor 0,1% und erzielte damit ein Ergebnis von 3,0%.

Die SPD verlor über 500 000 Stimmen, verglichen mit der Reichstagswahl zwei Jahre zuvor, bei der sie allerdings ihr absolutes Spitzenergebnis erzielt hatte. Aus diesem Grund hielt sich der Verlust dennoch in Grenzen. Trotz des erheblichen Stimmenrückgangs blieb die SPD weiterhin die stärkste Partei im Reich mit 24,5% der Stimmen.

Einen großen Erfolg konnten die Kommunisten bei dieser Wahl für sich verbuchen. Die KPD steigerte ihr Ergebnis von 10,6% aus dem Jahr 1928 auf nunmehr 13,1%. Diese Steigerung war vor allem ein Resultat eines mit äußerster Schärfe, in erster Linie gegen die Sozialdemokraten, geführten Wahlkampfes.

Bei der Reichstagswahl vom 14. September setzte sich für die Deutsche Demokratische Partei, die als Deutsche Staatspartei, zusammen mit der Volksnationalen Reichsvereinigung, um die Gunst der Wähler warb, der

³²⁹Die Reichstagswahl am 14. September 1930 in Baden. Karlsruhe 1930.

³³⁰Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, S. 126.

³³¹Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 364.

³³²Zum Folgenden vgl. Alfred Milaz, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930-1933. In, Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien, S. 744f.

Niedergang fort. Die Deutsche Staatspartei erhielt nur noch 3,8% der Stimmen, statt 4,9% von 1928. Verantwortlich war hierfür die Zerstrittenheit innerhalb der neugegründeten Partei. Erst zweieinhalb Wochen vor der Wahl hatte nach langen Streitigkeiten die Kandidatenliste veröffentlicht werden können.³³³

Die Deutsche Volkspartei mußte ebenfalls eine Niederlage hinnehmen. Ihr Versuch der "Blockbildung der Mitte" gemeinsam mit der Wirtschaftspartei und den Volkskonservativen, war gescheitert.³³⁴ Die DVP verlor fast die Hälfte ihrer Stimmen und rutschte auf 4,5% ab.

Die Deutschnationale Volkspartei, die bereits bei der Reichstagswahl von 1928 der große Verlierer gewesen war, hatte nun auch bei dieser Wahl erneut große Verluste zu verzeichnen. Sie fiel von 14,2% auf 7,0%. Der Wechsel an der Parteispitze nach der Wahlniederlage von 1928 brachte also nicht den gewünschten Erfolg für die DNVP. "Entgegen seinen Erwartungen hatte sich die Aufsplitterung der Rechten und vor allem das Zusammengehen mit Hitler im Volksbegehren für Hugenberg als ein Fehlschlag erwiesen. Nahezu zwei Millionen Wähler hatten dieser Politik ihre Stimme versagt, die einen, weil sie ihrer gemäßigt konservativen Haltung nach die deutliche Wendung der DNVP zum Rechtsradikalismus ablehnten, die anderen, die Mehrheit, weil sie wegen dieses Rechtsradikalismus kaum noch einen Unterschied zum Nationalsozialismus sahen und deshalb lieber dessen verheißungsvollen Parolen folgen wollten. In seiner Intransigenz hatte Hugenberg eine kooperationswillige Rechte zunichte gemacht, die Existenz seiner eigenen Partei spürbar gefährdet und dem Nationalsozialismus einen breiten Einbruch in das deutsche Bürgertum ermöglicht."³³⁵

War die DNVP der große Verlierer, so waren die Nationalsozialisten der große Sieger der Reichstagswahl vom 14. September. Durch einen "Erdrutsch" wurde die NSDAP zweitstärkste Partei im Reich hinter der SPD. Im Vergleich zur letzten Reichstagswahl von 1928 konnten die Nationalsozialisten ihren Stimmenanteil um 15,7% von 2,6% auf 18,3% steigern.

Die wichtigsten Ergebnisse der Reichstagswahl lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:³³⁶

³³³Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 355-358.

³³⁴Alfred Milaz, Das Ende der Parteien, S. 748.

³³⁵Ebd., S. 752.

³³⁶Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 364ff.

1. Das Wahlergebnis für die demokratische Mitte war katastrophal. Die DVP hatte ein Drittel, die Staatspartei ein Fünftel ihrer Stimmen verloren. Auch die Verbindung der DVP und DDP in Baden und Württemberg in einer Einheitsliste konnte den tiefen Fall nicht verhindern.

2. Das Zentrum und die BVP bewahrten ihre relative Stabilität.

3. Die Verluste der Sozialdemokraten und die Gewinne der Kommunisten hielten sich die Waage. Der Stimmenrückgang der SPD wurde mit großer Wahrscheinlichkeit von der KPD aufgefangen, so daß der NSDAP kein Einbruch in die Wählerschaft der sozialistischen Parteien gelang.³³⁷

4. Die DNVP war der große Verlierer der Wahl vom 14. September; von 73 Mandaten, die die Partei noch 1928 erringen konnte, blieben nach der Wahl lediglich 41.

5. Die NSDAP war der große Sieger dieser Wahl. Mit diesem Wahlergebnis gelang der nationalsozialistischen Bewegung der entscheidende Durchbruch. Die NSDAP wurde zu einem wichtigen Faktor in der deutschen Politik.

³³⁷Vgl. hierzu Jürgen W. Falter, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928-1933. In, AfS 26/1986, S 179-216. Falter weist nach, daß der Arbeiteranteil der NSDAP größer war als bislang vermutet, doch läßt sich die Feststellung, daß der NSDAP kein Einbruch in die Arbeiterschaft gelang, zumindest für die vorliegende Untersuchung aufrechterhalten.

IV.3.2. Das Ergebnis der Reichstagswahl in Baden³³⁸

Bei den Wahlen zum Reichstag am 14. September 1930 wurde das Zentrum, wie schon bei der Reichstagswahl 1928 und bei den Landtagswahlen 1929, die stärkste Partei in Baden. 351734 Wähler gaben ihre Stimme für das Zentrum ab, was der Partei einen Stimmenanteil von 29,9% einbrachte. Im Vergleich mit der Reichstagswahl von 1928 bedeutete dieses Ergebnis einen Verlust für das Zentrum von 2,9%. Verglichen mit der Vorjahrswahl betrug der Stimmenrückgang sogar 6,7%.

Die meisten Stimmen erhielt das badische Zentrum in den Amtsbezirken Mannheim (26578), Freiburg (25784) und Rastatt (20338). Im Amtsbezirk Karlsruhe gewann das Zentrum 17 552 Stimmen. Prozentual betrachtet hatte das Zentrum seine größten Erfolge in den Amtsbezirken Buchen (70,7%), Tauberbischofsheim (66,7%) und Pfullendorf (63,35%). Der weitaus schlechteste Amtsbezirk war für das badische Zentrum der Bezirk Kehl, wo es nur einen Anteil von 4,8% erreichte.

In den Gemeinden erhielt das Zentrum die meisten Stimmen in Mannheim (18 675), Freiburg (15 451) und Karlsruhe (14 670). Betrachtet man das Ergebnis nach Stimmenanteilen, so schnitt das Zentrum am besten in der Gemeinde Brunntal ab, wo es 98,9% der Stimmen erhielt. In Karlsruhe konnte das Zentrum seinen in Baden erzielten Durchschnitt bei weitem nicht erreichen und bekam hier nur einen Anteil von 16,5%.

Zusammenfassend kann über das Wahlergebnis des Zentrums in Baden festgestellt werden, daß die Partei am besten in ländlichen Gebieten mit hohem katholischen Bevölkerungsanteil abschnitt. Schlecht fielen dagegen die Ergebnisse in Bezirken mit großen Städten aus, am schlechtesten natürlich dort, wo auch der evangelische Bevölkerungsanteil, wie z.B. in Kehl, sehr hoch war.

Die badischen Sozialdemokraten konnten ihren Abwärtstrend auch bei dieser Reichstagswahl nicht aufhalten. Hatte die SPD bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928 noch 22,5% der Stimmen in Baden erreicht, so betrug der Anteil der Sozialdemokraten bei der Landtagswahl von 1929 noch 20,1%. In

³³⁸Die Reichstagswahl am 14. September 1930 in Baden auf Grund amtlichen Materials. Herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1930. S. 9-18.

diesem Jahr verlor die SPD sogar ihre zweite Position und belegte nur noch Platz drei in der Wählergunst, hinter der NSDAP - die SPD erreichte lediglich 17,9%. Mit diesem Resultat hatte die SPD innerhalb von zwei Jahren 4,6% ihrer badischen Stimmen verloren.

Die Ergebnisse der Sozialdemokraten verteilen sich wie folgt: Die höchsten Stimmzahlen erhielt die Partei bei der Wahl vom 14. September in den Amtsbezirken Mannheim (46731), Karlsruhe (32699) und Pforzheim (16824). Anteilsmäßig schnitten die Sozialdemokraten am besten in den Amtsbezirken Pforzheim (26,7%), Mannheim (26,5%) und Karlsruhe (25,9%) ab. Am geringsten waren die Stimmenanteile in den Bezirken Buchen (4%), Pfullendorf (4%) und Tauberbischofsheim (4,3%), also den Hochburgen des Zentrums.

Hieraus läßt sich ersehen, daß die SPD ihre größten Erfolge in den Bezirken mit großen Städten und entsprechender Industriebevölkerung erzielen konnte, während ihr Anteil auf dem Land sehr gering blieb.

Die in Baden als Einheitsliste aufgetretenen Parteien, Deutsche Volkspartei und Deutsche Demokratische Partei, erhielten bei der Reichstagswahl in Baden zusammen 114732 Stimmen. Dies entsprach einem Anteil von 9,7%. Somit lag die Einheitsliste an vierter Stelle des Wahlergebnisses in Baden. Noch im Mai 1928 konnte die DVP dieses Ergebnis fast allein erreichen, zusammen mit der DDP wären es damals 16,5% gewesen. Bei der Landtagswahl im Jahr darauf waren es immerhin noch 14,7% der Stimmen, die diese beiden Parteien auf sich vereinigen konnten. Mit dem Ergebnis von 9,7% mußte der Versuch der beiden Mittelparteien, gemeinsam anzutreten, als gescheitert betrachtet werden.

Die größte Anhängerschaft hatte die Einheitsliste in den Amtsbezirken Mannheim (21899), Karlsruhe (12022) und Heidelberg (8640). Eben auch in den Städten dieser Amtsbezirke schnitt die Einheitsliste auf kommunaler Ebene am besten ab.

Die Kommunistische Partei Deutschlands konnte nach ihrem schlechten Abschneiden bei der Reichstagswahl 1928 und ihrem ebenfalls schwachen Resultat bei der Landtagswahl im darauffolgenden Jahr, 1930, ein gutes Ergebnis in Baden erzielen. Die KPD steigerte ihren Stimmenanteil aus der letzten Reichstagswahl um 2,2% auf nunmehr 9,6%. Ihre besten Resultate

hatte die KPD in den Bezirken mit großem Industriearbeiteranteil. Daher konnte sie in den Amtsbezirken Lörrach (22,2%), Mannheim (19,5%) und Weinheim (15,7%) große Gewinne für sich verbuchen.

Der tiefe Fall der Deutschnationalen Volkspartei setzte sich auch bei dieser Wahl in Baden fort. Hatte die DNVP bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 immerhin noch 8,1% der Stimmen in Baden erhalten, so waren es am 14. September lediglich 2,8%. Nur in einem Amtsbezirk, und zwar in Bretten, konnte die DNVP noch 10% der Stimmen erreichen. Die Ergebnisse in den übrigen Amtsbezirken lagen zumeist weit darunter.

IV.3.3. Das Wahlergebnis der NSDAP in Baden

Als Brüning am 18. Juli 1930 den Reichstag auflöste, war außer den Nationalsozialisten keine Partei auf einen Wahlkampf vorbereitet gewesen.³³⁹ Die NSDAP, die seit 1928 den "permanenten Wahlkampf" ausgerufen hatte und sich auf die bevorstehenden Gemeindewahlen im November schon frühzeitig vorbereitete, konnte somit einen sehr effektiven Kampf um die Wählerstimmen führen. Dieser Kampf war für die NSDAP "eine Probe auf die Stärke und Disziplin" der Partei. Zum ersten Mal sollte sich zeigen, ob die Organisation "auch für große politische Propagandakampagnen funktioniert." Wie gut die Organisation den Wahlkampf führte, bestätigte im nachhinein ein Bericht an die Landeskommissäre. "Beim Rückblick muss festgestellt werden, dass sich die Erwartungen der Parteileitung erfüllt haben. Die propagandistische Aufmachung und die Durchführung des Wahlkampfes durch die N.S.D.A.P. war in allen Einzelheiten sehr zugkräftig und wirkungsvoll. Die Anziehungskraft ihrer Veranstaltungen war ganz aussergewöhnlich. Selbst die Häufung von Versammlungen an einem Orte in kurzer Frist verminderte nicht den Zulauf erwartungsvoller Bevölkerungskreise."³⁴⁰

Die Themen der nationalsozialistischen Propaganda waren weit gestreut und zielten auf alle Bevölkerungskreise ab.³⁴¹ Vor allem aber bemühten sich die Nationalsozialisten um katholische Stimmen und Wähler aus der Arbeiterschaft, also dort, wo sie bisher den geringsten Erfolg gehabt hatten.³⁴²

Nicht nur der große Propagandaapparat der NSDAP funktionierte perfekt, sondern die Planung ging bis in den kleinsten Bereich. So gab es Anweisungen der Parteileitung an jedes einzelne Parteimitglied, wie zum Beispiel einen Befehl für den Wahltag selbst, an dem jedes Mitglied verpflichtet war, seiner Wahlpflicht bis zur Mittagszeit nachzukommen, um anschließend ihm zugewiesene Personen zu den Wahllokalen zu begleiten.³⁴³

³³⁹Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 339.

³⁴⁰Ebd.

³⁴¹Zum folgenden vgl. Johnpeter Horst Grill, The Nazi Movement, S. 187 - 205.

³⁴²Ebd. S. 188.

³⁴³Ebd.

Die Propaganda der NSDAP erreichte ihr Ziel. Wie im Reich, so war auch in Baden die Nationalsozialistische Arbeiterpartei der große Gewinner der Reichstagswahl vom 14. September. Für die NSDAP stimmten in Baden 226655 Wähler, was für die Partei einen Stimmenanteil von 19,2% bedeutete. Mit diesem Ergebnis erzielten die Nationalsozialisten einen Zuwachs von 16,3% innerhalb von zwei Jahren. Durch dieses Wahlergebnis konnten drei Abgeordnete aus Baden für die NSDAP in den Reichstag einziehen. Dies waren der Lehrer Karl Lenz aus Karlsruhe, der Landwirt Robert Roth aus Liedolsheim sowie der Rechtsanwalt Johannes Rupp aus Karlsruhe. Der überaus ehrgeizige Gauleiter der NSDAP, Robert Wagner, war nicht auf den Vorschlagslisten erschienen, angeblich weil er sein Arbeitsgebiet weiterhin in Baden sah. Verantwortlich für seinen Verzicht waren aber, wie aus einem Bericht an den LKK hervorgeht, innerparteiliche Querelen. "Der wahre Grund der überraschenden Bescheidenheit des ehrgeizigen Gauleiters ist darin zu suchen, dass Wagner im Falle seiner Wahl sein Mandat im Badischen Landtag nicht niederlegen konnte, da sein Ersatzmann im Wahlkreis Karlsruhe, Dipl. Ing. Mauritius, bald nach der Herbstwahl der N.S.D.A.P. den Rücken kehrte."³⁴⁴

Das Wahlergebnis der NSDAP teilte sich in Baden wie folgt auf: Die meisten Stimmen erhielt die NSDAP in den Amtsbezirken Karlsruhe (33284), Mannheim (27216) und Heidelberg (22747). Relativ betrachtet hatte die NSDAP ihre besten Resultate in den Amtsbezirken Kehl (44,1%), Wertheim (32,7%) und Bretten (32,4%). Am schlechtesten schnitt die Partei in sieben Amtsbezirken des Landeskommisärbezirks Konstanz ab, nämlich in Engen, Meßkirch, Säckingen, Stockach, Überlingen und Waldshut.

In 290 badischen Städten und Gemeinden wurde die NSDAP bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 stärkste Partei, so auch in Heidelberg und Karlsruhe.

³⁴⁴LKK, Bericht vom 15.10.1930.

IV.3.4. Die Agitation der NSDAP in Karlsruhe³⁴⁵

Der von der NSDAP häufig an alle Mitglieder ergangene Aufruf zum "permanenten Wahlkampf" trug 1930 zu einer weiteren Intensivierung des nationalsozialistischen Wahlkampfes auch in Karlsruhe bei. Besonders wörtlich nahmen die Nationalsozialisten dabei den Kampf mit ihren "schlagenden" Argumenten. Kaum ein Tag verging, an dem in der Karlsruher Presse nichts über Verleumdungen, Lügen und vor allem Ausschreitungen der Nationalsozialisten zu lesen gewesen wäre, was an dieser Stelle durch einige Beispiele veranschaulicht werden soll.

Auf einer Veranstaltung in der Karlsruher Festhalle sprach Reichsfinanzminister Dietrich (DDP). Er wurde von anwesenden Nationalsozialisten u.a. durch Zwischenrufe am Reden gehindert. Deren Auftreten muß derart gewesen sein, daß sich Dietrich zu der Äußerung veranlaßt sah, "daß ihm dies bis jetzt in keiner Stadt Deutschlands widerfahren sei."³⁴⁶ Solche und ähnliche, sich ständig wiederholende Vorkommnisse veranlaßten die Karlsruher SPD, den Nationalsozialisten auf sozialdemokratischen Veranstaltungen die ihnen bisher gewährte Redefreiheit zu verweigern. Im Zusammenhang mit Ausschreitungen und Störungen durch NSDAP-Anhänger auf Veranstaltungen und auch auf der Straße kam es im Wahlkampf im August 1930 auch zum ersten Mal zu Klagen über das Verhalten der Polizei durch den sozialdemokratischen Volksfreund. Die Zeitung rügte die Zurückhaltung der Polizei gegenüber randalierenden Nationalsozialisten. Des weiteren beklagte der Volksfreund die Duldung der üblichen Straßenumzüge der S.A. nach Veranstaltungen, da die SPD eine Eskalation der Ausschreitungen befürchtete. "Sollen sich die Zustände nicht bis zu blutigen Exzessen steigern, . . . so muß jetzt ebenso energisch wie rücksichtslos durchgegriffen werden. Wir verlangen vom Ministerium des Innern, daß es die Polizeidirektionen der Städte und die Landräte nachdrücklich anweist, daß alle geeigneten Maßregeln vorgesehen und durchgeführt wer-

³⁴⁵Auch für das Jahr 1930 sieht sich der Verf. gezwungen, vornehmlich Presseberichte über die NSDAP auszuwerten, da im Jahrgang 1930 des "Führers" fast ausschließlich die Heidelberger Ausgabe erhalten ist. Des weiteren reduzieren sich die Beobachtungen des LKK auf einen Bericht.

³⁴⁶Der Volksfreund 7.8.1930.

den, die dem Treiben der nationalsozialistischen Horden gründlich einen Riegel vorschieben."³⁴⁷

Nicht nur das Verhalten der Polizei änderte sich anscheinend gegenüber den Nationalsozialisten, auch die Berichterstattung und die Beurteilung der NSDAP durch die bürgerliche Presse waren einem Wandel unterzogen. Gab es in den Berichten über den Wahlkampf im Jahre 1929 noch eine eindeutige Verurteilung der nationalsozialistischen Ziele und Methoden, so mußte sich nun diese Presse, wie z.B. die "Badische Presse", das "Karlsruher Tagblatt" u.a. von der SPD vorwerfen lassen, nicht oder zumindest zu wenig über die Ausschreitungen der Nationalsozialisten zu berichten, um nationalsozialistisch gesinnte Abonnenten nicht zu verlieren. Damit, so der Volksfreund, würde die bürgerliche Presse sogar den Terror der Nationalsozialisten unterstützen.³⁴⁸

Ganz anders sah die Berichterstattung über die Ausschreitungen selbstverständlich in der NS-Presse aus. Ständig berichtete der "Führer" über Angriffe des "roten Mordgesindels". Die Nationalsozialisten betrachteten sich als die Angegriffenen und "die Polizei verhaftete selbstverständlich die Angegriffenen."³⁴⁹ Der Protest der Nationalsozialisten richtete sich nun auch gegen die Polizei, der man Parteinahme zugunsten der Kommunisten vorwarf. Gipfel dieses Protestes gegen das angebliche Fehlverhalten der Polizei - der Volksfreund berichtete genau das Gegenteil - war eine Drohung der Nationalsozialisten, ausgesprochen in ihrem Organ "Der Führer". "Zeigt sich die Polizei der Lage weiterhin nicht gewachsen, dann werden wir Nationalsozialisten Mittel und Wege finden, um unsere Kameraden vor Weiterem zu schützen. Der Krug geht solange zum Brunnen bis er bricht. Man soll sich aber nicht der falschen Erwartung hingeben, daß dieser planmäßige von allen Seiten einsetzende Terror etwa die Kampfkraft der Nationalsozialisten schwächen würde. Im Gegenteil!! Noch nie, seit der Gau Baden steht, war die Kampf Stimmung und der Wille zum Endsieg stärker und hartnäckiger. Terror wird mit Terror gebrochen. Auch in Karlsruhe."³⁵⁰

³⁴⁷Ebd.

³⁴⁸Der Volksfreund 9.8.1930.

³⁴⁹Der Führer 21.6.1930.

³⁵⁰Ebd.

Nicht nur mit Gewalt, auch mit Verleumdungen und Lügen versuchten die Nationalsozialisten, Wähler für sich zu gewinnen, wobei sie selbstverständlich Schläge unter die Gürtellinie bevorzugten. So wurde zum Beispiel gegen den sozialdemokratischen Minister Remmele eine Lügenkampagne gestartet, die ihm zweifelhafte Beziehungen zu einer Frau unterstellte. Natürlich hatten diese Anschuldigungen keinerlei Grundlage, was ein von Remmele angestrebter Prozeß dann auch bewiesen hat.³⁵¹ Daß die Nationalsozialisten diesen Prozeß verlieren würden, daran hatten sie selbst kaum Zweifel. Ihr Ziel aber, die Verunglimpfung eines sozialdemokratischen Spitzenkandidaten, seine Herabwürdigung in den Augen der Wähler, dieses Ziel dürften die Nationalsozialisten bei vielen erreicht haben. Offenbar stand man dieser Art von Propaganda wehrlos gegenüber. "Diese Art des politischen Kampfes übertrifft schon alles, was an politischen Lumpereien bisher in Übung gewesen war."³⁵²

Aber nicht nur Sozialdemokraten sahen sich dem Treiben ausgesetzt, auch Abgeordnete und Minister des Zentrums sollten durch Lügen bei ihren Wählern in Mißkredit gebracht werden. So wurden z.B. Minister Köhler Schiebereien und Veruntreuung von Steuergeldern bei der Beschaffung einer Dienstwohnung unterstellt – Vorwürfe, die selbstverständlich nicht belegt werden konnten - , oder es wurden Äußerungen von anderen Zentrumspolitikern, wie auch von Politikern anderer Parteien, falsch oder verfälscht wiedergegeben.

In dem Maße, wie die Nationalsozialisten andere Minister zu diskreditieren suchten, versuchten sie naturgemäß ihre Parteigenossen in einem anderen, besseren Licht erscheinen zu lassen, wobei sie sich allerdings auch der Lüge bedienen mußten. So behauptete der "Führer", der nationalsozialistische Minister in Thüringen, Frick, würde auf den größten Teil seines Gehaltes zugunsten der Arbeitslosen verzichten. Unter Bezug auf die Frankfurter Zeitung vom 30. August deckte der Volksfreund diese Behauptung jedoch als Lüge auf und konnte nachweisen, daß Frick sein volles Gehalt bezog.³⁵³

Im Gegensatz zu den Wahlen der Jahre zuvor schien es in diesem Jahr, daß die NS-Propaganda von Erfolg gekrönt sein würde. Diese Annahme wurde bei den Wahlveranstaltungen der NSDAP eindrucksvoll unter Beweis

³⁵¹Der Volksfreund 4.9.1930.

³⁵²Ebd.

³⁵³Der Volksfreund 4.9.1930.

gestellt, bei denen nicht einmal alle Interessenten Einlaß fanden. Einer von vielen Berichten aus dem "Führer" sei an dieser Stelle zur Veranschaulichung etwas ausführlicher zitiert. "Am vergangenen Freitag sprach unter ungeheurem Andrang der Karlsruher Bevölkerung der thüringische Staatsrat Marschler in der großen Festhalle. Schon lange vor Beginn waren Saal und Galerie brechend überfüllt; draußen aber harrten noch hunderte auf Einlaß. . . . Für diejenigen die keinen Einlaß gefunden hatten, war im 'Nowack' eine Parallelveranstaltung angesetzt worden, die mit 500 Personen ebenfalls überfüllt war."³⁵⁴ Solcher Zulauf mußte den Karlsruher Nationalsozialisten besonderen Auftrieb geben, da es ihnen in diesem Wahlkampf nicht gelungen war, den Führer der Partei oder andere sogenannte Parteigrößen nach Karlsruhe zu bekommen. Hitler sprach in Baden nur in Mannheim und in Offenburg. Daher war der große Erfolg, den die Nationalsozialisten in Karlsruhe hatten, nicht nur für sie selbst eine große Überraschung.

³⁵⁴Der Führer 2.8.1930.

IV.3.5. Das Ergebnis der Reichstagswahl in Karlsruhe

"Hakenkreuz über Karlsruhe"³⁵⁵ - mit dieser Überschrift feierte der "Führer" den Wahlerfolg der NSDAP in Karlsruhe, der ersten deutschen Großstadt, in der es den Nationalsozialisten gelungen war, zur stärksten Partei aufzusteigen. Wie im übrigen Reich war auch in Karlsruhe die Wahlbeteiligung in diesem Jahr besonders hoch, was vermutlich ebenfalls zum Wahlerfolg der Nationalsozialisten beigetragen hat.³⁵⁶

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erhielt in Karlsruhe 26% der Stimmen. Mit diesem Ergebnis konnte die Karlsruher NSDAP ihr Resultat, im Vergleich zu den Landtagswahlen von 1929, mehr als verdoppeln. Verglichen mit der letzten Reichstagswahl war die NSDAP in Karlsruhe sogar in der Lage, ihren Stimmenanteil fast zu verzehnfachen. Wie schon bei der Landtagswahl im Vorjahr, fällt auch bei der Betrachtung der Wahlergebnisse aus diesem Jahr die große Diskrepanz zu den Ergebnissen der Partei in Baden und im Reich besonders deutlich ins Auge. Im Reich erhielt die NSDAP 18,3% und in Baden 19,2%. In Karlsruhe hingegen waren es, wie bereits erwähnt, 26,0%.

Die Karlsruher Sozialdemokraten erzielten auf Grund der überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung, verglichen mit der letzten Reichstagswahl, zwar 1100 Stimmen mehr, ihr Anteil sank aber um fast 7% auf nunmehr 24,2%.³⁵⁷ Mit diesem Resultat verlor die SPD, traditionsgemäß stärkste Partei in Karlsruhe, ihren ersten Platz an die NSDAP.

Das Karlsruher Zentrum ging aus dieser Wahl relativ stabil hervor. Es büßte, verglichen mit der Reichstagswahl von 1928, nur 2% der Stimmen ein und erhielt 16,5%. Zieht man jedoch das Ergebnis der Landtagswahl vom Vorjahr in Betracht, betrug der Rückgang des Zentrums 4%. Somit stand das Karlsruher Zentrum an dritter Stelle hinter der NSDAP und der SPD. Beim Vergleich der Resultate im Land und in der Landeshauptstadt fällt auch beim

³⁵⁵Der Führer 17.9.1930.

³⁵⁶Da der Verf. der Ansicht ist, daß sich der Aufstieg der NSDAP am besten am realen Machtzuwachs der Partei, d.h. am Einfluß in den Parlamenten verdeutlichen läßt, und nicht in der Betrachtung der absoluten Gewinne bzw. Verluste, soll auf ein Eingehen auf die Bedeutung der Wahlbeteiligung verzichtet werden.

Dieser Ansicht widerspricht Jürgen W. Falter in, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik.

³⁵⁷Dieses Zahlenbeispiel unterstreicht die Ansicht des Verf.

Zentrum ein deutlicher Unterschied auf. In Baden war das Zentrum mit 29,9% stärkste Partei, wohingegen die Partei in Karlsruhe mit nur 16,5% erst an dritter Stelle rangierte.

Die Deutsche Demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei, die sich in Baden gemeinsam als Einheitsliste zur Wahl stellten, konnten in Karlsruhe lediglich 10,7% der Stimmen erreichen. Bei der Landtagswahl im Oktober des Vorjahres hatten beide Parteien noch 18,1% der Wähler auf ihrer Seite, und bei der Reichstagswahl von 1928 waren es noch 21% der Karlsruher Wähler, die für beide Parteien gestimmt hatten. Somit verloren die Parteien der Mitte in Karlsruhe innerhalb von nur zwei Jahren mehr als die Hälfte ihrer Stimmen.

Die KPD, die im Jahr zuvor noch Stimmenverluste zu beklagen hatte, konnte bei dieser Wahl fast die 10%-Marke erreichen. Die Kommunisten legten in Karlsruhe 4% zu und gewannen 9,7% der Stimmen. Mit diesem Ergebnis blieb die Karlsruher KPD allerdings deutlich unter dem Reichsergebnis, wo sie 13,1% der Wählerstimmen erzielte.

Fast in die Bedeutungslosigkeit fiel die DNVP, die seit der letzten Reichstagswahl 5,2% verloren hatte und lediglich noch 2,7% der Stimmen erhielt. Ebenso wie die KPD erzielte auch die DNVP in Karlsruhe ein wesentlich schlechteres Resultat als im Reichsdurchschnitt. Die Differenz betrug in Karlsruhe für die DNVP 7%.

Angesichts des überragenden Wahlerfolgs der NSDAP und auch des Anwachsens der KPD, fielen in Karlsruhe die Kommentare über den Wahlausgang in der örtlichen Presse überraschend gefaßt aus. Durch Zahlenbeispiele und unergiebigere Rechenkunststücke versuchten vor allem die SPD und das Zentrum, ihr schlechtes Abschneiden zu relativieren und den Wahlerfolg der NSDAP herunterzuspielen.³⁵⁸ Gründe für das starke Anwachsen der NSDAP-Wählerschaft sah man vor allem in der Unterstützung durch das Kleinbürgertum, das in erster Linie auf die NS-Propaganda hereingefallen sei. "Den größten Gewinn haben die Nazis, sie sind sogar zur stärksten Partei geworden. Ihre verlogene, skrupellose, nur auf Schwindel und Lüge aufgebauten Agitation hat bei politisch unreifen Leuten, besonders beim Spießbürgertum aller Sparten . . . eingeschlagen. Besonders der Spießer aus Kreisen der Ge-

³⁵⁸Badischer Beobachter und Der Volksfreund 15.9.1930.

schäftsleute sieht nun in seiner politischen Verblendung die Hitlerbewegung als seinen Messias an. . . . Die Abgabe eines Nazi-Stimmzettels hat ihm das Herz erleichtert, jedoch der Geldbeutel wird nicht voller."³⁵⁹

Um Antworten auf die Fragen, wer die Karlsruher Wähler der NSDAP waren, und ob Aussagen wie die oben zitierte tatsächlich richtig sind, näher zu kommen, sollen nun auch bei dieser Wahl die in den vorangegangenen Kapiteln untersuchten Wahlbezirke der Stadt Karlsruhe einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

Im Wahlbezirk 16 vergrößerte die NSDAP ihren Stimmenanteil, verglichen mit der Landtagswahl von 1929, um 17,91% auf nunmehr 29,95%. Vergleicht man nun dieses Ergebnis mit der letzten Reichstagswahl, so fällt der rasante Aufstieg der NSDAP noch um einiges deutlicher auf, hatten die Nationalsozialisten doch bei dieser Wahl erst 2,98% erhalten. Der Partei gelang es also in diesem Wahlbezirk, innerhalb von zwei Jahren von einer Splittergruppe zur stärksten Partei aufzusteigen.

Bei der Landtagswahl im Oktober 1929 war im Wahlbezirk 16 noch die DVP stärkste Partei gewesen. Dieses Mal konnte die DVP, die ja zusammen mit der DDP kandidierte, lediglich noch 10,72% der Stimmen auf sich vereinigen. Das bedeutete einen Verlust von 20,56%, wenn man das Ergebnis der vorangegangenen Landtagswahl betrachtet. Noch drastischer fällt der Abstieg der Mittelparteien auf, wenn man das diesjährige Resultat mit dem der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 vergleicht - hier betrug der Verlust 27,57%.

Der Abwärtstrend der DNVP, der im Vorjahr noch deutlicher zu Tage trat, setzte sich auch bei dieser Wahl fort, bei der die Partei nur 4,45% der Stimmen erhielt. Trotz der Einbußen lag die DNVP in diesem Wahlbezirk noch 2% über ihrem in der Stadt erzielten Ergebnis.

Die KPD konnte ihr Wahlergebnis aus dem Vorjahr zwar leicht verbessern, sie blieb aber mit 2,99% deutlich die schwächste Partei in diesem Bezirk.

Obwohl beide Parteien leichte Stimmeneinbußen hinnehmen mußten, blieben Zentrum und SPD im Wahlbezirk 16 relativ stabil. Das Zentrum verlor etwas mehr als 2%, konnte aber mit einem Ergebnis von 16,11% den

³⁵⁹Der Volksfreund 15.9.1930. Die Richtigkeit dieser Einschätzung, wird natürlich noch zu überprüfen sein.

städtischen Durchschnitt fast erreichen. Ebenfalls etwas mehr als 2% ihrer Stimmen mußte die SPD abgeben, die aber mit 14,25% um 10% unter ihrem Durchschnittsergebnis lag.

Auch im Wahlbezirk 23 wurde die NSDAP bei der Reichstagswahl vom 14. September mit großem Abstand stärkste Partei. Hier konnte sie ihren Stimmenanteil fast verdoppeln und erhielt 34,37%. Bei der Landtagswahl 1929 hatte die Partei in diesem Wahlbezirk erst 18,12% der Stimmen gewonnen, und bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928 waren es lediglich 4,49% gewesen. Das bedeutete nun einen Zugewinn für die NSDAP von fast 30% innerhalb von zwei Jahren. Mit dem in diesem Bezirk erreichten Resultat lag die NSDAP um mehr als 8% über ihrem städtischen Durchschnitt.

An zweiter Stelle folgte der NSDAP im Bezirk 23 die Einheitsliste. Sie konnte hier 25,06% der Stimmen erzielen. Allerdings kann das hohe Ergebnis nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mittelparteien auch in diesem Wahlbezirk große Verluste hinnehmen mußten. Im Vergleich mit der Landtagswahl büßten DVP und DDP zusammen 11,5% der Stimmen ein. Verglichen mit der Reichstagswahl von 1928, hatten beide Parteien sogar 14,01% weniger zu verbuchen.

Die DNVP ging auch in diesem Wahlbezirk zurück, konnte aber mit 4,56% noch über dem in Karlsruhe erzielten Ergebnis bleiben.

Die Kommunisten waren auch im Bezirk 23 mit 1,52% nur eine Randgruppe.

Bei der Landtagswahl von 1929 noch stärkste Partei, mußte das Zentrum mit dem dritten Platz in diesem Wahlkreis vorlieb nehmen. Durch einen Stimmenrückgang von genau 6% erhielt das Zentrum hier noch 15,84%. Im Vergleich mit der letzten Reichstagswahl verlor das Zentrum 9% seiner Wähler.

Einen leichten Anstieg in der Wählergunst konnte die SPD verzeichnen. Sie gewann 1930 11,81% der Stimmen, was einen Zuwachs von annähernd 3%, verglichen mit der Reichstagswahl von 1928, bedeutete. Dennoch lagen die Sozialdemokraten mit diesem Ergebnis um fast 13% unter ihrem Karlsruher Gesamtergebnis.

Wie in den vorangegangenen Wahlbezirken, so konnte die NSDAP auch im Wahlbezirk 32 mit deutlichem Abstand stärkste Partei werden. Hier

war sie in der Lage, 33,89% der Wähler für sich zu gewinnen. Im Vergleich zur Landtagswahl des Vorjahres gelang es der NSDAP also, ihren Stimmenanteil mehr als zu verdoppeln. Bei der Reichstagswahl zwei Jahre zuvor hatten die Nationalsozialisten in diesem Bezirk erst 4,46% der Stimmen erhalten.

Der Zusammenschluß von DDP und DVP brachte auch im Bezirk 32 nicht den gewünschten Erfolg. Die Einheitsliste konnte zwar hinter der NSDAP zweitstärkste Partei werden und erzielte 20,95%, mußte aber wie in den vorangegangenen Wahlbezirken hier große Einbußen hinnehmen. Zusammen hatten beide Parteien bei der Landtagswahl im Oktober 1929 noch 33,46% der Stimmen gewonnen, bei der Reichstagswahl im Jahr zuvor waren es sogar noch 36% gewesen. Innerhalb von zwei Jahren verloren die DVP und die DDP in diesem Bezirk also 15% der Wählerstimmen.

Wie in den zuvor beschriebenen Wahlbezirken 16 und 23, blieben die SPD und das Zentrum auch im Bezirk 32 relativ stabil. Das Zentrum ging etwas mehr als 2% zurück im Verhältnis zum Vorjahr und erreichte 14,08%, während die SPD nur 0,3% einbüßte und 13,2% der Stimmen gewann.

Die KPD konnte ihr Resultat zwar leicht verbessern, war aber mit 3,6% in diesem Wahlbezirk weiterhin bedeutungslos.

Die DNVP verlor 1% im Vergleich zum Vorjahr und erhielt noch 4,48% und konnte somit an ihr gutes Abschneiden bei der Reichstagswahl von 1928 anknüpfen. Damals hatte die DNVP noch 11,56% der Wähler für sich gewinnen können.

Bei der Reichstagswahl vom 14. September wurde die NSDAP auch im Wahlbezirk 36 stärkste Partei mit 33,93%. Auch hier hatte die NSDAP einen enormen Aufstieg zu verzeichnen. 18,48% der Wähler entschieden sich in diesem Bezirk schon 1929 für die Nationalsozialisten, bei der Reichstagswahl im Mai 1928 waren es erst 3,78% gewesen. Die NSDAP benötigte folglich nur zwei Jahre, um ihren Stimmenanteil um mehr als 30% zu erhöhen und stärkste Partei zu werden. Mit einem Ergebnis von 33,93% lag die NSDAP hier um fast 6% über ihrem Karlsruher Gesamtergebnis.

Einen deutlichen Rückgang ihres Stimmenanteils mußten die Sozialdemokraten im Bezirk 36 hinnehmen. Ehemals stärkste Partei, fiel die SPD bei dieser Wahl hinter die NSDAP zurück. Im Vergleich zum Vorjahr verlor

die SPD fast 5% ihrer Wählerstimmen, erhielt noch 18,83% und blieb um die Höhe ihres Verlusts unter ihrem Durchschnittsergebnis.

Ähnlich hohe Einbußen wie die SPD hatte das Zentrum zu beklagen, das ebenfalls fast 5% zurückging und nur noch 14,8% der Stimmen dieses Wahlbezirks erreichte.

Die DNVP verlor auch hier, ihr Wählerpotential sank auf 4,43%, was aber im Verhältnis zum Karlsruher Durchschnitt ein noch relativ gutes Ergebnis war.

Leichte Gewinne brachte der Bezirk 36 für die KPD, die sich um beinahe 2% steigerte und mit 4,63% sogar die DNVP übertraf.

An vierter Stelle stand in diesem Wahlbezirk die Einheitsliste, die mit 11,27% hier - im Gegensatz zu den anderen Bezirken - sogar leicht zulegen konnte.

Zusammenfassend kann für die Reichstagswahl vom 14. September 1930 über die Karlsruher Wahlbezirke 16, 23, 32 und 36 folgendes festgestellt werden:

1. Die NSDAP wurde in allen vier untersuchten Bezirken die mit Abstand stärkste Partei. Außer im Bezirk 16 (29,95%) lag die NSDAP deutlich über 30%. Verglichen mit der Landtagswahl vom Vorjahr konnte die NSDAP ihren Stimmenanteil teilweise mehr als verdoppeln. In allen Bezirken kam die NSDAP klar über ihr in Karlsruhe erzielttes Ergebnis hinaus.

2. Die Zusammenfassung von DDP und DVP zur Einheitsliste brachte auch hier nicht den gewünschten Erfolg. Die DVP, die im Vorjahr noch die Bezirke 16, 23 und 32 gewinnen konnte, vermochte keine ihrer Positionen zu behaupten. Beide Parteien, DVP und DDP, mußten große Stimmenverluste hinnehmen. In allen vier Bezirken lag die Einheitsliste aber immer noch über dem Karlsruher Durchschnitt.

3. Der Niedergang der DNVP ließ sich auch in den ehemals guten Wahlbezirken nicht aufhalten. Bei dieser Reichstagswahl sanken die Deutschenationalen fast in die Bedeutungslosigkeit.

4. Das Zentrum bestätigte die guten Wahlergebnisse aus dem Vorjahr in keinem der Wahlbezirke, blieb aber dennoch stabil. Lediglich im Bezirk 23 mußte die Partei eine Einbuße von 6% hinnehmen. In allen vier Bezirken lag das Zentrum dicht bei seinem Gesamtergebnis.

5. Die KPD war in der Lage, in allen vier Wahlbezirken leichte Gewinne zu erzielen, blieb aber überall unter 5% und somit deutlich unter den im Gesamten erreichten 9,7%.

6. Die SPD erwies sich ähnlich stabil wie das Zentrum, hatte aber im Wahlbezirk 36 einen Stimmenverlust von 5% zu beklagen. Im Gegensatz zum Zentrum blieb die SPD allerdings in diesen Wahlkreisen klar unter ihrem Karlsruher Resultat von 24,2%.

Im Wahlbezirk 60 konnte die KPD ihre Stimmenverluste, die sie bei der Landtagswahl 1929 hatte hinnehmen müssen, fast wieder ausgleichen. Sie erzielte 41,29% der Stimmen und war somit die weitaus stärkste Partei in diesem Bezirk. Hinter der KPD folgte die SPD mit 23,33% an zweiter Stelle. Die Sozialdemokraten verloren hier allerdings mehr als 10% ihres Stimmenanteils aus dem Vorjahr und waren dadurch der große Verlierer im Bezirk 60, wo sie nicht einmal ihr städtisches Durchschnittsergebnis erreichen konnten.

Neben den Kommunisten legten die Nationalsozialisten in diesem Bezirk deutlich zu. Die NSDAP gewann über 10% hinzu und erhielt 16,45% der Wählerstimmen. Trotz des großen Zugewinns blieb die Partei relativ schwach und kam in keinem der folgenden Bezirke auch nur annähernd an ihr Gesamtergebnis von 26% heran.

Traditionsgemäß schlecht schnitt das Zentrum auch bei dieser Wahl im Bezirk 60 ab. Mit einem Rückgang von 2% konnte das Zentrum gerade noch 7,95% der Stimmen auf sich vereinigen.

Verschwindend gering war der Anteil der DNVP und der Einheitsliste in diesem Wahlbezirk. Beide Parteien erhielten lediglich 1,72%.

Das Ergebnis im Wahlbezirk 80 ist insbesondere durch die Stabilität von SPD und Zentrum gekennzeichnet. Die Ergebnisse beider Parteien weichen nur leicht von dem der Landtagswahl von 1929 ab. Die Sozialdemokraten waren hier eindeutig stärkste Partei mit 47,08% der Stimmen. Mit 15,54% der Stimmen, also einem Rückgang von nur 0,5%, lag das Zentrum in diesem Wahlbezirk fast im Durchschnitt von 16,5%.

Die 15,54%, die das Zentrum erreichte, genügten aber nicht, die Nationalsozialisten zu übertreffen, die auch in diesem Wahlbezirk über 10% hinzugewinnen konnten und 16,59% der Stimmen erhielten. Trotz des großen

Anwachsens ihrer Wählerschaft blieb die Partei, wie auch im vorangegangenen Wahlbezirk, deutlich unter ihrem Karlsruher Durchschnittsergebnis.

Gleichfalls zu den Gewinnern gehörte die KPD, die ihr Wahlergebnis von 1929 um genau 6% übertraf und somit 11,95% der Stimmen für sich verbuchen konnte. Mit diesem Resultat lagen die Kommunisten sogar über ihrem Karlsruher Stimmenanteil, der 9,7% betrug.

Die Deutschnationalen erhielten in diesem Wahlbezirk kaum noch Stimmen und fielen auf 0,14% zurück.

Einen tiefen Sturz erlebte auch die Einheitsliste. Hatten DVP und DDP bei der Landtagswahl 1929 zusammen noch über 20% der Stimmen in diesem Wahlkreis gewonnen, sanken sie bei dieser Wahl auf 4,33% ab und lagen mit ihrem Ergebnis nur noch vor der DNVP.

Der Wahlbezirk 82 war auch bei der Reichstagswahl vom 14. September die Hochburg der SPD. Trotz deutlicher Einbußen konnten die Sozialdemokraten mit 53,2% ihre führende Stellung behaupten.

Die zweite Arbeiterpartei, die KPD, gewann auch in diesem Wahlkreis deutlich hinzu. Sie verdoppelte ihr Vorjahrsergebnis und erreichte 14,87%, womit sie deutlich vor den Nationalsozialisten rangierte.

Mit einem für diese Wahl nur schwachen Zugewinn von 7% kamen die Nationalsozialisten knapp über 10%. Mit einem Anteil von genau 10,07% lag die NSDAP in diesem Wahlkreis 16% unter ihrem Karlsruher Durchschnittsergebnis.

Das Zentrum, von jeher schwach in diesem Wahlkreis, verlor etwas mehr als zwei Prozent seines Stimmenanteils und konnte die NSDAP mit 10,64% gerade noch übertreffen.

Die DNVP, die bei vorausgegangenen Wahlen schon schlecht abgeschnitten hatte, gewann auch dieses Mal nur 1,88% der Stimmen für sich.

Für die Einheitsliste setzte sich der Abstieg auch in diesem Wahlbezirk fort. Sie büßte im Vergleich mit der Landtagswahl im Jahr zuvor mehr als die Hälfte ihrer Stimmen ein und erhielt lediglich noch 3,95%.

Im Wahlbezirk 84 mußten die beiden großen Parteien dieses Bezirks herbe Verluste einstecken. Das Zentrum, hier die stärkste Partei, verlor 6,59% seiner Stimmen vom Jahr zuvor und erreichte somit nur noch 37,36%. Dennoch behielt das Zentrum die Oberhand und konnte mit diesem Resultat

gleichzeitig das Gesamtergebnis der Partei um mehr als das Doppelte übertreffen.

Fast 6% büßte die zweitstärkste Partei dieses Bezirks, die SPD, ein. 32,5% der Wähler stimmten aber immer noch für die Sozialdemokraten und bestätigten damit eine große Mehrheit der demokratischen Parteien.

Wie schon bei früheren Wahlen, folgten die übrigen Parteien mit großem Abstand. Mit einem Stimmenzuwachs von 11% war die KPD der große Sieger in diesem Wahlbezirk. 14,27% der Wähler, also 5% mehr als im Durchschnitt, gaben in diesem Wahlbezirk der KPD ihre Stimme.

Wie in den zuvor betrachteten Wahlbezirken 60, 80 und 82, so blieben auch hier die Einheitsliste und die DNVP ohne Bedeutung. Die Einheitsliste erhielt 2,18%, die DNVP 0,49% der Wählerstimmen.

Enttäuschend verlief der Wahlausgang für die NSDAP, die zwar ihren Stimmenanteil vergrößern konnte, aber dennoch nicht einmal 9% der Stimmen erreichte. Mit 8,42% lagen die Nationalsozialisten in diesem Wahlkreis nur an vierter Stelle in der Wählergunst. Dieses Resultat bedeutete gleichzeitig eine Differenz von fast 18% zu dem Ergebnis, welches die NSDAP in Karlsruhe insgesamt erzielt hatte.

Für die Wahlkreise mit verhältnismäßig niedrigem NSDAP-Stimmenanteil kann zusammenfassend folgendes gesagt werden:

1. Die SPD blieb trotz Stimmenrückgangs in zwei der vier Wahlkreise stärkste Partei. Die Sozialdemokraten hatten weiterhin ihre Hochburg im Wahlbezirk 82. Die Verluste der SPD sind in erster Linie, was natürlich nicht nur für Karlsruhe zutrifft, darauf zurückzuführen, daß die SPD damals schon keine reine Arbeiterpartei war, d.h. daß sie auch Wähler z.B. unter den Angestellten hatte, die bei dieser Wahl zu anderen Parteien abwanderten.

2. Das Zentrum war in seinen Ergebnissen stabiler als die SPD. Trotz deutlicher Einbußen konnte das Zentrum seine Hochburg im Wahlbezirk 84 halten.

3. Weder die Einheitsliste noch die DNVP vermochten in einem der Wahlbezirke Einfluß zu gewinnen und ihren Abstieg aufzuhalten.

4. Die KPD war in diesen Wahlbezirken der große Gewinner. Die Partei war in der Lage, sich in diesen Bezirken zu verbessern und kam überall

deutlich über 10%. Ihre Hochburg im Wahlbezirk 60 vermochten die Kommunisten weiter auszubauen. Die KPD erhielt dort 41,29% der Stimmen.

5. Die NSDAP gewann zwar in allen Bezirken hinzu, erreichte aber den durchschnittlichen Anstieg von ca. 15% in Karlsruhe bei weitem nicht.

IV.4. Verschärfung der Krise - Gründung der Karlsruher Notgemeinschaft.

Das katastrophale Wahlergebnis und die daraus zu erwartenden Folgen waren bereits eine Woche nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses nicht mehr das vordringlichste Thema der Karlsruher Presse. Die politischen Ereignisse wurden verdrängt durch die ständig wachsende Not vieler Mitbürger.

Die Zahl der Arbeitslosen war im Laufe des Jahres ständig gestiegen, und die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschärfte sich im Monat November, kurz vor den anstehenden Kommunalwahlen, zusehends. "In der ersten Hälfte des Monats November hat sich der Zugang an Arbeitsuchenden wesentlich verstärkt, was aber nur zum Teil auf die jahreszeitliche Abschwächung im Beschäftigungsgrad zurückgeführt werden kann. Zu einem großen Teil liegt er in dem immer weiter fortschreitenden Konjunkturverfall begründet, von dem das Metallgewerbe insbesondere getroffen ist."³⁶⁰ Mitte des Monats waren 9813 Karlsruher auf der Suche nach Arbeit, zu bedenken ist hierbei, daß viele Frauen, die als unvermittelbar galten, sich erst gar nicht mehr beim Arbeitsamt meldeten, da sie keinen Sinn darin sahen, sich den Strapazen des stundenlangen Anstehens auszusetzen. Ebenso verhielten sich viele Jugendliche, die die Hoffnung, vermittelt zu werden, längst aufgegeben hatten und in dieser Zeit des Anstehens lieber versuchten, sich durch Gelegenheitsarbeiten am Leben zu erhalten. "Die Zahl der . . . jugendlichen Erwerbslosen hat im Laufe der letzten Monate sehr stark zugenommen. Ihre Zahl beläuft sich auf mehrere Hundert. Da diese Erwerbslosen noch nie in Arbeit gestanden haben, sind sie sowohl nach der wirtschaftlichen wie insbesondere nach der ethischen Seite hin stark bedroht."³⁶¹

Von fast 10 000 Arbeitsuchenden erhielten zu dieser Zeit noch etwa 4 500 Personen Unterstützung von der Reichsanstalt, d.h. die übrigen waren, wie schon mehrfach erwähnt, folglich auf die städtische Fürsorge angewiesen. Deren ständig wachsende Zahl verursachte eine starke Überziehung des im städtischen Voranschlag vorgesehenen Betrags für die Aufwendungen der Fürsorge um ein Vielfaches. Statt der für die Zeit vom 1. April bis zum 30. No-

³⁶⁰StadtAK 1/H.-Reg. A 1974. Bericht über die Arbeitsmarktlage.

³⁶¹StadtAK 1/H.-Reg. A 4229. Jugendliche Erwerbslose.

vember 1930 veranschlagten 3,8 Mio. mußten bis zu diesem Zeitpunkt bereits 4,4 Mio. Reichsmark aufgebracht werden.³⁶²

Die sich ständig verschlechternde Finanzlage veranlaßte den badischen Städteverband auf einer Vorstandssitzung, wiederholt eindringlich vor dem Zusammenbruch der städtischen Finanzen, in erster Linie verursacht durch die steigenden Fürsorgeausgaben, zu warnen. Auch rechtfertigte der Städteverband das Vorgehen einiger Städte, die sich gegen die Einführung neuer Steuern wehrten, und wies auf die verheerenden politischen Folgen der wirtschaftlichen Not hin. "Es ist in einer Eingabe an den Deutschen Städtetag und auch in der Presse darauf hinzuweisen, daß die ablehnende Haltung der Gemeindekörperschaften gegenüber jeder weiteren steuerlichen Belastung nicht einem Mangel an Verantwortungsgefühl entspringt, sondern einem Protest gegen die dauernde Abwälzung von Lasten auf die Gemeinden ohne entsprechende gleichwertige Einnahmemöglichkeiten darstellt. Durch die Zuschiebung unlösbarer Aufgaben vernichtet das Reich den Willen in den Gemeinden, die kommunalen Angelegenheiten selbst in Ordnung zu halten. Das Vorgehen des Reiches führt in seinen Auswirkungen zu einer Sabotierung und moralischen Diskreditierung der Selbstverwaltung. Es ist ein ungeheurer staatspolitischer Fehler, daß man die politische Verantwortung für die Maßnahmen der Reichsregierung abschiebt und die zerstörenden Auswirkungen der verfehlten Reichspolitik in die Gemeinden verlegt, wodurch die Radikalisierung der Bevölkerung nach zwei Extremen mit all ihren verheerenden Folgen künstlich gefördert wird."³⁶³

In der badischen Landeshauptstadt wurde die Gesamtzahl der in Fürsorge Stehenden auf 18000 Personen geschätzt. Die Not weiter Bevölkerungskreise, - "viele Familien und Einzelpersonen sind am Rande der Verzweiflung"³⁶⁴ - nahm gegen Ende des Jahres ständig zu. 17737 Arbeitnehmer in Karlsruhe verdienten unter 12000 RM/Jahr, d.h. sie lebten unterhalb des Existenzminimums.³⁶⁵ Angesichts dieses Massenelends riefen die Karlsruher

³⁶²StadtAK 1/H.-Reg. A 1912. Tätigkeit und Aufwand des Fürsorgeamts.

³⁶³StadtAK 1/H.-Reg. A 2120. Auszug aus der Vorstandssitzung des Badischen Städteverbandes am 19.12.1930 in Karlsruhe.

³⁶⁴Der Volksfreund 8.11.1930.

³⁶⁵Badischer Beobachter 21.10.1930.

Sozialdemokraten und die Gewerkschaften zum Kampf gegen die Not auf und richteten einen neun Punkte umfassenden Forderungskatalog an den Stadtrat.

"1. Die Schaffung einer Notgemeinschaft, deren Aufgabe es sein soll, an Minderbemittelte, sowie Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und Erwerbslose, warme Speisen . . . abzugeben.

2. Die Errichtung von Wärmestuben. . . .

3. Abgabe von warmem Essen an Pflichtarbeiter. . . .

4. Abgabe von Brennmaterial. . . .

5. Abgabe von Lebensmitteln. . . .

6. Abgabe von Fleisch von der Freibank. . . .

7. Bereitstellung von Notstandsarbeiten. . . .

8. Inangriffnahme der von der Stadtverwaltung zu erstellenden Neubauten. . .

9. Die Stadtverwaltung möge alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, daß die Vorarbeiten für den Rheinbrückenbau bei Maxau, wobei hunderte von Arbeitskräften Verwendung finden könnten, schon jetzt in Angriff genommen werden."³⁶⁶

Die Probleme der Finanzierung der geforderten Maßnahmen sahen natürlich auch die SPD und die Gewerkschaften. Aufgrund der Notlage sahen sie es jedoch als gerechtfertigt an, die von der Stadt nicht aufzubringenden Mittel durch Anleihen zu finanzieren, die allerdings, wenn überhaupt, dann nur gegen heftigen Widerstand der Reichsbank zu bekommen gewesen wären.

Angesichts der geschilderten Not beschlossen dann die privaten Wohlfahrtsvereine, sich, in Anlehnung an die sozialdemokratischen Vorschläge, zu einer Notgemeinschaft unter Führung der Stadt zusammenzuschließen.

"Riesengroß ist die Not weitester Kreise unserer Bevölkerung. Rund 18000 Personen müssen zurzeit von der Stadtgemeinde in der öffentlichen Wohlfahrtspflege unterstützt werden. Noch ist der Höhepunkt nicht erreicht: Der ins Land ziehende harte Winter wird die Zahl der Armen, Kranken, Invaliden, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten und der aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedenen erfahrungsgemäß weiter steigern. Öffentliche und private Fürsorge sind nicht mehr in der Lage, dieser gewaltig gestiegenen Not wirksam

³⁶⁶Der Volksfreund 8.11.1930.

entgegenzusteuern. Es muß die Mithilfe aller Kreise der hiesigen Bevölkerung hinzutreten!

Die privaten caritativen Verbände sind daher zusammengetreten, um mit all denen, die bereit sind, helfend mitzuwirken, eine "Karlsruher Notgemeinschaft" zu gründen."³⁶⁷

Diese privaten Bemühungen wurden seitens der Stadt dankbar begrüßt, weshalb der Karlsruher Oberbürgermeister Finter auch der Bitte nachkam, die Leitung der Notgemeinschaft zu übernehmen, und für die Verwaltung die Unterstützung der städtischen Stellen zusagte.³⁶⁸

Die Gründungsversammlung der "Karlsruher Notgemeinschaft" fand dann am 10. November statt. Stellvertretend für den Oberbürgermeister hielt Bürgermeister Sauer die Einführungsrede, in der er die gegenwärtige Lage eindringlich schilderte, die u.a. zur Überlastung des Fürsorgehaushaltes führte. Sauer betonte jedoch, daß "die Notgemeinschaft nicht deshalb gegründet werden solle, um das Fürsorgeamt zu entlasten, sondern um ergänzend neben dem Fürsorgeamt zu wirken."³⁶⁹

Die Tätigkeit der "Notgemeinschaft" sollte folgende Punkte umfassen:

"1. Sie wolle dafür sorgen, daß niemand im kommenden Winter Hunger leiden müsse. Das solle geschehen durch Abgabe von Naturalien oder durch Abgabe von warmem Essen zu einem sehr ermäßigten Preis.

2. Sie wolle dafür sorgen, daß die Armen und die Fürsorgeempfänger im Winter einen warmen Ofen hätten und mit ihren Kindern nicht frieren müßten.

3. Sie wolle überall da ergänzend eingreifen, wo dem Fürsorgeamt eine Möglichkeit, weitere Hilfe zu gewähren, nicht mehr gegeben sei.

4. Sie wolle durch belehrende und unterhaltende Veranstaltungen die Hoffnung und die Lebensfreude wecken und erhalten."³⁷⁰

Um die finanziellen Mittel für die Unterstützung aufbringen zu können wurde die Karlsruher Bevölkerung zu Spenden aufgerufen. "Die Karlsruher Notgemeinschaft ruft die Bevölkerung der Landeshauptstadt . . . zur Mit-

³⁶⁷StadtAK 1/H.-Reg. 1983. Aufruf zur Gründung der Karlsruher Notgemeinschaft.

³⁶⁸Ebd. Bericht über die Stadtratsitzung vom 6.11.1930.

³⁶⁹Ebd. Niederschrift über die Gründungsversammlung der Karlsruher Notgemeinschaft.

³⁷⁰Ebd.

hilfe auf. Alle die, denen die Not der Zeit noch etwas an Gütern gelassen hat und alle die, denen ihre Arbeit regelmäßigen Verdienst verschafft, mögen nach Kräften zum Werke beitragen."³⁷¹

Eine Woche nach der Gründung der Notgemeinschaft waren die Karlsruher dann aufgerufen, ihre Stadtverordneten zu wählen. Hauptthema des Wahlkampfes war natürlich die wirtschaftliche Not, die vor allem von den Nationalsozialisten benutzt wurde, um propagandistisch gegen die demokratischen Parteien vorzugehen.

³⁷¹Ebd.

IV.5. Die Kommunalwahlen vom 16. November 1930 in Karlsruhe

IV.5.1. Die Agitation der NSDAP in Karlsruhe

Die NSDAP war für die Kommunalwahlen am 16. November auch in Karlsruhe bestens vorbereitet. Der Kampf um den Einzug in die Gemeindeparlamente hatte seitens der Nationalsozialisten eigentlich schon Anfang des Jahres begonnen, war aber durch die Auflösung des Reichstages im Juli 1930 und den damit verbundenen Neuwahlen unterbrochen worden. Die Heftigkeit des Engagements der NSDAP für einen Einzug in die Rathäuser entsprang der Einsicht der Parteileitung in die Bedeutung der Kommunalpolitik für die Ziele der Partei.³⁷²

Nach der Neugründung der NSDAP im Jahre 1925 hatte die Partei zunächst kein kommunalpolitisches Konzept entwickelt, da zum einen die "großen" Themen im Vordergrund des Interesses standen, zum anderen der NSDAP auch Politiker fehlten, die über die für Kommunalpolitik so wichtige detaillierte Sachkenntnis verfügten. Erst 1927 war Karl Fiehler zum Referenten für kommunalpolitische Fragen ernannt und mit der Ausarbeitung eines kommunalpolitischen Programms beauftragt worden.³⁷³ Bereits im Mai 1927 war dann das "Mitteilungsblatt für die Nationalsozialisten in Parlamenten und Gemeinderäten" erschienen, das vornehmlich als Instrument der "parteiinternen Schulung, Information und Lenkung" gedacht war.³⁷⁴ Regionale und lokale Sonderentwicklungen, denen zwar entgegengewirkt werden sollte, konnten jedoch nicht verhindert werden, da Entscheidungen in kommunalpolitischen Fragen von den Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleitern getroffen wurden. Hinzu trat, daß Hitler selbst sich weigerte, in örtliche Verhältnisse einzugreifen.³⁷⁵

Für die Kommunalwahlen vom 16. November 1930 wurde das Land Baden von der NSDAP zum "Großkampfgebiet" erklärt. Trotz oder gerade wegen des großen Erfolges, den die Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl vom 14. September errungen hatten, ließen die Aktivitäten der NSDAP

³⁷²Zum Folgenden vgl. Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung. Stuttgart u.a. 1970, S. 33-60.

³⁷³Ebd. S. 37.

³⁷⁴Ebd. S. 39.

³⁷⁵Ebd. Anm. 125. Siehe hierzu auch Hitlers Ausführungen anlässlich seiner Rede in Karlsruhe vom 3. März 1928.

keineswegs nach. Ein Gleiches galt indessen auch für das Interesse der Karlsruher an den Veranstaltungen der Nationalsozialisten. Wie schon für die Versammlungen vor der Reichstagswahl, so konnte der "Führer" bereits 14 Tage nach dieser Wahl wieder über eine überfüllte Veranstaltung in der Karlsruher Festhalle berichten, auf der neben Gauleiter Robert Wagner auch die neuen Reichstagsabgeordneten der NSDAP, Roth und Lenz sowie der Reichstagsabgeordnete Dreher gesprochen hatten.³⁷⁶

Auch an der Art und Weise des nationalsozialistischen Wahlkampfes änderte sich nichts - im Gegenteil. Der "Volksfreund" ebenso wie der "Badische Beobachter" beklagten sich fortlaufend über den durch Nationalsozialisten ausgeübten Terror und vor allem über die zum wiederholten Male festgestellte Passivität der Polizei gegenüber dem Treiben der SA.³⁷⁷ Als Beispiel sei an dieser Stelle ein Übergriff der SA auf eine Filiale des "Badischen Beobachters" angeführt, wo Aushängekästen der Zeitung gewaltsam geöffnet und nationalsozialistische Flugblätter darin aufgehängt wurden. SA-Männer bewachten diese Kästen, um Mitarbeiter der Zeitung daran zu hindern, die Flugblätter wieder zu entfernen. Anwesende Polizisten schauten tatenlos zu.³⁷⁸

Im Zuge der antisemitischen Hetze "enthüllte" der "Führer" in großer Aufmachung und auf mehrere Ausgaben verteilt, die Namen der Mitglieder einer "teuflischen", jüdischen Geheimorganisation - "die Weisen von Zion" - und deren angeblichen Organisationsplan. Auf welcher billigen Art und Weise der "Führer" an die "geheime Liste" dieser Gruppe und deren "Organisationsplan" gekommen war, enthüllte wiederum der "Volksfreund". Bei dieser Liste handelte es sich nämlich um eine vom "Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" herausgegebenes Druckheft, in dem das Verzeichnis des Vorstandes, der Ausschüsse und der Ortsgruppen abgedruckt war. An dieser Stelle sei mit dem "Volksfreund" die Frage nach dem geistigen Zustand der Leser des "Führers" und der Wähler der NSDAP erlaubt, die wohl jeglicher Art antisemitischer Propaganda Glauben schenken, bzw. schenken wollten.³⁷⁹

³⁷⁶Der Führer 1.10.1930.

³⁷⁷Der Volksfreund 2.10.1930.

³⁷⁸Der Volksfreund 3.10.1930.

³⁷⁹Der Volksfreund 23.9.1930.

Der eigentliche Auftakt zum Gemeindevahlkampf war die Veröffentlichung des nationalsozialistischen Programms zur Gemeindepolitik am 8. Oktober.³⁸⁰ Dieses Programm umfaßte einen Katalog von sechs Forderungen:

1. Politische-, 2. personalpolitische-, 3. finanzpolitische-, 4. wirtschaftspolitische-, 5. sozialpolitische- und 6. kulturpolitische Forderungen, die, bis auf die erste Forderung, jeweils in mehrere Teilforderungen untergliedert waren. Die bürgerliche Presse, darunter das "Karlsruher Tagblatt", druckte das Programm der NSDAP ohne Kommentar ab. Heftige Kritik am "Nazi-Kommunalprogramm"³⁸¹ übten hingegen die Sozialdemokraten, die den Nationalsozialisten vor allem ihre mangelnde Sachkenntnis vorwarfen. "Das Programm ist eine Aneinanderreihung von Nichtswisserei, dummer Überheblichkeit und Heuchelei."³⁸² Drei Kritikpunkte sollen hier beispielhaft erwähnt werden.

Im Abschnitt "c" der Personalforderungen verlangte die NSDAP das "Verbot der Übernahme gemeindlicher Arbeiten und Lieferungen durch gemeindliche Beamte und Angestellte, durch Stadtverordnete und Stadträte." Diese Forderung der Nationalsozialisten wurde als Heuchelei entlarvt, da der "Volksfreund" nachweisen konnte, daß in den Städten, in denen Nationalsozialisten in den Gemeindeparlamenten vertreten waren, gerade sie es waren, die dieser Forderung zuwiderhandelten und Parteigenossen Aufträge verschafften. Auf besondere Kritik seitens der SPD stieß die Forderung nach ". . . völlige[r] Ablehnung der Aufnahme neuer Anleihen!" Ohne Anleihen aber sahen nicht nur die Sozialdemokraten, bei der ohnehin angespannten Finanzlage der Stadt, keine Möglichkeit, weiter sinnvolle Kommunalpolitik zu betreiben. Heftige Kritik löste ebenfalls die sozialpolitische Forderung nach der "Aufhebung der Bezirksfürsorgeverbände und Übertragung der Aufgaben an die Gemeinden" aus. Diese Verbände waren eigens dafür geschaffen worden, um leistungsschwache Gemeinden zu unterstützen. Eine Aufhebung hätte folglich eine größere Belastung finanzschwacher Gemeinden zur Folge gehabt. Der Widerspruch, der in dieser Forderung lag, wurde als Beleg für die kommunalpolitische Inkompetenz der nationalsozialistischen Kommunalpolitiker gewertet.

Diese fehlende Sachkenntnis versuchten sich NSDAP-Kommunalpolitiker seit Beginn des Jahres auf zahlreichen Schulungsveranstal-

³⁸⁰Der Führer 8.10.1930.

³⁸¹Der Volksfreund 15.10.1930.

³⁸²Ebd.

tungen anzueignen, welche zum Teil mehrmals wöchentlich stattfanden.³⁸³ Die Anstrengungen gingen sogar soweit, daß den Kandidaten Fragebogen der Gauleitung zugesandt wurden, die von diesen auszufüllen und zur Überprüfung an die Gauleitung zurückzusenden waren. Der Erfolg war aber, wie das Kommunalprogramm zeigte, nicht überwältigend. Daß für die Wähler der NSDAP nicht die kommunalpolitische Kompetenz ihrer Kandidaten ausschlaggebend war, sollte das Wahlergebnis mehr als deutlich zeigen.

Was die Nationalsozialisten in den Gemeindeparlamenten wollten, brachten sie immer wieder deutlich zum Ausdruck, und jeder, der dieser Partei seine Stimme gab, mußte genau wissen, was seine Abgeordneten anzufangen gedachten, waren doch die Ziele im Parteiorgan der "Führer", aber auch in der übrigen Tagespresse sehr genau formuliert: ". . . wir bekämpfen den Parlamentarismus . . . bei jeder sich bietenden Gelegenheit . . . , insbesondere bei den Wahlen. Wir wollen deshalb auch an dieser Stelle bestätigen, daß wir selbstverständlich j e d e s Mittel anwenden, das uns diese Demokratie bietet, um uns zu stärken und sie zu schwächen . . . Deshalb arbeiten wir auch bei den Gemeindewahlen darauf hin, möglichst viele Vertreter unserer Weltanschauung in die Rathäuser zu bringen."³⁸⁴

³⁸³Johnpeter Horst Grill, *The Nazi Movement*, S. 195f.

³⁸⁴Der Führer 11.10.1930.

IV.5.2. Das Ergebnis der Kommunalwahl in Karlsruhe

Es war vorauszusehen, daß die Wahlbeteiligung - nur etwas mehr als acht Wochen nach der Reichstagswahl - bei der Kommunalwahl stark rückläufig sein würde. In der Tat lag sie dann auch nur bei 53,77%. Alle Parteien verloren folglich, absolut gesehen, an Stimmen. Es erscheint deshalb sinnvoll, die relativen, letztendlich für die Sitzverteilung entscheidenden Zahlen, wie in den vorangegangenen Kapiteln, für die Untersuchung heranzuziehen.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei war in Karlsruhe, wie schon zuvor bei den Wahlen zum Reichstag, auch bei dieser Wahl der überragende Sieger. Die NSDAP konnte ihren Stimmenanteil, verglichen mit der Reichstagswahl vom 14. September, um 5,8% erhöhen und erhielt somit 31,8% der Stimmen. Mit diesem Ergebnis wurde die NSDAP stärkste Fraktion im Rathaus. Bei den letzten Kommunalwahlen im Jahre 1926 hatte die NSDAP nicht einen einzigen Abgeordneten ins Gemeindeparlament schicken können, dieses Mal zogen 28 Nationalsozialisten als Stadtverordnete ins Rathaus ein.³⁸⁵

Die SPD, die acht Wochen zuvor ihre Spitzenposition in Karlsruhe an die Nationalsozialisten verloren hatte, mußte auch dieses Mal Einbußen von 2,8% hinnehmen und erreichte nur noch 21,4%. Mit diesem Ergebnis lagen die Sozialdemokraten in Karlsruhe nur noch knapp vor dem Zentrum.

Das Zentrum konnte in der badischen Landeshauptstadt den positiven Trend der letzten Wahlen bestätigen und mit einem Zugewinn von 2,1% den Abstand zur SPD verringern. Mit einem Stimmenanteil von 18,6% war das Zentrum drittstärkste Partei in Karlsruhe.

Auch die Karlsruher Kommunisten konnten ihr gutes Ergebnis, das sie bei den Reichstagswahlen erzielt hatten, leicht verbessern. Sie erreichten ein Ergebnis von 9,8%. Damit waren sie bei dieser Wahl, wenngleich mit großem Abstand zu den führenden Parteien, zur vierten politischen Kraft in Karlsruhe geworden.

Der Niedergang der Mittelparteien, die bei den Reichstagswahlen noch gemeinsam als Einheitsliste kandidiert hatten, schien auch in Karlsruhe ein Abstieg ohne Ende zu sein. Bei den Kommunalwahlen gingen die DVP und

³⁸⁵StadtAK 8/DS FI 27. Verzeichnis der Mitglieder des Stadtrats, der Stadtverordneten, der städtischen Ausschüsse und Kommissionen.

die Deutsche Staatspartei, ebenfalls erfolglos, wieder getrennte Wege. Die Deutsche Staatspartei erhielt in Karlsruhe 3,4% der Stimmen, die DVP 4,2%. Verglichen mit der vorausgegangenen Reichstagswahl bedeutete dieses Resultat für beide Parteien zusammen noch einmal einen Verlust von 3,1%. Bei den letzten Kommunalwahlen, vier Jahre zuvor, konnten beide Parteien gemeinsam noch fast 20% der Stimmen in Karlsruhe erreichen, bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 hatten sogar noch 21% der Karlsruher Wähler für DVP und DDP gestimmt.

Die DNVP konnte auch bei dieser Wahl ihren Abstieg nicht aufhalten und erhielt lediglich 2,6%. 1928 hatte die Partei noch wesentlich höher in der Wählergunst gestanden. Damals waren auf die Deutschnationalen 7,9% der Stimmen in Karlsruhe entfallen.

Das relativ gute Abschneiden des Zentrums verleitete, wie schon bei der Beurteilung der Reichstagswahl, den "Badischen Beobachter" zu einer merkwürdig anmutenden, den Wahlerfolg der Nationalsozialisten herunterspielenden Betrachtungsweise des Wahlergebnisses. In seiner Bilanz der Wahl weist der "Badische Beobachter" vor allem darauf hin, daß der "Nationalsozialismus auf allen Fronten zum Stillstand gekommen" sei.³⁸⁶ Diese Interpretation versucht die Zeitung mit dem Rückgang der NSDAP-Stimmen um 4000, im Vergleich mit der Reichstagswahl, zu belegen. Gleichzeitig wird aber nicht auf den allgemeinen Rückgang, insbesondere den des Zentrums um 3000 Stimmen verwiesen. Ebenso unerwähnt bleibt der relative Anstieg der NSDAP, der ja letztendlich für die Sitzverteilung ausschlaggebend war. Auch die Tatsache, daß eine antidemokratische Partei mit 28 Stadtverordneten ins Rathaus einziehen würde, schien von geringerer Bedeutung als das relativ gute Abschneiden der Zentrumspartei.

Wesentlich kritischer und besorgter beurteilten die Sozialdemokraten das Wahlergebnis sowie die Art und Weise des nationalsozialistischen Wahlkampfes, der offensichtlich auch in Karlsruhe Anklang gefunden hatte. "Noch bei keiner Gemeindevahl wurden Verhetzung und Wahlschwindel in solcher Auflage benützt wie bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl. Besonders die NSDAP und die KPD haben in einer gewissenlosen und demagogisch unübertrefflichen Weise den Wahlkampf geführt. . . . Wer der Meinung war, daß

³⁸⁶Badischer Beobachter 17.11.1930.

die Hakenkreuzler bei der Gemeindewahl verhältnismäßig nicht so gut abschneiden würden wie bei der Reichstagswahl, der hatte eben übersehen, daß auch bei der Gemeindewahl der politische Unverstand genauso groß wie bei der Reichs- und Landtagswahl" ist.³⁸⁷ Die Wähler der NSDAP sah der "Volksfreund", wie schon bei der Beurteilung der Reichstagswahl vom 14. September, aus "Kreisen der Beamtenschaft" kommen sowie aus "Inhabern von kleinen Ladengeschäften" und "sonstigen Geschäftsleuten", "die sich von den Hitlern eben den Himmel auf Erden erhoffen."³⁸⁸

Auch an dieser Stelle sollen nun, wie bei den im Laufe der Arbeit untersuchten Wahlen, diejenigen Wahlbezirke einer genaueren Betrachtung unterzogen werden, die entweder durch einen besonders hohen bzw. einen besonders niedrigen Anteil an nationalsozialistischen Stimmen aufgefallen sind, um der Frage nach der NSDAP-Wählerschaft noch einen Schritt näher zu kommen.

Im Wahlbezirk 16 gelang es der NSDAP, ihren ohnehin schon sehr hohen Stimmenanteil, den sie bei der Reichstagswahl vom 14. September gewonnen hatte, noch einmal zu erhöhen. Die Partei erreichte in diesem Bezirk somit ein Ergebnis von 43% und lag um mehr als 11% über dem in Karlsruhe erzielten Durchschnitt.

Zweitstärkste Partei war in diesem Stimmbezirk das Zentrum, das 16,49% der Wähler für sich gewinnen und damit das Resultat vom 14. September sogar leicht verbessern konnte.

Die Sozialdemokraten lagen im Wahlbezirk 16 in der Wählergunst an dritter Stelle. Sie erhielten 12,96% der Stimmen und blieben damit deutlich unter ihrem Karlsruher Gesamtergebnis. Verglichen mit dem Resultat der letzten Reichstagswahl bedeutete das einen Rückgang von 1,3%.

Die DVP und die Deutsche Staatspartei, die bei der vorangegangenen Wahl noch gemeinsam als Einheitsliste kandidiert hatten, erreichten zusammen 12,85%. Damit konnten sie ihr Ergebnis der letzten Wahl um 2% übertreffen. Die DVP gewann 8,87% der Stimmen, die Deutsche Staatspartei 3,98%. Die Deutsche Volkspartei kam in diesem Wahlkreis also deutlich über ihr Durchschnittsergebnis hinaus.

³⁸⁷Der Volksfreund 17.11.1930.

³⁸⁸Ebd.

Ebenfalls über ihrem Karlsruher Resultat lag die DNVP im Wahlbezirk 16 mit 3,98%. Der stete Abwärtstrend der letzten Wahlen konnte jedoch auch hier nicht aufgehalten werden.

Die KPD gewann in diesem Bezirk nicht an Bedeutung und blieb mit 1,93% weiterhin nur eine Splittergruppe.

Auch im Wahlbezirk 23 konnte die NSDAP innerhalb von zwei Monaten noch einmal kräftig zulegen und ihre Position als stärkste Partei weiter ausbauen. Die Nationalsozialisten erhöhten ihren Stimmenanteil um 9% und erzielten 43,77% der Wählerstimmen. Mit diesem Resultat übertrafen sie ihr Karlsruher Gesamtergebnis um mehr als 10%.

Der Abstand der NSDAP zur zweiten Partei dieses Wahlkreises, dem Zentrum, betrug fast 30%. Mit einem Ergebnis von 15,7% mußte das Zentrum im Bezirk 23 nur einen unerheblichen Stimmenrückgang hinnehmen, blieb allerdings 3% unter dem städtischen Durchschnitt.

An dritter Stelle folgte die DVP, die in diesem Bezirk eines ihrer besten Ergebnisse erzielte und mit 10,93% der Stimmen deutlich über den 4,2% lag, die die Partei in Karlsruhe gewonnen hatte.

Die SPD verlor im Wahlbezirk noch einmal 1%, verglichen mit der Reichstagswahl vom September. In diesem für die SPD traditionsgemäß schlechten Bezirk hatte die Partei auch eines ihrer schlechtesten Resultate zu verzeichnen; sie erhielt nur 10,81% der Stimmen.

Die Deutsche Staatspartei erreichte in diesem Wahlbezirk 7,85% der Stimmen und lag damit klar über ihrem Durchschnittsergebnis. Zwei Monate zuvor hatten beide Parteien, DVP und Deutsche Staatspartei, zusammen als Einheitsliste noch 25,06% der Wähler für sich gewinnen können. Der Rückgang der Mittelparteien setzte sich also auch in deren starken Stimmbezirken fort.

Ebenso wie im Wahlkreis 16, so mußte die DNVP auch im Bezirk 23 einen weiteren Schwund ihres Stimmenanteils hinnehmen. Sie verlor noch einmal annähernd 2% und vereinigte lediglich 2,7% der Stimmen auf sich. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1928 hatte die DNVP noch 12,01% der Stimmen dieses Wahlbezirks für sich verbuchen können.

Die KPD, die wie die SPD in diesem Bezirk traditionell schlecht abschnitt, gewann nurmehr 1,54% der Wähler für sich und blieb folglich unbedeutend, wie auch schon zuvor im Wahlbezirk 16.

Im Wahlbezirk 32 gelang es der NSDAP, fast die Hälfte der Stimmen auf sich zu vereinigen. Die Nationalsozialisten steigerten ihren Anteil aus der letzten Reichstagswahl um 14,02% und erhielten damit 47,91% der Wählerstimmen. Das Karlsruher Ergebnis übertraf die Partei um mehr als 16%. Innerhalb von zwei Jahren war es den Nationalsozialisten gelungen, ihren Stimmenanteil in diesem Bezirk zu verzehnfachen.

Mit einem Wahlergebnis von 13,87% blieb das Zentrum stabil und konnte den zweiten Platz in diesem Bezirk vor der SPD behaupten.

Die SPD verlor hier fast 4% ihrer Stimmen und rutschte mit 9,45% erstmals in diesem Wahlbezirk unter die 10%-Marke. Von ihrem Durchschnittsergebnis, das die Sozialdemokraten im Bezirk 32 noch nie erreichen konnten, war die Partei damit weiter entfernt denn je.

Den Sozialdemokraten folgten in diesem Wahlkreis die Parteien der früheren Einheitsliste, die DVP und die Deutsche Staatspartei. Die Erstgenannte erhielt 9,2%, die Zweitgenannte 6,93% der Stimmen. Bei der Reichstagswahl vom 14. September hatten beide zusammen noch 20,95% der Wähler für sich gewinnen können. Trotz des starken Rückgangs lagen beide Parteien klar über dem in Karlsruhe erzielten Resultat.

Wie in den Wahlbezirken 16, 23 und 32, konnte die NSDAP auch im Bezirk 36 ihren Stimmenanteil aus der Reichstagswahl im September noch einmal erheblich vergrößern und hier ebenso deutlich die 40%-Marke überschreiten. 42,85% der Wähler dieses Stimmbezirks entschieden sich zu Gunsten der Nationalsozialisten, dies waren 11% mehr als im Karlsruher Durchschnitt.

Einen unbedeutenden Stimmenrückgang hatten die SPD und das Zentrum zu verzeichnen. Das Zentrum erhielt 14,58%, die SPD konnte 13,69% der Wähler für sich gewinnen, womit beide allerdings klar hinter ihrem Durchschnittsergebnis zurückblieben.

Die Mittelparteien, DVP und Deutsche Staatspartei, konnten ihr gemeinsames Ergebnis vom 14. September fast behaupten. Sie erzielten zu-

sammen 10,71%, d.h. die DVP gewann 6,10%, die Deutsche Staatspartei 4,61% der Stimmen.

Die DNVP war in der Lage, in diesem Wahlbezirk ihren Anteil sogar leicht zu erhöhen und erreichte 4,46%, womit sie vor der KPD lag, die, verglichen mit der Wahl vor zwei Monaten, 1,5% ihrer Wähler verloren hatte.

Zusammenfassend kann über die Ergebnisse der Wahlbezirke 16, 23, 32 und 36 folgendes festgestellt werden:

1. Die NSDAP konnte, zwei Monate nach der Reichstagswahl, die meisten Wähler mobilisieren und somit in allen vier Wahlbezirken noch einmal deutlich Zugewinne verbuchen. In allen Bezirken überschritten die Nationalsozialisten klar die 40%-Marke, womit sie ihr Durchschnittsergebnis von 31,8% überall erheblich übertrafen. Das beste Resultat erzielte die NSDAP im Wahlbezirk 32, wo sie 47,91% der Stimmen erhielt.

2. Das Zentrum blieb in allen vier Bezirken zweitstärkste Partei und mußte nur leichte Einbußen hinnehmen. Im Stimmbezirk 16 verzeichnete das Zentrum sogar einen leichten Anstieg in der Wählergunst. Trotz relativer Stabilität erreichte das Zentrum in keinem der Wahlkreise das städtische Durchschnittsergebnis von 18,6%.

3. Die SPD verlor stärker als das Zentrum. Im Wahlbezirk 36 betrug der Verlust sogar mehr als 5%. Traditionsgemäß gehörten alle vier Bezirke zu den schlechtesten der SPD überhaupt.

4. Die Mittelparteien, die DVP und die Deutsche Staatspartei, konnten den zum Teil erheblichen Stimmenschwund der letzten Jahre auch bei dieser Kommunalwahl nicht aufhalten und erreichten in ihren ehemaligen Hochburgen gerade noch ihre Durchschnittsresultate oder konnten sie nur leicht übertreffen.

5. Die KPD schnitt bei dieser Wahl, wie schon bei den Wahlen zuvor, in diesen Stimmbezirken schlecht ab und blieb somit weiterhin ohne Bedeutung. Das Karlsruher Ergebnis von 9,81% erreichten die Kommunisten in keinem der vier Wahlkreise auch nur annähernd.

6. Die DNVP, die, außer im Bezirk 16, bei der Reichstagswahl 1928 noch in allen vier Wahlbezirken mehr als 10% erzielt hatte, lag bei dieser Kommunalwahl in all diesen Bezirken deutlich unter 5%.

Im Wahlbezirk 60 konnte die KPD, die hier schon seit Jahren stärkste Partei war, ihre Hochburg weiter ausbauen. Am 14. September hatten die Kommunisten bei der Reichstagswahl 41,29% erhalten. Bei den Kommunalwahlen steigerten sie nun ihren Stimmenanteil um 5,7% auf 46,99%. In ihrer Hochburg erhielten die Kommunisten folglich 37% mehr Stimmen als im Karlsruher Gesamtdurchschnitt.

Die SPD, die zweite Partei in diesem Wahlkreis, hatte lediglich eine Einbuße von 1,5% und gewann somit 21,83%. Von ihrem hervorragenden Ergebnis, das die Partei bei der Landtagswahl 1929 erzielen konnte, blieb sie weit entfernt.

Die NSDAP, die am 14. September noch einen Gewinn von mehr als 10% zu verbuchen hatte, konnte dieses Mal ihr Resultat lediglich halten. Sie gewann wiederum 16,45% der Wähler dieses Bezirks für sich, lag aber mit diesem Ergebnis weit unter dem Durchschnitt.

Wie die SPD, so blieb auch das Zentrum bei dieser Wahl stabil. Der Wahlkreis 60, traditionsgemäß ein schwacher Bezirk für das Zentrum, brachte der Partei einen Stimmenanteil von nur 7,27%, womit das Zentrum natürlich deutlich unter dem in Karlsruhe erzielten Ergebnis lag.

Die übrigen Parteien, die DVP, die DNVP und die Deutsche Staatspartei, von jeher in diesem Bezirk schwach vertreten, erlangten auch bei dieser Wahl keine Bedeutung. Die DVP erhielt 0,63% der Stimmen, die DNVP ebenfalls, und die Deutsche Staatspartei blieb ohne eine einzige Stimme.

Im Wahlbezirk 80 war die SPD stärkste Partei. Die Sozialdemokraten konnten ihr gutes Ergebnis, welches sie bei den Reichstagswahlen acht Wochen zuvor erzielt hatten, noch einmal verbessern und dieses Mal 48,59% der Wähler für sich gewinnen.

Das Zentrum wurde wieder zweitstärkste Partei in diesem Wahlbezirk, nachdem es diese Position bei den Reichstagswahlen vom 14. September an die Nationalsozialisten verloren hatte. Mit 17,75% der Stimmen steigerte das Zentrum seinen Anteil um fast 2% und erreichte annähernd den Gesamtdurchschnitt.

Die NSDAP verlor ihren zweiten Rang, wie oben beschrieben, durch einen Rückgang in der Wählergunst um 2,58% und mit einem Ergebnis

von 14,01%. Deutlich fällt hier die große Differenz zum Karlsruher Resultat der Partei auf .

Die KPD konnte ihren Stimmenanteil, den sie bei der Reichstagswahl errungen hatte - dort war ihr Ergebnis um 6% gesteigert worden - bestätigen. 11,44% der Wähler dieses Wahlkreises entschieden sich für die Kommunisten.

Die Mittelparteien und die DNVP blieben auch in diesem Bezirk, ähnlich wie im vorangegangenen, fast ohne Bedeutung. Im einzelnen erzielten diese Parteien folgende Resultate: DVP 0,23%, Deutsche Staatspartei 1,4% und DNVP 2,1%.

Im Wahlbezirk 82 behielt die SPD, trotz eines leichten Stimmenrückgangs, ihre Hochburg mit einem Ergebnis von 51,15%. Von ihrem besten Resultat, welches die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 mit 63,93% in diesem Bezirk erzielt hatten, blieben sie allerdings weit entfernt.

Von den Stimmenverlusten der SPD dürften in erster Linie die Kommunisten profitiert haben, die ihren Stimmenanteil innerhalb von zwei Jahren verdoppeln konnten und nunmehr mit 15,87% zweitstärkste Partei in diesem Wahlbezirk waren.

Das Zentrum durfte im Bezirk 82 ebenfalls einen Stimmenzuwachs verbuchen und erzielte mit 11,27% fast sein bestes Ergebnis, das es hier bei der Reichstagswahl 1928 gehabt hatte.

Die NSDAP lag in diesem Wahlkreis in der Wählergunst nur an vierter Stelle und mußte in diesem, für die Partei ohnehin schlechten Bezirk, sogar einen Stimmenrückgang hinnehmen. Mit lediglich 9,09% erreichten die Nationalsozialisten nicht einmal das Resultat vom 14. September. Zum Karlsruher Durchschnittsergebnis fehlten der NSDAP 23%.

Die restlichen Parteien blieben auch hier, wie zuvor in den Wahlbezirken 60 und 80, ohne jede Bedeutung. Die DVP erhielt 0,84%, die Deutsche Staatspartei 1,21% und die DNVP 1,23% der Stimmen.

Im Wahlbezirk 84 konnte das Zentrum die Verluste der Reichstagswahl vom 14. September zum Teil wieder ausgleichen und seine Hochburg festigen.

Mit einem Zugewinn von 3% übertraf das Zentrum wieder knapp die 40%-

Marke und erreichte 40,38% der Wählerstimmen. Das Ergebnis der Landtagswahl vom Vorjahr konnte die Partei allerdings nicht mehr erzielen.

Bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 war die SPD in diesem Wahlbezirk noch stärkste Partei gewesen. Wie bei den Wahlen zuvor mußten die Sozialdemokraten auch bei dieser Wahl wieder Stimmeneinbußen verzeichnen und erhielten nur noch 23,54% der Stimmen. Das bedeutete einen Rückgang in der Wählergunst von mehr als 20% innerhalb von zwei Jahren.

Auch in diesem Wahlkreis dürften die Nutznießer des Umschwungs in erster Linie die Kommunisten gewesen sein. Die KPD steigerte ihren Stimmenanteil bei der Kommunalwahl vom 16. November auf 16,84% und war damit drittstärkste Partei des Bezirks 84.

Die Nationalsozialisten mußten auch hier einen Stimmenrückgang hinnehmen. Die NSDAP verlor 1,4% und kam nur noch auf 7%. Somit lag die Partei um mehr als 24% unter ihrem Karlsruher Durchschnittsergebnis. Das Resultat dieses Wahlkreises unterstreicht deutlich, daß die Karlsruher NSDAP nicht oder nur sehr begrenzt in der Lage war, Arbeiter für sich zu mobilisieren.

Für die DVP, die Deutsche Staatspartei und die DNVP bot sich im Wahlbezirk 84 das gleiche Bild wie in den drei zuvor untersuchten Bezirken. Alle drei Parteien blieben ohne Bedeutung, keine der drei Parteien kam über 1%.

Vergleicht man nun abschließend die Ergebnisse der Wahlbezirke 60, 80, 82 und 84, die Wahlbezirke also mit niedrigem NSDAP-Stimmenanteil, kann folgendes festgehalten werden:

1. Die Sozialdemokraten blieben in allen Wahlkreisen, außer im Bezirk 84, stabil und behielten im Bezirk 82 ihre Hochburg, wo sie 51,15% der Stimmen erzielten.

2. Die gleiche Feststellung bezüglich der relativen Stabilität kann auch für das Zentrum getroffen werden, das im Wahlbezirk 84 seine Hochburg hatte. Hier konnte die Partei 40,38% der Wähler für sich gewinnen. Im Bezirk 60 blieb das Zentrum wie bei den vorausgegangenen Wahlen unter 10%.

3. Die Kommunisten bauten ihre Hochburg im Wahlbezirk 60 weiter aus. Dort erreichte die KPD 46,99% der Stimmen. In den übrigen Bezirken lagen die Kommunisten deutlich unter diesem Ergebnis, wobei sie aber überall stärker wurden.

4. Die NSDAP konnte in keinem dieser Wahlbezirke Stimmen hinzugewinnen. Außer im Bezirk 60, wo die Nationalsozialisten das Resultat der letzten Wahl wiederholten, mußten sie überall Stimmenverluste hinnehmen. In allen Bezirken blieben die Nationalsozialisten weit unter ihrem Karlsruher Durchschnittsergebnis, in den Wahlkreisen 82 und 84 kam die NSDAP sogar unter 10%. Wichtigstes Ergebnis ist aber, daß es den Nationalsozialisten auch bei der Kommunalwahl nicht gelang, in die Hochburgen der Arbeiterparteien oder in die des Zentrums einzudringen.

5. Für die DVP, die Deutsche Staatspartei und die DNVP kann für alle vier Wahlbezirke übereinstimmend gesagt werden, daß keine der drei Parteien irgendwelchen Einfluß gewinnen konnte; sie blieben bedeutungslos und erhielten zum Teil nicht einmal 1% der Stimmen.

IV.5.3. Der neue Bürgerausschuß

Am 8. Dezember 1930 oblag es den 84 gewählten Stadtverordneten, den neuen Stadtrat zu wählen und damit den neuen Bürgerausschuß zu vervollständigen.

Als Stadtverordnete hatten die Karlsruher gewählt:

28 Nationalsozialisten, 18 Sozialdemokraten, 18 Zentrumsleute, die übrigen Abgeordneten verteilten sich auf die kleineren Parteien.³⁸⁹

Da sich die Abstimmenden an die Weisungen ihrer Parteien hielten, gab es bei der Wahl des Stadtrats, der einschließlich der Bürgermeister 28 Mitglieder umfaßte, keine Überraschungen. Dem neuen Stadtrat gehörten an:

8 Nationalsozialisten, 5 Sozialdemokraten, 4 Vertreter der Arbeitsgemeinschaft (aus DVP, DSTP, Evangelischer Volksdienst, Wirtschaftspartei) und zwei Kommunisten.³⁹⁰

Für die NSDAP waren dies im einzelnen:

Fritz Jäger (Stadtkassendirektor), Peter Riedner (Expedient), Fritz Manschott (Drogist), Fritz Argus (Kaufmännischer Angestellter), Willi Worch (Bierbrauer), August Kramer (Geschäftsführer), Oskar Stäbel (Dipl. Ing.) und Rudolf Schindler (Bankbeamter).³⁹¹

Die letzte Wahl im Zusammenhang mit der Kommunalwahl war die des Stadtverordnetenvorstandes. Üblicherweise erfolgte die Besetzung des Obmanns und seines Stellvertreters nach dem Stärkeverhältnis im Stadtrat, d.h. die stärkste Partei stellte den Obmann. Diesen parlamentarischen Brauch wollten sich nun auch die Nationalsozialisten zu Nutze machen und forderten die Stelle für sich. So beriefen sich nun gerade die auf parlamentarische Gepflogenheiten, die den Parlamentarismus mit allen Mitteln bekämpften. In den Stadtverordnetenvorstand, der zehn Mitglieder umfaßte, wurden dann allerdings nur drei Nationalsozialisten gewählt, da sich die anderen Parteien zu einer Liste zusammengeschlossen hatten und somit einen vierten Nationalsozialisten im Stadtverordnetenvorstand verhinderten. Trotz aller Bemühungen der SPD, das Zentrum dahingehend zu beeinflussen, entgegen den Gepflogenheiten kein Mitglied der stärksten Stadtratsfraktion zum Obmann zu wählen, wurde

³⁸⁹StadtAK 8/DS FI 27. Verzeichnis der Mitglieder.

³⁹⁰Ebd.

³⁹¹Ebd.

jedoch dann, eben mit den Stimmen des Zentrums, ein Nationalsozialist, der Studienrat Eugen Kullmann, zum Obmann gewählt.

Die Weltwirtschaftskrise traf mit all ihren Auswirkungen neben den Vereinigten Staaten von Amerika vor allem Deutschland.

Neben der wirtschaftlichen Krise war es insbesondere die krisenverschärfende Politik von Reichskanzler Heinrich Brüning, die es, wie das Beispiel Karlsruhes zeigt, unmöglich machte, gegen die unmenschlichen Auswirkungen der immer stärker werdenden wirtschaftlichen Not, wenigstens in begrenztem Rahmen entgegenzuwirken. War es in Karlsruhe noch 1929 gelungen, durch städtische Investitionen über 1 000 Arbeitsplätze zu erhalten, wurden diese Anstrengungen durch immer größere Belastungen für den städtischen Haushalt, sei es durch den Anstieg der Kosten der städtischen Fürsorge, sei es aber vor allem durch Landes- und Reichsgesetze, die den Kommunen auf der einen Seite immer weniger Steuern zukommen ließen, auf der anderen Seite immer mehr Kosten aufbürdeten, zunichte gemacht.

Aber nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, auch auf dem Wohnungsmarkt fehlte es durch die Politik Brünings an Mitteln, der immer dramatischer werdenden Not entgegenzuwirken.

Mit dem Zusammenbruch der Großen Koalition im März begann neben der wirtschaftlichen sich nun auch die politische Katastrophe abzuzeichnen. Brüning, vom Reichspräsidenten Hindenburg mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt, hatte mit diesem vor allem ein Ziel vereinbart: die Ausschaltung der Sozialdemokratie. Brüning begab sich somit auf die Seite der reaktionären, sogenannten Eliten, die bei der Behebung der wirtschaftlichen Not selbstverständlich keine Lasten zu tragen gedachten. Zum Schluß mit der reaktionären Rechten gehörte auch die Art und Weise, den Art. 48 der Reichsverfassung anzuwenden. Mit der Auflösung des Reichstags im Juli 1930 begann die Ausschaltung des Parlaments, deren Fortsetzung dann im Jahr 1933 im Ermächtigungsgesetz gipfelte.

Folgen der Auflösung des Parlaments im Juli 1930 waren dann die "Katastrophenwahl" vom 14. September, sowie das Ergebnis der Karlsruher Kommunalwahl vom 16. November 1930, nach der die NSDAP als stärkste

Fraktion ins Karlsruher Rathaus einziehen konnte, trotz eines zum Teil brutal geführten Wahlkampfes und vielfach erwiesener Inkompetenz.

V. Die NSDAP im Karlsruher Rathaus

Die Vertreter der NSDAP im neugewählten Stadtrat und Bürgerausschuß verfügten über keinerlei Erfahrungen in der Kommunalpolitik. Die meisten unter ihnen waren nicht einmal mit der Gemeindeordnung vertraut. Um diesem Defizit entgegenzuwirken, wurde die Stelle eines Gauwarts für Kommunalpolitik geschaffen, der für Anfragen seiner Parteigenossen zur Verfügung stehen sollte. Als Beispiel für die Unfähigkeit der neuen Volksvertreter soll hier nur eine Anfrage an den Gauwart für Kommunalpolitik Erwähnung finden, in der erfragt wurde, ob der Oberbürgermeister im Stadtrat stimmberechtigt sei.³⁹²

Die Bemühungen seitens der NSDAP, die die Möglichkeiten der Kommunalpolitik bezüglich ihrer Bedeutung bei der Gewinnung neuer Wähler relativ spät erkannte, Parteimitglieder für die Arbeit in Gemeindevertretungen vorzubereiten, geht auf das Jahr 1927 zurück. Trotz dieser Bemühungen, v.a. von Karl Fiehler, dem kommunalpolitischen Vordenker der Partei, blieb das Interesse an der Kommunalpolitik im Hintergrund, was viele Anträge in den Gemeindeparlamenten belegen, die keinerlei lokalen Bezug hatten, sondern allgemeine nationalsozialistische Politik verkörperten.³⁹³ (Erinnert sei hier an die Ausführungen Hitlers anlässlich seines Besuchs in Karlsruhe 1928) In Baden sah sich Gauleiter Robert Wagner, wohl um die Unfähigkeit seiner "Volksvertreter" wissend, veranlaßt, für diese einen Antragskatalog für die Gemeindeparlamente zu erstellen.

Mit diesem zwanzig Punkte umfassenden Antragskatalog, der nichts anderes als reine Agitationsanträge enthielt, wurde beabsichtigt, die Arbeit in den Kommunalvertretungen zu behindern. Für die Nationalsozialisten war es selbstredend ein leichtes, solche Anträge zu stellen, mußten sie ja nicht

³⁹² GLA 465d/1037

³⁹³ Karl Fiehler, Nationalsozialistische Gemeindepolitik, In: NS Bibliothek. H.10. München 1929.

befürchten, diese auch verwirklichen zu müssen.³⁹⁴ Die Anträge an dieser Stelle im einzelnen vorzustellen, wäre sicherlich müßig, da sie zu einem großen Teil längst von anderen Parteien eingebracht oder sogar schon verwirklicht worden waren, wie z.B. die Forderung nach der Senkung der Aufwandsentschädigung für die Stadträte.³⁹⁵ Die übrigen Anträge bezeichnete der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Karlsruher Stadtrat Eugen Geck in einem im "Volksfreund" sowie in anderen Zeitungen veröffentlichten Artikel als "Geschreib", aus dem "auch nur der bescheidenste Gedanke zum Daranknüpfen herauszulesen [ist]. Keine hieb- und stichfesten grundsätzlichen Darlegungen, keine Formulierungen, die den ernsten Willen zur positiven und praktischen Mitarbeit zum Wohl der Stadt und ihrer Bevölkerung, in dieser schweren Zeit erkennen lassen."³⁹⁶ Bemerkenswert an diesen Ausführungen ist aber auch, daß von der NSDAP überhaupt eine konstruktive Mitarbeit erwartet wurde. Der Katalog der o.g. Anträge umfaßte u.a. die Kürzung der Bezüge der städtischen Beamten, wobei man allerdings nicht daran dachte, auch die Kürzung des Gehalts des nationalsozialistischen Stadtkassendirektors Jäger mitzinzubeziehen. Daß diese Forderungen nicht ernst genommen wurden, zeigt auch die Tatsache, daß gerade die von einer solchen Maßnahme Betroffenen zu den Wählern der NSDAP gehörten. Des weiteren verlangten die Nationalsozialisten die "Entkommunalisierung" der städtischen Betriebe, ein Anliegen breiter Kreise der Wirtschaft, welches die DVP schon längst mehrfach vorgetragen hatte und damit aus guten Gründen gescheitert war. Ebenso verlangten die Nationalsozialisten die Einführung einer Warenhaus- und Filialsteuer, eine "antisemitisch-reaktionäre Forderung ihrer mittelständischen Klientel".³⁹⁷ Die in der Propaganda zur Kommunalwahl angekündigten Lösungen des Problems der Zinssenkungen, die der Stadt 1 Million RM sparen sollten, blieben im Forde-

³⁹⁴ Vgl. hierzu auch Horst Matzerath, Nationalsozialismus, S. 42f.

³⁹⁵ Die Antragsvorlage Wagners ist abgedruckt im "Führer" vom 29.11.1930.

³⁹⁶ Der Volksfreund 2.12.1930.

³⁹⁷ Der Volksfreund 2.12.1930.

rungskatalog allerdings aus.³⁹⁸ Die Unsinnigkeit der Forderung an die Stadtverwaltung nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, wie sie noch vor der Wahl gestellt worden war, hatte Wagner wohl erkannt und nahm sie nun nicht mehr auf. Was den Anträgen der Nationalsozialisten fehlte, waren Lösungsmöglichkeiten, zum einen zur Behebung der Wohnungsnot, und zum anderen zur Linderung der Arbeitslosigkeit, wie sie ebenfalls in der Propaganda zur Gemeindewahl angekündigt worden waren. Einen deutlichen Beweis ihrer Inkompetenz lieferten die Nationalsozialisten bei der Beratung eines Antrags der KPD, betreffend eine Winterbeihilfe für die Erwerbslosen der Stadt in Höhe von 780 000 RM. Der Antrag, der im Prinzip auch von den anderen Parteien unterstützt wurde, mußte aufgrund der fehlenden Deckung zurückgewiesen werden.³⁹⁹ Deckungsvorschläge unterbreiteten nur die Kommunisten, welche aber aus rechtlichen Gründen nicht zur Anwendung kommen konnten. Im Verlauf der Diskussion wurde die NSADP-Fraktion mit der Kritik konfrontiert, Anträge zu unterstützen, ohne Deckungsvorschläge zu unterbreiten. Auch Stadtkassendirektor Jäger war hierzu nicht in der Lage und versuchte sich damit herauszureden, er habe geglaubt, es handle sich nur um einen Betrag von 80 000 RM.

Daß die NSDAP nicht angetreten war, um zu konstruktiver Politik beizutragen, sondern im Gegenteil, die parlamentarische Arbeit unmöglich zu machen, zeigte sie bereits in der ersten Bürgerausschußsitzung des neuen Jahres. Diese Sitzung, welche die ungeheure wirtschaftliche Not und die damit verbundenen Probleme der Stadt zum Thema hatte, verlief zunächst in ruhiger Atmosphäre.

Hauptdiskussionspunkt der Sitzung war eine Vorlage des Stadtrates zur Beschaffung von Notstandsarbeiten zur Milderung der großen Arbeitslosigkeit. Geplant war die Errichtung eines Hochwasserdammes, für den 24000 Erwerbslosenschichten berechnet wurden (19 Arbeiter könnten für 6 Monate,

³⁹⁸ Ebd.

³⁹⁹ Der Volksfreund 8.1.1931, Badischer Beobachter 3.1. und 8.1.1931.

bei einer täglichen Arbeitszeit von 7 Stunden beschäftigt werden), sowie die Verlängerung des Rheinhochwasserdamms bei Maxau, für den 25000 Erwerbslosentagschichten zugesagt waren.⁴⁰⁰

Ergänzend zu diesen Maßnahmen stellte die SPD den Antrag, mit den Vorarbeiten zum Rheinbrückenbau bei Maxau zu beginnen, um auch dort Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Zum Eklat kam es in dieser Sitzung dann, als der sozialdemokratische Stadtverordnete Schulenburg die Standpunkte der SPD darlegte und die "nationalsozialistische Demagogie" bei der Behandlung der Not kritisierte. Seine Angriffe veranlaßten den Nationalsozialisten Willy Worch zu dem Zwischenruf: "Die Verbrecherpolitik der Sozialdemokratie ist schuld ... ihr Zigeunerbande!"⁴⁰¹

Kaum zu begreifen ist die unrühmliche Rolle, die Oberbürgermeister Finter bei der folgenden Auseinandersetzung spielte, als er den Beschimpfungen Worchs erst nach Aufforderung durch den Zentrumsabgeordneten Wild Einhalt gebot und Worch zur Ordnung rief. Worch nahm diesen Ordnungsruf lediglich zum Anlaß, die Wortwahl seiner Beschimpfungen zu ändern und die Sozialdemokraten als "Lumpen" zu beschimpfen. Die hierauf beginnenden Handgreiflichkeiten zwischen beiden Parteien konnten nur durch das Dazwischentreten einiger Zentrumsleute verhindert werden, wobei die Beschimpfungen allerdings fortgesetzt wurden und in den Rufen Worchs gipfelten "ihr schmutzigen Säue, ... ihr Dreckspatzen ..."⁴⁰² Einhellig wurde in der Karlsruher Presse, außer in der Badischen Presse und natürlich im Führer, das Auftreten der Nationalsozialisten sowie die geduldige Haltung des Oberbürgermeisters deren Gebaren gegenüber verurteilt, und er wurde aufgefordert, die Sitzungen künftig strenger zu leiten. Welchem Geist das Verhalten der nationalsozialistischen Stadtverordneten entsprang, erklären die Ausführungen ihres Landtags-

⁴⁰⁰ Der Volksfreund 8.1.1931, Badischer Beobachter 3.1. und 8.1.1931.

⁴⁰¹ Ebd. 15.1.1931 Die übrige Tagespresse bestätigt den Inhalt dieses Artikels. Natürlich sieht "Der Führer" die Sozialdemokraten als Provokateure an, aber auch die "Badische Presse" nähert sich nicht nur in dieser Angelegenheit immer mehr den Positionen der Nationalsozialisten.

⁴⁰² Ebd.

abgeordneten Kraft auf einer Kundgebung in der Festhalle: "Wenn wir Frontsoldaten gehnt hätten, welches Gesindel sich in den Parlamenten herumtreibt, hätten wir nicht länger auf Engländer und Franzosen geschossen, wir hätten unsere Gewehre umgedreht."⁴⁰³

Doch nicht nur im Bürgerausschuß stifteten die Nationalsozialisten Unfrieden uns sorgten für Krawalle, die hier zunächst durch das besonnene Verhalten der übrigen Stadtverordneten verbaler Art blieben, sondern auch - und bekanntermaßen vor allem dort auf der Straße, wo sie im Laufe des letzten und zu Beginn des neuen Jahres in reinen Terror umschlugen. In der Presse war nun fast täglich über den nationalsozialistischen Terror zu lesen, der auch an Brutalität ständig zunahm. Als Beispiel soll an dieser Stelle genügen, an den Überfall von SA-Leuten auf eine Gruppe von Musikern in der Neujahrsnacht zu erinnern, bei dem mehrere Personen z.T. schwer verletzt wurden, weil sie der Aufforderung, die SA zu grüßen, nicht nachkommen wollten. Zum wiederholten Male wurde von der demokratischen Presse mit Befremden auf das passive Verhalten der Polizei und die verharmlosenden Polizeiberichte hingewiesen, in denen es lediglich hieß: "Wegen Körperverletzung und groben Unfugs gelangten in der Neujahrsnacht mehrere Personen zur Anzeige."⁴⁰⁴

Von den etwa 15-20 SA-Männern wurde lediglich der schon mehrfach wegen Körperverletzung verurteilte SA-Führer Löffler in Haft behalten, die übrigen Schläger wurden wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Folgen der Wirtschaftskrise wurden nach dem Amtsantritt Brünnings durch dessen rigorose Sparpolitik, die das Ziel hatte, Deutschland wirtschaftlich in die Lage zu versetzen, die Siegermächte des Ersten Weltkriegs zum Verzicht auf die Reparationen zu zwingen, zusätzlich verschärft.⁴⁰⁵

"Die Härte, mit der die Spar- und Deflationspolitik durchgeführt wurde, war nicht allein von wirtschaftlichen Erfordernissen diktiert, sondern diente politischen Zielen. Letztlich war die Finanz- und sogar die Zentralbank-

⁴⁰³ zit nach Der Volksfreund 10.1.1931.

⁴⁰⁴ Ebd.

⁴⁰⁵ Ursula Büttner, Politische Alternativen, in, VFZG 1989. S. 216.

politik in Deutschland dadurch mitbestimmt, daß Brüning, Luther und andere Verantwortliche die nach der Kriegsniederlage geschaffene Ordnung noch immer nicht akzeptierten und ihr wesentliche Schuld am Wirtschaftsdesaster beimaßen. Deshalb versuchten sie, die Finanzpolitik einzusetzen, um die Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrags zu Fall zu bringen, die Funktionen der Parlamente einzuschränken und im Zuge der "Reichsreform" die Selbstverwaltung von Ländern und Gemeinden zu beschneiden."⁴⁰⁶

Die Gemeinden, die unter dieser Politik am meisten zu leiden hatten, besaßen keinerlei verfassungsmäßige Rechte und somit auch keine Möglichkeiten, sich gegen die Politik der finanziellen Aushöhlung zu wehren.⁴⁰⁷

Den Städten, namentlich dem Vorsitzenden des Deutschen Städtetages, Mulert, blieb nur, immer wieder auf ihre Notlage und die Folgen derselben hinzuweisen und Vorschläge zur Linderung der Not zu unterbreiten. In einem Aufsatz in der Zeitschrift "Der Städtetag"⁴⁰⁸ zeichnete Mulert ein katastrophales Bild der städtischen Finanzen, betonte aber gleichzeitig die Bereitschaft der Städte zur äußersten Sparsamkeit.

Für das Ende des Haushaltsjahres 1930 (Mitte März) rechnete Mulert mit einem ungedeckten Fehlbetrag von 42 Millionen Reichsmark, verursacht durch sinkende Einnahmen bei gleichzeitig permanentem Anstieg der Fürsorgekosten, wobei die Zahl der saisonbedingten Arbeitslosen für den Winter 1930/31 noch nicht berücksichtigt worden waren.

Die Bereitschaft der Städte zur Sparsamkeit belegte Mulert mit Ausgabensenkungen in den Bereichen Theater, Krankenhäuser und Schulwesen. Weitere Kürzungen in der Wohlfahrt hielt er allerdings für ausgeschlossen, da diese bereits am untersten Niveau des Existenzminimums angelangt sei. Zur Entlastung der städtischen Haushalte forderte Mulert zum wiederholten Male gesetzliche Maßnahmen seitens der Reichsregierung zur Übernahme der durch

⁴⁰⁶ Ebd.

⁴⁰⁷ Adam Stegerwald zit. nach ebd.

⁴⁰⁸ Zit. nach Badischer Beobachter 15.1.1931.

die Krise verursachten Fürsorgelasten, die im Lauf der letzten Jahre in immer stärkerem Maße den Gemeinden aufgebürdet worden waren.

Einen erneuten Eingriff auch in die kommunale Selbstverwaltung Karlsruhes, stellte die zwangsweise Einführung der Bürgersteuer dar, die nach den Mindestsätzen der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 durch den Landeskommissär zur Deckung eines Defizits von 640 000 RM im städtischen Haushalt in Kraft gesetzt wurde. Der Stadtrat hatte die Einführung dieser Steuer abgelehnt.⁴⁰⁹

Bei dieser Steuer handelte es sich um eine primitive Kopfsteuer, die mit wenigen Ausnahmen, jeder Bürger, gestaffelt nach seinem Einkommen, zu entrichten hatte. Von dieser Steuer waren fünf Personenkreise ausgenommen:

1. Empfänger von Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung.
2. Empfänger öffentlicher Fürsorge.
3. Sozialrentner, deren Einkommen 900 RM/Jahr nicht übersteigt.
4. Kriegsbeschädigte, sowie Empfänger von Zusatzrenten.
5. Personen die am Stichtag (10.10.1930) vom Wahlrecht ausgeschlossen waren oder deren Wahlrecht ruhte.⁴¹⁰

Die Höhe der Steuer wurde nach dem jeweiligen Jahreseinkommen festgelegt. Im einzelnen war diese wie folgt gestaffelt: Personen mit einem Jahreseinkommen von:

nicht mehr als 8000 RM	6 RM
8000 - 25000 RM	12 RM
25000 - 50000	50 RM
50000 - 100000 RM	100 RM
100000 - 200000 RM	200 RM

⁴⁰⁹ Ebd. 16.1.1931.

⁴¹⁰ RGBl. Tl. S. 518.

200000 - 500000 RM	500 RM
über 500000 RM	1000 RM. ⁴¹¹

Zur selben Zeit wurde in Karlsruhe, ebenfalls zwangsweise, eine Biersteuer eingeführt, die zu einem drastischen Rückgang des Bierkonsums führte und nicht ohne Folgen für die Beschäftigungssituation in den Karlsruher Brauereien blieb. Besonders hart wurden durch den Rückgang des Bierkonsums Fürsorgeempfänger getroffen, die durch die Einrichtung einer kleinen häuslichen Getränkeverkaufsstelle versuchten, ihre knappen Mittel aufzubessern.

Zu Beginn des Jahres 1931 wurde der ohnehin schon große, saisonbedingte Zustrom an Arbeitslosen beim Arbeitsamt Karlsruhe, durch einen weiteren Konjunkturrückgang verstärkt.⁴¹²

Insbesondere wurde in den Berichten des Arbeitsamtes der Zugang von Arbeitssuchenden aus den Branchen registriert, die den Arbeitsmarkt bislang weniger belastet hatten. "In der Hauptsache kamen diese Arbeitssuchenden aus Betrieben des Metall-, Holz- und Brauereigewerbes sowie der Toilettenseifenindustrie."⁴¹³

Im einzelnen setzte sich die Mehrbelastung im Vergleich mit dem Vorjahr wie folgt zusammen:

Metallgewerbe	1594
Leder	104
Holz	474
Bau	294
Verkehr	75

⁴¹¹ Ebd. S. 518f. Die hierzu in der Tagespresse angegebenen Zahlen stimmen nicht mit denen des Gesetzestextes überein, auf die sich der Verf. bezieht.

⁴¹² StadtAK I/H.-Re-. A 1974. Bericht über die Arbeitsmarktlage in der Zeit vom 1.1. - 15.1.1931.

⁴¹³ Ebd.

Handel 658.⁴¹⁴

Die Zahl der Arbeitssuchenden war in der Stadt Karlsruhe zu Jahresbeginn auf 11198 gestiegen, d.h. allein in den ersten beiden Wochen waren fast 700 Karlsruher arbeitslos geworden.

Arbeitslosenunterstützung erhielten davon nur noch 3169 und Krisenunterstützung 1250 Personen, d.h. lediglich 4419 wurden vom Arbeitsamt unterstützt, die übrigen waren auf die städtische Wohlfahrt angewiesen.

Besonders drastisch wirkte sich die anhaltende Krise auf die jugendlichen Erwerbslosen aus, die im Lauf der letzten Monate des Jahres 1930 und zu Beginn des neuen Jahres einen stetig wachsenden Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen hatten. Im März 1931 wurde die Zahl der Jugendlichen, die von der Stadt unterstützt werden mußten, mit mehreren Hundert angegeben.⁴¹⁵

Der Vorsitzende des Fürsorgeamts Dr. Fichtel sah diese Jugendlichen, die zum größten Teil noch nie in Arbeit gestanden hatten, in besonderer Weise gefährdet. "In vielen Fällen ist eine Verwahrlosung von ihnen zu befürchten."⁴¹⁶ Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, bemühte sich Fichtel vermehrt, jugendliche Erwerbslose bei Notstandsarbeiten unterzubringen und wandte sich daher mit Bitten sowohl an die Ämter wie auch an Industriebetriebe, allerdings mit geringem Erfolg.

Diejenigen, die das Glück hatten, im Zuge einer solchen Maßnahme, wenn auch nur für einige Monate, Arbeit zu bekommen, wurden für diese allerdings nur sehr dürftig entlohnt. Der festgesetzte Stundenlohn von 75 Pf.

⁴¹⁴ Ebd. Diese Zahlen beziehen sich auf den Arbeitsamtsbezirk Karlsruhe, also nicht nur auf die Stadt, für die hierzu keine besonderen Zahlen vorliegen.

⁴¹⁵ StadtAK I/H.-Reg. 4229. Pflichtarbeit. Ausführungen Dr.Fichtel 30.1.1931.

⁴¹⁶ Ebd.

reduzierte sich für Arbeiter unter 18 Jahren "für jedes halbe Jahr, das ihnen zum vollendeten 18. Lebensjahr fehlt, um 10% bis herab auf 50%."⁴¹⁷

Bei der Beschäftigung jugendlicher Erwerbsloser wurde ebenso wie bei der Arbeitsbeschaffung für die übrigen Arbeitslosen darauf geachtet, sie so schnell wie möglich dem Arbeitsamt wieder zurückzuführen. Aus diesem Grund war eines der Vergabekriterien die Auswahl nach Unterstützungshöhe und Anwartschaft.

"Die Jugendlichen sollen in der Regel solange beschäftigt werden, bis sie die Anwartschaft auf die Unterstützung des Arbeitsamtes erlangt haben. Dabei soll darauf Rücksicht genommen werden, daß jugendliche Erwerbslose mit kurzer Anwartschaftszeit in erster Linie mit zur Einstellung gelangen."⁴¹⁸

Für die Beschäftigung Jugendlicher waren Arbeiten des Tiefbauamtes, wie z.B. der Mooraushub an der Seewiesenstraße (Gartenstadt) vorgesehen, ebenso wie der Einsatz bei der Verlegung des Federbachs, eine Arbeit, die eine längere Beschäftigungsdauer gewährleisten sollte. Die Anzahl derer, die auf diese Weise in Arbeit kamen, nahm sich im Vergleich mit den oben erwähnten mehreren hundert jugendlichen Arbeitslosen, mit nur 50 sehr bescheiden aus.⁴¹⁹

Des Weiteren wurde vom Jugendamt beschlossen, auch Jugendliche in Pflichtarbeit zu nehmen. Hierbei war vorgesehen, diese in erster Linie beim Gartenamt und in der Verwaltung einzusetzen. Gleichzeitig wurde auch an eine "Pflichtarbeit mit Fernentsendung" gedacht. So bestanden z.B. auf dem Feldberg Beschäftigungsmöglichkeiten bei Forstarbeiten. Untergebracht werden sollten die Jugendlichen in Jugendherbergen. Die Kosten, die auf die Stadt zukommen sollten, lagen nicht über den Kosten, die bei der Unterstützung in Karlsruhe anfielen.⁴²⁰

⁴¹⁷ StadtAK I/H.-Reg. 4229. Pflichtarbeit. Beschäftigung jugendlicher Erwerbsloser.

⁴¹⁸ StadtAK I/h.-Reg. 4229. Pflichtarbeit. Ergebnis der Beratungen des Jugendamtes

⁴¹⁹ Ebd.

⁴²⁰ Ebd.

Die psychische Belastung dieser Menschen, die nun zu Zwangsarbeiten verschickt werden sollten, war mit keinem Wort erwähnt worden. Die Quellenlage, d.h. fehlende Aussagen des betroffenen Personenkreises, ermöglichen es dem Verfasser leider nicht, näher auf diese Problematik einzugehen. Mit Sicherheit darf aber angenommen werden, daß solche Maßnahmen wohl kaum dazu beigetragen haben, Menschen für diesen Staat zu begeistern, der sie so schmäählich im Stich gelassen hatte.

VI. NSDAP-Wähler und Wählerbewegungen zur NSDAP in Karlsruhe 1928-1930

Nachdem in den vorausgegangenen Kapiteln die Wahlen der Jahre 1928 bis 1930 in Karlsruhe untersucht wurden, vornehmlich im Hinblick auf die von der NSDAP dabei erzielten Ergebnisse, sollen nun die Wählerwanderung zur NSDAP sowie die soziale Zugehörigkeit ihrer Wähler erörtert werden. Der Verfasser ist sich dabei der Schwierigkeiten, zu einigermaßen gesicherten Aussagen zu kommen, durchaus bewußt. Dennoch dürfte das erschlossene Datenmaterial ausreichen, um zu hinreichend genauen Aussagen über Wähler und Wählerbewegungen zu gelangen. Hierbei steht ausschließlich das Karlsruher Material im Vordergrund, hat doch die bisherige Wahlforschung gezeigt, daß regionale Untersuchungsergebnisse nicht ohne weiteres Rückschlüsse auf größere Gebiete, geschweige denn auf das ganze Reichsgebiet, zulassen. Daß die Regionalforschung gleichwohl, wie bereits in der Einleitung erwähnt, einen wichtigen Beitrag zur Erforschung des Nationalsozialismus zu liefern vermag, steht außer Frage.

Die Beschränkung auf die Untersuchung der Wählerbewegung bzw. auf Fragen nach der sozialen Herkunft der NSDAP-Wähler in Karlsruhe ist in erster Linie in der Quellenlage begründet. Im Rahmen der hier vorliegenden Arbeit müssen weitere Fragen unberücksichtigt bleiben. Das gilt für Fragen nach der Bedeutung der Ortsgruppe ebenso wie für die Mitgliederstruktur der NSDAP. Desgleichen bleibt der Aspekt der Parteiunterstützung durch die lokalen Eliten unberücksichtigt sowie Fragen nach örtlichen politischen Traditionen bzw. sozialpsychologischen Milieubedingungen. Bestenfalls Vermutungen können über die Motivationen der NSDAP-Wähler geäußert werden, da aus dieser Zeit kein geeignetes Umfragematerial vorliegt.

Im Folgenden soll demgemäß die Wahlentwicklung der einzelnen Parteien aus den acht untersuchten Wahlbezirken Karlsruhes verglichen werden. Dies waren Wahlkreise mit auffällig hohem bzw. niedrigem Anteil an

NSDAP-Wählern. Im Anschluß daran wird die Sozialstruktur dieser Bezirke näher zu untersuchen sein, um aufgrund möglicher Übereinstimmungen zu Aussagen über die soziale und parteipolitische Herkunft der Wähler der NSDAP zu kommen.

Die Wahlentwicklung in den Bezirken 60, 80, 82 und 84, diejenigen Wahlbezirke also mit einem auffallend niedrigen NSDAP-Stimmenanteil, soll nun zunächst zusammenfassend beschrieben werden.

Bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 war die SPD in drei von vier Wahlbezirken mit jeweils großem Abstand die stärkste politische Kraft. Im Bezirk 82 hatte die SPD mit 63.93% der Stimmen ihre Hochburg in Karlsruhe. Ebenfalls in einem dieser vier Wahlbezirke, nämlich im Bezirk 60, hatte die KPD mit 44.44% der Stimmen ihre Hochburg, während sie in den übrigen Wahlbezirken Ergebnisse erzielte, die denen des Karlsruher Gesamtergebnisses ungefähr entsprachen. Wie die beiden zuvor genannten Parteien, so hatte auch das Zentrum seine Hochburg in einem dieser Wahlbezirke, und zwar im Bezirk 84. Dort erhielt diese Partei 41.11%, während in den drei übrigen Bezirken die Ergebnisse des Zentrums deutlich unter dem Karlsruher Resultat lagen. Die DDP, die DNVP und die DVP blieben in allen vier Wahlbezirken weit unter ihren jeweiligen, in Karlsruhe erreichten, Stimmenanteilen zurück. Völlig unbedeutend war die NSDAP in allen vier Wahlkreisen.

Ein Jahr später, bei der Landtagswahl am 27. Oktober 1929, war die SPD nur noch in zwei der vier Wahlbezirke stärkste Partei, dort allerdings immer noch mit großem Abstand, trotz der Verluste, die die Sozialdemokraten hatten hinnehmen müssen. Die Hochburg der Karlsruher SPD blieb weiterhin der Wahlbezirk 82. Die KPD erreichte in den Wahlkreisen 80, 82 und 84 ihr Karlsruher Durchschnittsergebnis und konnte trotz eines Verlusts von 10% ihre Hochburg im Wahlbezirk 60, allerdings nur noch sehr knapp vor den Sozialdemokraten, verteidigen. Das Zentrum erzielte in den Wahlbezirken 60, 80 und 82 zwar bei weitem nicht das Karlsruher Ergebnis, konnte aber überall den positiven Trend, den die Partei bei dieser Wahl hatte, auch hier bestätigen. Wie

schon 1928, so war auch dieses Mal der Wahlbezirk 84 die Hochburg des Zentrums, die sogar noch ausgebaut werden konnte. Auch bei dieser Landtagswahl blieben DVP, DDP und DNVP in diesen vier Wahlkreisen ohne Einfluß. Die NSDAP konnte durchschnittlich zwar etwas mehr als 2% dazugewinnen, lag aber dennoch in allen Wahlbezirken deutlich unter dem Gesamtergebnis in Karlsruhe von 11%. Das beste Resultat erzielten die Nationalsozialisten im Wahlbezirk 60, wo sie 6.02% der Stimmen erhielten.

Bei den im Jahr darauf folgenden Reichstagswahlen vom 14. September 1930 konnten die Sozialdemokraten ihre Spitzenposition trotz eines weiteren Stimmenrückgangs behaupten. Ihre Hochburg lag wie schon zuvor im Wahlbezirk 82. Der große Gewinner dieser Reichstagswahl war in den Bezirken 60, 80, 82 und 84 die KPD. Die Kommunisten konnten sich stark verbessern und erzielten in allen Bezirken über 10% der Stimmen. Mit 41.92% gelang es der Partei, auch im Wahlbezirk 60 ihre Hochburg wieder zu festigen und das Ergebnis von 1928 fast wieder zu erlangen. Das Zentrum blieb in seinen Wahlergebnissen relativ stabil und konnte trotz eines deutlichen Stimmenverlusts seine Hochburg im Wahlbezirk 84 erhalten. DVP, DDP (sie kandidierten als Einheitsliste) und DNVP verloren auch in diesen Wahlbezirken weiter an Boden und vermochten in diesen Stimmbezirken, wie im übrigen Karlsruhe, ihren Niedergang nicht aufzuhalten. Die NSDAP war in diesen Wahlkreisen zwar in der Lage, ihre Stimmenanteile erheblich zu vergrößern, die Zugewinne von 15% allerdings, die die Nationalsozialisten in Karlsruhe erzielten, lagen hier weit darunter. Ihre Ergebnisse beliefen sich zwischen 14 und 16%, d.h. um mehr als 10% unter dem Karlsruher Gesamtergebnis. Bereits wenige Wochen nach dieser Reichstagswahl wurde in Karlsruhe erneut gewählt. Bei der Kommunalwahl am 16. November 1930 konnten die Sozialdemokraten weitere Verluste verhindern und sogar wieder Stimmenanteile hinzugewinnen. Traditionsgemäß hielt die SPD ihre Hochburg im Wahlbezirk 82, wo die Partei mehr als die Hälfte der Wählerstimmen, nämlich 51.15% erhielt. Ebenfalls schon traditionell, lag die Hochburg des Zentrums im Wahlbezirk 84, wo es 40.38% der

Wähler für sich gewinnen konnte. In den drei übrigen Bezirken blieb das Ergebnis des Zentrums zwar stabil, fiel aber, wie bei den Wahlen zuvor, unterdurchschnittlich aus. Wie SPD und Zentrum so konnten auch die Kommunisten ihre Hochburgen ausbauen. Im Wahlbezirk 60 erreichten sie 46.99% der Stimmen. In den übrigen Bezirken gewann die KPD ebenfalls deutlich hinzu. Im Gegensatz zu den zuvor genannten Parteien mußten die Nationalsozialisten schon bei dieser Wahl Einbußen hinnehmen. In den Bezirken 82 und 84 sank ihr Anteil sogar unter 10%. Die DVP, die Deutsche Staatspartei und die DNVP konnten teilweise nicht einmal mehr 1% der Wähler für sich gewinnen.

Zieht man nun den Vergleich der Wahlentwicklung in diesen vier Bezirken, so lassen sich folgende Besonderheiten feststellen:

1. Innerhalb von zwei Jahren verloren die Sozialdemokraten durchschnittlich 10% ihrer Stimmen. Trotz dieser Verluste blieb die SPD in den Bezirken 80 und 82 die mit Abstand stärkste Partei. Ihre Hochburg hatten die Sozialdemokraten traditionsgemäß im Wahlbezirk 82.

2. Das Zentrum blieb über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg relativ stabil. Seine Hochburg hatte das Zentrum im Stimmbezirk 84, in den übrigen Bezirken lagen die Ergebnisse der Partei zum Teil deutlich unter dem Karlsruher Durchschnitt.

3. DDP, DVP und DNVP schnitten in den Wahlbezirken mit niedrigem NSDAP-Anteil traditionsgemäß schlecht ab und lagen dort klar unter den Karlsruher Durchschnittsergebnissen, wobei sie bei den Kommunalwahlen am 16. November 1930 teilweise sogar unter 1% sanken.

4. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten konnten sich die Kommunisten im Laufe des Untersuchungszeitraums in allen vier Wahlbezirken deutlich verbessern und wohl den größten Teil der SPD-Verluste auffangen. Im Wahlbezirk 60 hatte die KPD ihre Karlsruher Hochburg, wo sie am 16. November 46.99% der Stimmen für sich verbuchen konnte.

5. Auch die Nationalsozialisten waren im Laufe der vier untersuchten Wahlen in der Lage, sich zu verbessern, doch konnten sie in keinem der

Wahlbezirke auch nur annähernd ihr Karlsruher Durchschnittsergebnis erzielen. Ob die NSDAP auch von den Verlusten der SPD direkt profitierte, oder ob ein Austausch der Stimmen zwischen SPD - KPD - NSDAP stattfand, läßt sich mit den in der vorliegenden Arbeit angewandten Methoden nicht nachweisen.

Da für diese Untersuchung nicht nur die parteipolitische, sondern auch die soziale Herkunft der NSDAP-Wähler von großem Interesse ist, soll nun im folgenden eine kurze Beschreibung der Sozialstruktur der Wahlbezirke mit auffallend geringem NSDAP-Stimmenanteil gegeben werden, um mögliche Gemeinsamkeiten aufzuzeigen, aus denen dann Rückschlüsse auf die soziale Herkunft der Wähler, die die NSDAP nicht wählten, gezogen werden können. Der Einordnung der Wähler in einzelne Gruppen liegt folgende Einteilung zugrunde:

1. Gewerbetreibende.
2. Akademiker.
3. Beamte.
4. Angestellte.
5. Arbeiter und Handwerker.
6. Im Ruhestand Lebende (unterschieden nach Pensionären, Rentnern und Privatiers).
7. Sonstige.

Wahlbezirk 60

Gewerbetreibende	6,31%
Akademiker	0,21%
Beamte	1,68%

Angestellte	10,10%
Arbeiter und Handwerker Arbeiter)	63,15% (davon 37,26%
Im Ruhestand Lebende	
Sonstige Rentner)	17,04% (davon 13,68%
	1,5%

Wahlbezirk 80

Gewerbetreibende	6,23%
Akademiker	1,18%
Beamte	1,78%
Angestellte	9,27%
Arbeiter und Handwerker Arbeiter)	68,53% (davon 35,9% Ar-
Im Ruhestand Lebende rentner)	12,75% (davon 10% Rent-
Sonstige	0,26%

Wahlbezirk 82

Gewerbetreibende	5,18%	
Akademiker	0,43%	
Beamte	0,86%	
Angestellte	7,55%	
Arbeiter und Handwerker	65,44%	(davon 44,06%
	Arbeiter)	
Im Ruhestand Lebende	12,94%	(davon 11,87%
	Rentner)	
Sonstige	7,06%	

Wahlbezirk 84

Gewerbetreibende	5,18%
Akademiker	0,43%
Beamte	0,86%
Angestellte	7,55%

Arbeiter und Handwerker Arbeiter)	65,44%	(davon 44,06%
Im Ruhestand Lebende Rentner)	12,94%	(davon 11,87%
Sonstige	7,06%	

Beim Vergleich der Sozialstruktur dieser vier Wahlbezirke fällt deutlich eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf. Besonders gravierend ist der sehr hohe Anteil der Arbeiter und Handwerker an der Gesamtbevölkerung, ebenso wie der niedrige Anteil der Gewerbetreibenden, der Akademiker und der Beamten, sowie der Bevölkerungsanteil der Angestellten. Bei den im Ruhestand Lebenden sind die Rentner anteilmäßig am stärksten vertreten.

Aus dem Vergleich der Wahlentwicklung sowie der Sozialstruktur der Wahlbezirke mit besonders niedrigem NSDAP-Anteil kann nun der Idealtypus des Karlsruher NSDAP-Nichtwählers konstruiert werden. Die Ergebnisse bezüglich der Karlsruher NSDAP-Nichtwähler führen zu dem Schluß, daß die NSDAP bei traditionell SPD, KPD und Zentrum wählenden Arbeitern und Handwerkern die geringste Unterstützung finden konnte.

Nach der vorausgegangenen Beschreibung der Wählerbewegung sowie der Sozialstruktur in den Wahlkreisen mit besonders geringem Stimmenanteil der NSDAP und der damit verbundenen Charakterisierung der NSDAP-Nichtwähler, sollen nun abschließend die Wählerbewegung und die Sozialstruktur der Wahlkreise betrachtet werden, die durch einen außerordentlich hohen Stimmenanteil der Nationalsozialisten gekennzeichnet sind, um daraus eine Typisierung der NSDAP-Wähler zu erstellen.

Bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 blieb die NSADP auch in den Wahlbezirken 16, 23, 32 und 36, in den Bezirken also, die in der Folge zu Hochburgen dieser Partei werden sollten, nur eine relativ unbedeutende Gruppierung. Ihre Stimmenanteile lagen zwischen 3 und 4%, womit sie allerdings schon deutlich über dem Karlsruher Durchschnittsergebnis lagen. Die DVP war bei dieser Reichstagswahl, außer im Wahlkreis 36, die stärkste Partei. Ihr bestes Ergebnis erzielte sie mit 27.06%. Auch die DDP und die DNVP erreichten in diesen Bezirken weit mehr Stimmen als im Karlsruher Durchschnitt. Das Zentrum wich in diesen vier Wahlbezirken nur um wenige Prozentpunkte von seinem Gesamtergebnis ab. Besonders auffällig ist in den oben genannten Wahlkreisen das Abschneiden der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD. Die Sozialdemokraten lagen um mehr als die Hälfte unter ihrem in Karlsruhe erzielten Ergebnis, während die Kommunisten völlig unbedeutend blieben.

Bereits bei der Landtagswahl vom 27. Oktober 1929 mußte die DVP in eben diesen Wahlbezirken deutliche Verluste hinnehmen. Diese beliefen sich zum Teil auf mehr als 10%, wobei es der Partei trotzdem gelang, ihre Spitzenposition in den Wahlbezirken 16, 23, und 32 zu halten. Die DDP ging in ihrem Stimmenanteil nur unwesentlich zurück und lag mit ihren Ergebnissen weiterhin klar über dem Karlsruher Gesamtergebnis. Der große Verlierer dieser Wahl war die DNVP, die fast 50% ihrer Stimmen einbüßte. Erhebliche Gewinne konnte das Zentrum bei dieser Landtagswahl für sich verbuchen, womit es den allgemeinen Trend dieser Wahl auch in diesen Bezirken bestätigen konnte. Bei der SPD hielten sich Gewinne und Verluste die Waage, was gleichbedeutend damit war, daß die Partei weiterhin deutlich unter ihrem Karlsruher Gesamtergebnis blieb. Der große Gewinner dieser Wahl war die NSDAP, die ihren Stimmenanteil annähernd verfünffachen konnte und mit 18.48% ihr bestes Ergebnis im Wahlbezirk 36 erzielte. Somit war die NSDAP schon 1929 in diesen Wahlkreisen stärker als DNVP und DDP.

Bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 wurde die NSDAP in allen vier Stimmbezirken mit großem Abstand stärkste Partei, wobei sie in den Bezirken 23, 32 und 36 weit über 30% der Stimmen erhielt. Wie bei der Landtagswahl im Vorjahr mußten DVP und Deutsche Staatspartei, die diesmal gemeinsam als Einheitsliste kandidierten, wiederum deutliche Stimmenverluste hinnehmen und gewannen keinen der Wahlbezirke mehr für sich. Ebenso wie die Einheitsliste, so mußte auch die DNVP noch einmal große Stimmeneinbußen verzeichnen, was einem Abstieg in die Bedeutungslosigkeit gleichkam. Trotz leichter Zugewinne blieb die KPD in allen vier Wahlbezirken unter 5%. Die Sozialdemokraten und das Zentrum konnten ihre Stimmenanteile in den Wahlkreisen 16, 23, 32 und 36 stabil halten, wobei die SPD mit ihren jeweiligen Resultaten eindeutig unter ihrem Gesamtergebnis von 24.2% blieb.

Zwei Monate nach der Reichstagswahl gelang es der NSDAP bei den Kommunalwahlen vom 16. November, die meisten Wähler zu mobilisieren und ihren Stimmenanteil noch einmal zu erhöhen. In allen vier Wahlbezirken erzielten die Nationalsozialisten Ergebnisse, die deutlich jenseits der 40%-Marke lagen. Im Vergleich hierzu sei noch einmal an das Gesamtergebnis erinnert, das 31.8% betrug. Wie schon bei den vorausgegangenen Wahlen konnte das Zentrum seinen Stimmenanteil behaupten und blieb somit stabil. Die SPD mußte leichte Verluste hinnehmen und war damit nicht in der Lage, sich in diesen, traditionsgemäß schlechten Wahlbezirken, zu verbessern. Die DVP und die Deutsche Staatspartei erreichten in ihren ehemaligen Hochburgen gerade noch ihre Karlsruher Durchschnittsergebnisse. Die Kommunisten blieben auch bei dieser Wahl ohne jede Bedeutung. Wie die Untersuchungen der einzelnen Wahlen gezeigt haben, lassen sich durchaus Parallelen in der Wahlentwicklung der Bezirke 16, 23, 32 und 36 aufzeigen, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

1. Die NSDAP konnte innerhalb von zweieinhalb Jahren ihren Stimmenanteil von unter 5% auf weit über 40% steigern.

2. Die Sozialdemokraten verloren im Untersuchungszeitraum circa 5% ihrer Stimmen, blieben also relativ stabil. Die Ergebnisse der SPD lagen in allen Bezirken und bei allen Wahlen deutlich unter dem Karlsruher Gesamtergebnis der Partei.

3. Die KPD blieb in allen vier Wahlkreisen erheblich hinter ihren in Karlsruhe erzielten Resultaten zurück. Beide Arbeiterparteien schnitten somit in allen vier Bezirken traditionsgemäß schlecht ab.

4. Außer im Wahlbezirk 23, wo das Zentrum im Untersuchungszeitraum 9% seiner Stimmen verlor, war die Partei im wesentlichen stabil. Die Ergebnisse, die sie dabei jeweils erreichte, stimmten in etwa mit den Karlsruher Durchschnittsergebnissen überein.

5. Die DNVP verlor in allen Wahlkreisen deutlich an Stimmen, wobei die Verluste in drei der vier Bezirke über 10% lagen.

6. Die DDP mußte ebenso wie die DNVP große Einbußen hinnehmen, die sich zum Teil auf weit über 10% beliefen.

7. Wie die beiden zuletzt genannten Parteien, so konnte auch die DVP ihren Niedergang nicht verhindern, wobei die Verluste dieser Partei noch deutlich über denen von DDP und DNVP lagen. So fiel die DVP im Wahlbezirk 16 von 27.06% auf 3.98%, im Bezirk 23 von 27.06% auf 7.85%. Der Stimmenrückgang in den beiden anderen Bezirken ist vergleichbar.

Nutznießer der hohen Stimmenverluste von DDP, DNVP und vor allem der DVP waren mit großer Wahrscheinlichkeit die Nationalsozialisten, womit die Frage nach der Wählerwanderung zur NSDAP beantwortet ist.

Zum Abschluß der Untersuchung soll nun für die Bezirke mit besonders hohem NSDAP-Anteil analysiert werden, welche Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Wählern bestehen. Nach der oben angeführten Einteilung gliedern sich die Wahlbezirke 16, 23, 32 und 36 wie folgt:

Wahlbezirk 16

Gewerbetreibende	7,79%
Akademiker	12,05%
Beamte	19,55%
Angestellte	20,00%
Arbeiter und Handwerker	12,63% (davon 1,61% Arbeiter)
Im Ruhestand Lebende	20,72% (davon 9,11 Pensionäre)
Sonstige	7,26%

Wahlbezirk 23

Gewerbetreibende	8,37%
Akademiker	17,80%
Beamte	16,23%
Angestellte	22,25%
Arbeiter und Handwerker	12,56 (davon 3,37% Arbeiter)

Im Ruhestand Lebende	15,04 (davon 8,11% Pensionäre)
Sonstige	7,75

Wahlbezirk 32

Gewerbetreibende	12,24%
Akademiker	13,97%
Beamte	7,06%
Angestellte	20,25%
Arbeiter und Handwerker	14,43% (davon 3,13% Arbeiter)
Im Ruhestand Lebende	26,36% (davon 8% Pensionäre, 9% Privatiers)
Sonstige	5,69%

Wahlbezirk 36

Gewerbetreibende	13,49%
Akademiker	6,84%

Beamte	7,03%
Angestellte	19,58%
Arbeiter und Handwerker	23,57% (davon 4,75% Arbeiter)
Im Ruhestand Lebende	23,75%
Sonstige	5,74%

Diese Übersicht zeigt, daß in der Sozialstruktur der Wahlbezirke mit hohem NSDAP-Anteil durchaus Übereinstimmungen bestehen. Auffällig ist in diesen Wahlkreisen der durchgängig hohe Anteil von Gewerbetreibenden, Akademikern und Beamten ebenso wie der Angestellten, also Personen, die der Mittel- vor allem aber der Oberschicht zuzurechnen sind. Zu diesen beiden Gruppen sind auch teilweise Pensionäre, insbesondere aber die Privatisierten zu zählen, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung in diesen Stimmbezirken gleichfalls überdurchschnittlich hoch ist. Handwerker und in besonderem Maße Arbeiter sind hier weit unterdurchschnittlich repräsentiert.

Die Feststellung, Angehörige der Mittel- und Oberschicht hätten NSDAP gewählt, Arbeiter aber nicht, läßt sich hieraus jedoch nicht eindeutig ableiten, die soziale Basis der NSDAP-Wählerschaft war, wie die Wahlforschung zeigt, sicherlich breiter. Aus der Zusammenfassung der Wahlentwicklung und der Sozialstruktur der Wahlbezirke mit hohem NSDAP-Anteil läßt sich aber dennoch eine Aussage über die soziale Herkunft der Karlsruher NSDAP-Wähler treffen und gleichfalls ein Idealtypus derselben konstruieren. Die Untersuchungen dieser Arbeit führen zu dem Ergebnis, daß die NSDAP ihr

Wählerpotential vor allem aus der Gruppe der Beamten und Angestellten schöpfte, desgleichen sind in großem Maße Gewerbetreibende und selbst Akademiker zu den Wählern der Nationalsozialisten zu rechnen. Folglich gehörte der idealtypische NSDAP-Wähler in Karlsruhe zur Mittel- oder aber zur Oberschicht, z.T. mit akademischer Bildung, und war ehemals Wähler der DVP, teilweise auch der DDP oder der DNVP.

Die sozialstrukturelle Herkunft der Karlsruher NSDAP-Wähler läßt sich somit hinreichend klären, über deren Motivationen können aufgrund der vorliegenden Untersuchungen nur Vermutungen angestellt werden.

Die Stadt Karlsruhe war von Beginn der Weimarer Republik an mit starken politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert, die vorausgegangen ausführlich beschrieben worden sind. Trotz all dieser Schwierigkeiten, auch in der Hyperinflation 1923, verloren die demokratischen Parteien kaum an Stimmen. Mit der Weltwirtschaftskrise 1929 begann dann die politische Radikalisierung, d.h. die Hinwendung zu NSDAP und KPD. Selbstverständlich waren die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ungleich größer als die der Inflation des Jahres 1923. Was aber nun zur wirtschaftlichen Krise hinzukam und sicherlich zur politischen Radikalisierung mit beitrug, war eine Regierung unter Reichskanzler Heinrich Brüning, die auf der einen Seite durch ihre verfehlte Wirtschaftspolitik die Krise verschärfte und damit für viele Wähler den Eindruck erweckte, nichts gegen das zunehmende Elend zu tun – die durch die Reichsgesetzgebung zum Scheitern verurteilten Versuche der Krisenbewältigung in Karlsruhe sind hierfür nur ein Beispiel - , und auf der anderen Seite deutlich sichtbar begann, das parlamentarische System zu zerstören. So wurde ein Prozeß der Gewöhnung an undemokratische Regierungspraxis in Gang gesetzt.

Ihre Erfolge erzielte die NSDAP mit einem immer radikaler, ja immer brutaler werdenden Auftreten. Sachliche Argumente und Kompetenz, dies zeigte schonungslos der Karlsruher Kommunalwahlkampf, fehlten dieser Partei voll und ganz. Es konnten also nicht die Konzepte dieser Partei sein, die

zur Behebung der Not hätten führen können und somit die Zustimmung zahlreicher Wähler rechtfertigte. Wer dieser Partei seine Stimme gab, entschied sich nicht für etwas, sondern dagegen, gegen Demokratie und Republik. Die NSDAP war die Partei des "anti": antidemokratisch, antiparlamentarisch, anti-sozialistisch, antikommunistisch, antikapitalistisch, antikirchlich, antisemitisch. Jeder, der irgendeiner gesellschaftlichen Gruppe die Schuld am Zustand der Republik und an der eigenen Not geben wollte, fand somit einen Grund NSDAP zu wählen mit dem einzigen Ziel: die Zerstörung der Demokratie.

VII Anhang

VII.1. Die Wahlergebnisse im Reich⁴²¹, in Baden⁴²² und Karlsruhe⁴²³ im Vergleich

⁴²¹Die Wahlergebnisse sind entnommen: Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, S.252f.

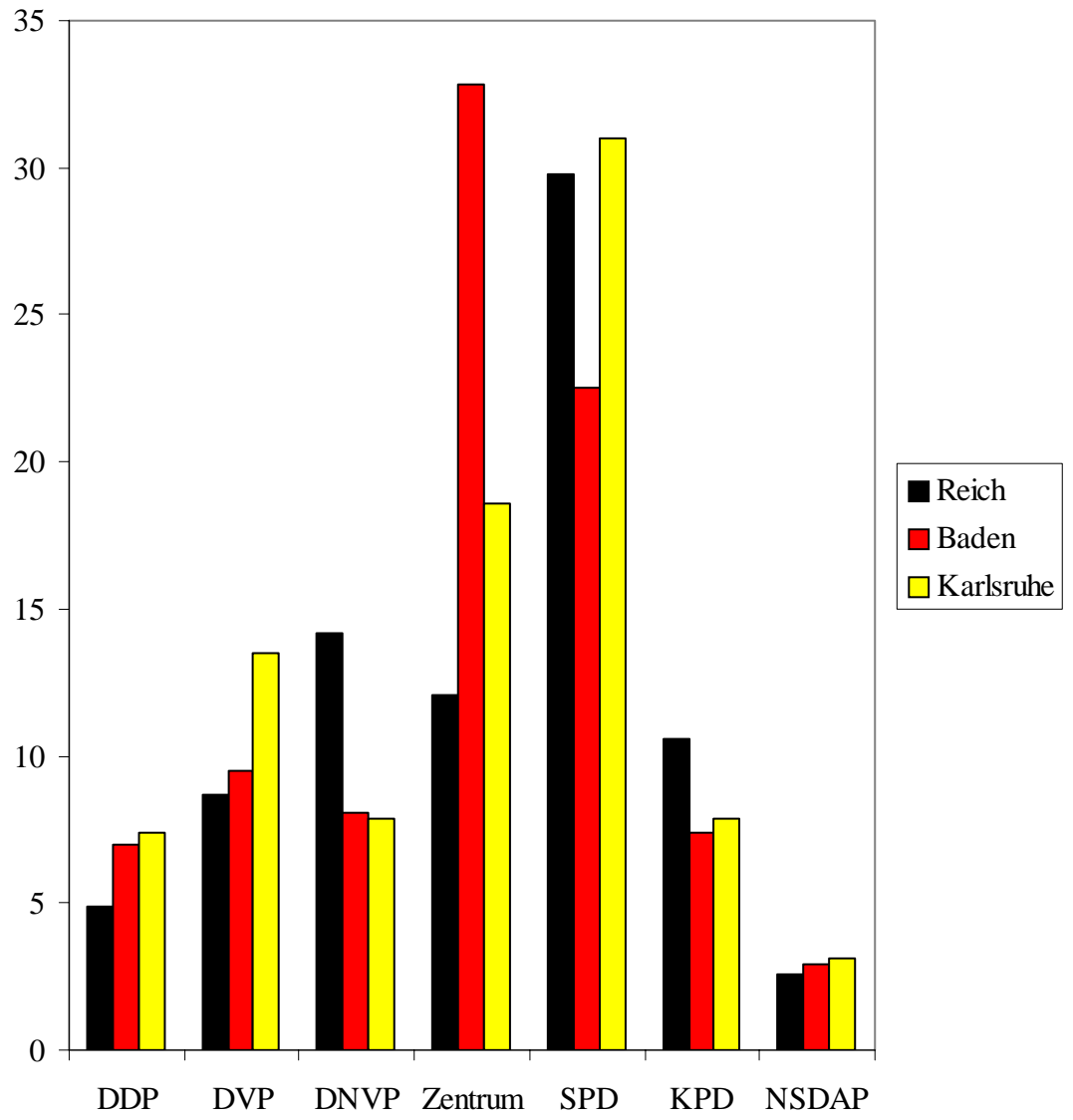
⁴²² Die Wahlergebnisse sind entnommen: Veröffentlichungen des Badischen Statistischen Landesamtes zur jeweiligen Wahl.

⁴²³Die Wahlergebnisse (in absoluten Zahlen) der einzelnen Wahlbezirke sind entnommen: "Der Volksfreund" 21.5.1928, 28.10.1929, 15.9.1930, 17.11.1930.

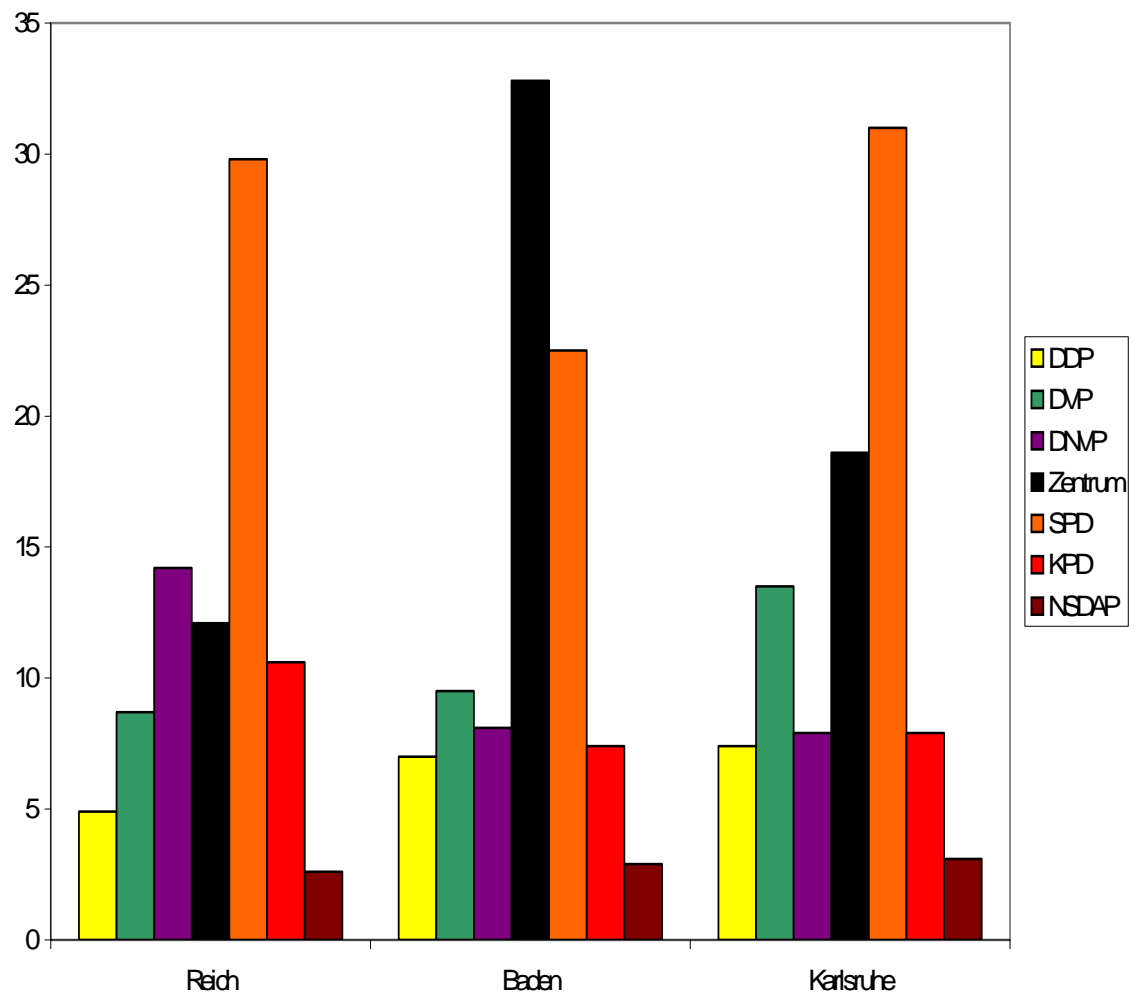
VII.1.1. Die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 (Ergebnisse in %)

	Reich	Baden	Karlsruhe
DDP	4,9	7	7,4
DVP	8,7	9,5	13,5
DNVP	14,2	8,1	7,9
Zentrum	12,1	32,8	18,6
SPD	29,8	22,5	31
KPD	10,6	7,4	7,9
NSDAP	2,6	2,9	3,1

Die Reichstagswahl vom 20.5.1928

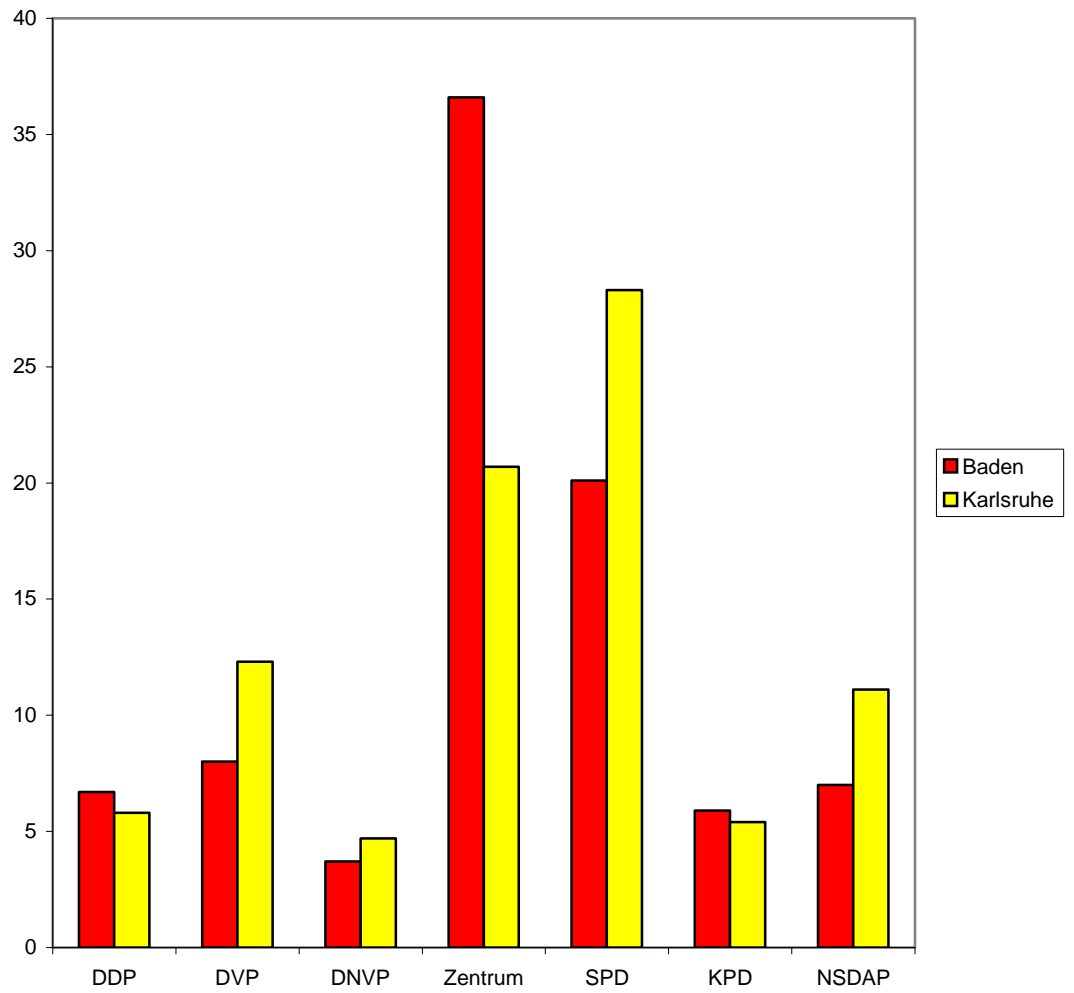


Die Reichstagswahl vom 20.5.1928

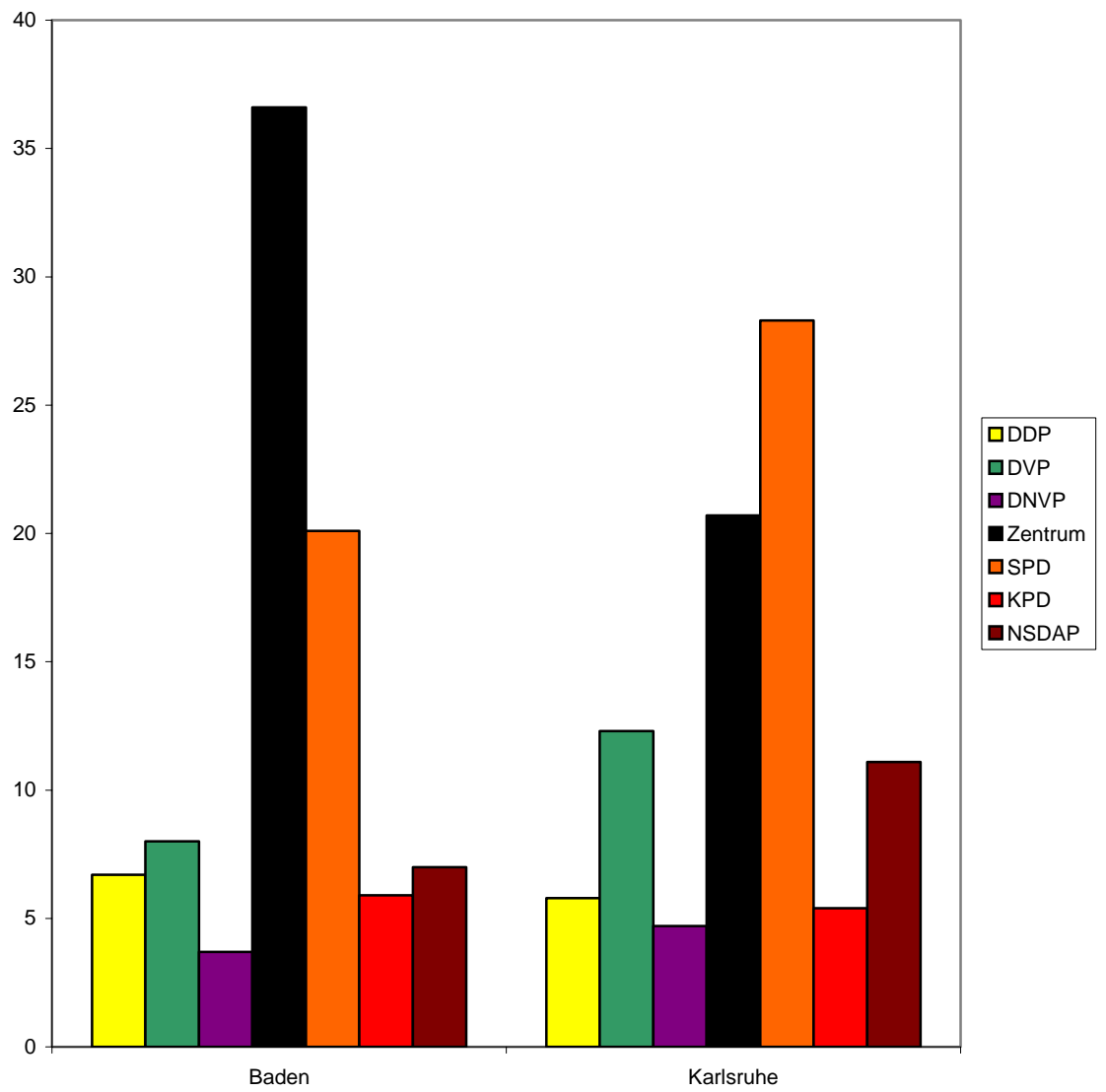


VII.1.2. Die Landtagswahl vom 27. Oktober 1929 (Ergebnisse in %)

	Baden	Karlsruhe
DDP	6,7	5,8
DVP	8	12,3
DNVP	3,7	4,7
Zentrum	36,6	20,7
SPD	20,1	28,3
KPD	5,9	5,4
NSDAP	7	11,1

Die Landtagswahl vom 27.10.1929 in Baden

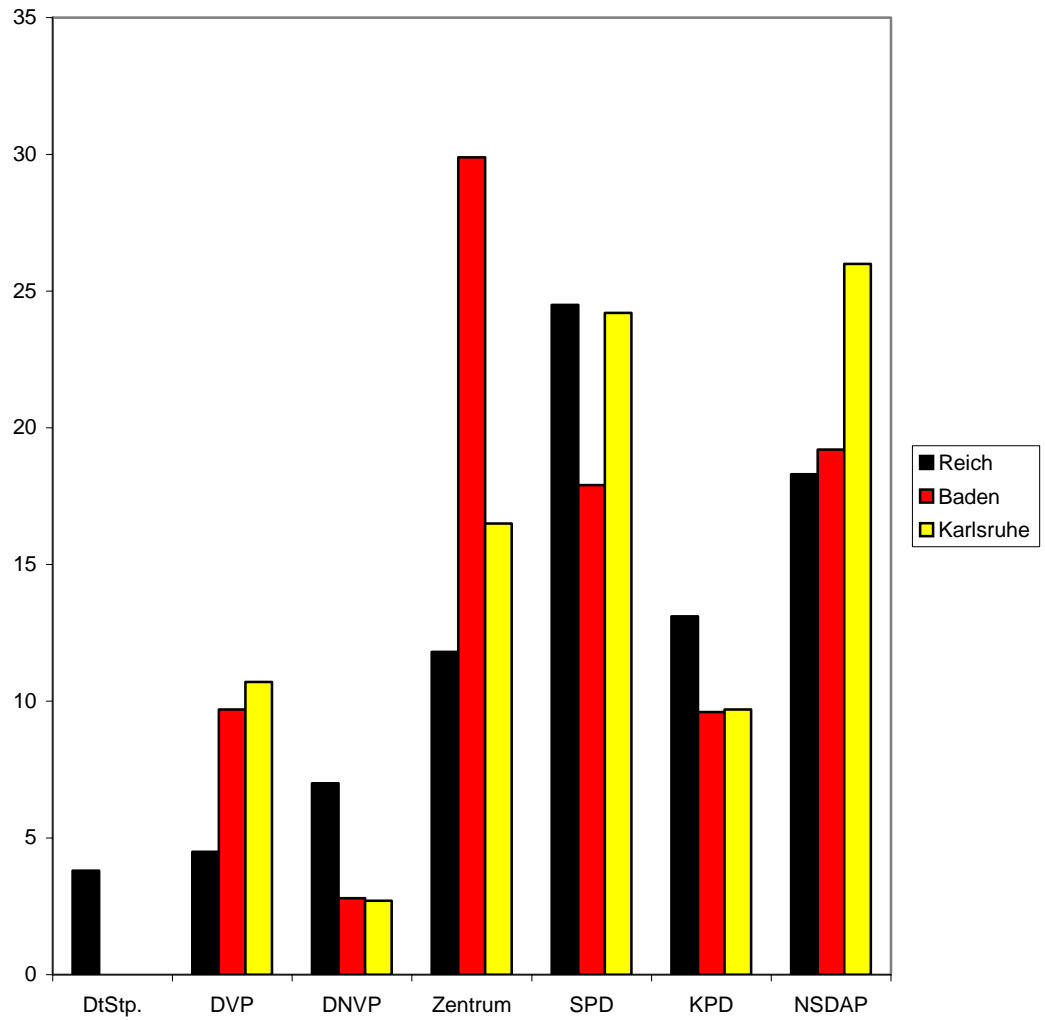
Die Landtagswahl vom 27.10.1929 in Baden



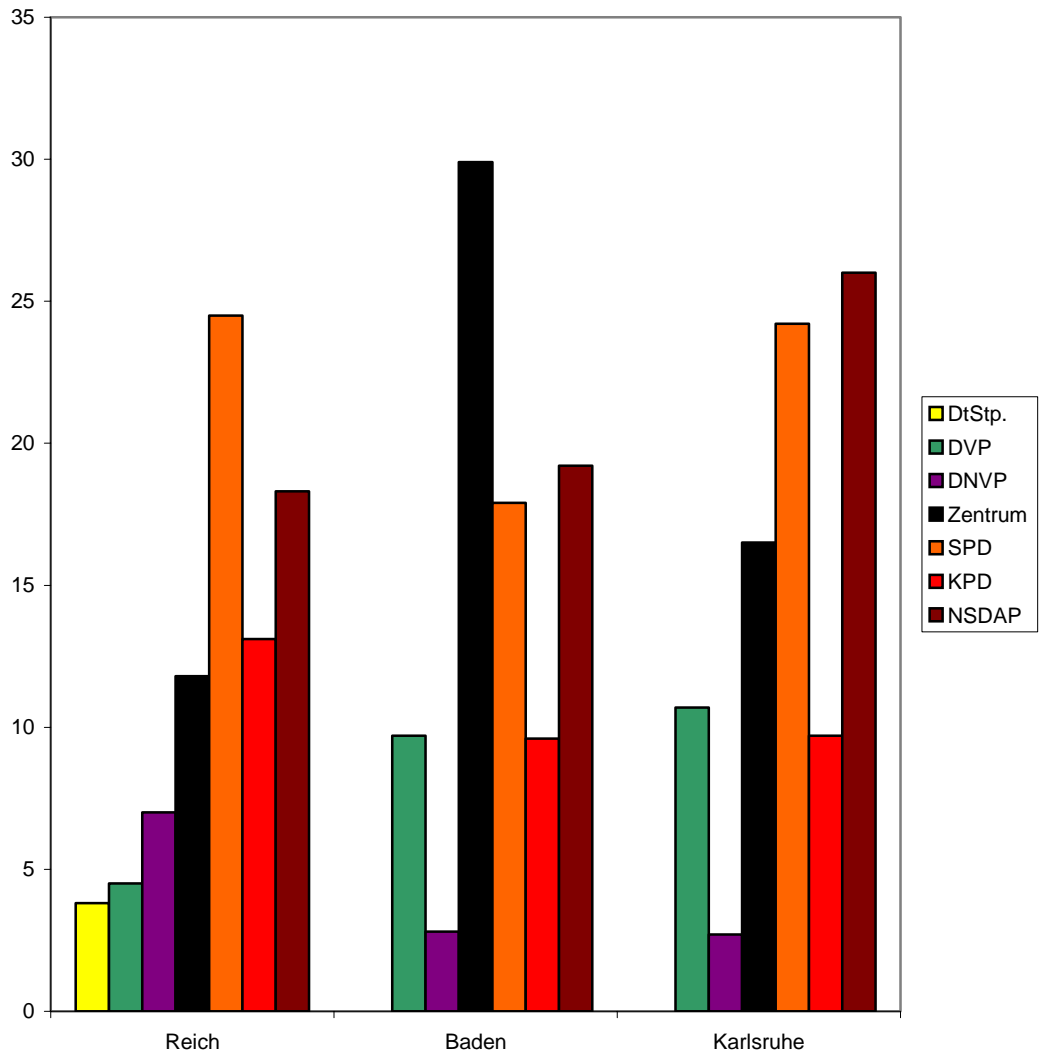
VII.1.3. Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 (Ergebnisse in %)

	Reich	Baden	Karlsruhe
DtStp.	3,8		
DVP	4,5	9,7	10,7
DNVP	7	2,8	2,7
Zentrum	11,8	29,9	16,5
SPD	24,5	17,9	24,2
KPD	13,1	9,6	9,7
NSDAP	18,3	19,2	26

Die Reichstagswahl am 14.9.1930

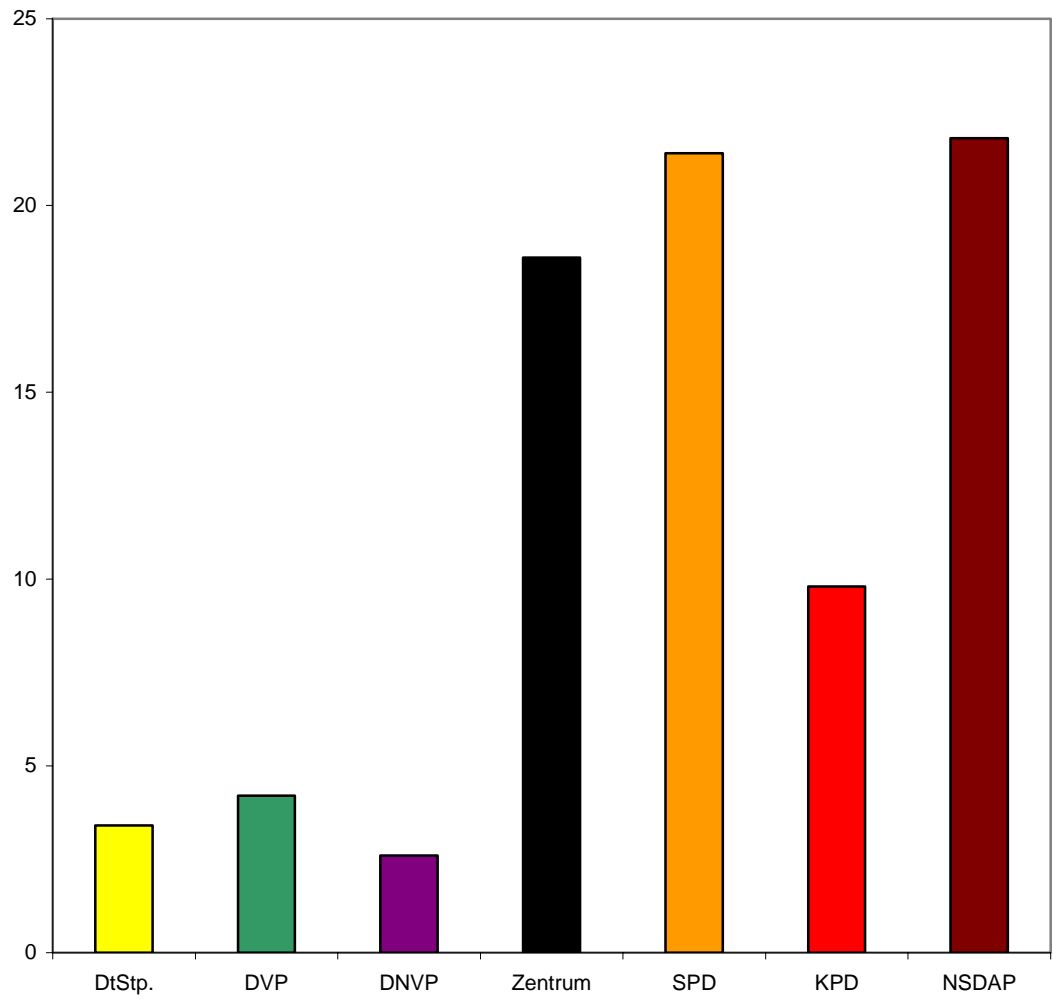


Die Reichstagswahl am 14.9.1930



VII.1.4. Die Kommunalwahlen vom 16. November 1930 (Ergebnisse in %)

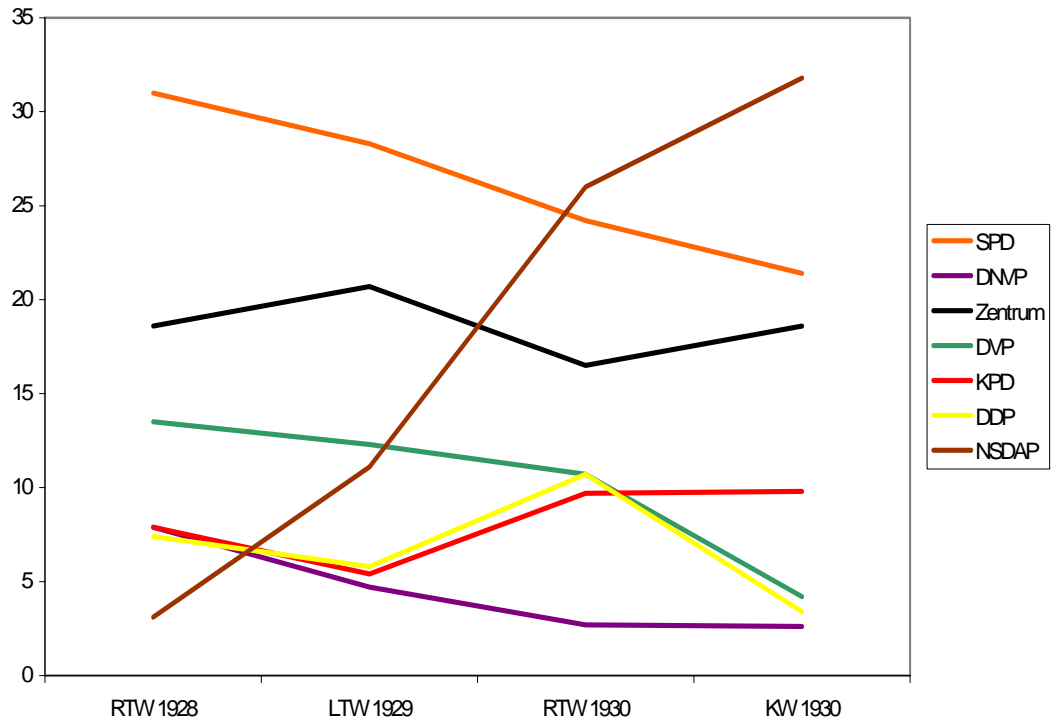
	Karlsruhe
DtStp.	3,4
DVP	4,2
DNVP	2,6
Zentrum	18,6
SPD	21,4
KPD	9,8
NSDAP	21,8

Die Kommunalwahl vom 16.11.1930 in Karlsruhe

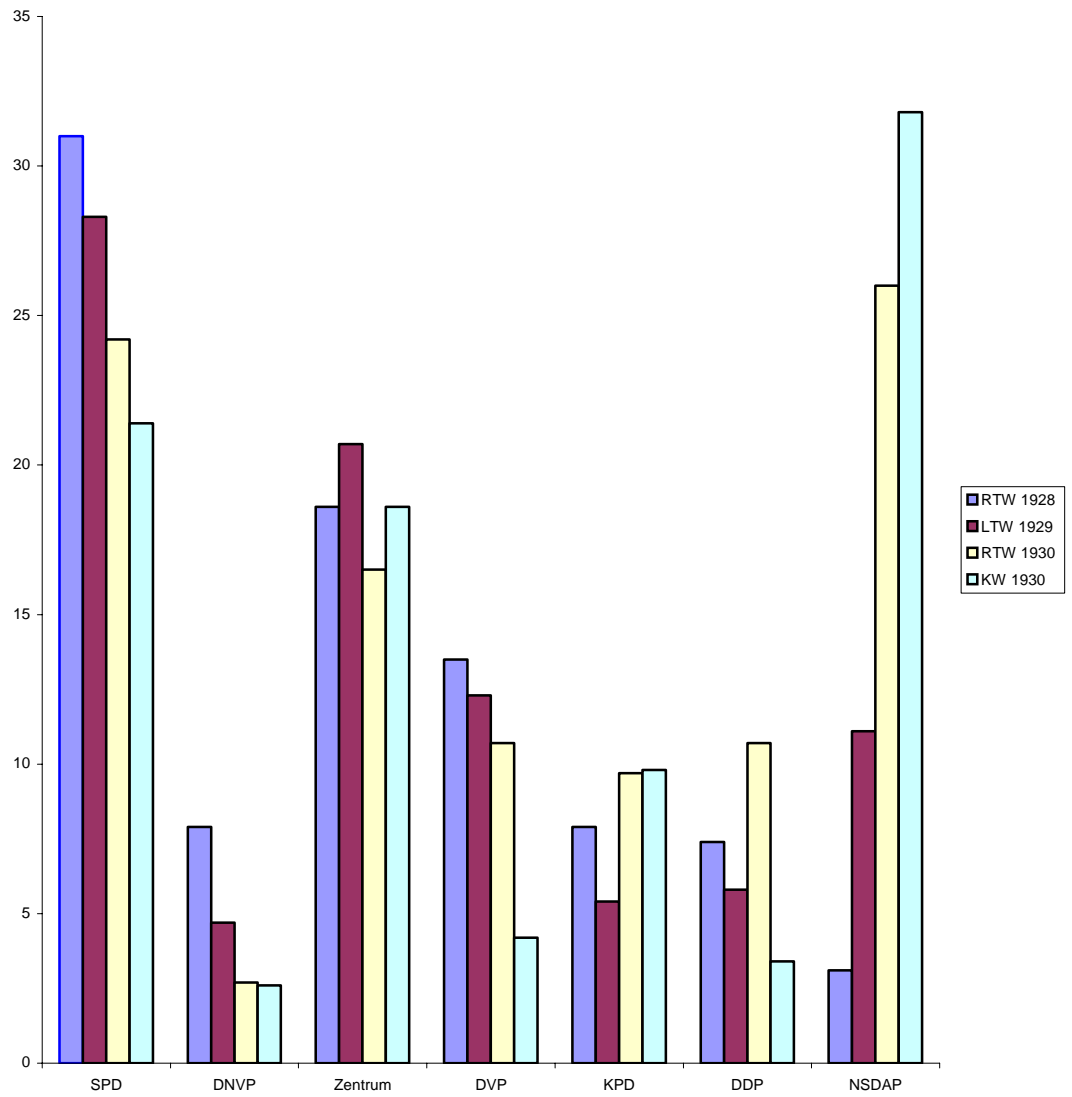
VII.2. Die Wahrentwicklung in Karlsruhe von 1928 – 1930

	RTW 1928	LTW 1929	RTW 1930	KW 1930
SPD	31	28,3	24,2	21,4
DNVP	7,9	4,7	2,7	2,6
Zentrum	18,6	20,7	16,5	18,6
DVP	13,5	12,3	10,7	4,2
KPD	7,9	5,4	9,7	9,8
DDP	7,4	5,8	10,7	3,4
NSDAP	3,1	11,1	26	31,8

Die Wahlentwicklung in Karlsruhe 1928 - 1930



Die Wahrentwicklung in Karlsruhe 1928-1930



VII.3. Die Wahrentwicklung der wichtigsten Parteien in Karlsruhe bei den Wahlen von 1928 – 1930 in den einzelnen Wahlbezirken

VII.3.1. Die Wahlergebnisse bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928 in den einzelnen Wahlbezirken (in %)

Wahl- bezirk Ges.- ergebnis	SPD	DNVP	Zentrum	DVP	KPD	DDP	NSDAP
	31,0	7,9	18,6	13,5	7,9	7,5	3,1
1	39,32	6,88	16,85	10,95	8,56	3,79	2,66
2	47,02	7,68	11,12	10,03	14,73	1,88	1,72
3	35,86	4,41	21,24	14,75	8,13	4,41	0,96
4	50,52	4,76	14,45	5,81	12,07	4,76	0,89
5	48,69	7,44	13,31	7,57	10,05	6,00	0,91
6	45,60	3,70	15,10	6,73	11,26	4,80	1,51
7	48,14	2,88	13,58	9,05	16,46	3,08	1,64
8	44,19	5,15	15,83	11,04	8,65	2,39	3,86
9	17,67	12,37	15,15	22,72	1,76	16,79	4,79
10	19,65	11,93	16,36	16,13	4,77	13,63	4,54
11	27,51	7,42	14,49	15,41	4,79	9,70	5,02
12	33,21	7,12	20,80	12,87	6,89	3,10	3,10
13	37,95	7,31	14,24	13,74	3,40	6,80	2,77
14	20,26	12,11	23,12	17,51	2,97	8,92	2,86
15	26,97	12,06	14,90	18,66	5,67	6,89	3,85
16	18,57	7,56	14,33	27,06	2,98	11,23	2,98
17	17,89	12,16	17,48	26,27	2,14	9,30	4,90
18	37,29	5,30	24,02	8,34	5,05	3,41	1,51
19	30,79	7,95	19,14	14,55	4,81	8,84	4,03
20	16,88	13,59	15,45	28,89	1,57	13,30	2,00

Wahl- bezirk	SPD	DNVP	Zentrum	DVP	KPD	DDP	NSDAP
21	22,04	11,02	18,11	22,17	2,88	13,51	4,06
22	10,31	14,02	16,54	30,57	0,95	14,86	2,99
23	9,08	12,01	24,40	27,06	1,19	12,01	4,49
24	14,51	11,04	17,99	25,06	3,47	10,91	3,59
25	34,38	6,16	17,94	14,10	6,30	7,12	4,24
26	16,64	12,02	22,85	21,07	1,07	8,09	4,52
27	19,31	8,43	21,63	21,90	2,31	7,48	5,44
28	19,64	6,70	18,08	20,47	3,35	13,53	3,83
29	15,11	11,62	18,99	23,64	2,06	10,72	3,87
30	12,45	9,55	19,83	27,44	1,69	14,99	3,86
31	20,90	14,00	14,59	22,38	3,64	10,45	2,01
32	15,02	11,56	15,35	24,00	4,21	12,00	4,64
33	21,41	11,50	18,06	18,06	5,32	8,66	1,23
34	24,84	7,47	18,33	16,04	10,01	6,87	3,13
35	17,45	25,00	13,73	17,45	4,57	7,67	2,22
36	20,81	12,97	15,94	19,32	5,40	6,08	3,78
37	26,85	11,74	17,67	21,05	4,45	12,14	3,50
38	20,16	17,01	16,43	15,73	5,01	10,13	4,31
39	20,57	9,46	17,96	14,95	7,13	12,62	6,99
40	23,48	10,22	19,82	15,02	6,81	11,48	5,05

Wahl- bezirk	SPD	DNVP	Zentrum	DVP	KPD	DDP	NSDAP
41	36,95	3,92	18,95	7,04	9,93	8,31	3,11
42	34,00	5,53	16,86	7,96	12,55	4,58	4,72
43	35,62	3,78	21,42	6,98	11,71	5,68	3,43
44	31,49	6,46	18,70	10,90	15,07	5,11	3,90
45	41,84	3,53	17,21	5,13	14,82	5,01	0,68
46	39,37	3,14	25,96	6,80	11,72	3,56	2,09
47	33,18	5,33	27,70	7,70	7,85	5,62	2,96
48	35,97	5,79	19,05	10,29	7,92	8,04	2,84
49	33,19	5,88	23,23	7,06	9,52	6,53	2,46
50	38,02	4,69	18,55	7,56	13,97	5,95	1,03
51	27,00	4,84	32,64	8,80	7,12	7,51	2,86
52	28,76	6,13	25,27	14,19	6,13	7,70	0,00
53	31,56	11,09	10,23	10,06	10,92	10,75	6,65
54	26,28	9,75	19,83	11,57	8,09	8,59	3,80
55	32,07	8,01	10,89	8,32	18,45	5,29	1,05
56	31,18	4,00	8,01	7,49	29,09	6,09	3,65
57	23,07	9,11	12,25	18,80	6,26	13,10	5,27
58	28,83	8,16	18,38	12,07	12,07	5,54	4,46
59	31,22	6,80	10,81	7,41	24,26	6,02	1,85
60	30,62	2,06	8,39	3,22	44,44	1,80	1,67

Wahl- bezirk	SPD	DNVP	Zentrum	DVP	KPD	DDP	NSDAP
61	36,30	5,08	15,25	6,77	19,77	2,96	2,68
62	30,08	5,28	21,81	14,12	6,08	6,19	3,21
63	36,69	6,28	20,44	4,18	18,84	4,55	2,33
64	33,53	7,66	19,16	11,01	7,78	5,38	3,47
65	32,76	4,80	23,14	10,32	7,51	6,41	2,90
66	22,13	7,30	22,24	19,62	5,12	8,17	4,25
67	30,29	7,13	22,44	10,44	5,89	5,37	5,99
68	41,12	6,19	15,13	14,18	4,29	5,60	1,19
69	44,76	4,91	20,31	8,53	5,69	3,75	3,10
70	46,85	4,96	13,55	9,20	6,65	3,75	4,47
71	62,47	4,80	4,80	4,80	7,94	6,09	0,73
72	60,35	5,97	5,37	6,57	4,78	5,37	1,99
73	50,24	11,76	2,45	4,41	10,53	9,06	0,49
74	28,32	10,67	15,03	14,16	8,27	10,23	2,17
75	35,78	7,82	21,88	9,42	4,31	12,93	2,55
76	34,33	8,14	14,51	9,20	10,44	13,98	1,23
77	28,64	6,95	29,93	5,01	13,91	4,36	1,77
78	30,13	5,47	21,79	13,44	9,83	5,23	4,23
79	33,62	5,29	21,42	13,54	5,29	8,86	3,81
80	55,18	3,33	17,03	4,81	9,07	3,14	2,96

Wahl- bezirk	SPD	DNVP	Zentrum	DVP	KPD	DDP	NSDAP
81	47,77	3,36	21,28	5,97	10,71	2,90	1,83
82	63,93	2,12	11,70	4,89	6,06	3,51	0,85
83	53,16	2,14	29,34	2,25	4,62	1,58	0,67
84	43,65	0,50	41,11	2,03	5,58	1,01	0,38

VII.3.2. Die Wahlergebnisse der wichtigsten Parteien in Karlsruhe bei der Landtagswahl vom 27.10.1929 in den einzelnen Wahlbezirken (in %)

Wahl- bezirk Ges.- ergebnis	Zentrum	SPD	DNVP	DVP	DDP	KPD	NSDAP
	20,07	28,30	4,7	12,30	5,8	5,4	11,10
1	19,49	37,57	2,92	10,19	2,92	6,36	9,17
2	13,51	42,60	3,33	12,55	0,95	12,71	5,24
3	21,63	33,19	4,21	17,14	2,44	4,89	4,76
4	15,27	42,36	3,46	8,03	2,51	10,70	5,98
5	14,91	46,40	3,72	8,56	2,76	8,28	6,35
6	18,19	42,10	2,70	6,61	2,85	8,72	7,96
7	12,00	48,21	1,89	8,63	1,47	14,94	8,84
8	17,21	38,08	3,30	12,86	5,73	7,47	8,00
9	13,84	13,96	6,80	23,15	14,08	1,55	15,15
10	18,98	18,54	7,59	15,40	8,56	1,95	17,57
11	16,73	21,34	5,19	17,30	5,86	3,17	17,78
12	20,86	28,92	3,51	13,01	2,78	3,82	12,39
13	17,12	34,67	4,86	10,78	3,17	3,17	12,26
14	23,27	18,21	5,46	16,09	6,27	2,22	15,99
15	15,57	22,70	8,63	15,66	6,66	4,97	13,13
16	18,60	16,02	5,48	22,79	8,49	1,61	12,04
17	19,17	15,41	5,65	21,14	8,81	0,77	17,72
18	25,72	34,47	3,42	9,63	2,53	5,83	8,61
19	21,43	28,62	5,81	15,84	5,43	3,64	15,39
20	16,84	14,43	8,42	26,76	13,38	0,30	12,03

Wahl- bezirk	Zentrum	SPD	DNVP	DVP	DDP	KPD	NSDAP
21	20,41	20,00	6,14	11,87	17,08	1,77	13,22
22	13,68	6,93	5,62	20,80	11,62	0,74	10,30
23	21,84	10,03	6,79	24,59	11,97	1,13	18,12
23a	29,43	9,46	5,49	22,19	8,87	0,81	12,50
24	19,01	15,68	7,41	23,09	8,59	1,82	11,17
25	19,74	30,06	2,16	12,48	4,07	4,96	15,92
26	25,62	13,03	5,36	18,29	7,11	1,20	15,99
27	26,23	16,70	5,32	15,71	6,68	1,73	12,99
28	17,78	16,25	5,16	19,02	11,58	2,77	14,72
39	23,13	11,94	6,71	22,51	7,08	1,24	13,68
30	22,10	12,33	6,16	25,44	9,25	1,67	13,11
31	19,83	14,58	8,70	20,98	7,86	1,67	12,48
32	16,57	13,54	5,85	24,26	9,20	1,84	15,70
33	17,64	20,50	7,38	16,32	5,95	3,93	13,34
34	21,05	22,40	3,71	14,97	5,96	4,72	14,97
35	23,60	15,60	19,55	13,06	4,66	1,31	10,73
36	19,69	23,63	6,96	3,63	5,30	2,72	18,48
37	17,64	18,34	7,59	15,88	8,64	2,68	17,87
38	19,11	17,61	11,23	16,10	8,45	2,08	15,00
39	16,21	17,96	5,25	21,00	8,51	3,50	14,70
40	23,55	19,31	4,35	11,07	10,95	4,94	15,07

Wahl- bezirk	Zentrum	SPD	DNVP	DVP	DDP	KPD	NSDAP
41	22,76	33,37	2,68	8,95	4,09	5,24	9,84
42	16,22	34,08	2,38	6,03	2,01	10,56	13,71
43	22,16	31,55	3,65	6,64	4,69	10,29	8,47
44	20,76	30,50	3,24	8,47	3,81	8,89	10,16
45	19,61	40,07	1,42	4,28	3,21	11,17	6,06
46	29,61	37,26	1,91	4,56	2,12	5,73	5,73
47	29,87	30,28	3,68	5,59	3,81	5,59	7,91
48	28,06	33,36	3,90	8,12	4,87	3,46	5,30
49	30,72	31,93	2,31	4,29	3,74	4,29	4,73
50	30,02	31,96	3,17	5,43	2,45	8,19	6,55
51	35,99	25,37	2,91	7,61	3,75	2,53	8,17
52	28,76	24,46	2,68	11,15	4,03	3,49	10,75
53	12,72	27,10	4,13	7,60	7,93	9,09	16,36
54	22,01	28,08	2,27	8,72	6,81	7,96	9,48
55	11,74	32,55	4,19	8,89	4,02	12,08	11,07
56	11,52	29,68	3,72	5,85	6,25	18,16	14,45
57	16,00	24,57	5,14	11,57	11,85	4,28	17,28
58	23,77	27,11	3,66	1,22	3,66	12,88	16,22
59	12,71	25,16	3,44	19,33	3,17	15,62	9,93
60	6,24	33,05	3,36	4,06	1,12	34,45	6,02

Wahl- bezirk	Zentrum	SPD	DNVP	DVP	DDP	KPD	NSDAP
61	14,76	34,30	3,53	7,38	3,23	16,00	10,61
62	25,76	30,51	2,56	5,12	5,51	6,28	10,51
63	19,90	29,51	3,08	16,47	1,14	13,27	9,15
64	21,83	36,30	1,94	2,22	4,17	5,00	13,90
65	23,03	27,46	2,25	16,53	4,06	5,14	8,58
66	22,83	30,65	4,48	6,46	6,36	3,02	14,18
67	20,46	25,92	2,24	18,90	4,28	3,41	12,76
68	19,27	36,12	4,59	4,67	5,64	5,32	14,35
69	17,95	36,45	3,59	19,26	2,28	4,78	8,37
70	16,45	42,25	3,18	8,28	3,29	4,35	12,52
71	5,58	57,11	3,06	3,78	4,86	6,30	3,96
72	4,42	55,90	2,58	5,71	6,82	4,24	6,82
73	5,94	50,00	5,94	5,40	10,54	3,24	4,86
74	18,51	24,25	6,48	13,14	11,29	3,51	9,81
75	23,20	35,24	3,08	5,28	9,39	2,49	7,19
76	15,29	35,77	5,50	9,63	11,00	5,19	5,65
77	32,00	24,52	5,41	7,00	2,38	10,03	6,84
78	27,61	32,08	5,97	2,11	5,47	5,09	10,94
79	22,93	30,65	2,82	11,41	6,30	3,15	12,60
80	15,92	46,87	1,33	19,04	0,89	5,95	4,76

Wahl- bezirk	Zentrum	SPD	DNVP	DVP	DDP	KPD	NSDAP
81	25,10	44,49	1,25	5,57	2,09	7,53	6,97
82	12,87	61,88	1,57	5,02	3,97	6,49	2,72
83	29,46	55,73	2,01	2,13	1,06	4,61	1,77
84	43,95	38,76	0,98	3,33	2,09	3,33	2,71
85	28,83	41,85	1,48	3,46	7,92	7,92	3,46

VII.3.3. Die Wahlergebnisse der wichtigsten Parteien in Karlsruhe bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 in den einzelnen Wahlbezirken (in %)

Wahl- bezirk Ges.- ergebnis	SPD	DNVP	Zentrum	KPD	Einheits- liste ⁴²⁴	NSDAP
	24,2	2,7	16,5	9,7	10,7	26,0
1	32,24	1,31	13,23	9,17	8,25	26,99
2	34,78	2,08	12,95	15,73	5,82	20,69
3	40,54	2,23	20,68	14,45	9,87	5,52
4	35,60	2,22	12,17	15,96	3,53	19,24
5	35,57	2,27	11,37	13,96	7,96	18,82
6	35,51	1,90	13,06	11,75	5,10	23,04
7	36,80	1,07	10,23	18,13	3,05	26,57
8	33,43	1,35	13,10	10,39	7,07	29,51
9	14,58	5,08	12,51	1,75	24,82	29,03
10	16,48	4,29	16,39	5,32	16,39	33,39
11	21,21	2,73	13,88	5,69	14,27	31,74
12	26,46	2,09	15,66	6,44	9,38	31,15
13	34,41	3,16	14,61	5,72	8,09	27,99
14	16,65	2,95	19,93	4,75	15,01	31,09
15	16,39	3,96	24,26	6,18	12,55	25,82
16	14,25	4,45	16,11	2,99	10,72	29,95
17	14,64	3,24	17,05	1,88	21,13	29,43
18	31,40	1,46	19,47	10,17	6,55	22,50
19	19,59	16,09	15,30	6,72	8,01	26,46
20	19,25	7,16	14,96	2,55	24,83	21,09

⁴²⁴Gemeinsame Liste von DDP und DVP

Wahl- bezirk	SPD	DNVP	Zentrum	KPD	Einheits- liste	NSDAP
21	15,56	4,18	18,32	3,01	19,49	28,28
22	9,97	5,57	14,95	1,28	29,61	25,10
23	11,81	4,56	15,84	1,52	25,06	34,37
23a	8,60	4,39	27,53	2,58	19,69	28,48
24	13,35	5,30	17,05	4,66	21,15	27,51
25	24,70	2,37	16,07	8,52	11,86	25,45
26	11,70	3,77	21,75	2,30	16,86	30,50
27	14,48	3,94	21,72	3,30	19,06	29,60
28	16,01	2,32	16,24	5,31	18,86	29,94
29	12,99	6,64	19,33	3,92	19,43	24,06
30	13,96	5,00	17,91	3,56	23,60	26,49
31	13,63	6,12	16,13	5,00	17,08	28,30
32	13,20	4,48	14,08	3,60	20,95	33,89
33	15,56	4,27	13,96	16,01	12,27	26,86
34	17,38	2,60	18,21	10,74	10,91	31,57
35	14,06	5,06	21,39	4,27	9,51	25,32
36	18,83	4,43	14,80	4,63	11,27	33,93
37	15,82	4,76	14,29	7,62	13,91	34,12
38	20,30	5,92	14,57	5,02	13,66	31,65
39	14,81	4,12	15,21	7,36	10,40	37,58
40	18,67	2,78	19,09	8,97	14,03	25,59

Wahl- bezirk	SPD	DNVP	Zentrum	KPD	Einheits- liste	NSDAP
41	27,13	0,50	18,08	12,60	5,58	23,47
42	25,51	1,65	12,80	16,42	4,33	27,68
43	24,64	1,91	17,90	15,29	6,63	22,23
44	25,25	1,01	15,28	19,13	4,98	22,42
45	28,84	0,65	14,89	18,00	4,80	20,64
46	30,75	1,03	21,40	11,58	5,35	18,69
47	24,68	1,70	23,77	10,69	6,82	21,61
48	27,69	1,17	22,64	7,82	7,23	20,11
49	26,98	1,03	22,15	9,74	5,25	19,22
50	29,84	1,83	16,80	14,41	6,15	19,46
51	20,98	1,43	25,68	7,01	8,78	23,22
52	20,07	1,37	20,27	7,08	11,41	28,14
53	20,72	2,39	9,79	12,98	12,30	33,14
54	25,57	2,05	14,76	9,24	8,16	34,33
55	24,06	1,54	10,29	20,46	4,89	27,15
56	20,29	1,86	7,34	32,97	4,13	28,30
57	19,48	3,69	13,99	6,71	13,43	34,26
58	20,09	1,85	17,59	16,30	7,50	27,76
59	18,48	2,14	11,04	27,50	3,72	30,32
60	23,33	1,72	7,95	41,29	1,72	16,45

Wahl- bezirk	SPD	DNVP	Zentrum	KPD	Einheits- liste	NSDAP
61	28,28	0,66	9,13	23,83	2,78	25,94
62	20,08	1,74	18,34	10,55	8,16	30,55
63	24,45	2,62	16,36	23,03	5,95	19,19
64	27,87	0,67	17,71	6,67	7,93	28,46
65	27,61	1,56	18,05	9,97	6,51	25,63
66	20,97	2,27	21,13	5,49	12,88	27,02
67	24,33	1,54	18,65	6,79	6,36	30,26
68	27,96	1,50	12,30	9,38	8,23	31,68
69	34,37	1,40	15,97	12,76	4,82	22,71
70	36,50	1,08	11,77	8,68	5,43	28,82
71	51,19	1,33	4,31	10,41	3,42	16,07
72	47,18	0,91	3,65	6,84	4,26	26,02
73	40,72	3,60	2,06	11,16	3,60	19,41
74	24,29	3,98	13,36	7,84	13,23	21,33
75	29,96	3,37	18,97	4,74	10,23	18,47
76	27,47	3,21	11,74	9,89	12,34	24,17
77	20,21	2,16	24,18	16,60	3,24	26,11
78	21,67	1,92	18,15	7,86	9,95	34,11
79	25,38	1,63	16,52	4,99	11,27	32,53
80	47,08	0,14	15,54	11,95	4,33	16,59

Wahl- bezirk	SPD	DNVP	Zentrum	KPD	Einheits- liste	NSDAP
81	41,40	0,81	20,46	10,05	2,92	17,19
82	53,20	1,88	10,64	14,87	3,95	10,07
83	42,77	0,76	26,50	15,02	2,48	7,84
84	32,50	0,49	37,36	14,27	2,18	8,42
85	37,42	1,23	20,12	15,62	5,11	16,50

VII.3.4. Die Wahlergebnisse der wichtigsten Parteien in Karlsruhe bei der Kommunalwahl vom 16.11.1930 in den einzelnen Wahlbezirken (in%)

Wahl- bezirk Ges.- ergebnis	Zentrum	SPD	DVP	NSDAP	Dt.Stp. ⁴²⁵	KPD	DNVP
	18,6	21,4	4,2	31,8	3,4	9,8	2,6
1	15,31	30,09	2,16	36,57	0,90	7,92	1,62
2	12,90	3,57	2,19	24,92	1,61	17,15	1,75
3	21,12	28,87	7,18	23,13	0,57	10,91	1,58
4	14,99	31,49	2,08	23,90	0,56	16,50	0,94
5	13,33	34,70	3,07	25,12	1,19	17,26	1,36
6	16,66	30,03	1,83	25,64	0,73	14,28	1,46
7	11,61	34,16	2,05	25,51	1,59	20,50	0,68
8	17,00	29,08	5,14	31,54	0,89	11,18	1,11
9	11,91	11,34	12,34	41,27	8,51	1,56	4,96
10	18,00	18,50	5,87	35,00	6,25	4,87	5,12
11	15,37	17,84	4,10	42,13	3,99	6,57	2,69
12	19,63	21,96	3,74	37,46	0,64	6,58	1,93
13	13,35	24,30	3,18	38,04	1,90	7,25	2,16
14	21,95	14,56	3,86	40,72	3,75	4,09	4,09
15	11,81	26,01	6,35	33,56	2,87	5,85	5,56
16	16,49	12,96	8,87	43,00	3,98	1,93	3,98
17	16,87	12,36	9,74	40,46	7,23	1,88	2,83
18	23,26	29,37	2,14	26,23	1,81	8,25	2,47
19	19,37	21,84	3,12	35,63	2,34	7,67	2,47
20	10,97	27,59	12,19	26,67	11,28	1,06	4,11

⁴²⁵Deutsche Staatspartei

Wahl- bezirk	Zentrum	SPD	DVP	NSDAP	Dt.Stp.	KPD	DNVP
21	20,23	12,32	6,51	37,67	8,02	2,90	4,30
22	18,08	6,61	17,79	35,44	9,41	2,05	5,00
23	15,70	10,81	10,93	43,77	7,85	1,54	2,70
23a	29,28	8,26	6,92	40,82	6,92	1,57	2,06
24	19,45	13,36	9,89	38,15	4,89	2,71	4,45
25	18,75	26,25	4,28	29,10	3,57	7,85	3,03
26	23,26	8,66	6,18	40,47	6,18	2,72	4,20
27	24,72	11,74	7,41	38,63	4,94	1,85	3,24
28	18,30	13,44	7,22	42,71	8,09	0,62	2,86
29	20,93	11,27	12,00	33,52	6,73	2,92	5,12
30	20,38	12,85	12,03	37,34	4,65	3,69	3,83
31	18,18	9,33	7,61	34,76	6,09	5,15	7,73
32	13,87	9,45	9,20	47,91	6,93	3,53	3,27
33	15,61	14,32	5,44	38,68	4,72	5,87	5,58
34	17,86	13,78	6,75	37,55	3,93	9,00	2,53
35	23,95	13,50	3,06	29,80	3,89	3,62	9,33
36	14,58	13,69	6,10	42,85	4,61	3,27	4,46
37	15,18	13,03	4,72	42,55	7,16	6,16	4,87
38	15,30	16,51	3,33	39,39	4,39	4,69	6,51
39	16,39	17,04	2,89	39,06	5,14	5,46	4,01
40	21,17	14,82	4,23	31,92	6,18	8,46	2,44

Wahl- bezirk	Zentrum	SPD	DVP	NSDAP	Dt.Stp.	KPD	DNVP
41	20,43	22,60	3,04	25,36	2,46	14,49	1,15
42	14,09	21,14	2,18	34,56	2,18	10,57	1,34
43	20,71	20,37	1,71	30,30	1,88	18,15	1,54
44	18,80	21,04	1,48	25,69	2,97	20,48	1,11
45	18,12	28,07	0,29	20,46	1,46	19,00	0,73
46	25,68	29,07	1,25	20,80	2,38	11,90	0,00
47	28,20	18,49	2,01	25,45	2,01	11,17	0,73
48	26,24	25,97	2,01	24,76	3,96	6,19	1,21
49	27,04	24,96	0,14	20,80	1,93	9,95	0,59
50	19,52	25,03	1,04	26,97	1,78	15,05	2,53
51	30,50	18,16	2,27	29,22	1,48	5,92	1,67
52	21,73	19,09	5,12	32,91	3,41	6,21	1,08
53	11,46	19,92	2,06	37,96	3,94	14,66	1,87
54	17,26	22,08	1,20	35,34	3,21	11,24	1,40
55	11,35	23,48	3,32	27,59	1,17	21,91	2,15
56	10,24	18,70	1,11	33,40	2,44	33,63	2,44
57	15,88	21,66	3,06	37,72	4,69	6,13	3,97
58	18,72	18,49	2,05	32,19	2,85	17,57	1,71
59	11,72	16,06	1,32	30,62	1,70	27,59	3,21
60	7,27	21,83	0,63	16,45	0,00	46,99	0,63

Wahl- bezirk	Zentrum	SPD	DVP	NSDAP	Dt.Stp.	KPD	DNVP
61	10,82	22,33	1,54	27,83	1,71	31,27	0,68
62	24,13	18,03	2,91	33,95	0,79	11,80	1,19
63	18,60	26,02	1,36	21,18	0,90	25,56	1,66
64	20,17	24,20	4,17	33,42	1,58	7,06	0,57
65	25,03	23,26	1,76	29,32	1,39	10,36	1,13
66	25,28	13,94	4,08	35,26	4,98	6,91	2,60
67	22,67	21,04	3,37	32,90	2,67	7,67	1,39
68	16,15	22,34	3,49	39,70	2,42	7,40	1,48
69	20,25	26,14	2,15	26,43	0,86	15,22	1,29
70	14,09	30,61	2,42	32,70	1,87	11,12	0,66
71	5,35	52,38	0,59	20,83	1,58	7,93	0,79
72	3,21	52,01	0,38	28,02	0,57	6,33	0,95
73	1,80	41,44	0,90	27,02	0,90	8,40	3,90
74	17,71	17,32	3,34	33,85	5,31	6,29	3,54
75	21,59	28,73	1,82	24,08	4,81	4,48	3,65
76	10,92	28,22	2,82	34,84	3,55	7,48	3,06
77	29,03	18,45	1,43	31,00	0,89	14,15	1,25
78	22,15	20,20	2,33	40,67	2,46	6,86	1,29
79	18,57	22,92	2,23	38,73	2,10	5,66	1,18
80	17,75	48,59	0,23	14,01	1,40	11,44	2,10

Wahl- bezirk	Zentrum	SPD	DVP	NSDAP	Dt.Stp.	KPD	DNVP
81	20,51	41,89	0,86	18,10	0,86	12,24	0,34
82	11,27	51,15	0,84	9,09	1,21	15,87	1,33
83	27,96	36,72	1,41	8,75	0,70	17,23	0,70
84	40,38	23,54	0,59	7,00	0,74	16,84	0,59
85	26,56	33,65	0,41	1,80	13,49	13,49	0,97

VII.4. Die Wahlentwicklung in den acht untersuchten Wahlbezirken 16, 23, 32, 36 und 60, 80, 82, 84

VII.4.1. Wahlbezirk 16

Straßenverzeichnis des Wahlbezirks 16 mit den Koordinaten des Karlsruher Stadtplans von 1929

Bunsenstraße E 8.

Hübschstraße E 8.

Liebigstraße E 8.

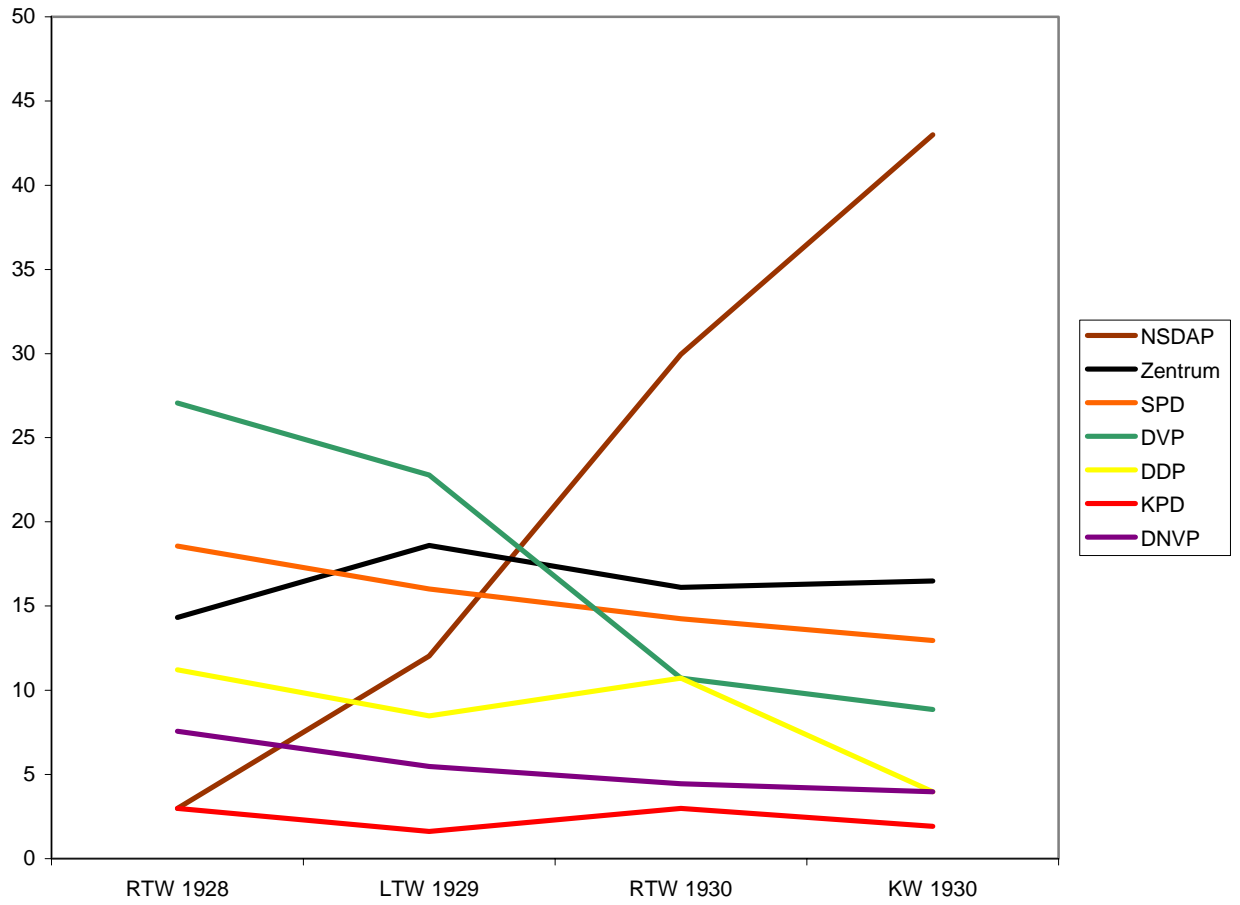
Reichsstraße E F G H 7 – 12.

Weltzienstraße E 8.

Wahlentwicklung

	RTW 1928	LTW 1929	RTW 1930	KW 1930
NSDAP	2,98	12,04	29,95	43
Zentrum	14,33	18,6	16,11	16,49
SPD	18,57	16,02	14,25	12,96
DVP	27,06	22,79	10,72	8,87
DDP	11,23	8,49	10,72	3,98
KPD	2,98	1,61	2,99	1,93
DNVP	7,56	5,48	4,45	3,98

Die Wahlentwicklung im Wahlbezirk 16



VII.4.2. Wahlbezirk 23

Straßenverzeichnis des Wahlbezirks 23 mit den Koordinaten des Karlsruher Stadtplans von 1929

Bahnhofstraße F G 11, 12.

Beiertheimer Allee (Nr. 24 bis Schluß) E G 12, 13.

Eisenbahnstraße H 12, 13.

Gebhardstraße G H 11.

Gutschstraße G 12.

Kantstraße G 11, 12.

Karolingerstraße G 11.

Klosestraße G H 12.

Kolpingstraße G 11, 12.

Kurfürstenstraße G 11.

Graf Rhena-Straße G 10, 11.

Schnetzlerstraße G 12.

Schwarzwaldstraße F H 12.

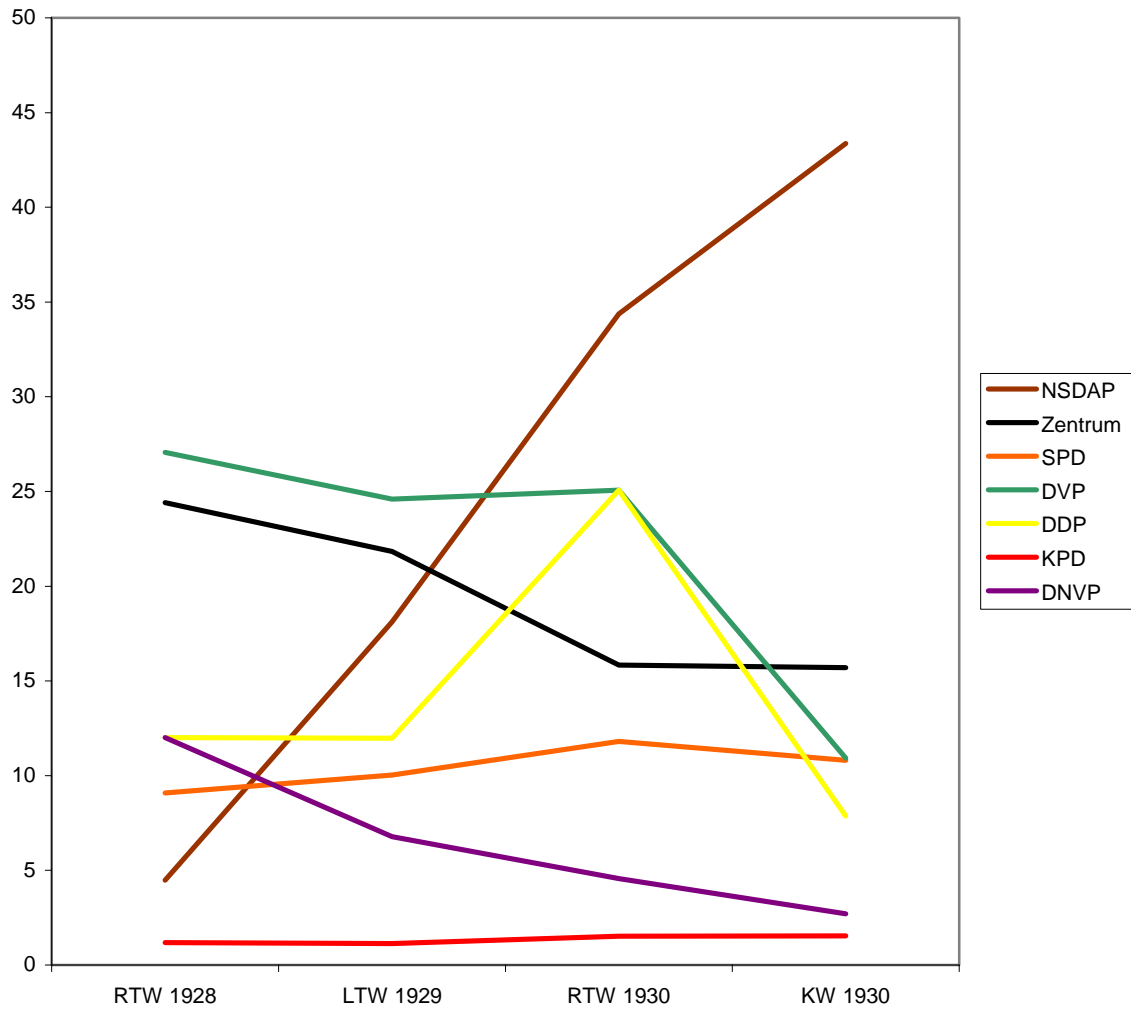
Welfenstraße g 10, 11.

Wahlentwicklung

	RTW 1928	LTW 1929	RTW 1930	KW 1930
NSDAP	4,49	18,12	34,37	43,37
Zentrum	24,4	21,84	15,84	15,7
SPD	9,08	10,03	11,81	10,81

DVP	27,06	24,59	25,06	10,93
DDP	12,01	11,97	25,06	7,87
KPD	1,19	1,13	1,52	1,54
DNVP	12,01	6,79	4,56	2,7

Die Wahlentwicklung im Wahlbezirk 23



VII.4.3. Wahlbezirk 32

Straßenverzeichnis des Wahlbezirks 32 mit den Koordinaten des Karlsruher Stadtplans von 1929

Amalienstraße (Nr. 51 – Schluß, Nr. 34 – Schluß) D E 11, 12.

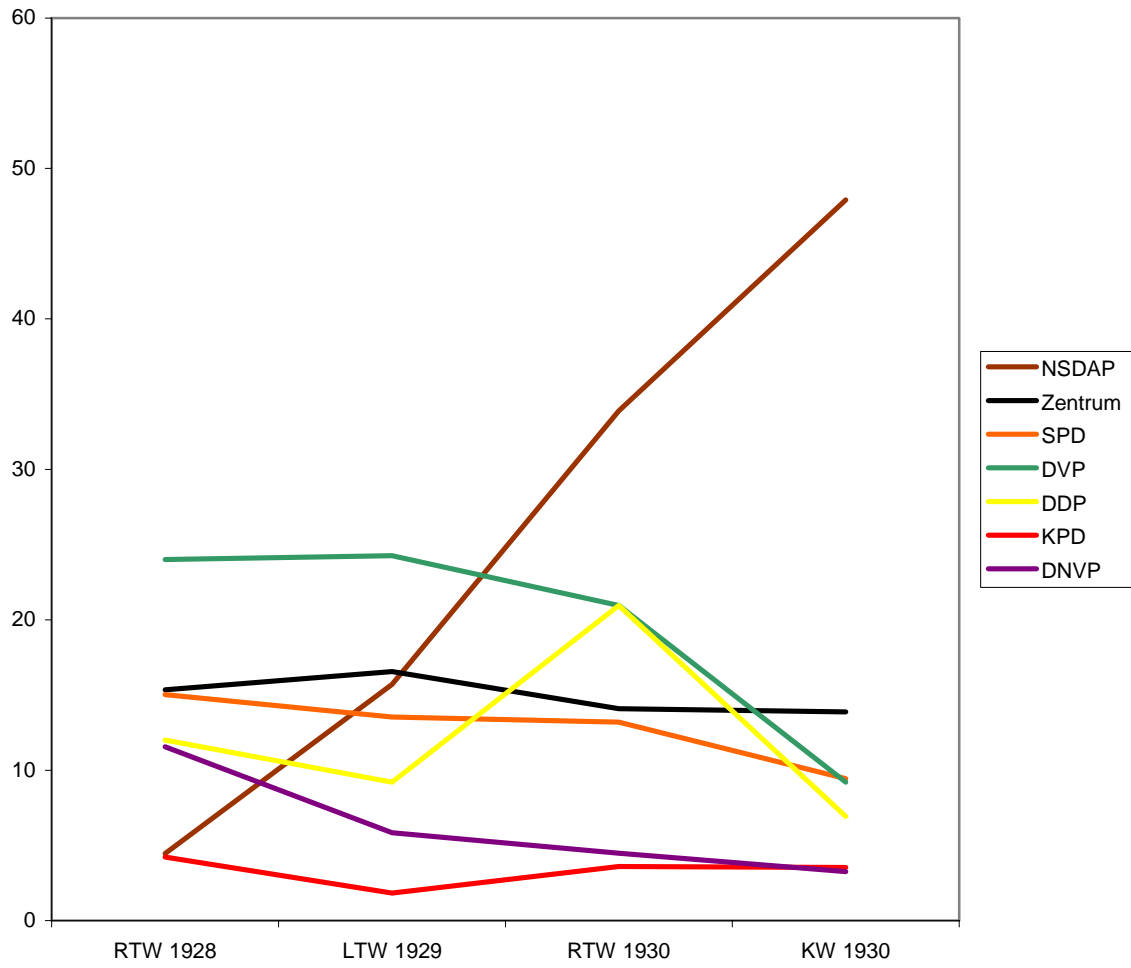
Kaiserstraße (Nr. 217 – Schluß, Nr. 146 – Schluß) D 11 – 15.

Westendstraße (Nr. 1 – 63, 2 – 46b) C – E 10.

Wahlentwicklung

	RTW 1928	LTW 1929	RTW 1930	KW 1930
NSDAP	4,46	15,7	33,89	47,91
Zentrum	15,35	16,57	14,08	13,87
SPD	15,02	13,54	13,2	9,45
DVP	24	24,26	20,95	9,2
DDP	12	9,2	20,95	6,93
KPD	4,21	1,84	3,6	3,53
DNVP	11,56	5,85	4,48	3,27

Die Wahlentwicklung im Wahlbezirk 32



VII.4.4. Wahlbezirk 36

Straßenverzeichnis des Wahlbezirks 36 mit den Koordinaten des Karlsruher Stadtplans von 1929

Akademiestraße C D 11,12.

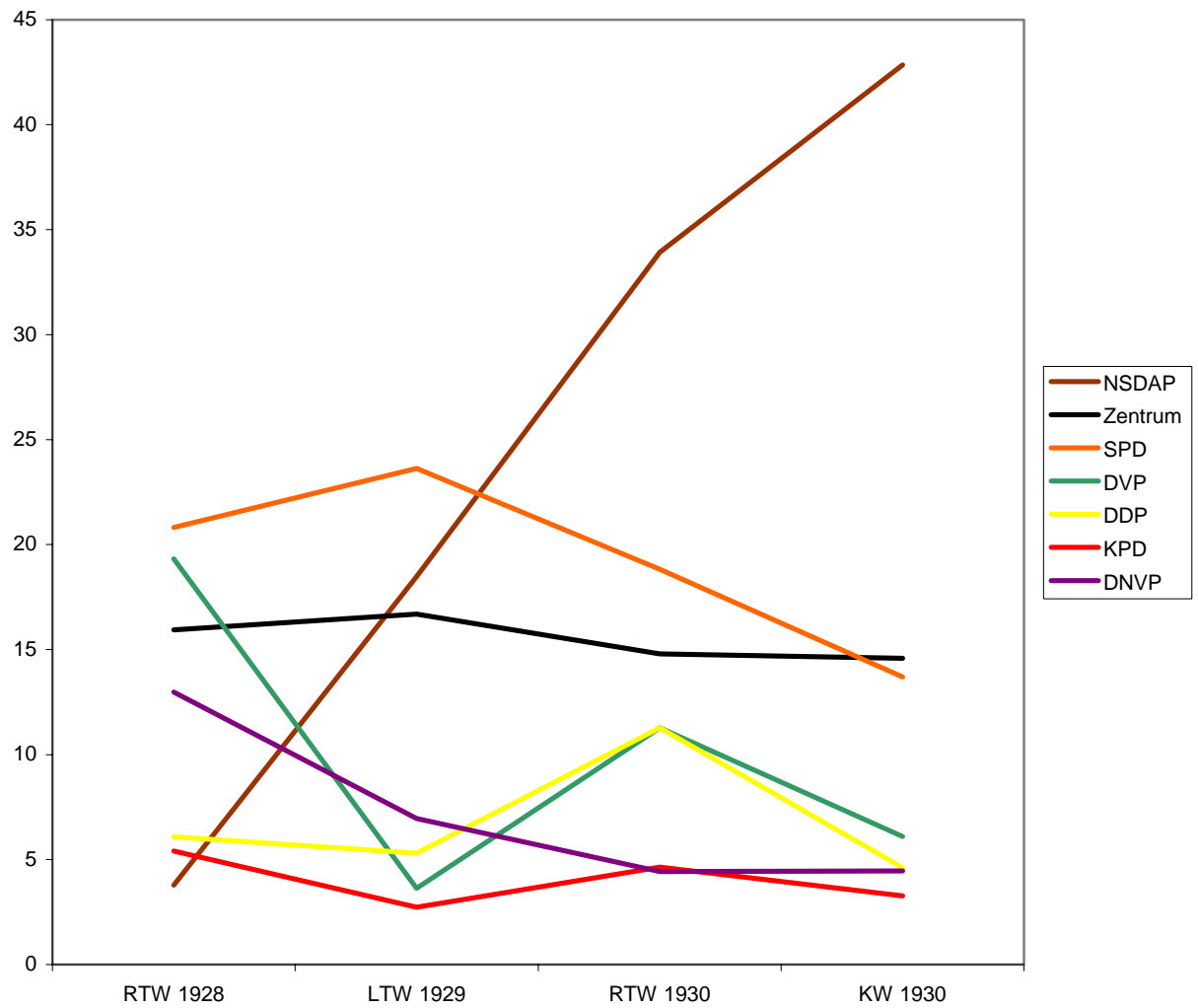
Kaiserpassage D 12.

Waldstraße (Nr. 41 – Schluß, Nr. 36 – Schluß) D E 11, 12.

Wahlentwicklung

	RTW 1928	LTW 1929	RTW 1930	KW 1930
NSDAP	3,78	18,48	33,93	42,85
Zentrum	15,94	16,69	14,8	14,58
SPD	20,81	23,63	18,83	13,69
DVP	19,32	3,63	11,27	6,1
DDP	6,08	5,3	11,27	4,61
KPD	5,4	2,72	4,63	3,27
DNVP	12,97	6,96	4,43	4,46

Die Wahlentwicklung im Wahlbezirk 36



VII.4.5. Wahlbezirk 60

Straßenverzeichnis des Wahlbezirks 60 mit den Koordinaten des Karlsruher Stadtplans von 1929

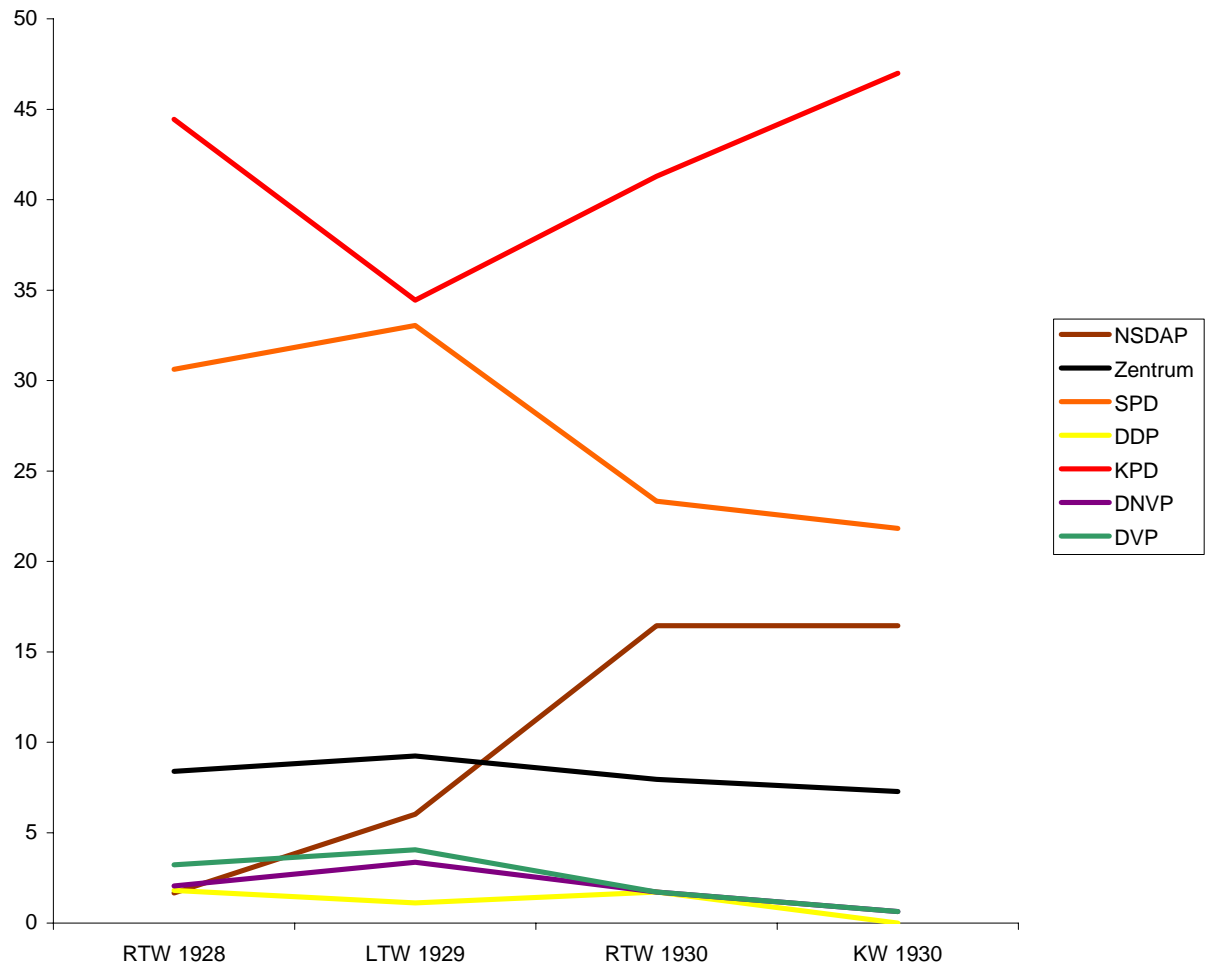
Durlacher Straße D E 14, 15.

Kriegsstraße (Nr. 1 – 3, Nr. 2 – 66.) E 7 – 16.

Wahlentwicklung

	RTW 1928	LTW 1929	RTW 1930	KW 1930
NSDAP	1,67	6,02	16,45	16,45
Zentrum	8,39	9,24	7,95	7,27
SPD	30,62	33,05	23,33	21,83
DDP	1,8	1,12	1,72	0
KPD	44,44	34,45	41,29	46,99
DNVP	2,06	3,36	1,72	0,63
DVP	3,22	4,06	1,72	0,63

Die Wahlentwicklung im Wahlbezirk 60



VII.4.6. Wahlbezirk 80

Straßenverzeichnis des Wahlbezirks 80 mit den Koordinaten des Karlsruher Stadtplans von 1929

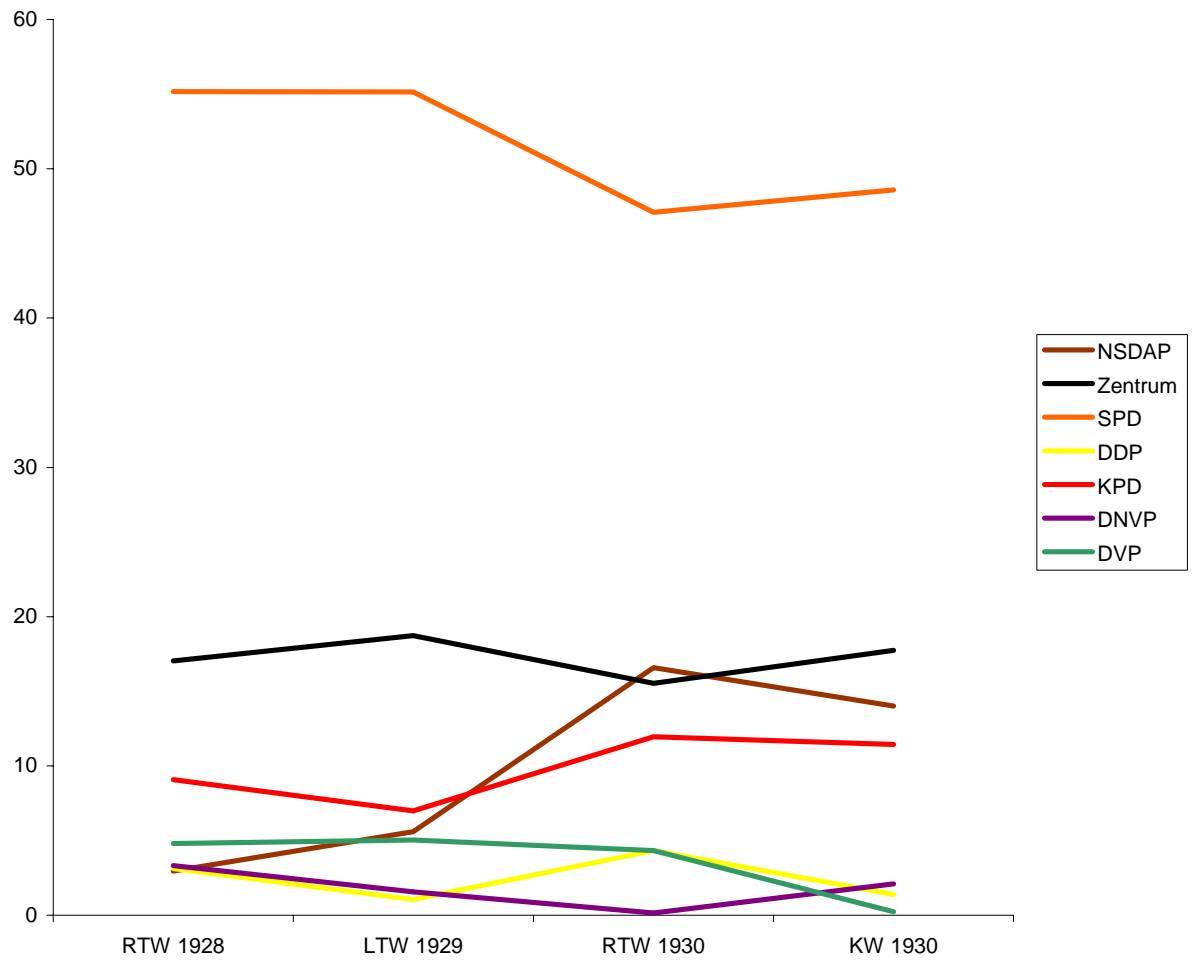
Durmrsheimer Straße E F 5,6.

Pfalzstraße (östl. Eckartstr. – Schluß) E F 1 – 4.

Wahlentwicklung

	RTW 1928	LTW 1929	RTW 1930	KW 1930
NSDAP	2,96	5,6	16,59	14,01
Zentrum	17,03	18,73	15,54	17,75
SPD	55,18	55,16	47,08	48,59
DDP	3,14	1,05	4,33	1,4
KPD	9,07	7	11,95	11,44
DNVP	3,33	1,57	0,14	2,1
DVP	4,81	5,04	4,33	0,23

Die Wahlentwicklung im Wahlbezirk 80



VII.4.7. Wahlbezirk 82

Straßenverzeichnis des Wahlbezirks 82 mit den Koordinaten des Karlsruher Stadtplans von 1929

Agathenstraße E F 3.

Hördtstraße E F 2.

Kirschstraße E F 2.

Kornweg E 3.

Krämerstraße E F 2.

Pfalzstraße (Nr. 15, Nr. 10 – Eckertstr.) E F 1 – 4.

Rabenweg E 4.

Römerstraße E F 3.

Salmenstraße E F 3.

Schifferstraße E F 3.

Turnerstraße E F 2, 3.

Valentinstraße E F 2.

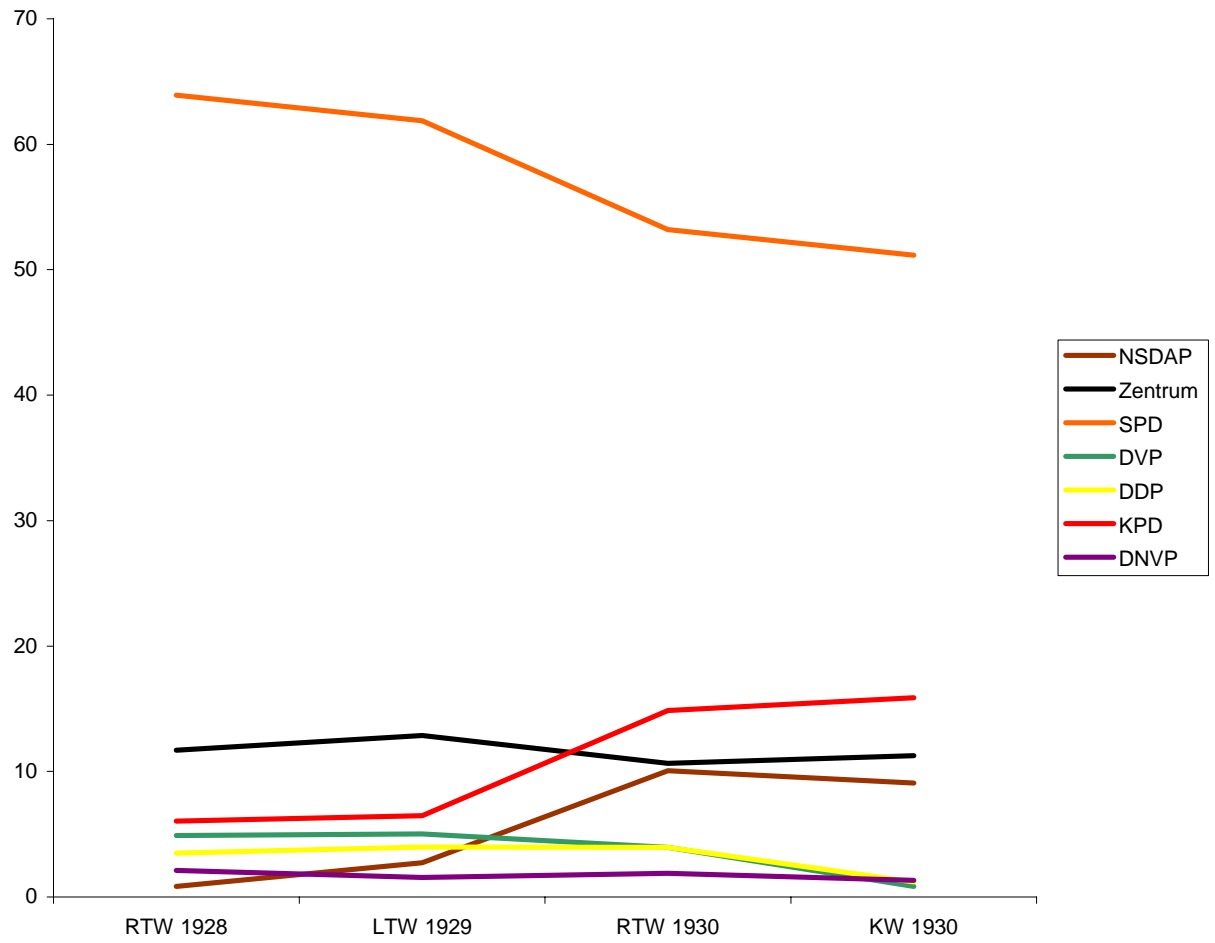
Zollstraße F 3.

Wahlentwicklung

	RTW 1928	LTW 1929	RTW 1930	KW 1930
NSDAP	0,85	2,72	10,07	9,09
Zentrum	11,7	12,87	10,64	11,27
SPD	63,93	61,88	53,2	51,15
DVP	4,89	5,02	3,95	0,84
DDP	3,51	3,97	3,95	1,21

KPD	6,06	6,49	14,87	15,87
DNVP	2,12	1,57	1,88	1,33

Die Wahlentwicklung im Wahlbezirk 82



VII.4.8. Wahlbezirk 84

Straßenverzeichnis des Wahlbezirks 84 mit den Koordinaten des Karlsruher Stadtplans von 1929

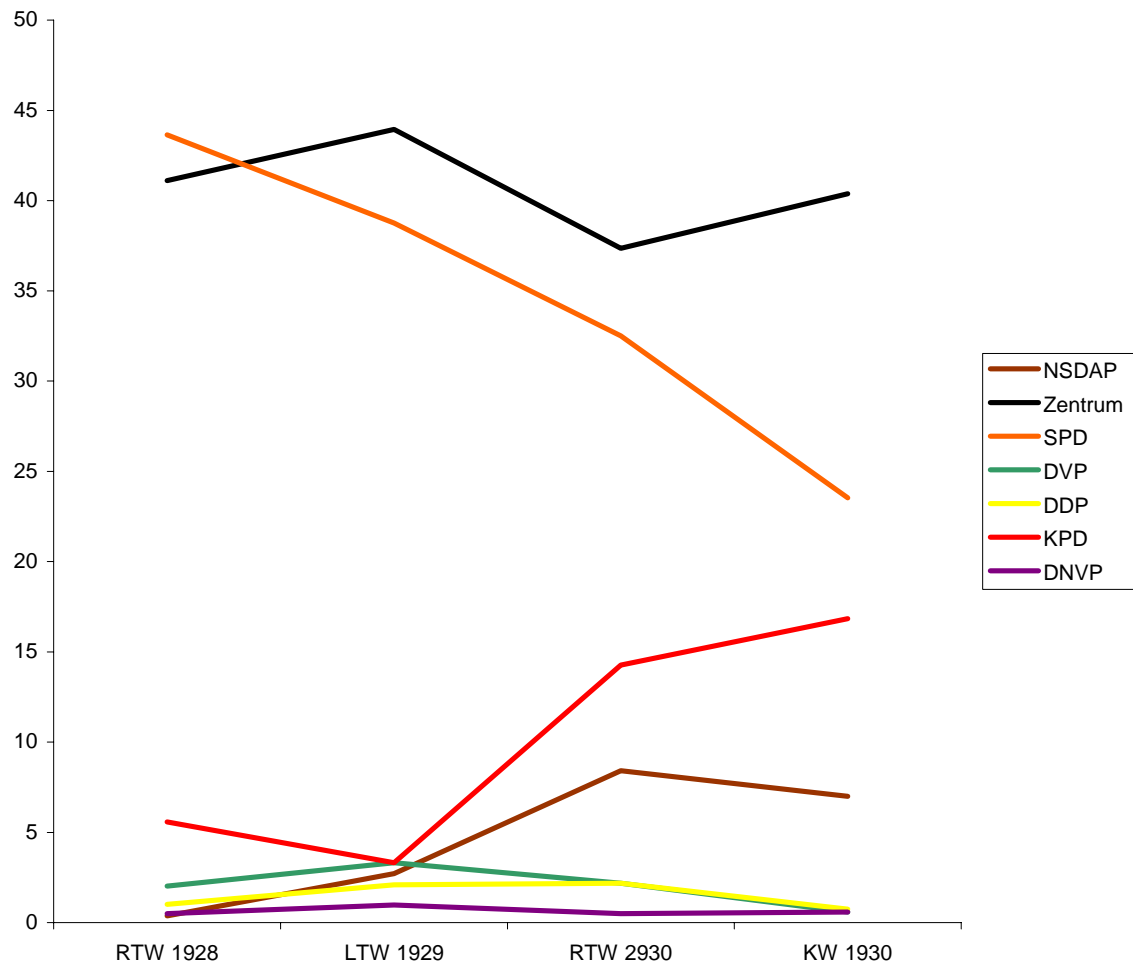
Burgaustraße E 1.
 Dammweg E 1.
 Federbachstraße E 1, 2.
 Kleine Federbachstraße E 1.
 Fritschlachweg E F 1.
 Goldgrundstraße E 1.
 Hahnenstraße E 1.
 Lilienstraße E 1.
 Malvenstraße E 1.
 Mittelstraße E 1.
 Oelgartenweg D 1.
 Pfarrstraße E 1, 2.
 Querstraße E 1.
 Rappenwörthstraße E 1, 2.
 Schattenstraße E 1.
 Vorderstraße E 1, 2.
 Widstraße E 1.
 Waidweg E 1.

Wahlentwicklung

	RTW 1928	LTW 1929	RTW 2930	KW 1930
NSDAP	0,38	2,71	8,42	7
Zentrum	41,11	43,95	37,36	40,38

SPD	43,65	38,76	32,5	23,54
DVP	2,03	3,33	2,18	0,59
DDP	1,01	2,09	2,18	0,74
KPD	5,58	3,33	14,27	16,84
DNVP	0,5	0,98	0,49	0,59

Die Wahlentwicklung im Wahlbezirk 84



VII. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

Archive:

Badisches Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA)

Bestände:

233

465a

465c

465d

Staatsarchiv Freiburg (STA FR)

Bestand:

LKK Konstanz (Berichte an den Landeskommissär)

Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK)

Bestände:

8/DSF I. 26 f. Landeshauptstadt Karlsruhe. Verzeichnis der Mitglieder des Stadtrats, der Stadtverordneten und der Mitglieder der städtischen Ausschüsse und Kommissionen.

8/DSF I. 204 ff. Verwaltungsbericht der Landeshauptstadt Karlsruhe für das Wirtschaftsjahr 1928 ff.

Ebd. Landeshauptstadt Karlsruhe. Voranschlag für das Wirtschaftsjahr 1928 ff.

4D D992 Rech. Rechenschaftsbericht über die Einnahmen und Ausgaben der städtischen Kassen für das Rechnungsjahr 1928 ff.

1/H.-Reg. A2953. Etatreden des Oberbürgermeisters.

1/H.-Reg. 4229. Städtisches Fürsorgeamt.

H.-Reg. A1972-1975. Wochenberichte über den Stand der Arbeitsuchenden und der Fürsorgeempfänger beim Arbeitsamt.

1/H.-Reg. 1912. Tätigkeitsberichte des Fürsorgeamts.

1/H.-Reg. 1983. Gründung der Karlsruher Notgemeinschaft.

H.-Reg. A1051 f. Pläne für Dammerstock.

1/H.-Reg. A1390. Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen.

Gedruckte Quellen

Chronik der Landeshauptstadt Karlsruhe für die Jahre 1918 und 1919. Karlsruhe 1925.

Chronik der Landeshauptstadt Karlsruhe für die Jahre 1920 – 1923. Karlsruhe 1930.

Karlsruhe als Wohnort und Industrieplatz. Hrsg. vom Stadtrat der Stadt Karlsruhe. Karlsruhe, 6. Aufl. 1928.

Adressbuch der Landeshauptstadt Karlsruhe. 55/1928.

Adressbuch der Landeshauptstadt Karlsruhe. 56/1929.

Adressbuch der Landeshauptstadt Karlsruhe 57/1930-31.

Badische Denkschrift über die wirtschaftliche und kulturelle Notlage Badens als Grenzland und als besetztes Gebiet. Berlin 1929.

Statistisches Jahrbuch für das Land Baden 1930. Karlsruhe 1931.

Wohnungszählung und Wohnungsbau in Baden auf Grund amtlichen Materials mit 13 Karten. Karlsruhe 1928.

Handbuch für den badischen Landtag. IV. Landtagsperiode 1929 – 1933. Karlsruhe o.J.

Die Wahlen zur verfassunggebenden badischen und deutschen Nationalversammlung im Jahr 1919 auf Grund amtlichen Materials. Bearbeitet und herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1919.

Die Reichstagswahl am 6. Juni 1920 in Baden auf Grund amtlichen Materials. Bearbeitet und herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1921.

Badische Landtagswahl am 30. Oktober 1921 auf Grund amtlichen Materials. Bearbeitet und herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1922.

Die Reichstagswahl am 4. Mai 1924 in Baden auf Grund amtlichen Materials. Bearbeitet und herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1924.

Die Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 in Baden auf Grund amtlichen Materials. Bearbeitet und herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1925.

Badische Landtagswahl am 25. Oktober 1925 auf Grund amtlichen Materials. Bearbeitet und herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1925.

Die Reichstagswahl am 20. Mai 1928 in Baden auf Grund amtlichen Materials. Bearbeitet und herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1928.

Badische Landtagswahl am 27. Oktober 1929 auf Grund amtlichen Materials. Bearbeitet und herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1930.

Die Reichstagswahl am 14. September 1930 in Baden auf Grund amtlichen Materials. Bearbeitet und herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1930.

Zeitungen:

Badischer Beobachter (Karlsruher Ausgabe) 1928 – 1930.

Der Volksfreund (Karlsruher Ausgabe) 1928 – 1930.

Karlsruher Zeitung (Karlsruher Ausgabe) 1928 – 1930.

Karlsruher Tagblatt (Karlsruher Ausgabe) 1928 – 1930.

Der Führer (Karlsruher-, Heidelberger Ausgabe)

Dartsellungen:

Allen, William S.:

"Das haben wir nicht gewollt!" Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930 - 1935.

Gütersloh 1966.

Allgeier, Rudi:

Grenzland in der Krise. Die badische Wirtschaft 1928 - 1933. In, Thomas Schnabel (Hg.), Die Machtergreifung in Südwestdeutschland, S. 150 - 183.

Ambrosius, Gerold:

Aspekte kommunaler Unternehmenspolitik in der Weimarer Republik. In, Archiv für Kommunalwissenschaften 19/1980, S. 239 - 261.

Ambrosius, Gerold:

Die öffentliche Wirtschaft in der Weimarer Republik. Kommunale Versorgungsunternehmen als Instrumente der Wirtschaftspolitik. Baden-Baden 1984.

Bahne, Siegfried:

Die KPD und das Ende von Weimar. Frankfurt 1976.

Bauerkämper, Arnd:

Zur Stellung des Bürgermeisters im Nationalsozialistischen Staat. In, Lippische Mitteilungen 51/1982, S. 211 - 239.

Becker, Josef u.a.:

Badische Geschichte vom Großherzogtum bis zur Gegenwart. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg. Stuttgart 1979.

Becker, Josef:

Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930 - 1932. In, HZ 196/1963, S. 74 - 111.

Becker, Josef:

Heinrich Brüning und das Scheitern der konservativen Alternative in der Weimarer Republik. In, Aus Politik und Zeitgeschichte 22/1980, S. 3 - 19.

Becker, Josef:

Heinrich Köhler. 1878 - 1949. Lebensbild eines Politikers. Mit einem dokumentarischen Anhang aus dem Nachlaß. In, ZGO 110/1962 (NF 71), S. 417 - 490.

Bendix, Reinhard:

Social Stratification and Political Power. In, American Political Science Review. 46/1952, S. 357 - 375.

Blaich, Fritz:

"Garantierter Kapitalismus". Subventionspolitik und Wirtschaftsordnung in Deutschland zwischen 1825 und 1932. In, Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 22/1977, S. 50 - 70.

Blaich, Fritz:

Der private Wohnungsbau in den deutschen Großstädten während der Krisenjahre 1929 - 1933. In, Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik 183/1969, S. 435 - 448.

Blaich, Fritz:

Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise.
München 1985.

Blaich, Fritz:

Kommunalpolitik und Weltwirtschaftskrise. In, Informationen zur modernen Stadtgeschichte 1983/H.2., S. 1 -6.

Blaich, Fritz:

Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Wirtschaftspolitik während der Weltwirtschaftskrise 1929 - 1932. In, Archiv für Kommunalwissenschaften 9/1970, S. 92 - 108.

Borchardt, Knut:

Noch einmal: Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik? In, HZ 237/1983, S. 67 - 83.

Borchardt, Knut:

Zum Scheitern eines produktiven Diskurses über das Scheitern der Weimarer Republik:

Replik auf Claus-Dieter Krohns diskussionsbemerkungen. In, GuG 9/1983, S. 124 - 137.

Borchardt, Knut:

Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes. In, Bayerische Akademie der Wissenschaften Jahrbuch 1979, S. 87 -132.

Böttcher, Oskar:

Die kommunalen Reichsspitzenverbände. In, Zeitschrift für Kommunalwirtschaft 22/1932, S. 741 - 835.

Bracher, Karl Dietrich:

Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie.

Villingen, 5. Aufl. 1971.

Bracher, Karl Dietrich:

Die Deutsche Diktatur. Entstehung, Strukturen, Folgen des Nationalsozialismus.

Frankfurt u.a., 6. erw. u. erg. Aufl. 1979.

Bracher, Karl Dietrich:

Großindustrie, Staat und NSDAP 1930 - 1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik.

Göttingen 1981.

Bracher, Karl Dietrich:

Probleme der Wahlentwicklung in der Weimarer Republik.

Münster 1964.

Bracher, Karl-Dietrich u.a. (Hg.):

Die Weimarer republik 1918 -1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft.

Düsseldorf 1987.

Bracher, Karl-Dietrich:

Die nationalsozialistische Diktatur 1933 - 1945.
Bonn 1983.

Bracher, Karl-Dietrich:

Zeit der Ideologien. eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert.
Stuttgart 1982.

Braun, Ulrich:

Die Besteuerung der Unternehmen in der Weimarer Republik von 1923 bis 1933.
Köln 1988.

Bräunche, Ernst Otto u.a.:

1933. Machtergreifung in Freiburg und Südbaden.
Freiburg 1983.

Bräunche, Ernst Otto:

"... eine Wohnungsnot die katastrophale Ausmaße annahm." Zur Wohnungssituation in Karlsruhe vom Kriegsende 1918 bis zum Bau der Dammerstocksiedlung in Karlsruhe 1929. In, Neues Bauen der 20er Jahre. Gropius, Haesler, Schwitters und die Dammerstocksiedlung in Karlsruhe 1929. Karlsruhe 1997, S. 23 – 38.

Bräunche, Ernst Otto:

Die NSDAP in Baden 1928 - 1933. Der Weg zur Macht. In, Thomas Schnabel (Hg.), Die Machtergreifung in Südwestdeutschland, S. 15 - 48.

Bräunche, Ernst Otto:

Residenzstadt, Landeshauptstadt, Gauhauptstadt. Zwischen Demokratie und Diktatur 1914 – 1945. In, Karlsruhe. Die Stadtgeschichte. Karlsruhe 1998, S. 357 – 454.

Bräunche, Ernst Otto; Schmitt Heinz:

Alltag in Karlsruhe. Vom Lebenswandel einer Stadt durch die Jahrhunderte. Karlsruhe

1990.

Broszat, Martin:
Anatomie des SS-Staates. 2 Bde.
Freiburg 1965.

Broszat, Martin:
Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik.
München 1984.

Broszat, Martin:
Soziale Motivation und Führerbindung des Nationalsozialismus. In, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 18/1970, S. 392 - 409.

Broszat, Martin:
Zur Struktur der NS-Massenbewegung. In, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31/1983, S. 52 - 76.

Brüning, Heinrich:
Memoiren 1918 -1934.
Stuttgart 1970.

Bullock, Allen:
Hitler eine Studie über Tyrannei.
Düsseldorf, völlig überar. Neuaufl. 1971.

Büsch, Otto:
Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919 -1933.
Berlin 1987.

Büsch, Otto:
Wählerbewegung in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871 - 1933.

Berlin 1979.

Büsch, Otto:

Wählerbewegung in der europäischen Geschichte. Ergebnisse einer Konferenz.

Berlin 1980.

Büttner, Ursula:

Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931 - 1933.

Hamburg, 2. durchges. Aufl. 1983.

Büttner, Ursula:

Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928 - 1931.

Hamburg 1982.

Büttner, Ursula:

Politische Alternativen zum Brüning'schen Deflationskurs. Ein Beitrag zur Diskussion über "ökonomische Zwangslagen" in der Endphase von Weimar. In, VfZ 1989, S. 209 - 251.

Büttner, Ursula:

Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist. Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik.

Hamburg 1985.

Childers, Thomas:

The Nazi voter. The Social Foundations of Fascism in Germany, 1919 - 1933.

London 1983.

Childers, Thomas:

The Social Basis of National Socialist Vote. In, Journal of Contemporary history 11/1976, S. 17 - 42.

Childers, Thomas:

Who indeed did vote for Hitler? In, Central European History 27/1984, S. 45 - 53.

Conze, Werner:

Die Krise des Parteienstaates in Deutschland. In, Historische Zeitschrift 178/1954, S. 47 - 83.

Conze, Werner:

Die politische Entscheidung in Deutschland 1929 – 1933. In, Ders.; Hans Raupach (Hg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise 1929/30. Stuttgart 1967.

Dederke, Karlheinz:

Reich und Republik. Deutschland 1917 - 1933.
Stuttgart, 5. erw. Aufl. 1984.

Delvos, Hubert:

Grundsätze und Möglichkeiten kommunalpolitischer Erziehungsarbeit. In, Das nationalsozialistische Rathaus 2/1934, S. 236 - 239.

Dengel, Heinz-Werner:

Karlsruhe und seine Entwicklung von der Residenz zur Industriestadt. Eine Wirtschafts- und Industriegeographische Untersuchung des Stadtraumes.
Freiburg phil.Diss. 1956.

Düwell, Kurt:

Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse. Forschungsaufgaben zur "Praxis im kleinen Bereich". In, Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 9/1983, S. 287 - 344.

Ebbecke, Otto:

Die deutsche Erhebung in Baden.
Karlsruhe 1933.

Engeli, Christian:

Zur Geschichte der regionalen Städtetage. In, AfK 19/1980, S. 173 - 199.

Falter Jürgen W.:

Hitlers Wähler. München 1991.

Falter, Jürgen W. u.a.:

Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919 - 1933.

München 1986.

Falter, Jürgen W.:

Arbeitslosigkeit und Nationalsozialismus. eine empirische Analyse des Beitrags der Massenarbeitslosigkeit zu den Wahlerfolgen der NSDAP 1932 und 1933. In, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 35/1983, S. 525 - 554.

Falter, Jürgen W.:

Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 - 1933. In, Archiv für Sozialgeschichte 26/1986, S. 179 - 216.

Falter, Jürgen W.:

Die Wähler der NSDAP 1928 - 1933: Sozialstruktur und parteipolitische Herkunft. In, Wolfgang Michalka (Hg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, S. 47 - 59.

Falter, Jürgen W.:

Politische Konsequenzen von Massenarbeitslosigkeit. Neue Daten zu Kontroversen Thesen über die Radikalisierung der Wählerschaft am Ende der Weimarer Republik. In, politische Vierteljahresschrift 25/1984, S. 275 - 295.

Falter, Jürgen W.:

Radikalisierung des Mittelstandes oder Mobilisierung der Unpolitischen? Die Theorien von Seymour M. Lipset und Reinhard Bendix über die Wählerschaft der NSDAP m Lichte neuerer Forschungsergebnisse. In, Peter Steinbach (Hg.), Probleme politischer Partizipation, S. 438 - 469.

Falter, Jürgen W.:

Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der

NSDAP nach 1928. In, Karl Dietrich Bracher (Hg.), Die Weimarer Republik 1918 – 1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Düsseldorf 1987, S. 484 – 504.

Falter, Jürgen W.:

Wählerbewegungen zur NSDAP 1924 - 1933. Methodische Probleme - Empirisch abgesicherte Erkenntnisse - Offene Fragen. In, Otto Büsch, Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte, S. 159 - 202.

Falter, Jürgen W.:

War die NSDAP die erste Volkspartei? In, Rainer Zittelmann; Michel Prinz (Hg.), Nationalsozialismus und Modernisierung. Darmstadt 2. Aufl. 1994, S. 1 – 46.

Falter, Jürgen W.:

Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924 - 1933. In, Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 28 - 29, S. 3 - 21.

Falter, Jürgen, Bömermann, Hartmut:

Die unterschiedlichen Wahlerfolge der NSDAP in Baden und Württemberg: ergebnis differierender Sozialstruktur oder regionalspezifischer Faktoren? In, Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von D. Oberndörfer und K. Schmitt. Berlin 1991, S. 283 – 298.

Feldmann, Gerald D.:

Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924 - 1933. München 1985.

Feldmann, Gerald D.:

Die Weimarer Republik zwischen Sozial- und Wirtschaftsstaat. Die Entscheidung gegen den Achtstundentag. In, AfS 18/1978, S. 353 - 439.

Feldmann, Gerald D.:

Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozial-

geschichte 1914 - 1932.
Göttingen 1984.

Fenske, Hans:
Radikale im öffentlichen Dienst. In, Civitas 1976, S. 99 - 141.

Fenske, Hans:
Speyer in der Weimarer Republik (1918 - 1933). In, Geschichte der Stadt Speyer Bd. II.
Stuttgart u.a. 1983, S. 293 - 354.

Fenske, Hans:
Wahlrecht und Parteiensystem. Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte.
Frankfurt 1972.

Fest, Joachim C.:
Hitler. eine Biographie.
Berlin 1973.

Fiehler, Karl:
Der deutsche Gemeindetag. In, Der Gemeindetag 27/1933, S. 238f.

Fiehler, Karl:
Nationalsozialistische Gemeindepolitik.
München 6. Aufl. 1933.

Fischer, Wolfram:
Deutsche Wirtschaftspolitik 1918 - 1945.
Opladen 3. Aufl. 1968.

Franke, Volker:
Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katho-
lischen Großstadt.
Essen 1987.

Frei, Norbert:

"Machtergreifung". Anmerkungen zu einem historischen Begriff. In, VfZ 31/1983, S. 136 - 145.

Friedrich, Hermann:

Unter dem Hakenkreuz. Meine Erlebnisse als Agitator bei der NSDAP.
Karlsruhe 1929.

Gessner, Dieter:

Das Ende der Weimarer Republik. Fragen, Methoden und Ergebnisse interdisziplinärer
Forschung.
Darmstadt 1988.

Gessner, Dieter:

Die Weimarer Republik. In, Arnd Bauernkämper; Peter Steinbach (Hg.), Kontroversen um
die Geschichte. Darmstadt 2002.

Goerdeler, Karl:

Die Gemeinde als Teil des Reichsganzen. In, Der Städtetag 27/1933, S. 148.

Goerdeler, Karl:

Die Gemeinde im nationalsozialistischen Staat. In, Werdendes Europa 1/1934, S. 79 - 86.

Grenzlandpolitik im Westen 1926 - 1936. Die "Westhilfe" zwischen Reichspolitik und
Länderinteressen.
Stuttgart 1978.

Griesmeier, J.:

Die entwicklung der Wirtschaft und Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. und
20. Jahrhundert. In, Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-W. 1954 Bd.1.

Grill, Johnpeter Horst:

Local and regional Studies on National Socialism: A Review. In, Journal of Contemporary

History 21/1986, S. 253 – 294.

Grill, Johnpeter Horst:

The Nazi Movement in Baden 1920 - 1945.

Chapel Hill 1983.

Gritschneider, Otto:

Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz.

München 1990.

Hamilton, Richard F.:

Who voted for Hitler?

Princeton 1982.

Hänisch, Dirk:

Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens in der Weimarer Republik.

Eine Aggregatdatenanalyse der Ergebnisse der Reichstagswahlen 1924 - 1933.

Duisburg 1983.

Hansmeyer, Karl-Heinrich (Hg.):

Kommunale finanzpolitik in der Weimarer Republik.

Berlin 1973.

Hasselhorn, Fritz:

Wie wählte Göttingen? Wahlverhalten und die soziale Basis der Parteien in Göttingen

1924 - 1933.

Göttingen 1983.

Heinacher, Peter:

Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919 - 1933). 2 Bde.

Flensburg 1986.

Heindl, Wolfgang:

Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden von 1925 - 1933. Öffentliche Haushalte

und Krisenverschärfung.

Frankfurt u.a. 1984.

Hennig, Eike:

Die Wahlentwicklung im Landkreis Kassel (1928 - 1933). In, Zeitschrift für Hessische Geschichte 92/1987, S. 204 - 245.

Hennig, Eike:

Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen.
Frankfurt 1983.

Hennig, Eike:

Regionale Unterschiede bei der Entstehung des deutschen Faschismus. Ein Plädoyer für "mikroanalytische Studien" zur Erforschung des NSDAP. In, Politische Vierteljahresschrift 21/1980, S. 152 - 173.

Hentschel, Volker:

Weimars letzte Monate.
Düsseldorf 1978.

Hermes, Ferdinand; Schieder Theodor (Hg.):

Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik.
Berlin 1967.

Hoffman, Herbert:

Im Gleichschritt in die Diktatur. Die Nationalsozialistische Machtergreifung in Heidelberg und Mannheim, 1930 - 1935.
Frankfurt 1985.

Hofmann, Wolfgang:

Plebiszitäre Demokratie und kommunale Selbstverwaltung in der Weimarer Republik. In, Archiv für Kommunalwissenschaften 4/1965, S. 264 - 281.

Hofmann, Wolfgang:

Städtetag und Verfassungsordnung. Position und Politik der Hauptgeschäftsführer eines kommunalen Spitzenverbandes.

Stuttgart 1966.

Hofmann, Wolfgang:

Zwischen Rathaus und Reichskanzlei. Die Oberbürgermeister in der Kommunal- und staatspolitik des Deutschen Reichs von 1890 - 1933.

Stuttgart 1974.

Holtfrerich, Carl-Ludwig:

Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise? In, HZ 235/1982, S. 605 - 631.

Holtfrerich, Carl-Ludwig:

Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Bemerkungen zur Borchardt - These. In, GuG 10/1984, S. 122 - 141.

Holzbach, Heidrun:

Das "System Hugenberg". Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP.

Stuttgart 1981.

Holzer, Jerzy:

Partei und Massen. Die politische Krise in Deutschland 1928 - 1930.

Wiesbaden 1975.

Homburg, Heidrun:

Vom Arbeitslosen zum Zwangsarbeiter. Arbeitslosenpolitik und Fraktionierung der Arbeiterschaft in Deutschland 1930 - 1933 am Beispiel der Wohlfahrtserwerbslosen und der kommunalen Wohlfahrtshilfe. In, AfS 25/1985, S. 251 - 298.

Hönig, Herbert:

Brüning – Kanzler in der Krise der Republik. Eine Biographie. Paderborn 2000.

Horn, Wolfgang:

Der Marsch zur Machtergreifung. Die NSDAP bis 1933.

Königstein 1980.

Horn, Wolfgang:

Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919 - 1933).

Düsseldorf 1972.

Horn, Wolfgang:

Regionale Entwicklung des Nationalsozialismus. In, Neue Politische Literatur 21/1976, S. 366-376.

Hötzel, Manfred:

Programmatik und Organisation der Kommunalpolitik der SPD 1924 - 1929.

Leipzig Diss. 1986.

Hüttenberger, Peter:

Die Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP.

Stuttgart 1969.

Jachmann, Hans:

Düsseldorf in der Weltwirtschaftskrise.

Düsseldorf phil.Diss. 1988.

Jäckel, Eberhard:

Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung.

Darmstadt 1986.

Jäckel, Eberhard:

Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft.

Tübingen 1969.

Janusch, Daniela:

Die plakative Propaganda der SPD zu den Reichstagswahlen 1928 -1932.

Bochum phil.Diss. 1988.

Jasper, Gotthard (Hg.):

Von Weimar zu Hitler 1930 - 1933.

Köln 1968.

Jasper, Gotthard:

Die gescheiterte Zählung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930 - 1934.

Frankfurt 1986.

Jasper, Gotthard:

Justiz und Politik in der Weimarer Republik. In, VfZ 30/1982, S. 167 - 205.

Jasper, Gotthard:

Zur innenpolitischen Lage in Deutschland im Herbst 1929. In VfZ 8/1960, S. 280 - 289.

Jesse, Eckhard:

Die Weimarer Republik - eine Demokratie auf Zeit? In, NPL 1988, S. 52 -

Jochmann, Werner:

Brünings Deflationspolitik und der Untergang der Weimarer Republik. In, Stegmann Dirk u.a. (Hg.): Industrielle Gesellschaft und politisches System.

Bonn 1978, S. 97 - 112.

Karlsruhe – die Stadtgeschichte. Hrsg. von der Stadt Karlsruhe. Karlsruhe 1998.

Kater, Michael H.:

Sozialer Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung. In, Wolfgang Schieder (Hg.): Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im

Vergleich. Hamburg 1976, S.

Kater, Michael H.:

The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919 - 1945.
Oxford 1983.

Kater, Michael H.:

Zur Soziographie der frühen NSDAP. In, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19/1971, S.
124 - 159.

Klönne, Arno:

Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich.
Hannover 1955.

Köhler, Barbara:

Die Nationalsozialisten in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung 1929 - 1933. In,
Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 59/1985, S. 439 - 483.

Köhler, Henning:

Knut Borchart "Recursion des überlieferten Geschichtsbildes der wirtschaftspolitik in der
großen Krise - Eine Zwangsvorstellung? In, IWK 19/1983, S. 164 - 180.

Kolb, Eberhard:

Die Weimarer Republik.
München 1984.

Krause, Thomas:

Hamburg wird braun. Der Aufstieg der NSDAP 1921 - 1931.
Hamburg 1987.

Krause, Uwe:

Von der Zebtrumshochburg zur NS-Gemeinde. Aufstieg und Machtergreifung der Natio-
nalsozialisten in Ravensburg zwischen 1928 und 1935. 2 Bde.

o.O. O.J. [1986]

Krohn, Claus-Dieter:

"Ökonomische Zwangslagen" und das Scheitern der Weimarer Republik. Zu Knut Borchardts Analyse der deutschen Wirtschaft in den zwanziger Jahren. In, GuG 8/1982, S. 415 - 426.

Kühnl, Reinhard:

Die Weimarer Republik. Errichtung, Machtstruktur und Zerstörung einer Demokratie. Reinbek 1988.

Kühr, Herbert:

Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Sozialstruktur und politischen Wahlen.

Düsseldorf 1973.

Kuss, Horst:

Die Ausbreitung der nationalsozialistischen Herrschaft im westlichen Teil des Reiches. Ein Bericht über neuere regional- und landesgeschichtliche Arbeiten. In, Blätter für deutsche Landesgeschichte 121/1985, S. 539 - 582.

Lehnert, Detlev:

Auf dem Weg zur "nationalen Volksgemeinschaft". Die Durchsetzung der NSDAP als republikfeindliche Sammlungsbewegung im Parteiensystem und in der politischen Öffentlichkeit. In, Klaus Megerle (Hg.), Warum gerade die Nationalsozialisten.? Berlin 1983, S. 12 - 67.

Lehnert, Detlev:

Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848 - 1983. Frankfurt 1983.

Lehnert, Detlev:

Zur historischen Soziographie der "Volkspartei". Wählerstruktur und Regionalisierung im

deutschen Parteiensystem seit der Reichsgründung. In, AfS 29/1989, S. 1 - 34.

Lenger, Friedrich:

Mittelstand und Nationalsozialismus? Zur politischen Orientierung von Handwerkern und Angestellten in der Endphase der Weimarer Republik. In, AfS 29/1989 S. 173 - 198.

Lipset, Seymour M.:

Soziologie der Demokratie.

Neuwied 1962.

Lögler, Herbert:

Karlsruhe im Zeichen der nationalsozialistischen Machtergreifung. Ungedr. Diplomarbeit. Mannheim 1984.

Maier, Charles S.:

Die Nicht-Determiniertheit ökonomischer Modelle. Überlegungen zu Knut Borchardts These von der "kranken Wirtschaft" der Weimarer Republik. In, GuG 11/1985, S. 275 - 294.

Manstein, Peter:

Die Mitglieder der NSDAP 1919 - 1933. Untersuchungen zu ihrer schichtenmäßigen Zusammensetzung.

Frankfurt a.M. 1988.

Marcon, H.

Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher.

Bern, Frankfurt a.M. 1974.

Matzerath, Horst:

Lokalgeschichte, Stadtgeschichte, historische Urbanisierungsforschung? In, GuG 15/1989, S. 62 - 88.

Matzerath, Horst:

Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung.

Stuttgart 1970.

Matzerath, Horst:

Stand und Leistung der modernen Stadtgeschichtsforschung. In, Joachim Jens Hesse (Hg.), Kommunalwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Baden - Baden, S. 23 - 49.

Meinecke, Friedrich:

Die deutsche Katastrophe.

Wiesbaden 1946.

Meister, Reiner:

Die große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929 – 1932. Regensburg 1991.

Merkel, Peter:

Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925 - 1933. In, Mommsen, Wolfgang J. (Hg.), Sozialprotest, Gewalt, Terror. Stuttgart 1982, S.

Michalka, Wolfgang (Hg.):

Die nationalsozialistische Machtergreifung.

Paderborn 1984.

Milatz, Alfred:

Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik.

Bonn 1965.

Möller, Horst (Hg.):

Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. München 1996.

Möller, Horst:

Weimar. Die unvollendete Demokratie.

München 1985.

Mommsen, Hans (Hg.):

Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik.

Düsseldorf 1974.

Mommsen, Hans:

Brünings Politik als Reichskanzler: Das Scheitern des politischen Alleingangs. In, Karl Holl (Hg.), Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Göttingen 1978, S. 16 - 45.

Mommsen, Hans:

Der Aufstieg der NSDAP und nationalsozialistisches Herrschaftssystem: Eine Problem-
skizze. In, Anneliese Manzmänn (Hg.), Hitlerwelle und historische Fakten. Königstein
1979, S. 14 - 59.

Mommsen, Hans:

Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning. In,
VfZ 21/1973, S. 151 - 165.

Morsey, Rudolf (Hg.):

Das Ende der Parteien 1933.

Düsseldorf 1960.

Müller, Roland:

Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus. Lokalgeschichte und nationalsozialistisches
Herrschaftssystem.

Stuttgart 1987.

Neebe, Reinhard:

Großindustrie, Staat und NSDAP 1930 - 1933.

Göttingen 1981.

Neebe, Reinhard:

Unternehmerverbände und Gewerkschaften in den Jahren der großen Krise 1929 - 1933.

In, GuG 9/1983.

Nesselmann, Jürgen:

Die wirtschaftliche entwicklung der Stadt Karlsruhe von ihrer Gründung bis zur Gegenwart.

Diss. Innsbruck 1969.

Neufurth, Bernd:

Solingen 1929 - 1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik und der Nationalsozialistischen Machtübernahme in einer Kommune.

St. Augustin 1984.

Neumann, Siegmund:

Die Parteien der Weimarer Republik.

Stuttgart 1965.

Nitschke, August:

Warum unterstützten Deutsche Hitler? Analysen der Wahlen vor 1933. In, Frankfurter Hefte 38/1983, S. 24 - 32.

Peters, Christian:

Auf dem Weg zur Macht. Zur Geschichte der NS-Bewegung in Heidelberg 1920 - 1934.

Heidelberg 1983.

Petzina, Dietmar:

Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit.

Wiesbaden 1977.

Petzina, Dietmar:

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. 3. Matreialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914 - 1945.

München 1978.

Prokasky, Herbert:

Haben die Arbeitslosen Hitler an die Macht gebracht? Wahlstatistiken im Geschichtsunterricht. In, GWU 33/1982, S. 609 - 637.

Rauh-Kühne, Cornelia:

Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918 – 1939. Sigmaringen 1991.

Rauh-Kühne, Cornelia; Ruck Michael (Hg.):

Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie: Baden und Württemberg 1930 – 1952. München 1993.

Rebentisch, Dieter:

Die treuesten Söhne der deutschen Sozialdemokratie: Linksopposition und kommunale Reformpolitik in der Frankfurter sozialdemokratie der Weimarer Epoche. In, Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 61/1987, S. 299 - 354.

Rebentisch, Dieter:

Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik. In, Rudolf Morsey (Hg.), Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele. Berlin 1977. S. 107 - 162.

Rebentisch, Dieter:

Lokalgeschichte und Nationalsozialismus: Erfahrungen bei der Erstellung einer ortsgeschichtlichen Dokumentation. In, Der Archivar 33/1980, S. 409 - 412.

Rehberger, Horst:

Die Gleichschaltung des Landes Baden 1932/33.
Heidelberg 1966.

Remmele, Adam:

Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden. Ein Beitrag zur politischen Geschichte Badens 1914 - 1924.

Karlsruhe 1925.

Reulecke, Jürgen:

Die Auswirkungen der Inflation auf die städtischen Finanzen. In, Gerlad D. Feldmann (Hg.), Die Nachwirkungen de Inflation auf die deutsche Geschichte 1924 - 1933. München 1985, S. 97 - 116.

Reulecke, Jürgen:

Zur städtischen Finanzlage in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. In, AfK 21/1982, S. 199 - 291.

Ritschl, Albrecht:

Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Eine Auseinandersetzung mit Holtfrerichs Berechnungen zur Lohnposition der Arbeiterschaft 1925 - 1932. In, GuG 16/1990, S. 375 - 402.

Roehl, Christoph von:

Große Depression und Stagflation. Eine kritische Analyse der deutschen Wirtschaftspolitik 1927/33 und 1970/86.
Göttingen 1988.

Rohe, Karl:

Wahlanalyse im historischen Kontext. Zur Kontinuität und Wandel von Wahlverhalten. In HZ 234/1982, S. 337 - 357.

Rosenberg, A.:

Geschichte der Weimarer Republik.
Frankfurt a.M. 20. Aufl. 1980.

Saage, Richard:

Antisozialismus, Mittelstand und NSDAP in der Weimarer Republik. In, IWK 11/1975, S. 146 - 177.

Sanmann, Horst:

Daten und alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning: In, Haburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 10/1965, S. 109 - 140.

Schadt, Jörg:

Im Dienst der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914 - 1932.

Stuttgart 1977.

Schanbel, Thomas:

Lokalmodelle nationalsozialistischer Machtergreifung.

Heidelberg 1983.

Schauff, Johannes:

Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politisch- statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871.

Köln 1928.

Scheurich, Ellen:

Aufstieg und Machtergreifung des Nationalsozialismus in Wertheim am Main.

Wertheim 1983.

Schieder, Wolfgang (Hg.):

Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich.

Hamburg 1976.

Schnabel, Thomas (Hg.):

Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928 - 1933.

Stuttgart 1982.

Schnabel, Thomas:

"Wer wählte Hitler?" Bemerkungen zu einigen Neuerscheinungen über die Endphase der

Weimarer Republik. In, GuG 8/1982, s. 116 - 133.

Schnabel, Thomas:

Auf dem Weg ins Dritte reich. Der Fall Schwäbisch Hall. In, Württembergiscg Franken. Jahrbuch 1984, S. 179 - 195.

Schnabel, Thomas:

Von der Splittergruppe zur Staatspartei. In Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins (Schau-ins-Land). 102. Jahresheft 1983, S. 91 - 120.

Schulz, Gerhard:

Der Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland. Frankfurt 1975.

Schulze, Hagen (Hg.):

Weimar, Selbstpreisgabe einer Demokratie. Düsseldorf 1984.

Schulze, Hagen:

Weimar. Deutschland 1917 - 1933. Berlin 1982.

Schumacher, Martin:

Stabilität und Instabilität. Wahlentwicklung und Parlament in Baden und Braunschweig 1918 - 1933. In, Gesellschaft Pralament und Regierung. Hrsg. von Gerhard A. Ritter. Düsseldorf 1974, S. 389 - 420.

Schumacher, Martin:

Wahlen und Abstimmungen 1918 - 1933. eine Bibliographie zur Statistik und Analyse der politischen Wahlen in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1976.

Smula, Hans-Jürgen:

Milieus und Parteien. Eine regionale Analyse der Interdependenz von politisch- sozialen

Milieus, Parteiensystem und Wahlverhalten am Beispiel des Landkreises Lüdinghausen
1919 - 1933.
München 1987.

Sösemann, Bernd:
Das Ende der Weimarer Republik in der Kritik demokratischer Publizisten.
Berlin 1976.

Stachura, Peter D.:
Der kritische Wendepunkt? Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928. In,
VfZ 26/1928, S. 66 - 99.

Staengelen, Eitel-Fritz:
Die Finanzwirtschaft der Stadt Karlsruhe am Rhein 1924 - 1932.
Lauda 1934.

Stegmann, Dirk:
Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930 - 1933. Ein Beitrag zur
sogenannten Machtergreifung. In, AfS 13/1973, S. 399 - 482.

Steinbach, Peter (Hg.):
Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß.
Stuttgart 1982.

Stürmer, Michael (Hg.):
Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas.
Königstein, 2. Aufl. 1985.

Timm, Helga:
Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930.
Düsseldorf 1982.

Turner, Henry A.:
Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers.

Berlin 1985.

Turner, Henry A.:

Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft.

Göttingen 1972.

Turner, Henry A.; Matzerath, Horst:

Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930 - 1932. In, GuG 3/1977, S. 59 - 92.

Wagner, Johannes V.:

Hakenkreuz über Bochum. Machtergreifung und nationalsozialistischer Alltag in einer Revierstadt.

Bochum 1983

Walz, Ernst:

Das badische Gemeinderecht.

Heidelberg 1914.

Weber, H.:

Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929 - 1933.

Düsseldorf 1981.

Weisbrod, Bernd:

Die Befreiung von den "Tariffesseln". Deflationspolitik und Krisenstrategie der Unternehmer in der Ära Brüning. In, GuG 11/1985, S.295 -

Wengst, Udo:

Heinrich Brüning und die Endphase der Weimarer Republik. Anmerkungen zu neuen Thesen über die endphase der Weimarer Republik. In, Aus Politik und Zeitgeschichte 1980, S. 19 - 27.

Winkler, Heinrich August:

Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Bd. 3. Der Weg in die Katast-

rophe.

Berlin 1987.

Winkler, Heinrich August:

Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung. In, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 20/1972, S. 175 - 191.

Winkler, Heinrich August:

Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus.

Köln 1972.

Winkler, Heinrich August:

Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalismus. In, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17/1969, S. 341 - 371.

Winkler, Heinrich August:

Mittelstandsbewegung oder Volkspartei: Zur sozialen Basis der NSDAP. In, Wolfgang Schieder (Hg.), Faschismus als soziale Bewegung, S. 97 - 118.

Wippermann, Wolfgang (Hg.):

Kontroversen um Hitler.

Frankfurt 1986.

Wolffsohn, M

Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930 - 1934.

Berlin 1977.

Zahn, Clemens:

Arbeitskosten und Lebenslagen zwischen Inflation und Großer Krise. Zur Geschichte der Weimarer Lohnbewegungen. München 1993.

Zollitsch, Wolfgang:

Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus.

Göttingen 1990.

Zollitsch, Wolfgang:

Einzelgewerkschaften und Arbeitsbeschaffung. In, GuG 8/1982.